

ENTWICKLUNG, AUFBAU UND ORGANISATION
DES KIRCHLICHEN MELDEWESENS IN DER
EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE
UND IN DEN KATHOLISCHEN DIÖZESEN
BAYERNS

Peter Seiler

—
1980
—

Entwicklung, Aufbau und Organisation
des kirchlichen Meldewesens in der
Evangelisch-Lutherischen Landeskirche
und in den Katholischen Diözesen
Bayerns

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des
Doktorgrades der Philosophie an der
Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Peter Seiler, Passau
1979

Druckerei W. und I.M. Salzer, München
1980



Referent: Prof. Dr. Heinz Laufer
Korreferent: Prof. Dr.Dr. Otto B. Roegele
Tag der mündlichen Prüfung: 24. Juli 1980

EINLEITUNG.....	I
-----------------	---

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	X
-----------------------------	---

TEIL I

DIE ORGANISATION UND STRUKTUR DER EVANGELISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS UND DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ALS ANWENDER PERSONENBEZOGENER DATEN	1
---	---

1. Die öffentlich-rechtlichen Religions- gesellschaften in Bayern	1
--	---

2. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)	2
---	---

2.1 Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche Deutschlands	2
---	---

2.2 Die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern	3
---	---

2.2.1 Die Organe der Evang.-Luth. Landeskirche	3
---	---

2.2.2 Die Kirchenkreise, Dekanate und Kirchengemeinden	3
---	---

2.2.3 Die Kirchengemeinden als Empfänger von Einwohnerdaten	4
--	---

2.2.4 Die Evang.-Luth. Landeskirche in grafischer Darstellung	5
--	---

3. Die Katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland	6
--	---

3.1 Die Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland	6
---	---

3.1.1 Die Kirchenprovinzen	6
----------------------------------	---

3.1.2 Die Deutsche Bischofskonferenz	7
--	---

3.1.3 Andere Einrichtungen	8
----------------------------------	---

3.1.4 Die Bayerische Bischofskonferenz und die bayerischen Diözesen	9
--	---

3.1.5 Die Organisation und Struktur des einzelnen Bistums	9
--	---

3.1.6 Die Pfarrgemeinden als Empfänger von Einwohnerdaten	10
--	----

TEIL II

DIE MANUELLE VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN

DATEN ALS AUSGANGSLAGE FÜR DIE EDV-VERARBEITUNG	11
1. Die Verarbeitung auf kommunaler Seite	11
1.1 Rechtsgrundlagen	11
1.1.1 Meldeversäumnisse	11
1.1.2 Veränderungen in den Personendaten	12
1.1.3 Wegzug - Umzug	12
1.1.4 Formulare	12
1.2 Die Einwohnerkartei	13
1.3 Einwohnerdaten - Umfang	13
1.4 Das Recht auf Zugriff	13
2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten	
seitens der Kirchen in Bayern	15
2.1 Die Rechtsgrundlage nach dem BayMeldeGesetz ...	15
2.2 Kirchenrechtliche Aspekte zur Führung	
von Pfarrkarteien	15
2.2.1 Die Katholische Kirche in Bayern	15
2.2.2 Die Evang.-Luth. Kirche in Bayern	16
2.2.3 Die pastorale Bedeutung der Führung	
von Pfarrkarteien	16
2.2.4 Formen des Bezugs personenbezogener	
Daten seitens der Kirchen	19
2.2.5 Der gegenwärtige Aufbau von Pfarrkarteien ...	19

TEIL III

DIE MASCHINELLE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER

DATEN IM EDV-VERFAHREN SEITENS DER POLITISCHEN

GEMEINDEN UND DER KIRCHEN IN BAYERN	21
1. Die Situation in den politischen Gemeinden	
hinsichtlich der EDV-Verarbeitung personen-	
bezogener Daten	21

2. Erste Ansätze einer EDV-gerechten Verarbeitung von Einwohnerdaten bei den Kirchen in Deutschland	22
3. Der Einsatz der EDV bei der EKD und den Evangelischen Landeskirchen	23
3.1 Einrichtung der KIGST	23
3.2 Funktionsbereiche der KIGST	24
3.3 Funktionsbereich Meldewesen bei der KIGST	24
3.4 Anwenderhandbuch für den Funktionsbereich Meldewesen	24
4. Der Einsatz der EDV bei der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland	27
4.1 Berufung einer Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen	27
4.2 Beratungsergebnisse der Projektgruppe Meldewesen	28
4.2.1 EDV und Meldewesen - Ist-Stand im kirchlichen Bereich	28
4.2.2 Künftige Situation im kirchlichen Meldewesen	29
4.2.3 Die Notwendigkeit eines kirchlichen Meldewesens	31
4.3 Vorlage eines Konzepts der EDV-Organisation für die Katholische Kirche Deutschlands	32
4.4 Vorlage eines Berichts über den Einsatz der EDV in der Katholischen Kirche Deutschlands ...	34
5. Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen und der Katholischen Kirche in Deutschland in Sachen Meldewesen	39
5.1 Gemeinsame Behandlung des Funktionsbereiches Meldewesen	38
5.2 Gemeinsame Verträge und Einrichtungen	40
5.3 Die Zusammenarbeit der beiden Kirchen auf Bundesebene dargestellt in einem Schaubild	42

6. Die Entwicklung des kirchlichen Meldewesens in Bayern	44
6.1 Gründe für die Einrichtung einer Bayerischen Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen	44
6.2 Bestellung eines Beauftragten der Bayerischen Bischöfe für das kirchliche Meldewesen	45
6.3 Einberufung einer Bayerischen Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen	46
6.4 Die Mitarbeit der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern in der Bayer. Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen	48
6.5 Die Einberufung einer Arbeitsgruppe für EDV-Fragen der Bayer. Bistümer	49
6.6 Beziehungsstruktur der Projektgruppe Meldewesen und der Arbeitsgruppe für kirchliche EDV-Fragen der Bistümer Bayerns	50
6.7 Zeittafel der Sitzungen zum Thema des kirchlichen Meldewesens der in 6.6 angesprochenen Gremien und der Finanzkammerdirektoren der bayerischen Diözesen	52

TEIL IV

DAS KIRCHLICHE MELDEWESEN IN BAYERN UNTER DEM BESONDEREN ASPEKT DER TECHNISCHEN UND RECHTLICHEN ENTWICKLUNG DES MELDEWESENS BEI DEN POLITISCHEN GEMEINDEN SOWIE UNTER DEM ASPEKT DER RAHMENGESETZGEBUNG DES BUNDES UND DER LANDESGESETZGEBUNG IN BAYERN ZUM MELDERECHT UND DATENSCHUTZ	53
1. Die ersten Verhandlungen der bayerischen Projektgruppe Meldewesen mit dem BStMdi	53
1.1 Die Ausgangslage für die Verhandlungen mit dem BStMdi	53

1.2 Angleichung kirchlicher Lösungen an staatliche Lösungen	55
1.3 Die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den kommunalen Einrichtungen	55
1.4 Das Gesetz über die Organisation der EDV im Freistaat Bayern (EDVG) vom 12. Okt.1970 als Grundlage für die EDV-Arbeit im Freistaat Bayern in Sachen Meldewesen	56
1.4.1 Die Gliederung des Gesetzes	56
1.4.2 Sinn und Aufgabe des Gesetzes	57
1.4.3 Informationsbeschaffung aus den Kommunen	58
1.4.4 Die Errichtung einer Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	58
1.5 Erste Kontakte zwischen dem BStMdl und den Kirchen in Bayern	60
1.5.1 Fragebogenaktion des BStMdl	60
1.5.1.1 Umfrage zum automatisierten Einwohnerwesen - Teil 1	60
1.5.1.2 Umfrage zum automatisierten Einwohnerwesen - Teil 2	62
1.5.2 Einbeziehung der Kirchen in die Fragenbogenaktion	62
1.5.2.1 Generelle Stellungnahme zum Anliegen des BStMdl	62
1.5.2.2 Besondere Hervorhebung rechtlicher Aspekte in der Antwort	63
1.6 Die Arbeit des Bayerischen Beauftragten in der Bundesprojektgruppe Meldewesen und seine Rückkoppelung in die Bayer. Projektgruppe	65
1.6.1 Die Bundesprojektgruppe im Rahmen der Neuordnung des staatlichen Melderechts	66
1.6.2 Einflußnahme der Kirchen hinsichtlich der Regelung ihrer Belange in einem Bundesmelde- und einem Bundesdatenschutzgesetz	66
1.7 Verhandlungen mit dem BStMdl	67
1.7.1 Das BStMdl als federführendes Ministerium in Sachen Meldewesen/Datenschutz	67
1.7.2 Der Datenkatalog als Gesprächsgrundlage	68
1.7.3 Die Frage nach dem Charakter öffentlicher Aufgaben der Kirchen	69
1.7.4 Verhandlungsergebnisse mit dem BStMdl	71

2. Die Entwicklung des Bundesmeldegesetzes und die kirchenrelevanten Teile und Inhalte	73
2.1 Zur parlamentarischen Entwicklung des Bundesmeldegesetzes	73
2.1.1 Vom Einwohnermeldewesen zum Einwohnerwesen ..	73
2.1.2 Inhalte des Bundesmeldegesetzes	74
2.1.3 Die Berücksichtigung der Kirchen in den Entwürfen zu einem Bundesmeldegesetz	77
2.1.3.1 Die Kirchen im ersten EBMeldeG	77
2.1.3.2 Die Kirchen in der Beratung des ersten EBMeldeG im Bundesrat	77
2.1.3.3 Die Gegenäußerung der Bundesregierung	79
2.1.3.4 Die Berücksichtigung der Kirchen im zweiten EBMeldeG	80
2.2 Abschluß der Beratungen zum EBMeldeG und die rechtliche Stellung der Kirchen im EBMeldeG ..	85
2.2.1 Die für die Kirchen relevanten §§ 1 und 17 EBMeldeG	85
2.2.2 Die Stellungnahme des BStMDI zu einem Datenkatalog nach EBMeldeG	86
2.2.3 Die Verwendung des Personenkennzeichens bei den Kirchen	87
2.3 Die Regelung des Datenaustauschs mit den Kirchen im Entwurf zu einem Bayerischen Landesmeldegesetz	88
2.3.1 Wortlaut der einschlägigen für die Kirchen relevanten Absätze	88
2.3.2 Rückstellung der Beschlußfassung zur Frage des Datenaustauschs mit den Kirchen auf Länderebene	89
2.4 Aufnahme neuer Verhandlungen zwischen dem BStMDI und Vertretern der Kirchen in Bayern ...	90
2.4.1 Regelung des Bezugs personenbezogener Daten .	90
2.4.2 Terminplan für die Verabschiedung des BMeldeG und des BDSG	91
2.5 Rechtsgutachtliche Beurteilung der Übermittlung von Daten an die Kirchen nach dem EBMeldeG und ELMeldeG	93

2.5.1 Rechtslage nach Bundesrecht	94
2.5.1.1 Nach EBMeldeG	94
2.5.1.2 Rechtslage nach dem GG	98
2.5.2 Rechtslage nach Landesrecht	101
2.6 Das Bundesmeldegesetz wird nicht verabschiedet.	102
 3. Die Entwicklung des Bundesdatenschutzgesetzes und die für die Kirchen relevanten Teile und Inhalte	 103
3.1 Das Anliegen des BDSG	103
3.2 Zur Geschichte des BDSG	104
3.3 Die Berücksichtigung und die Behandlung der Kirchen im Rahmen der Entwicklung und Verabschiedung des BDSG	107
3.3.1 Die Mitwirkung der Kirchen bei der Abfassung der sie betreffenden Passagen im Rahmen des BDSG	108
3.3.2 Der Referentenentwurf zu einem BDSG von 1972	108
3.3.3 Anhörungsverfahren zum Referentenentwurf zu einem BDSG vom November 1972	109
3.3.4 Der Regierungsentwurf zu einem BDSG von 1973	112
3.3.4.1 Die Berücksichtigung der Kirchen in § 7 Abs. 1	112
3.3.4.2 Die Mitwirkung des Bundesrates hinsicht- lich der Behandlung des § 7 Abs. 2	113
3.3.4.3 Die erste Lesung des EBMeldeG und BDSG im Deutschen Bundestag	115
3.3.5 Öffentliche Informationssitzung des Innenausschusses vom Montag, 6. Mai 1974 zum EBMeldeG und BDSG	116
3.3.5.1 Tagesordnung und befragte Themenkreise	116
3.3.5.2 Die Fragestellung im Anhörungsver- fahren hinsichtlich der öffentlich- rechtlichen Religionsgesellschaften	117
3.3.5.2.1 Die Leitsätze der Sachverständigen zur Frage E. 3	117

3.3.5.2.2	Die mündliche Aussprache im Anhörungs- verfahren zu den schriftlichen Vorla- gen der Herren Professoren Dr. Kewenig und Dr. Steinmüller	122
3.3.6	Das 3. Anhörungsverfahren zum Bundes- datenschutzgesetz vom März 1976	125
3.3.7	Abschluß der Beratungen zum BDSG	126
3.3.7.1	Die Behandlung sensibler Daten	126
3.3.7.2	Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zum EBDSG	127
3.3.8	Entwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes durch den Bundesrat und die Behandlung des § 7 EBDSG der Bundesregierung	129
3.3.8.1	Das Anliegen	129
3.3.8.2	Die Berücksichtigung der Frage des Datenaustauschs mit den Kirchen - Texte und Begründungen	131
3.3.8.3	Die Beratung im Vermittlungsausschuß	134
3.3.9	Beratung und Abstimmung des BDSG im Bundestag und Bundesrat im November 1976	134
3.3.10	Das verabschiedete BDSG - Wortlaut des § 10, Datenübermittlung an die Kirchen	136
4.	Die Entwicklung des bayerischen Datenschutz- gesetzes und die für die Kirchen in Bayern relevanten Inhalte	137
4.1	Anlaß	137
4.2	Entwurf zu einem BayDSG der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag	137
4.3	Antrag der Abgeordneten Dr. Zech/Jaeger (FDP) - Entwurf BayDSG	139
4.3.1	Anliegen	139
4.3.2	Die Regelung der Datenübermittlung an die Kirchen im Entwurf BayDSG der FDP-Abge- ordneten	140
4.3.3	Erste Beratung des Entwurfs BayDSG der FDP-Abgeordneten im Bayerischen Landtag	141

4.4 Entwurf der Bayerischen Staatsregierung zu einem BayDSG	143
4.4.1 Das Anliegen	143
4.4.2 Die Regelung der Datenübermittlung an die Kirchen im RegEBayDSG	144
4.5 Die Beratung der Gesetzentwürfe im Bayerischen Landtag	146
4.6 Konsequenzen, die sich für die öffentlich- rechtlichen Religionsgesellschaften aus dem BDSG und dem BayDSG ergeben	148

TEIL V

KIRCHLICHER DATENSCHUTZ UND KIRCHLICHES MELDEWESEN ...	153
1. Die kirchlichen Datenschutzordnungen in Bayern	153
1.1 Entwurf einer kirchlichen Datenschutz- ordnung - KDO der katholischen Kirche	155
1.2 Inhalt der kirchlichen Datenschutzordnung	155
1.2.1 Begründung	155
1.2.2 Inhalte der KDO	159
1.2.3 Erläuterung einzelner Artikel	160
1.2.3.1 Das Anliegen der KDO	160
1.2.3.2 Der Begriff der schutzwürdigen Belange	161
1.2.3.3 Auskunftsrecht	161
1.2.3.4 Zulässigkeit der kirchlichen Daten- verarbeitung	161
1.2.3.5 Datenübermittlung im kirchlichen Bereich ..	162
1.2.3.6 Durchführung des innerkirchlichen Datenschutzes	165
1.3 Inkraftsetzung der KDO	166
1.4 Erlaß von Ausführungsbestimmungen zur KDO	166
1.5 Haftungsfragen bei Zuwiderhandlungen gegen die KDO	167
1.6 Bekanntmachung der KDO	167
1.7 Beurteilung der KDO	168

1.8 Erlaß kirchlicher Datenschutzvorschriften seitens der Evang.-Luth. Landeskirche	170
2. Bestellung von kirchlichen Datenschutz- beauftragten bei den bayerischen (Erz-)Diözesen....	171
2.1 Die Absicht	171
2.2 Gemeinsamer bayerischer oder diözesane Beauftragte?	172
2.3 Die Aufgaben des kirchlichen Datenschutz- beauftragten	174
3. Die Kirchliche Meldewesenanordnung - KMAO	176
3.1 Vom Personenstandswesen zum Meldewesen	176
3.2 Entwicklung einer kirchlichen Meldewesen- anordnung	176
3.2.1 Veranlassung	176
3.2.2 Schaffung einer Rechtsgrundlage	178
3.2.3 Inhalte und Anwendung der KMAO	180
3.2.3.1 Regelung der Kirchenmitgliedschaft	181
3.2.3.2 Mitteilungspflicht	181
3.2.3.3 Meldepflicht	181
3.2.3.4 Führung eines Gemeindeverzeichnisses	182
3.2.3.5 Behandlung kirchlicher Daten	183
3.2.4 Inkrafttreten der KMAO	184
3.2.5 Erlaß eines Gesetzes über die Kirchenmit- gliedschaft der Evang.-Luth. Landeskirche ...	184

TEIL VI

UMFANG DER DATEN UND REGELUNG DER KOSTENFRAGE BEI DER ÜBERMITTLUNG DER DATEN AN DIE KIRCHEN IN BAYERN SOWIE VERARBEITUNG DER PERSONENBEZOGENEN DATEN SEITENS DER KIRCHEN	185
---	-----

1. Umfang der Daten, den die Kirchen von den kommunalen Einwohnermeldeämtern übermittelt erhalten	185
---	-----

1.1 Vorschlag eines Datenkataloges von kirchlicher Seite	185
1.2 Der Datenkatalog des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder	187
1.3 Datenbezug seitens der Kirchen, nachdem das BMeldeG nicht verabschiedet wurde	192
1.4 Zwischenlösung des BStMdl	193
1.5 Änderung des Vollzugs des Bayer. Meldegesetzes.	194
2. Die Regelung der Kostenfrage bei der Übermittlung von Daten seitens der AKDB an die Kirchen in Bayern	196
2.1 Vorüberlegungen	196
2.2 Kostenvoranschlag der AKDB	197
2.3 Können die Kirchen den Begriff der "Amtshilfe" für sich in Anspruch nehmen?	200
2.4 Verhandlungen mit dem BStMdl	205
2.5 Rechtsgutachten zur Klärung der Frage der Kostenverteilung	206
2.6 Einigung über die Kostenfrage	207
2.7 Vertragliche Regelung der Kostenerstattung	210
3. Die Zustimmung der politischen Gemeinden zur Datenübermittlung an die Kirchen und die Verarbeitung seitens der Kirchen	212
3.1 Organisatorische Bedingungen	213
3.1.1 Beteiligte Stellen	213
3.1.2 Aufgabenkatalog der Beteiligten	214
3.1.2.1 KGRZ - Kommunales Gebietsrechenzentrum	214
3.1.2.2 ZKM - Zentralstelle Kirchliches Meldewesen.	214
3.1.2.2.1 Aufgaben gegenüber KGRZ	214
3.1.2.2.2 Aufgaben gegenüber KIRZ	214
3.1.2.2.3 Aufgaben gegenüber Anwender.....	215
3.1.2.2.4 Sonstige Aufgaben der Zentralstelle	215

3.2 Der Nutzen der EDV-Anwendung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im kirchlichen Bereich	217
3.2.1 Einsatzmöglichkeiten der manuell geführten Pfarrkartei	218
3.2.2 Entlastung von Routinearbeiten	219
3.2.3 Auftreten neuer Aufgaben	219
3.2.4 Neue Anforderungen	220
3.2.5 Verständnis für überpfarrliche Seelsorgearbeit	221
3.3 Die Pfarrkartei per EDV	221
3.3.1 Allgemeines	223
3.3.2 Aufbau der Daten	223
3.3.3 Abkürzungsverzeichnis	227
3.3.4 Schlüsselverzeichnis	227
3.3.5 Folgekarten	228
3.3.6 Nicht kath./evang. Kirchenmitglieder	229
3.3.7 Kirchliche Amtshandlungsdaten	229
3.3.8 Änderungsdienst	230
3.3.8.1 Allgemeines	230
3.3.8.2 Neue Karten	231
3.3.8.3 Austausch - Karteikarten	231
3.3.8.4 Die Ziehliste	231
3.3.8.5 Aufbewahrung	232
3.4 Sonderauswertungen aus dem Bestand der personenbezogenen Daten	233
3.4.1 Aktuelle Möglichkeiten von Sonder- auswertungen	233
3.4.2 Zukünftig denkbare Möglichkeiten von Sonderauswertungen	233
SCHLUSSFOLGERUNG	236
QUELLENVERZEICHNIS	237
- Rechtsnormen	237
- Parlamentarische Drucksachen	238
- Materialien	242
- Amtsblätter	244

- Kirchliche Rechtsnormen	245
- Kirchliche Materialien	246
- Literatur	248
- Beiträge in Zeitschriften	250
ANHANG	252
- Karteikarte des Einwohnermeldeamtes der kreis- freien Stadt Passau	253
- Karteikarte der Rottenburger Ifarrkartei	254
- Pfarrkarteikarte nach dem automatisierten Ver- fahren des Meldewesens bei den Kirchen in Bayern ...	255
- Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) in der Diözese Passau	256
- Muster für die Veröffentlichung gemäß § 12 Abs. 1 - KDO	261
- Entwurf einer Durchführungsanordnung zu § 13 Abs. 4 - KDO	264
- Entwurf einer Durchführungsverordnung zu § 14, Abs. 1, 2 und 3 KDO	265
- Kirchengesetz über den Datenschutz der Evangelischen Kirche Deutschlands	266
- Kirchengesetz zur Ergänzung und Durchführung der Kirchengesetze der EKD über den Datenschutz und über die Kirchenmitgliedschaft in der Evangelisch- Lutherischen Kirche in Bayern - (Kirchliches Daten- schutzdurchführungsgesetz - KDS DG)	268
- Anordnung über das kirchliche Meldewesen (Kirchenmeldewesenanordnung - KMAO) in der Diözese Passau	269
- Muster einer Durchführungsanordnung zu § 6 Abs. 2 und 3 - KMAO	270
- Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder (Kirchengesetz über die Kirchen- mitgliedschaft) vom 10. Nov. 1976 der EKD	271
- Vertrag über die Lieferung von Daten aus dem automatisierten Einwohnerwesen zwischen der AKDB und den bayerischen (Erz-)Diözesen	274
- Muster einer Verpflichtungserklärung zur Ein- haltung der geltenden Datenschutzbestimmungen seitens kirchlicher Bediensteter in der Diözese Passau	277
- Muster einer Verpflichtungserklärung für ehren- amtlich tätige Mitarbeiter in der Diözese Passau ...	278

- Entwurf eines Schreibens der Kirchen an die
Gemeinde-/Stadtverwaltungen zur Erteilung des
Einverständnisses der Lieferung personenbe-
zogener Daten seitens der AKDB an die Kirchen 279
- Entwurf einer Einverständniserklärung seitens
der politischen Gemeinde-/Stadtverwaltung 280

LEBENS LAUF

Einleitung

Seit Beginn der Siebziger Jahre war und ist auf der politischen Ebene des Bundes und der Länder die Rede von der Novellierung der Meldegesetzgebung. Ein neues Bundesmeldegesetz und - in Analogie - neue Landesmeldegesetze sollten u.a. regeln, auf welchem Wege, wie, wo und in welchem Umfang personenbezogene Daten mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung (EDV) gespeichert und verarbeitet werden. In der Sorge um den Schutz dieser Daten vor Mißbrauch sollten gleichzeitig ein Bundesdatenschutzgesetz und entsprechende Landesdatenschutzgesetze (hier: ein Bayerisches Datenschutzgesetz) verabschiedet werden.

Die Melde- und Datenschutzgesetze sollten insbesondere auch die Frage regeln, wer Benützer von personenbezogenen Daten sein kann. Neben staatlichen und kommunalen Behörden kamen bisher schon nach geltendem Recht als Anwender auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in Bayern in Betracht. So mußte : den beiden großen Konfessionen der evangelisch-lutherischen und der katholischen Kirche in Bayern von Anbeginn der Diskussion um die Abfassung neuer Gesetze im Bereich des Melderechts und des Datenschutzes daran gelegen sein, das Recht auf Zugriff und des Datenaustausches mit den kommunalen Behörden (Einwohnermeldeämtern) weiterhin eingeräumt zu erhalten.

Die Begründung für dieses Recht ist vielschichtig, und ich werde versuchen, in dieser Arbeit darauf einzugehen. Vorab schon möchte ich festhalten, daß die Kirchen (die evang.-luth. Landeskirche und die katholischen Diözesen) in Bayern den Status öffentlich-rechtlicher Körperschaften verfassungsrechtlich genießen. Damit kommt zum Ausdruck, daß die Kirchen durch die Verfassung (GG Art. 140/WV 137.1 und BV Art. 143) ausdrücklich Erwähnung als wichtige Bestandteile unseres Gemeinwesens erfahren. Denn nicht nur der Heilsauftrag als solcher, sondern auch gerade ihr soziales Wirken wird durch die Verleihung des Status der öffentlich-rechtlichen Körperschaft anerkannt. Weil nun die Kirchen durch ihre Existenz stets auch ein Politikum sind, steht ihr Wirken in einem bedeutsamen Zusammenhang zur staatlichen Ordnung eines Volkes, wie umgekehrt staatliches Wirken auf die Kirchen zurückwirkt, geht es doch letztlich beiden in einer Wechselbeziehung um das Wohl ein und desselben Menschen.

Freilich ist der Staat zur Neutralität verpflichtet und garantiert die verfassungsmäßige Religionsfreiheit (GG Art. 140/ WV 137.1 sowie BV 142); dennoch bedingt das wechselseitige Wirken die Zusammenarbeit beider. Deshalb betont die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland:

"Ihrem jeweils verschiedenen Ziel dienen beide am besten, wenn ihr Verhältnis von der gegenseitigen Anerkennung ihrer Eigenständigkeit und von fördernder Zusammenarbeit bestimmt ist, einer Zusammenarbeit, deren oberste Richtschnur das Wohl des Menschen, seine Würde und seine Freiheit ausmachen. Eine vollständige, jede Kooperation ausschließende Trennung von Staat und Kirchen dient deshalb ebenso wenig dem Wohl des Menschen, wie ein Staatskirchentum oder ein Kirchenstaat. Eigenständigkeit und Zusammenarbeit bedingen, daß Abgrenzungen und Absprachen getroffen werden und daß ein ständiges Gespräch zwischen der staatlichen und kirchlichen Gemeinschaft von der örtlichen bis hin zur zentralen Ebene stattfindet. Jede Weise des Dialogs und jede - auch rechtliche - Form der Abmachung sollte nur daran gemessen werden, ob sie ein geeignetes Mittel zur Förderung des allgemeinen Wohls darstellt." 1)

Diese hier formulierte Zusammenarbeit ist nicht von vorneherein selbstverständlich und gewährleistet. Um sie muß in jedem Einzelfall gerungen werden, damit die angesprochene Annäherung zum Wohl der einzelnen Wirklichkeit wird.

Einige Vorüberlegungen scheinen mir deshalb noch erforderlich.

Das Wesen der Gemeinde

Eine der wesentlichen Aufgaben der Kirchen besteht heute in der Gemeindefarbeit. Zum Wesen der Gemeinde könnten aus kirchlicher Sicht jene Sätze gelten, wie sie ebenfalls von der Gemeinsamen Synode formuliert wurden:

"Im allerweitesten Sinn verwirklicht sich die Gemeinde Christi überall, wo zwei oder drei im Namen Jesu beisammen sind (vgl. Mt. 18, 20). Die wichtigste Zelle der Gemeinde sind die christlichen Ehen und Familien, die das II. Vatikanische Konzil ausdrücklich als Hauskirche bezeichnet (vgl. Lumen gentium 11). Dem Aufbau und dem Wachstum der lebendigen Gemeinde dienen aber auch vielerlei

1) Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse, Band II, Freiburg 1977, S. 190

Gruppen, Kreise, Haugemeinschaften, Basisgemeinschaften, geistliche Gemeinschaften am Ort sowie andere kirchliche Vereinigungen und Verbände. Sie sind von der Gemeinde im eigentlichen Sinn des Wortes zu unterscheiden. Sie helfen jedoch zur Einwurzelung und Beheimatung des einzelnen in der Gemeinde und in der Kirche. Deshalb kommt ihnen gerade heute eine wichtige Funktion zu." 1)

Verlust an Identität mit der Gemeinde

Weil nun aber die Gemeinschaft für den einzelnen von substantieller Bedeutung ist, stellt sich die Frage nach der Identität und dem Verlust an Identität mit der Gemeinde, dies besonders im Hinblick auf die Gemeindegebietsreform, wie sie im Freistaat Bayern zum 1. Mai 1978 vorgenommen wurde. Widerspricht nicht die Zusammenlegung verschiedenster Gemeinden zu einer Mindestgröße von etwa 5000 Einwohnern dem menschlichen Bedürfnis nach Gemeinschaftsbildung? Wenn Autonomie, insbesondere politische Autonomie, ein inhärenter Wesenszug unseres Demokratieverständnisses ist, dann stellt sich die Frage, weshalb beinahe der Hälfte aller Gemeinden in Bayern diese politische Autonomie entzogen wurde, zugunsten verwaltbarer, bürokratischer, leicht steuerbarer Einheiten? Tatsache ist, daß es in Bayern vor der Gemeindegebietsreform 3898 politisch selbständige Gemeinden gab, nach der Reform 2053 Gemeinden übrig blieben und somit 1845 Gemeinden aufgelöst wurden. 2)

Tatsache bleibt ferner, daß viele der ehemals politisch autonomen Gemeinden als topografische Strukturen fortbestehen; die aufgelösten Dörfer existieren, leben weiter, aber sie haben ihre politische Selbständigkeit aufgeben müssen, sie haben sie verloren. Damit steht gleichzeitig zu befürchten, daß sich Auflösungstendenzen in der menschlichen, gewachsenen Gemeinschaft einschleichen, daß die Einwohner im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte einerseits die Identität mit ihrem Dorf verlieren, andererseits jedoch mit der entfernt liegenden Hauptgemeinde diese Identität nicht herstellen können, oder zumindest solange nicht herstellen können, solange die Grenzen eingemeindeter Gemeinden nicht mit jenen der Hauptgemeinde ineinander übergehen.

- 1) Beschlüsse der Gemeinsamen Synode, a.a.O. Bd. I, Freiburg 1976, S. 605
- 2) Bayer. Statistisches Landesamt München, Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern, Jährliches Ergänzungsheft A 12-J/77, Teil A, S. 7; vgl. zur Problematik der Gemeindegebietsreform ferner: Reinhold Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, in: Rainer A. Roth, Freistaat Bayern, München 1975, S. 189 ff

Das soziale Gefüge unserer Gemeinden

Versucht man das Sozialgefüge unserer Gemeinden ein wenig in den Blick zu bekommen, so ließe sich folgendes anmerken.

Das Sozialgefüge unserer Gemeinden, insbesondere der nicht großstädtischen Gemeinden, ist gekennzeichnet von sehr vielen intensiven und dichten Beziehungen, was sowohl ihre gute, wie auch hin und wieder ihre schlechte Qualität ausmacht. Dies muß ganz nüchtern gesehen werden. Versucht man nun das Sozialgefüge von oben nach unten, von der Oberfläche zur Tiefe wie in Schichten zu sehen, so läßt sich gemeindliches Leben besser verstehen. Dabei kann man nun eine Oberflächenschicht erkennen. Sie besteht aus den Erwerbsstrukturen, der Verwaltung und Versorgung, dem Bildungswesen und all jenem, was zur Organisation des gemeinschaftlichen Lebens gehört. Darunter liegt die Schicht jener Beziehungen mit all dem, was Verständigung und Kommunikation, aber auch Mißverständnisse bewirkt, nämlich Kontakte und Konflikte, Beziehungen und Blockierungen, Nachbarschaft und Persönlichkeit, Traditionen und Informationen. Wieder unter dieser Schicht befindet sich in der Tiefe des Lebenszusammenhangs das geistige System der Lebensauffassung und des Lebenswillens, der Wertorientierungen, der Sitte und der Gläubigkeit, der Leitideen und der Meta-Kommunikation.

Wer gemeindliches Leben, besonders in ländlichen Strukturen erfahren hat, weiß, wie sich diese Schichten durchdringen und das Miteinander so stark gestalten, daß daraus so etwas wie ein lebendiger, manchmal befreiender und manchmal beengender Organismus entsteht.

Die Frage ist, ob nicht, besonders unter dem Aspekt der Auflösung beinahe der Hälfte aller politischen Gemeinden in Bayern, dieses Sozialgefüge zusammenzubrechen droht.

Müssen wir nicht genereller fragen, ob es die Gemeinden von früher mit ihren sozialen, ökonomischen und sittlich-religiösen Strukturen überhaupt noch gibt? Könnte man nicht pauschal sagen, daß die Gemeinden von ehemals, mit ihren dichten Beziehungen längst dahin sind, aufgelöst durch die Konzentration nach der Gemeindegebietsreform, durch die Bildung von Großgemeinden, Großpfarreien oder Pfarrverbänden, Verbandsschulen und durch zentrale Versorgungseinrichtungen, ausgehöhlt durch Neuansiedlungen, Fremdenverkehr und übergreifende wirtschaftliche Einheiten mit Pendlerströmen,

umgeformt durch die Medien, durch Verkehrsmittel, die die Grenzen der Lebensräume aufreißen und sprengen?

Selbstverständlich muß man konstatieren, daß sich in allen Schichten unseres Sozialgefüges etwas geändert hat. Die Erwerbsverhältnisse sind andere geworden, die Beziehungen untereinander haben sich gelockert, die Menschen orientieren sich viel mehr als früher über ihre gemeindlichen Grenzen hinaus. Sie stehen auch der Kirche selbständiger und eigenmächtiger gegenüber, sie gehen auch neue Bildungswege. Wir dürfen uns insgesamt nicht täuschen, ob mit oder ohne Gemeindegebietsreform - unsere Gemeinden befinden sich in einem gewaltigen sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Umbruch. Man könnte jedoch sagen, es ist mehr ein Aufbruch als ein totaler Abbruch alter Lebensformen, eher ein Aufbruch zu neuen Lebensformen, zu neuen Formen des Miteinander.

Aus der Gefahr des Zerfalls des Sozialgefüges unserer Gemeinden, des Verlustes an Identität des einzelnen durch die Auflösung so vieler politischen Gemeinden, aus einem Mangel an individueller Wertorientierung in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung, entwickelt sich die Notwendigkeit und damit die Legitimation des Wirkens der Kirchen in einer breiten Öffentlichkeit. Vor allem die Kirchen können dem einzelnen zu jenen Formen des Miteinander, zu jenem Aufbruch zu neuen Lebensformen verhelfen von denen oben die Rede war.

Nun bezieht sich das Wirken der Kirchen selten auf Großgruppen. Der Erfolg ihrer Arbeit ist über den Weg des Mühens mit dem einzelnen und mit kleinen Gruppen gesichert. Die Kirchen können, ja dürfen heute nicht warten, bis die einzelnen auf sie zukommen. In missionarischem Geiste müssen die Kirchen heute auf den einzelnen zugehen. Um dies leisten zu können, ist die genaue Kenntnis der jeweiligen Pfarrgemeinde unabdingbar erforderlich - die Kenntnis über ihre Größe, Anzahl der Mitglieder, Struktur der Alterszusammensetzung, nicht zuletzt und vor allem die Identität der einzelnen Mitglieder der je konkreten Pfarrgemeinde.

Nur mit dieser Kenntnis ist jene Arbeit leistbar, sind jene Antworten und Erfahrungsbereiche anzubieten, die heute von so vielen als Suchenden erwartet werden.

Der Staat, die staatlichen Behörden, die Legislative können sich

deshalb nicht hinter dem Begriff einer Neutralität, einer mißverstandenen Neutralität verschanzen. Staat und Kirchen stehen vielmehr in einer Wechselbeziehung, die ihren letzten Grund darin hat, daß es dieselben Menschen sind, deren Wohl das Ziel staatlichen und kirchlichen Wirkens ist.

Zur Erfüllung des in der breiten Öffentlichkeit wirkenden Auftrags der Kirchen bedarf es der Kenntnis der Kirchenmitglieder. Dies geschieht am besten in der Form einer stets vollständigen, jeweils auf dem aktuellen Stand gehaltenen Pfarrkartei, die über die Kirchenmitglieder für die mögliche und gezielte Arbeit Auskunft gibt (wie Alter, Geschlecht, Stand, Anschrift). In diesem Sinn verfügten die Pfarrämter bisher bereits über Karteien, wobei Veränderungen bezüglich einer Person (Zuzug/Wegzug, Verhehlung, Geburt eines Kindes) durch Einsicht der Zuzugsmeldungen bei den Einwohnermeldeämtern erhältlich waren. Eine Umstellung der Speicherung personenbezogener Daten seitens der politischen Gemeinden auf elektronisch arbeitende Anlagen machte es erforderlich, daß die Kirchen zur Sicherung des weiteren Erhalts der personenbezogenen Daten sich rechtlich und technisch neu orientieren mußten.

Gerade in Bayern ist die Entwicklung des künftigen Datenaustausches zwischen Staat und Kirchen zu einem gewissen Abschluß gekommen. Wegen der hohen Aktualität der einschlägigen Gesetzgebung, der umfangreichen planerischen und organisatorischen Bedingungen, die vorausgesetzt und notwendig waren, schien mir eine möglichst umfassende Darstellung der Entwicklung, des Aufbaus und der Organisation des kirchlichen Meldewesens in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche und in den katholischen Diözesen Bayerns im Sinne eines politikwissenschaftlichen Beitrags zum Verständnis des Verhältnisses von Staat und Kirchen in Bayern interessant.

Im einzelnen habe ich versucht in der vorliegenden Arbeit aufzuzeigen, in welcher Art und Weise Staat und Kirchen sich darum bemüht haben, im Rahmen der Bundes-, später der Landesgesetzgebung in Bayern zum Melderecht und Datenschutz Regelungen zu erarbeiten, die künftig den Datenaustausch mit den Kirchen ermöglichen.

Nach einer kurzen Darstellung der Organisation und Struktur der EKD und der katholischen Diözesen Deutschlands als Empfänger personenbezogener Daten sowie der Darstellung der bisherigen Praxis des Datenaustauschs im Zuge der manuellen Verarbeitung der Daten, steht die Entwicklung einer rechtlichen Regelung im Bereich des Melderechts und des Datenschutzes im Mittelpunkt der Arbeit, sowohl was die Rahmengesetzgebung des Bundes als auch die Landesgesetzgebung in Bayern anbelangt. Sinn einer solchen rechtlichen Regelung sollte es sein, den Kirchen die weitere Übermittlung personenbezogener Daten seitens der Kommunen rechtlich zu sichern.

Dabei habe ich versucht, die gesamte Entwicklung in der Gesetzgebung, soweit es um die Kirchen ging, systematisch zu verfolgen und zusammenhängend zu beschreiben.

Einbezogen habe ich die z.T. sehr kontroversen Diskussionen im Deutschen Bundestag (Anhörungsverfahren) und Bundesrat (Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfs zu einem BDSG), weil sie zeigen, daß die Berücksichtigung der Kirchen bei der Datenübermittlung nicht von vorneherein selbstverständlich war. Im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage, ob den Kirchen personenbezogene Daten künftig übermittelt werden können, standen außerdem Überlegungen, unter welchen Voraussetzungen (Sicherung des Datenschutzes) den Kirchen diese Daten übermittelt werden können. Deshalb ist ein weiterer Abschnitt dem kirchlichen Datenschutz und dem kirchlichen Meldewesen in Bayern gewidmet. Die dazu erlassenen Rechtsnormen der Kirchen sind als Anhang dieser Arbeit beigelegt.

Neben der grundsätzlichen rechtlichen Regelung der Datenübermittlung an die Kirchen war auch die Frage zu klären, in welchem Umfang die Kirchen in Bayern Daten zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben benötigen. Ich gehe auf diese Frage ebenso ein (S. 185 ff.) wie auf die Regelung der Kostenfrage bei der Datenübermittlung an die Kirchen (S. 196 ff.). Über weite Strecken konnte über die Kostenfrage keine Einigung erzielt werden. Auf die wichtigsten Zusammenhänge in der Auseinandersetzung zwischen dem BStMdi und der AKDB einerseits und den beiden Kirchen andererseits bin ich ausführlich eingegangen, weil auch hier deutlich wird, daß um ein gutes Verhältnis zwischen Staat und Kirchen intensiv gerungen werden

mußte. Dies wird an dem Streit deutlich, der sich beispielsweise daran entzündete, ob die Kirchen das Recht der Amtshilfe bei der Datenübermittlung für sich in Anspruch nehmen könnten. Erst mit Hilfe eines Rechtsgutachtens, das die Frage der Amtshilfe klären sollte, war eine vertraglich geordnete Regelung der Datenübermittlung möglich. Der Vertrag zwischen der AKDB und den katholischen Diözesen in Bayern ist als Anhang dieser Arbeit beigelegt.

Die Kirchen selbst haben für den Datenaustausch im automatisierten Verfahren mit den Gemeinden umfangreiche Vorplanungen und organisatorische Bedingungen geschaffen, die entscheidend für den Aufbau eines funktionierenden kirchlichen Meldewesens waren; auf sie gehe ich in einem eigenen Abschnitt ein (S.213).

Die Datenverarbeitung seitens der Kirchen sowie deren Nutzen für die Kirchen habe ich ausführlich darzustellen versucht (S. 217 ff.)

Die Darstellung der Entwicklung und der Funktion des kirchlichen Meldewesens in Bayern habe ich auch deshalb unternommen, weil ich beruflich als Referent der Zentralstelle für das kirchliche Meldewesen bei der Diözese Passau unmittelbar betroffen bin. Ich verfügte dabei nicht nur über alle Verhandlungsprotokolle der Sitzungen der Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen und der entsprechenden bayerischen Projektgruppe; ich wirkte gleichzeitig als Vertreter der Diözese Passau seit 1976 in beiden Projektgruppen an der Realisierung des kirchlichen Meldewesens mit. Gleichzeitig bin ich verantwortlich für die Interpretation einer sinnvollen Anwendung der Daten in der pastoralen Arbeit der Pfarrgemeinden im Bistum Passau.

An Arbeitsmaterialien zog ich neben den erwähnten Protokollen die Jahresberichte des Bayerischen Beauftragten für das kirchliche Meldewesen heran, die dieser den Generalvikaren der bayerischen (Erz-) Diözesen regelmäßig erstattete; ferner die Protokolle und Notizen über dessen Verhandlungen beim BStMdi und bei der AKDB, ausgenommen jene vertraulichen Charakters. Ich verwendete ferner die Grundlagenberichte der EDV-Fachstelle beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und

die einschlägigen Unterlagen der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle e.V. (KIGST) der EKD.

Ich habe außerdem sämtliche parlamentarischen Drucksachen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates herangezogen sowie die Unterlagen der verschiedenen Anhörungsverfahren, die sich mit der Gesetzgebung im Bereich des Melderechts und des Datenschutzes befaßten. Die Gesetzgebung auf Landesebene verfolgte ich anhand der parlamentarischen Drucksachen des Bayerischen Landtages. Ich bin dort jeweils der Frage nachgegangen, auf welchem Wege, wann zum ersten Male und in welcher Weise die Kirchen Erwähnung und Berücksichtigung in der Gesetzgebung fanden, welche Begründungen und welche Diskussionen es dazu gab.

Nicht zugänglich waren mir die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates und der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands; beide Gremien äußerten sich in verschiedenen Sitzungen mit grundsätzlichen Beschlüssen zum Thema des kirchlichen Meldewesens, die zum großen Teil von der Bundesprojektgruppe vorbereitet wurden. Nachdem die Protokolle stets auch andere Themen vertraulichen Charakters beinhalten, sind sie einer breiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Im übrigen darf ich auf das Verzeichnis der verwendeten Quellen verweisen.

Danken möchte ich abschließend den Herren Fritz Gerstl MdB, Barth. Kalb MdL und Dr. Klaus Rose MdB, ferner dem Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages und dem parlamentarischen Archiv des Bayerischen Landtages, mit deren Hilfe es mir möglich war, in die parlamentarischen Unterlagen Einsicht zu nehmen.

Zu Dank bin ich Herrn Professor Dr. Heinz Laufer München verpflichtet, unter dessen Obhut ich bereits meine Magisterprüfung ablegte, und der dem Thema dieser Arbeit stets wohlwollend und aufgeschlossen gegenüberstand und mir den entscheidenden Auftrieb zu dieser Darstellung gab.

Abkürzungsverzeichnis:

AKDB	Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BBK	Bayerische Bischofskonferenz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BMeldeG	Bundesmeldegesetz, Bayerisches Meldegesetz
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BStMdl	Bayerisches Staatsministerium des Innern
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
can	canonici, canon
CIC	Codex Juris Canonici
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
EBDSG	Entwurf Bundesdatenschutzgesetz
EBMeldeG	Entwurf Bundesmeldegesetz
ED	Erzdiözese
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
ELMeldeG	Entwurf LandesmeldeGesetz
EntwBayDSG	Entwurf Bayerisches Datenschutzgesetz
Ev	Evangelisch
Ev.-Luth.	Evangelisch-Lutherisch
FKD	Finanzkammerdirektoren
FN	Fußnote
Frfr	Frankfurt
gesch	geschieden
HdbKirchr	Handbuch des Kirchenrechts
HdbStKirchr	Handbuch des Staatskirchenrechts
i.d.F.	in der Fassung
Jg./Jgg.	Jahrgang
kath	katholisch
KDO	Kirchliche Datenschutzanordnung
KIGST	Kirchliche Gemeinschaftsstelle
KiStG	Kirchensteuergesetz
KMAO	Kirchliche Meldewesenanordnung

LT-Drs.	Landtagsdrucksache
MABl	Ministerialamtsblatt
MeldeG	Meldegesetz
MW	Meldewesen
o.D.	ohne Datumsangabe
o.O.	ohne Ortsangabe
OWiG	Ordnungswidrigkeitsgesetz
PKZ	Personenkennzeichen
Pr.Gr.MW	Projektgruppe Meldewesen
Prot	Protokoll
PStG	Personenstandsgesetz
RefEntw.	Referentenentwurf
RegEntw	Regierungsentwurf
Schrb.	Schreiben
Sekrt.	Sekretariat
Sen-Drs.	Senatsdrucksache
Stengr. Ber.	Stenografischer Bericht
TOP	Tagesordnungspunkt
VDD	Verband der Diözesen Deutschlands
vh	verheiratet
VollzBek	Vollzugsbekanntmachung
vw	verwitwet
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zusfs.	zusammenfassend

Teil I

Die Organisation und Struktur der EKD und der Kath. Kirche in der Bundesrepublik Deutschland als Anwender personenbezogener Einwohnerdaten

1. Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in Bayern

Wenn in der vorliegenden Arbeit vom Kirchlichen Meldewesen in Bayern die Rede sein soll, empfiehlt es sich, zunächst der Frage nachzugehen, wer denn die Kirchen in Bayern sind. Die staatliche Gesetzgebung spricht nämlich nicht von Kirchen, sondern von "öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften". In Bayern sind als öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften anerkannt: 1)

die Katholische Kirche

die Evangelisch-Lutherische Kirche

die Evangelisch-Reformierte Kirche

die Altkatholische Glaubensgemeinschaft

die Evangelisch Methodistische Kirche

die Vereinigung der bayerischen Mennonitengemeinden

die Russisch- Orthodoxe Kirche

die Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern

die Freireligiöse Landesgemeinde

die Christian Science

die Neuapostolische Kirche

die Gemeinschaft der Siebenten-Tage- Adventisten

die Christengemeinschaft in Bayern

die Griechisch-Orthodoxe Kirche

1) Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 13. April 1951 (BayBSVK S 640), zuletzt geändert durch Bek. vom 15. Jan. 1975 (KMBL S 676), vergl. auch MABl Nr. 2, vom 27. Juli 1976, S. 689

In dieser Arbeit will ich mich in der Darstellung des kirchlichen Meldewesens seitens der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften auf die Evang.-Lutherische Kirche und die sieben katholischen Diözesen im Freistaat Bayern beschränken. Deshalb sollen zunächst kurz die Organisation und Struktur der beiden großen Konfessionen in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Bayern dargestellt werden.

2. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)

Die Evangelisch - Lutherische Kirche in Deutschland besteht aus mehreren Glied- (Landes-)Kirchen. Bezüglich ihrer Struktur kann festgestellt werden, daß ihnen allen wesentlich gleiche Strukturelemente zugrunde liegen. Sie werden am Beispiel der Ev.-Luth. Landeskirche Bayerns dargestellt. Der Zusammenschluß aller Landeskirchen kommt in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zum Ausdruck.

2.1 Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland

Evangelische Landeskirche in Baden - Karlsruhe

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern - München

Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg - Berlin-West

Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig - Wolfenbüttel

Bremische Evangelische Kirche - Bremen

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Eutin - Eutin

Evangelisch-Lutherische Kirche im Hamburgischen Staate - Hbg.

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers - Hannover

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Darmstadt

Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck - Kassel

Lippische Landeskirche - Detmold

Evangelisch-Lutherische Kirche Lübeck - Lübeck

Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland - Leer

Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg - Oldenburg

Vereinigte Protestantisch- Evangelisch-Christliche Kirche
der Pfalz - Speyer

Evangelische Kirche im Rheinland - Düsseldorf

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe
- Bückeburg

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holstein - Kiel

Evangelische Kirche von Westphalen - Bielefeld

Evangelische Landeskirche von Württemberg - Stuttgart

Evangelische Kirche der Union - Berlin-West 1)

2.2 Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern umfaßt als Landeskirche das Staatsgebiet des Freistaates Bayern. Wie die anderen Landeskirchen in Deutschland hat sie als Elemente ihrer inneren Struktur folgende kirchenleitenden Organe: 2)

2.2.1 Die Organe der Evang.-Luth. Landeskirche

1. Landesbischof
2. Landeskirchenrat
3. Landessynode (Präsidium und Mitglieder)
4. Landessynodalausschuß

1) HdbStKirchR, Bd. 1, S. 328

2) ebda. S. 336

2.2.2 Die Kirchenkreise, Dekanate und Kirchengemeinden

Innerhalb Bayerns ist die Evang.-Luth. Landeskirche in sechs Kirchenkreise gegliedert. Es sind dies:

- Ansbach, Augsburg, Bayreuth, München, Nürnberg, Regensburg 1)

Jeder Kirchenkreis besteht aus mehreren Dekanatsbezirken. Ein Dekanatsbezirk umfaßt mehrere einzelne Kirchengemeinden oder Gesamtkirchengemeinden. Unter Gesamtkirchengemeinde versteht man dabei einzelne selbständige Kirchengemeinden, die jedoch für ihre Gesamtheit nur noch eine Kirchenverwaltung haben. Die einzelnen Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke verfügen über je eigene Organe, die im folgenden Schaubild dargestellt sind. 2)

2.2.3 Die Kirchengemeinden als Empfänger von Einwohnerdaten

Empfänger von personenbezogenen Einwohnerdaten ist die einzelne evangelische Kirchengemeinde, d.h. deren Organe, nämlich Pfarrer und Kirchenvorstand.

1) Personalstandsverzeichnis der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, 38. Ausgabe, 1977; hrsg. vom Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, München 1977, Index

2) Zum Begriff der Kirchengemeinden vgl.: HdbStKirchR, Bd. 1, S. 339

ELKB

Evang.-Luth. Kirche in Bayern

6 Kirchenkreise

Ans-
bach

Augs-
burg

Bay-
reuth

Mün-
chen

Nürn-
berg

Regens-
burg

Dekanatsbezirke

DB DB DB

DB DB DB

DB DB DB

DB DB DB

DB DB DB

DB DB DB

DB DB DB

Kirchengemeinden

Gesamtkirchengemeinde

Ki-
gde

Ki-
gde

Ki-
gde

Ki-
gde

Ki-
gde

Ki-
gde

Ki-
gde

Kirchenleitende Organe: Verwaltung

LS
LSA
LB
IKR

IKA

keine Organe

Organe: Dekanats- synode } Verwaltung
Dekanats- ausschuß } Dekanat
Dekan }

Organe: GKV
Vorsitzender
der GKV

Organe: Kirchenvor- stand } Verwaltung
Pfarrer) Pfarramt

Erklärung der Abkürzungen:

LS: Landessynode

LSA: Landessynodalausschuß

LB: Landesbischof

IKR: Landeskirchenrat

IKA: Landeskirchenamt

GKV: Gesamtkirchenverwaltung

3. Die Katholische Kirche in Deutschland

Die Römisch-Katholische Kirche versteht sich als Weltkirche. Insofern sind die Diözesen Teilkirchen dieser Weltkirche. Dabei steht jedem Bischof als Nachfolger der Apostel in der ihm anvertrauten Diözese "von selbst jede ordentliche, eigenständige und unmittelbare Gewalt zu, die zur Ausübung seines Hirtenamtes erforderlich ist". 1)

Dabei ist die Diözese der Teil des Gottesvolkes, " der dem Bischof in Zusammenarbeit mit dem Presbyterium zu weiden anvertraut wird. Indem sie ihrem Hirten anhängt und von ihm durch das Evangelium und die Eucharistie im Heiligen Geist zusammengeführt wird, bildet sie eine Teilkirche, in der die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche wahrhaft wirkt und gegenwärtig ist". 2)

3.1 Die Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland

3.1.1 Die Kirchenprovinzen

Die Kath. Kirche in der Bundesrepublik Deutschland ist aufgeteilt in Kirchenprovinzen, innerhalb dieser Provinzen in das jeweilige Erzbistum und in die Suffraganbistümer. Es sind dies:

Kirchenprovinz Bamberg

Erzdiözese Bamberg

Diözese Eichstätt

Diözese Speyer

Diözese Würzburg

1) Vatikanum II, S. 378

2) Vatikanum II, S. 380

Kirchenprovinz	Freiburg	Erzdiöz.	Freiburg
		Diözese	Mainz
		Diözese	Rottenburg
Kirchenprovinz	Köln	Erzdiöz.	Köln
		Diözese	Aachen
		Diözese	Essen
		Diözese	Limburg
		Diözese	Münster
		Diözese	Osnabrück
		Diözese	Trier
Kirchenprovinz	München-Freising	Erzdiöz.	München-Freising
		Diözese	Augsburg
		Diözese	Regensburg
		Diözese	Passau
Kirchenprovinz	Paderborn	Erzdiöz.	Paderborn
		Diözese	Fulda
		Diözese	Hildesheim

Teile der Bistümer Fulda, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn und Würzburg liegen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

West-Berlin nimmt eine Sonderstellung ein, insofern als es zum Bistum Berlin gehört, dessen Kathedralsitz sich in Berlin-Ost befindet, während das Generalvikariat in West-Berlin eingerichtet ist. 1)

3.1.2 Die Deutsche Bischofskonferenz

Im Statut der Deutschen Bischofskonferenz, gemäß der Fuldaer Bischofskonferenz vom 2. März 1966, versteht sich diese als der Zusammenschluß der Bischöfe der deutschen Diözesen. Die

1) vergl. dazu HdbStKirchR Bd. I, S. 299 ff; zum Begriff der Kirchenprovinz vergl. HdbStKirchR Bd. I S. 305, ferner Vatikanum II a.a.O. S. 407-408

Aufgabe der Deutschen Bischofskonferenz ist es, die Förderung gemeinsamer pastoraler Aufgaben, die gegenseitige Beratung und die notwendige Koordinierung der kirchlichen Arbeit und den gemeinsamen Erlaß von Entscheidungen sowie schließlich die Pflege der Verbindung zu anderen Bischofskonferenzen zu fördern. 1)

Mitglieder sind alle Ortsüberhirten, die Koadjutoren und alle Titularbischöfe, die ein besonderes, vom Apostolischen Stuhl oder von der Bischofskonferenz übertragenes Amt in Deutschland bekleiden. Die Organe der Deutschen Bischofskonferenz sind

- die Vollversammlung
- der Ständige Rat
- die Bischöflichen Kommissionen
- das Sekretariat 2)

3.1.3 Andere Einrichtungen

Andere in unserem Zusammenhang für das Verständnis wichtige Einrichtungen sind

- die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik
- der Verband der Diözesen Deutschlands mit seinen Organen der Vollversammlung, des Verbandsausschusses und des Verwaltungsrates
- das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken mit den Organen der Vollversammlung, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Präsidiums. 3)

1) HdbStKirchr Bd. I, S. 308

2) ebda. und Adressbuch für das Kath. Deutschland 1977, Paderborn 1977, S. 41 ff

3) HdbStKirchr Bd. I, S. 310 ff mit einer genauen Darstellung und Beschreibung dieser Einrichtungen, auf die ich hier deshalb verzichte.

3.1.4 Die Bayerische Bischofskonferenz und die Bayerischen Diözesen

Ehe das Zweite Vatikanische Konzil die Einrichtung einer nationalen Bischofskonferenz vorschrieb, bestanden in Deutschland verschiedene Bischofskonferenzen, deren bekannteste die Fuldaer Bischofskonferenz war. Sie ging auf in der Deutschen Bischofskonferenz. Daneben gab es auf dem Staatsgebiet des Freistaates Bayern und der Pfalz die Freisinger Bischofskonferenz. Sie besteht als Bayerische Bischofskonferenz neben der Deutschen Bischofskonferenz fort, hat jedoch als Aufgabe die besonderen Belange des regionalen Gebiets zu verfolgen. 1) Die Bayerischen Bischöfe sind jedoch gleichzeitig Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz.

Zu den bayerischen Diözesen gehören heute:

die Erzdiözesen Bamberg und München-Freising sowie

die Diözesen Augsburg, Eichstätt, Passau, Regensburg, Würzburg

3.1.5 Die Organisation und Struktur des einzelnen Bistums

Zu einer funktionsfähigen und wesentlich systematischen Struktur des einzelnen Bistums und zu seiner Leitung und Verwaltung hat die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland einen Beschluß erarbeitet, der jetzt Zug um Zug und nach und nach in der Struktur der Bistümer Eingang findet. 2)

1) vergl. K.E.Schlieff in HdbStKirch R Bd.I, S 307, dazu FN 25 und 30, ferner Adressbuch für das Kath. Deutschland 1977, S. 55

2) Synodenbeschluß Heft 2, Index; vergl. zur Organisation und Verwaltung des Einzelbistums K.E. Schlieff a.a.O. S 315, ferner Adressbuch für das Kath. Deutschland 1977, S 57 ff

Danach werden drei Ebenen unterschieden, der die kirchlichen Strukturen zugeordnet werden, nämlich

- obere pastorale Ebene = das Bistum, dessen Leitung und Verwaltung
- mittlere pastorale Ebene = die Region und das Dekanat
- untere pastorale Ebene = Pfarrverband und Pfarrgemeinde 1)

3.1.6 Die Pfarrgemeinden als Empfänger von Einwohnerdaten

Analog zur Evang.-Luth. Landeskirche ist auch auf katholischer Seite die einzelne Pfarrgemeinde Endempfänger und Anwender personenbezogener Einwohnerdaten. 2)

Ehe ich auf die eigentliche Problematik in der Gesetzgebung zu einem Bundesmeldegesetz und einem Bundesdatenschutzgesetz sowie der EDV-Verarbeitung personenbezogener Daten eingehe, möchte ich zunächst die gegenwärtige manuelle Verarbeitung kurz darstellen; denn sie bildet die Ausgangslage für eine zukünftige automatisierte Verarbeitung.

1) Zum Begriff der Pfarrgemeinde vgl. K.E. Schlieff in: HdbStKirchR, a.a.O. S. 321 ff.;

Zum Thema der Religionsgemeinschaften in Bayern vgl. einführend: Audomar Scheuermann, Die Religionsgemeinschaften im Freistaat Bayern - Probleme der Parität, des konfessionellen Friedens und des religiösen Lebens, in: Rainer A. Roth, Freistaat Bayern, München 1975, S. 381 ff.

2) wie FN 1, K.E. Schlieff, HdbStKirchR, a.a.O. S. 321 ff.

Teil II

Die manuelle Verarbeitung von personenbezogenen Daten als Ausgangslage für die EDV-Verarbeitung

Unter manueller Verarbeitung von Einwohnerdaten verstehe ich jenen Vorgang der Behandlung von Daten, der in jedem Einwohnermeldeamt einer Kommunalverwaltung per Hand vorgenommen wird und dezentral erfolgt. Der Gegensatz dazu ist die Bearbeitung mit technischen Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung (EDV).

Unter Einwohnerdaten sollen jene Angaben verstanden werden, wie sie sich aus den Rechtsgrundlagen des Bayer. Meldegesetzes ergeben.

Zum besseren Verständnis der Entwicklung der Bearbeitung per EDV will ich die manuelle Verarbeitung sowohl auf kommunaler als auch auf kirchlicher Seite kurz darstellen.

1. Die Verarbeitung auf kommunaler Seite

1.1 Rechtsgrundlagen

Der Erfassung von Einwohnerdaten liegt in Bayern das Bayerische Melderecht zugrunde. Es handelt sich dabei um das "Meldegesetz" (Gesetz über das Meldewesen) v. 28. Nov. 1960 (GVBl. S. 263). Danach hat jeder in eine Gemeinde zuziehende Staatsbürger die Pflicht, sich innerhalb von acht Tagen bei der Wohngemeinde anzumelden. 1)

1.1.1 Meldeversäumnisse

Da diese Meldepflicht in manchen Fällen nicht pünktlich erfüllt wird, haben die Gemeinden stets mit einem gewissen Prozentsatz an Meldeversäumnissen zu rechnen.

1) Bayer. Meldegesetz i.d.F. vom 28. Nov. 1960, GVBl. S. 263, 1. Abschnitt, Allgem. Meldepflicht, Art. 1 'Anmeldung'

Der Prozentsatz an Meldeversäumnissen liegt nach Auskunft der Meldebehörde der Stadt Passau bei etwa 1-2 % im Durchschnitt Bayerns (Erfahrungswert). Eine Bereinigung erfolgt immer dann, wenn säumnispflichtige Bürger um eine Lohnsteuerkarte, Kennkarte= Personalausweis, Reisepaß, die Wahlunterlagen nachsuchen oder etwa auch Wohngeld beantragen.

Meldeversäumnisse sind Ordnungswidrigkeiten nach Art. 17 BayMeldeG. Solche Ordnungswidrigkeiten werden nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) geahndet.

1.1.2 Veränderungen in den Personendaten

Veränderungen in den Personendaten werden nach dem Personenstandsgesetz (PStG) vom 12. Aug. 1957 behandelt.¹⁾ Solche Veränderungen können sein

- Geburten, Todesfälle, Eheschließungen, Ehescheidungen, Religionsaus- und -eintritte, Namensänderungen.

Alle Änderungen von Personenstandsdaten werden bei den Standesämtern bearbeitet. Nach dem Personenstandsgesetz sind die Standesämter verpflichtet, Personenstandsänderungen dem Einwohnermeldeamt der jeweiligen Wohnsitzgemeinde der betroffenen Person zu melden (Formularweg).

1.1.3 Wegzug - Umzug

Wegzüge von einer in eine andere Gemeinde oder Umzüge innerhalb einer Gemeinde sind ebenfalls meldepflichtig (Art. 2 BMeldeG). Verstöße oder Versäumnisse sind Ordnungswidrigkeiten nach Art. 17 BMeldeG. Die Ahndung erfolgt nach dem OWiG.

1.1.4 Formulare

Die An- und Abmeldung im Falle eines Zu- oder Wegzugs erfolgt auf dem Formularwege (An- und Abmeldeformulare). Für Umzüge gibt es eine Umzugsmeldung nach § 1 Abs. 1, Nr. 3 der Durchführungsverordnung BMeldeG.

1.2 Die Einwohnerkartei

Nach der Durchführungsverordnung zum BMeldeG (DV-MeldeG) sind die Gemeinden gehalten, die Personenstandsdaten in Form einer Meldekarte (Karteikarten) zu speichern. Dabei wird in Bayern so verfahren, daß für jede alleinstehende Person eine Karteikarte geführt wird, für Personen, die zu einer Familie gehören, eine sog. Familienkarte angelegt wird. In einer solchen Familienkarteikarte werden geführt, der Familienvorstand (in der Regel der Dhemann), Ehefrauen, Kinder. Muster einer Karteikarte liegt der Arbeit als Anhang bei.

1.3 Einwohnerdaten - Umfang

Die Betrachtung des Umfangs der Einwohnerkenndaten ist insofern von Bedeutung, als die Kirchen bisher in nahezu vollem Umfang über die Daten verfügen konnten (vgl. Absatz "Recht auf Zugriff"). Der derzeitige Katalog der Gemeinden beinhaltet: 1)

- Name, Vornamen, Pseudonyme
- Titel, Grade
- Berufe, Religionsgemeinschaft
- Geburtszeit, Geburtsort, Staatsangehörigkeit
- Eltern
- Personenstandsänderungen (ledig, vh, vw, gesch.)
- Wohnsitzänderungen
- Ehrverluste, Bestrafungen

1.4 Das Recht auf Zugriff

Grundsätzlich besteht Auskunftspflicht und Auskunftsrecht für Einwohnerkenndaten, jedoch nur für diejenigen, der eine recht-

- 1) Bayer. Meldegesetz a.a.O. - Abschnitt C, II - Form und Inhalt von Daten

liche Begründung auf Auskunft aus dem Melderegister nachweist. 1) Das bedeutet vor allem den Austausch von Daten innerhalb der Meldebehörden der einzelnen Kommunen, z.B. in Form der Rückmeldung an die Vorgangsgemeinde bei Zuzug und Wegzu im Sinne einer Auswertung bei den Meldebehörden.

Hinsichtlich der Auskunft aus dem Melderegister, wird jedoch auch klargestellt, daß es sich nicht um ein öffentliches Register handelt. Was nun die Auskunftspflicht gegenüber den Kirchen anbelangt so heißt es:

"Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie weltanschauliche Gemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, ist Auskunft wie Behörden zu erteilen; es bestehen keine Bedenken, ihnen die An- und Abmeldescheine kurzfristig zur Verfügung zu stellen oder listenmäßige Zusammenstellungen über An- und Abmeldungen zu überlassen, soweit solche für eigene Zwecke der Meldebehörde hergestellt werden." 2)

Veränderungen dieser Praxis werden insofern zu erwarten sein, als mit der Verabschiedung eines neuen Bundesmeldegesetzes immer noch gerechnet wird.

Im Gegensatz zu älteren Entwürfen des Bundesmeldegesetzes (EBMeldeG) BT-Drs. VI/2654 und 7/1059 jeweils § 1, spricht der neueste EBMeldeG nicht mehr von einer Pflicht der Meldebehörden, personenbezogene Daten anderen als Meldebehörden zu übermitteln. § 1 EBMeldeG erklärt vielmehr es lediglich für eine Aufgabe der Meldebehörden, die Daten zu speichern, zu verwalten und anderen Meldebehörden zu übermitteln. 3)

- 1) BMeldeG a.a.O. Abschnitt B, Vollzugsministerialentschließung zum
- 2) BMeldeG a.a.O. Abschnitt C, Zi IV, Auskunft aus dem Melde- MG
register; vgl. MABl. 22/1978 S. 554
- 3) vgl. meine Ausführungen dazu auf S. 75 ff.

2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten seitens der Kirchen in Bayern

2.1 Die Rechtsgrundlage nach dem Bayerischen Melderegist

Die Rechtsgrundlage für die Kirchen ergab sich bisher eindeutig aus dem Bayerischen Melderegist Abschnitt C, Ziffer IV, "Auskunft aus dem Melderegister". 1) Damit war die Gewähr des Erhalts von Einwohnerkennndaten für die Kirchen und deren Arbeit geschaffen.

2.2 Kirchenrechtliche Aspekte zur Führung von Pfarrkarteien

2.2.1 Die Katholische Kirche in Bayern

Nach dem "Codex Juris Canonici" can 464 § 1 ist bestimmt, daß der Pfarrer kraft seines Amtes berechtigt und verpflichtet ist, die Seelsorge an allen seinen Pfarrkindern auszuüben. 2) Der Pfarrer ist ferner kirchlicher Urkundenbeamter und führt ein pfarramtliches Siegel. In besonderen Pfarrbüchern sind Taufen, Firmungen, Eheschließungen, Todesfälle und nach Partikularrecht meist auch die Erstkommunikanten einzutragen. Neben den Pfarrbüchern soll ein Personenstandsbuch geführt werden, in dem alle Pfarrangehörigen zu erfassen sind; statt dessen ist vielfach die Pfarrkartei gebräuchlich. 3)

Danach ist der gemeindeleitende Pfarrer angehalten und verpflichtet eine Pfarrkartei zu führen.

1) vgl. FN 2 S. 15

2) Codex Juris Canonici, can 464 § 1 in "Kirchenrecht" Bd. 1, hersg. von Klaus Mörsdorf, Paderborn 1964, S. 472 § 82 V 2a

3) CIC, can 470, a.a.O., S. 477, V 2f

2.2.2 Die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern

Auch für die Evang.-Luth. Kirchengemeinden in Bayern gibt es einen kirchenrechtlich verbindlichen Auftrag zu Führung von Pfarrkarteien. In der einschlägigen Kirchengemeindeordnung heißt es, daß in jeder Kirchengemeinde ein Verzeichnis der Gemeindemitglieder geführt wird. 1)

2.2.3 Zur pastoralen Bedeutung der Führung von Pfarrkarteien

Gerade im Zusammenhang mit der Katholischen Kirche ist erwähnenswert, daß die Vorschrift des CIC, can 470 § 1 hinsichtlich der Praxis der Führung von Pfarrkarteien schon in der älteren Literatur beachtet wurde und die Errichtung von Pfarrkarteien als Arbeitsempfehlung in Deutschland angeregt wurde.

Der Caritasverband Freiburg hat schon 1914 Vorschläge für die einheitliche Anlage von Pfarrkarteien (-kartotheken) in ganz Deutschland ausgearbeitet. Der Verband konnte sich dabei noch nicht auf den Codex Juris Canonici berufen. 2) Er geht vielmehr von der pastoralen/seelsorglichen Notwendigkeit aus. Diese bedingt die Schaffung einer Pfarrkartei

1) Rechtssammlung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, München 1977, dort: Kirchengemeindeordnung für die evang.-Luth. Kirche in Bayern (KGO) I, § 10

2) Der Codex Juris Canonici ist erst am 27. Mai 1917 erlassen und am 19. Mai 1918 in Kraft getreten. Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des Kirchenrechts ist als Einführung dargestellt in
Klaus Mörsdorf: Kirchenrecht Band 1, Paderborn 1964 S. 26 ff.

als Hilfsmittel in der Arbeit des Pfarrers. 1)

-
- 1) "Die Pfarrkartothek" - Vorschläge für deren einheitliche Anlage in ganz Deutschland. Herg. vom Arbeitsausschuß der freien Vereinigung für Caritashilfe in der Seelsorge (Zweigorganisation des Caritasverbandes für das katholische Deutschland, Sitz Freiburg i. Br.), Freiburg i.Br. 1914

Die als Manuskript gedruckte Empfehlung führt in der Einleitung u.a. aus, daß die Notwendigkeit solcher Pfarrkartotheken, als die zweckmäßigste Form von Personenverzeichnissen größeren Umfangs, aus der gewaltigen Vermehrung der städtischen Gemeinden geboren ist, der Hochflut der Binnenwanderung, die auch in den Städten selbst in gewaltigen Massen hin- und herflutet, dadurch die persönliche Kenntnis der Gemeindemitglieder dem Seelsorger direkt unmöglich macht.

Entscheidende Impulse gingen dann von Trier aus, die zur Einführung der Kartei in der Seelsorgenarbeit und vor allem zur Herstellung eines einheitlichen Kartenmaterials führten. Mit der grundlegenden Broschüre "Die Kartothek im Dienst der seelsorglichen und sonstigen Verwaltung", Trier, Paulinusdruckerei 1914 und 1920 gelang es dem damaligen Bistumssekretär C. Kammer, die Einheitsfamilienkarte zu schaffen, die in lostkartengröße und mit klarer Raumaufteilung von 1920 an alle bis dahin entstandenen Formulare ablöste. 1)

Die Zentralstelle für kirchliche Statistik des Katholischen Deutschland in Köln hat 1924 und in 2. Auflage 1926 eine Empfehlung unter dem Titel herausgebracht: "Die Pfarrkartothek- ein Hilfsmittel neuzeitlicher Seelsorge". Diese Empfehlung weist in ihrer Einführung der Einheitskarte auf den Codex Juris Canonici hin und schreibt: "Die Kenntnis zwischen Hirte und Herde ist und bleibt Grundlage jedes ersprießlichen seelsorglichen Wirkens. 'Ich bin der gute Hirte und kenne meine Schafe und die meinen kennen mich!' Diese tiefste aller Pastoralweisheit gilt allerorts und zu allen Zeiten dem Stellvertreter des Hohenpriesters, dem Seelsorger. Der Codex Juris Canonici bestimmt daher in can 467, daß der Pfarrer durch sein Amt verpflichtet ist, die seiner Seelsorge Anvertrauten kennen zu lernen und ein Verzeichnis dieser zu führen (can 470 § 1). Dieses geschieht am besten durch Anlage einer Pfarrkartothek." 2)

1) Trierer Theol. Zeitschrift 1951, Paulinus Verlag Trier, "Die Pfarrkartei" S. 382

2) "Die Pfarrkartothek", hrsg. von der Zentralstelle für kirchliche Statistik, Köln 1926, 2. Auflage, S. 5

An den Grundprinzipien der Führung von Pfarrkarteien im Katholischen Deutschland hat sich bis dato nichts geändert, lediglich der technische Fortschritt im Sinne einer vereinfachten oder erweiterten Handhabung haben in der Führung von Pfarrkarteien Eingang gefunden. Noch 1951 war in der Trierer Theologischen Zeitschrift zu lesen: "Wir haben also heute noch dasselbe Kartenmaterial wie in der Entstehungszeit der Pfarrkarteien." 1)

Heute gilt im Sinne einer manuellen Führung von Pfarrkarteien die "Rottenburger Kartei" als vorbildlich. 2)

Auch propagiert der Verband der Diözesen Deutschlands durch Herbert Pollach nach wie vor den Einsatz der Einheitspfarrkartothek. 3)

2.2.4 Formen des Bezugs personenbezogener Daten seitens der Kirchen

In aller Regel findet der Bezug von personenbezogenen Einwohnerdaten in der Form und in der Art und Weise statt, wie er auf Grund der geschaffenen Rechtsgrundlage gewährleistet ist. 4)

Danach werden seitens der Einwohnermeldeämter den Kirchen die An- und Abmeldescheine kurzfristig zur Verfügung gestellt.

2.2.5 Der gegenwärtige Aufbau von Pfarrkarteien

Die Sorge, die wohl in der Freiburger Empfehlung von 1914 wie in der von Köln 1926 mitschwingt ⁵⁾, ist die Kenntnis einiger Grunddaten der Mitglieder der Kirchengemeinden.

1) Trierer Theol. Zeitschrift, a.a.O. S. 382

2) vgl. Punkt 2.2.5, S. 20 dieser Arbeit

3) Herbert Pollach im Auftrag des VDD, Die Einheitspfarrkartothek - ein Hilfsmittel der Seelsorge, Bonn/Köln 1978

4) Bayer. Meldgesetz, a.a.O. Abschnitt C IV, Auskunft aus dem Melderegister

5) vgl. FN 3 S. 17

Dieser Katalog orientiert sich an dem Maß der Daten, die heute den Kirchen d.h. den Pfarrgemeinden zur Verfügung gestellt werden. Es ist dabei nicht uninteressant zu erfahren, welche Erwartungen und Ziele bereits 1926 in Bezug auf die Pfarrkartei formuliert wurden.

"Die Pfarrkartothek ist die Führerin zu den einzelnen Pfarrkindern und ihren Nöten. Sie gibt Antwort auf die Fragen nach deren Namen und Wohnung, Beruf und Vereinszugehörigkeit. Dem Seelsorger legt sie mit einem Blick den Familienstand seiner Pfarrei klar vor Augen und gibt ihm Kenntnis: Welche Familien rein katholisch sind, welche gemischt, wieviele Kinder da sind und deren Alter; wie hat die Trauung stattgefunden, wie die Taufen? Die Pfarrkartothek gewährt Einblick in die moralischen, wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Zusammenhänge der Pfarrangehörigen; sie schafft die Möglichkeit großer Werbeaktionen, Verteilung der Einladungen, Regelung und Auswertung der Hausbesuche; sie allein ermöglicht eine fortlaufende, zuverlässige Statistik über alle die Seelsorge betreffenden Fragen." 1)

Heute wird für die pastorale Arbeit die bereits erwähnte "Rottenburger Kartei" in der manuellen Verarbeitung personenbezogener Daten als vorbildlich empfohlen. Der Kartenaufbau und die daraus resultierenden Auskünfte werden durch die Karte sichtbar, die als Anhang beiliegt. 2)

1) Trierer Theol. Zeitschrift a.a.O. S. 382

2) Eine eingehende Darstellung der Anwendung und Auswertung ist enthalten in "Die neue Pfarrkartei", Formularverlag Rottenburger Druckerei GmbH, 7407 Rottenburg, Reiserstr. 2. Mit einem aufwendigen Reiterverfahren ist die RK arbeitsintensiv und deshalb nicht in jedem Pfarramt oder nur dort anzutreffen, wo eine tüchtige Pfarrsekretärin vorhanden ist, die bereit, fähig und willens ist, die notwendigen Änderungen in den personenbezogenen Daten vorzunehmen, um so die Kartei auf ständig aktuellem Stand zu halten.

TEIL III

Die maschinelle Verarbeitung personenbezogener Daten im EDV-Verfahren seitens der politischen Gemeinden und der Kirchen in Bayern

1. Die Situation in den politischen Gemeinden hinsichtlich der EDV-Verarbeitung personenbezogener Daten

Die politischen Gemeinden sind Ende der 60-iger und Anfang der 70-iger Jahre im Zuge des technisch ausgereiften und arbeitsvereinfachenden Einsatzes von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen dazu übergegangen, ihre Einwohnerkenndaten nicht mehr ausschließlich manuell, sondern verstärkt maschinell zu verarbeiten. Dies trifft insbesondere zu für die Großstadtgemeinden in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart. In Bayern haben die Großstädte München, Augsburg und Nürnberg die Bearbeitung personenbezogener Daten auf EDV-Anlagen umgestellt.

Auch die Kirchen haben sich auf die veränderte technische Lage eingestellt und Überlegungen angestellt, wie sie sich technisch vorbereiten und umstellen müssen, um auch zukünftig den Empfang und die Verarbeitung von Einwohnerdaten zu ermöglichen und für die Kirchengemeinden gewährleisten zu können.

Dem Bericht einer Kath. Projektgruppe für ein Kirchliches Meldewesen ist deshalb folgender Satz zu entnehmen:

" Die Meldebehörden der Kommunen stehen in einem umfangreichen Datenaustausch mit zahlreichen Stellen, der im herkömmlichen Verfahren einen außerordentlich hohen Arbeits- und Personalaufwand erfordert. Um die bislang bei vielen Verwal-

tungsstellen geführten zahllosen personenbezogenen Daten wirtschaftlicher speichern und verarbeiten zu können und um einen rationellen Datenfluß zwischen allen beteiligten Stellen zu ermöglichen, werden in zunehmendem Maße EDV Anlagen eingesetzt. In absehbarer Zeit - die Schätzungen schwanken zwischen 5 und 15 Jahren - wird das gesamte kommunale und staatliche Meldewesen und der Datenaustausch zwischen den Meldebehörden und den sonstigen Stellen mit Hilfe der EDV Anlagen betrieben werden. " 1)

2. Erste Ansätze einer EDV-gerechten Verarbeitung von Einwohnerdaten bei den Kirchen in Deutschland

Die beiden Kirchen haben frühzeitig erkannt, daß die Verarbeitung der Einwohnerkerndaten im automatisierten elektronischen Verfahren die Kirchen selbst veranlassen muß, Überlegungen anzustellen, wie sie selbst sich auf diese technische Veränderung einstellen. Standen sie bisher selbst in ständigem Austausch der Einwohnerdaten, so mußten sie damit rechnen, daß diese manuelle Verarbeitung der personenbezogenen Daten so irgendwann nicht mehr möglich sein würde. Aufgrund eines Gespräches mit Prälat Peter Hofmann von der Erzdiözese Köln, das ich anläßlich einer Sitzung der Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen am 22.3.1979 in Köln führen konnte, bestätigte mir dieser folgenden Sachzusammenhang.

Seit 1967 beschäftigt er sich vorbereitend mit dem Einsatz von EDV Anlagen im kirchlichen Bereich zur Bearbeitung des Meldewesens. Deshalb seien in der ED Köln bereits von da an EDV Anlagen entsprechend in Betrieb. 1969 ist es dann zu

1) Bundesprojektgruppe Meldewesen, Protokoll o.D. (vermutlich Frühjahr 1972) S. 5, TOP 1.2

ersten Kontakten mit der KIGST in Frankfurt gekommen. Maßgeblicher Gesprächspartner damals war Herr Burkholz. 1972 habe sich dann besonders der damalige Sekretär bei der Deutschen Bischofskonferenz, Herr Forster, sehr stark für eine Zusammenarbeit zwischen der Kath. Kirche und der EKD, hier deren Organ der KIGST eingesetzt. Von dieser Zusammenarbeit soll noch die Rede sein.

Nachdem nun ein Kontakt zwischen der ED Köln und der KIGST bestand, von dort dann eine Reihe von Impulsen in Richtung Kath. Kirche ausgingen, soll deshalb zunächst auf die Arbeit der EKD in Sachen Meldewesen eingegangen werden.

3. Der Einsatz der EDV bei der EKD und den Ev. Landeskirchen

3.1 Einrichtung der KIGST

Die Wurzeln der Überlegungen zu einer technischen Anpassung an die sich verändernde Situation, d.h. die Entwicklung von EDV Anlagen und deren Einsatz auch im kirchlich administrativen Bereich reichen bei der EKD ebenfalls in die 60-iger Jahre zurück. Das führt am 10. 12.1968 dazu, daß die EKD eine Kirchliche Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung e.V. mit Sitz in Frankfurt einrichtete. 1)

Die Aufgaben dieser kirchlichen Gemeinschaftsstelle (KIGST) werden in der Satzung in § 2 Abs. 1 generell beschrieben, nämlich

"Der Verein hat die Aufgabe, kirchliche Körperschaften, Werke Einrichtungen und Vereine auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung zu beraten, bei der Prüfung der An-

1) Schreiben der KIGST an mich vom 17.1.1979 TOP 1, ferner Satzung der KIGST, die am 21.4.1969 in Kraft trat (§ 15)

wendungsmöglichkeiten und der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zu unterstützen, Programme zu entwickeln und zu testen, sowie kirchliche Mitarbeiter für die elektronische Datenverarbeitung aus- und fortzubilden." 1)

3.2. Funktionsbereiche der KiGST

Neben der generellen Aufgabenstellung gilt für die einzelnen Funktionsbereiche der KiGST folgender Teilaspekt, nämlich die Bearbeitung der Bereiche "Finanzwesen der Kirche, Meldewesen, Personalwesen und Systembereich." 2)

3.3 Funktionsbereich Meldewesen bei der KiGST

Es gehörte also von Anfang an der Bereich Meldewesen zu den wichtigen Aufgaben, die einer konsequenten Bearbeitung bedurften. Die KiGST widmete deshalb ihre besondere Aufmerksamkeit einer raschen Verwirklichung der automatisierten Bearbeitung von Einwohnerdaten.

3.4 Anwenderhandbuch für den Funktionsbereich Meldewesen

Die KiGST konnte deshalb schon im Jahre 1973 eine Dokumentation vorlegen, die als "Handbuch" bei der Bearbeitung des Meldewesens bei den Kirchen Eingang gefunden hat. Das Handbuch beschreibt die genaue Vorgehensweise bei der Einführung des kirchlichen Meldewesens. Dabei werden folgende Inhalte angesprochen:

Dateiorganisation, Struktur und Funktion der Dateien, Datenerfassung, Ersterfassung, Änderungsdienst, Fehlerbehandlung, Ausgabe, Auswertungen, Sacherkklärungen, Abkürzungsverzeichnis. 3)

Für die Grundsätze der EDV im kirchlichen Bereich sei deshalb das Vorwort der Dokumentation zitiert.

-
- 1) Satzung der KiGST, § 2 Abs 1
 - 2) Dieter Kampe, Die Aufgabenstellung der KiGST, in : KiGST - Nachrichten, 4. Jg., Frankfurt, 2/1976, o.S.
 - 3) KiGST, Dokumentation - Kirchliches Meldewesen, Frf. 15.6.1973, in Manuskriptform, unveröffentlicht, ledigl. Arbeitsunterlage, vgl Index ebda.

"Für das Gebiet menschlicher Wissensspeicherung und Denkfertigkeit sind die Auswirkungen des Computers kaum abzuschätzen. Seine vielseitigen Einsatzmöglichkeiten lassen sich mühelos mit denen der klassischen Kulturtechniken des Lesens und Schreibens vergleichen. So wie wir heute für den Ortswechsel das Fahrzeug zu Hilfe nehmen, werden wir uns zukünftig zur Informationsgewinnung des Denkzeugs bedienen.

Wer Rechner bzw. EDV-Anlagen einsetzt, erwartet mit ihrer Anwendung

- die Unterstützung von Entscheidungs- und Leitungsprozessen durch die Bereitstellung vergangenheits- wie zukunftsbezogener Daten,
- die systematische Erhöhung der Integration von Informationsbereichen, die bislang unverbunden waren,
- die Rationalisierung schematischer und routinehafter Verwaltungsarbeiten.

Die drei Grundformen stehen in Wechselbeziehung zueinander, eine kann ohne die andere nicht erfüllt werden. Einzel- und Teillösungen beispielsweise für ausschließlich schematische und routinehafte Verwaltungsarbeiten schränken die Möglichkeiten einer EDV-Anlage ein.

Die Automation macht vor der Datenverarbeitung in der Kirche nicht halt. Grundsätze der Organisation finden Eingang in den Bereich der Pfarramtsführung. Unsere Denkweise aber hält mit dieser Entwicklung vielfach nicht Schritt. Wir bewegen uns noch weitgehend auf dem Boden der herkömmlichen Datenverarbeitung und dürfen uns deshalb nicht wundern, wenn bei der Verwirklichung der Möglichkeiten, die uns die Automation bietet, Schwierigkeiten auftreten. Ohne Zweifel darf man eine

der Hauptursachen für diese Situation darin erblicken, daß in verfahrenstechnischer Hinsicht zu wenig Möglichkeiten einer sachlichen und objektiven Information bestehen.

Die Kirchliche Gemeinschaftsstelle entwickelt EDV-Verfahren bis zur Produktionsreife, stellt sie den kirchlichen Rechenzentren bundesweit zur Verfügung und unterstützt die ED-Regionen bei der Einführung dieser Verfahren und der Gewinnung neuer Anwender. Das vorliegende Handbuch beschreibt also nicht die Technik der Computer und deren Programmierung, sondern es will für die Kirche wichtige Datenverarbeitungskonzepte vorstellen. Es dient als Leitfaden und Arbeitsgrundlage für die Einführung der EDV-Verfahren beim Anwender und enthält eine allgemeine Beschreibung und Dokumentation der Verfahrensweisen. In diesem Sinne ist es ein Nachschlagewerk für Anwender und diejenigen, die mit der Einführung betraut werden.

Die vorliegende Dokumentation beginnt mit der Beschreibung der Dateien, die das kirchliche Meldewesen benötigt. Einem ausführlichen Kapitel über die Datenerfassung folgen die Abschnitte für die Ersterfassung und den Änderungsdienst, wobei das größere Gewicht auf dem Änderungsdienst liegt. Die Ausführungen zur Fehlerbehandlung werden noch weiterhin ergänzt. Die Zusammenstellung der Ausgaben bezieht sich allein auf die Listen, welche die verschiedenen Gemeindekarteien ersetzen sollen. Erst in einem anschließenden, hiervon getrennten Teil werden die jetzt möglichen Auswertungen dargestellt. Den Schluß bilden die Sacherklärungen und das Abkürzungsverzeichnis. Hinweise aus dem Anwenderkreis, besonders zur Ergänzung der Sacherklärungen werden dankend entgegengenommen." 1)

1) KIGST, Dokumentation, Vorbemerkung Teil 1, S. 1 ff

4. Der Einsatz der EDV bei der Kath. Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

4.1 Berufung einer Bundesprojektgruppe für das Kirchliche Meldewesen

Durch den VDD wurde auf katholischer Seite eine Projektgruppe auf Bundesebene einberufen, deren Aufgabe es war, den Gesamtkomplex der automatisierten Verarbeitung von Einwohnerkenndaten zu überdenken und innerhalb der katholischen Kirche geeignete Lösungen zu erarbeiten. Diese Projektgruppe nahm

ihre Arbeit mit einer ersten Sitzung am 22.6.1971 auf. Während sie in dieser ersten Sitzung zunächst ihre Arbeitsweise besprochen hatte, diente die 2. Sitzung der Einführung in den gestellten Aufgabenbereich des Kirchlichen Meldewesens. Diese Einführung geschah bemerkenswerterweise durch den Leiter der evangelischen Einrichtung, der KIGST.

Daraus erhellt, daß zunächst die katholische und die evang. Kirche getrennt in den 60-iger Jahren ihre Überlegungen anstellten, die EKD durch die KIGST jedoch konsequenter arbeiten konnte und nunmehr ihr Ergebnis und ihren Wissensvorsprung bei der Kath. Kirche einbringen konnte, was dort gerne aufgenommen und weiterverarbeitet wurde.

Die weiteren Sitzungen der kath. Projektgruppe wurden dann unter der Mitwirkung von Mitarbeitern sowohl der Firma IBM wie auch der KIGST durchgeführt. Insgesamt fanden 1971/72 neun Sitzungen der Projektgruppe statt. Dazu kamen mehrere Sitzungen mit einem anderen Arbeitskreis des VDD, der sich im Vorfeld der Bundesgesetzgebung mit dem Problemkreis "Melderecht/Datenschutz" beschäftigte. Fragen des Melderechts wurden gleichzeitig in mehreren Sitzungen auf Länder-

ebene erörtert. Ein Unterausschuß der Projektgruppe befaßte sich in drei Sitzungen mit der Zusammenfassung der Beratungsergebnisse und der Erstellung eines Berichtsentwurfs. 1)

4.2 Beratungsergebnisse der Projektgruppe Meldewesen

4.2.1 EDV und Meldewesen, Ist - Stand im kirchlichen Bereich

In ihrer Bestandsaufnahme kommt die Projektgruppe hinsichtlich eines Ist-Zustandes im kirchlichen Meldewesen der Kath. Kirche zu folgendem Ergebnis. "Die durch die Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1919 vorgeschriebenen Pfarrkartotheken haben sich lange Jahre bewährt. Die notwendigen personenbezogenen Daten erhielten die Kirchen von den Städten und Gemeinden bislang in Form von An- und Abmeldescheinen, durch Adremaauszüge, durch Mitteilungen der Standesämter u.a.m. Die Veränderungen aus Umzug, Taufe, Eheschließung und Tod wurden manuell in die Karteien eingearbeitet. Viele Karteien sind fehlerhaft und lückenhaft, weil der Datenfluß nicht reibungslos läuft oder/und weil die laufenden Änderungen und Berichtigungen angesichts der wachsenden Mobilität und des zunehmenden Personalmangels nicht nachgetragen werden können.

Die Nachteile der manuell geführten Pfarrkarteien sind der erforderliche verhältnismäßig große Personal- und Sachaufwand, ihre daher häufig anzutreffende Unzuverlässigkeit und die für neue Methoden der Seelsorge ungeeignete Aussagefähigkeit. Den Erfordernissen differenzierter und gezielter kirchlicher Arbeit werden die heutigen manuell geführten Pfarrkarteien nicht genügend gerecht." 2)

1) Projektgruppe Meldewesen, Bericht und Empfehlungen o.O. und D. S. 8
2) ebda. S 4 und 5

4.2.2 Künftige Situation im kirchlichen Meldewesen

Die Mobilität der Bevölkerung und die sich daraus ergebenden differenzierten Anforderungen an die Seelsorge, wie z.B. die zwischen- und überpfarrliche Zusammenarbeit, die Veränderungen in der kommunalen und staatlichen Verwaltungsstruktur, die auch kirchliche Bereiche tangieren, stellen an das Meldewesen erhöhte Anforderungen, um zuverlässige Unterlagen für Entscheidungshilfen, kirchliche Steuerverwaltung, Zielgruppenarbeit, Statistik, Strukturanalyse u.ä. zu gewinnen.

Diese Erfordernisse wie die Umstellung des kommunalen und staatlichen Meldewesens auf elektronische Datenverarbeitung und die Neuordnung des Melderechts bedingen ein neues Konzept des Kirchlichen Meldewesens. Der Bericht der Projektgruppe kommt zu dem Ergebnis, daß "mit der bisherigen Pfarrkartei diese Aufgabe kaum oder nur sehr ungenügend gelöst werden kann. Abgesehen von der noch nicht entschiedenen Frage, in welchem Umfang den Kirchen die Übermittlung bestimmter personenbezogener Daten eingeräumt wird, bleibt wegen der Einführung der EDV-Technik bei den Kommunen die weitere Frage der praktischen Abwicklung der Datenübermittlung. Gegen manuell erstellte Benachrichtigungen werden die Meldebehörden erhebliche Einwendungen erheben, indem sie auf den unververtretbaren hohen Personal- und Sachaufwand verweisen. Sollte die melderechtliche Abmeldung beim Umzug tatsächlich wie geplant in Zukunft entfallen, würde das zur Folge haben, daß die Kirchen ein eigenes, aber kaum funktionsfähiges Rückmeldesystem organisieren müßten.

Auch wenn die kommunalen Rechenzentren in der Lage sein sollten, die für die Kirchen wichtigen personenbezogenen Daten in Form von Karteikarten oder Listen auszudrucken, müßten diese optisch lesbaren Unterlagen mit einem sicher aufwendigen Verfahren für aussagefähige Pfarrkarteien aufgearbeitet oder in die bestehenden Pfarrkarteien übertragen werden." 1)

Hier kommt in dem Bericht erstmals deutlich zum Ausdruck, daß sich eine Umstellung des innerkirchlichen Meldewesens nicht nur ausschließlich technisch und seelsorglich-pastoral aufgrund einer sich verändernden innerkirchlichen Situation ergibt. Es wird vielmehr sichtbar, daß der Empfang von personenbezogenen Daten durch die politischen Gemeinden manuell kaum mehr möglich sein wird und besonders diese Situation die Kirchen zu einer technischen Umstellung und Anpassung veranlassen wird. Dazu kommt die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht geklärte rechtliche Situation auf die ich in allen Einzelheiten ihrer Entwicklung die Kirchen betreffend eingehen werde.

Der Bericht kommt dann noch zu folgender Feststellung:

"Sollten die Rechenzentren Sonderleistungen für die Kirchen erbringen können, müßte mit erheblichen Gebührenforderungen gerechnet werden. Außerdem zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß die Veränderungsmeldungen häufig nur mit erheblicher Verzögerung geliefert werden können."

In der Regel sind die kommunalen und staatlichen Rechenzentren nicht für die Übernahme derartiger Sonderleistungen ausgelegt. Das gesamte kommunale und staatliche Meldewesen ist so konzipiert, daß der Datenaustausch zwischen den Meldebehörden und den übrigen Stellen mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erfolgt." 2)

1) Pr. Gruppe MW, Bericht und Empfehlungen a.a.O. S 5 - 6
2) ebda

4.2.3 Die Notwendigkeit eines kirchlichen Meldewesens

Aufgrund der sich sowohl technisch ändernden Lage, wie doch vor allem auf dem Hintergrund der sich ändernden Verarbeitung personenbezogener Daten im kommunalen und staatlichen Meldewesen kommt die Projektgruppe zu folgender Aussage:

" Es ergibt sich somit in absehbarer Zeit für die Kirche eine Situation, die es nicht oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten ermöglicht, das kirchliche Meldewesen mit dem über EDV betriebenen Meldewesen der Kommunen abzustimmen und eine zuverlässige Datenübermittlung zu garantieren. Die Kirche steht somit praktisch vor der Alternative, entweder ganz auf die Erfassung personenbezogener Daten ihrer Glieder zu verzichten und damit über weniger zu verfügen als bisher über das Pfarrkarteiensystem, oder aber ein kirchliches Meldewesen mit Hilfe der EDV einzurichten, das einer relativ einfachen Erfassung und Verarbeitung der von den Kommunen zur Verfügung gestellten Daten ermöglicht.

Unter der Prämisse, daß die Kirche nicht auf diese Daten verzichten kann und will, ist die Projektgruppe zu dem Ergebnis gekommen, daß die elektronische Datenverarbeitung ein sachgerechtes Instrument für die zukünftige Bewältigung des kirchlichen Meldewesens darstellt und sich die Bistümer dieses Hilfsmittels bedienen sollten." 1)

1) Pr. Gruppe NW, Bericht und Empfehlungen a.a.O. S 6-7

4.3 Vorlage eines Konzepts der EDV Organisation für die Katholische Kirche Deutschlands

Um die notwendige und gebotene Zusammenarbeit zwischen der EKD und der Kath. Kirche in Fragen der EDV einerseits und die Verwirklichung der Gedanken der Projektgruppe Meldewesen andererseits zu gewährleisten, beschließt die Vollversammlung des VDD im März 1973 den Einsatz der EDV im kirchlichen Bereich voranzutreiben und ein entsprechendes Organisationskonzept vorzulegen.

Hinsichtlich der Organisation lag den Sitzungen des Verwaltungsrates des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 17./18. Oktober 1972 und der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 4.12.1972 jeweils bereits ein Vorschlag zu einem EDV-Organisationsschema für den Bereich der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vor. 1)

Danach war folgende organisatorische Gliederung vorgesehen: 2)

- EDV-Leitungsteam/Verbindungsausschuß zur KIGST gem. Ziff. 5 des Hauptvertrages über die Zusammenarbeit mit der KIGST
- Projektgruppen auf Bundesebene für die folgenden Funktionsbereiche
 - Meldewesen
 - Finanzwesen
 - Personalwesen
 - Caritas/Diakonie
- Regionale Arbeitsgruppen

Gleichzeitig wurde die Bildung regionaler Planungsgruppen empfohlen, wie dies in der Sitzung des Verwaltungsrates des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 15./16.5.1973

1) Schreiben des Sekrt. d. DBK, München 9.7.1973 Jr.Nr. F 8002

2) ebda

zum Ausdruck kam. Bei der Bildung dieser Arbeitsgruppen sollte dabei von den folgenden 6 Regionen ausgegangen werden

- Norddeutscher Raum (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg-Bremen, und Berlin)
- Nordrhein-Westfalen
- Hessen
- Rheinland-Pfalz, Saarland
- Baden-Württemberg
- Bayern

Im Benehmen mit den Leitern der Projektgruppen für die einzelnen Funktionsbereiche auf Bundesebene 1) benennen die zuständigen Generalvikare, ggf. auch die Caritasverbände, die Mitglieder der regionalen Arbeitsgruppen und einigen sich auf einen Leiter. Dies sollte bis spätestens 1.9.1973 geschehen sein. 2)

4.4 Vorlage eines Berichtes über den Einsatz der EDV in der Katholischen Kirche Deutschlands

Im Januar 1974 legt die EDV-Fachstelle beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz den Generalvikaren der deutschen Diözesen und den EDV Vertretern in den regionalen kirchlichen Arbeitsgruppen einen 46 Seiten umfassenden "Bericht über den Einsatz der EDV in der Katholischen Kirche" vor, der als Grundlage für die Arbeit der Diözesen in Sachen EDV Anwendung gelten kann. Nachdem damit auch die Bayerischen Diözesen mit diesem Bericht eine Handreichung erhielten, sei auf einige wesentliche Inhalte eingegangen.

Die Präambel zu diesem Bericht führt bereits an, daß durch

1) für den Bereich Meldewesen ist das Dipl. Volkswirt G. Bergmann, Bischöfl. Generalvikariat im Bistum Essen, Zwölfling 16, Essen

2) Schreiben FN 1 und 2, S. 32,

genauere und aktuellere Information über Bestand, Strukturen und Entwicklung der Mitgliederdaten, Einrichtungen und Aktivitäten von kirchlichen Einrichtungen, einschl. Caritas, eine gezieltere und wirklichkeitsnähere Arbeit der Verantwortlichen erreicht werden soll. Zum anderen müsse die Kirche den sich anbahnenden Entwicklungen auf staatlicher Seite vorbereitet gegenüberstehen. Aber auch das für die Gemeindearbeit notwendige Meldewesen erfordere auf kirchlicher Seite die Anpassung an diese technisch-organisatorische Entwicklung. 1)

Bei der grundsätzlichen Überlegung zur Organisation der EDV-Arbeit stellt der Bericht fest:

" 4.3 Systembetrieb/Rechenzentren

Datenerfassung/Datenausgabe:

Für die Übernahme von Massendaten anderer Stellen (z.B. Meldebehörden, Finanzämter u.a.) werden maschinelle Datenträger weitgehend eingesetzt, ebenso für die Weitergabe von Massendaten." 2)

Vor allem in der Präambel bereits werden die Gedanken wieder aufgegriffen, wie sie als Leitlinien bereits von der Projektgruppe Meldewesen zum Ausdruck gekommen sind; so gesehen handelt es sich bei dem Bericht um eine inhaltliche Wiederholung, nur mit anderen Worten. Auch bei den organisatorischen Überlegungen klingt an, daß die Kirche analoge Verarbeitungsmechaniken einrichten muß, will sie in der Entwicklung mit den staatlichen und kommunalen Einrichtungen Schritt halten und an dem Datenaustausch weiterhin partizipieren.

Weiter führt der Bericht an, daß die "gemeinsame Nutzung"

1) EDV-Fachstelle beim Sekrt. d. DBK, Bericht über den Einsatz der EDV in der Kath. Kirche, Bonn Jan. 1974, S. 2.
2) ebda S. 13

kirchlicher Rechenzentren durch beide Kirchen eine bewährte Lösung darstellt. Dabei ist insbesondere die gemeinsame Speicherung von Daten im Meldebereich und die erforderliche nur einmalige Übernahme von den staatlichen Behörden vorteilhaft. Neben den Vorteilen gemeinsamer Datenverfügbarkeit vereinfacht sich auch die Nutzung von KIGST-Programmen. 1)

Wie noch zu zeigen sein wird, verbieten das BDSG und das BayDSG jedoch die gemeinsame Verarbeitung konfessionsverschiedener Daten.

Die bereits im Schreiben des Sekretariats der DBK vom 9.7.1973 angesprochene und wie vor angeführte Organisationsstruktur sei hier nochmals dem vorliegenden Bericht entnommen und als Grafik der besseren Übersicht wegen dargestellt. 2)

1) Bericht a.a.O. S. 14

2) ebda. S. 18 und 20

Interdiözesane Zusammenarbeit

EDV-Verantwortung

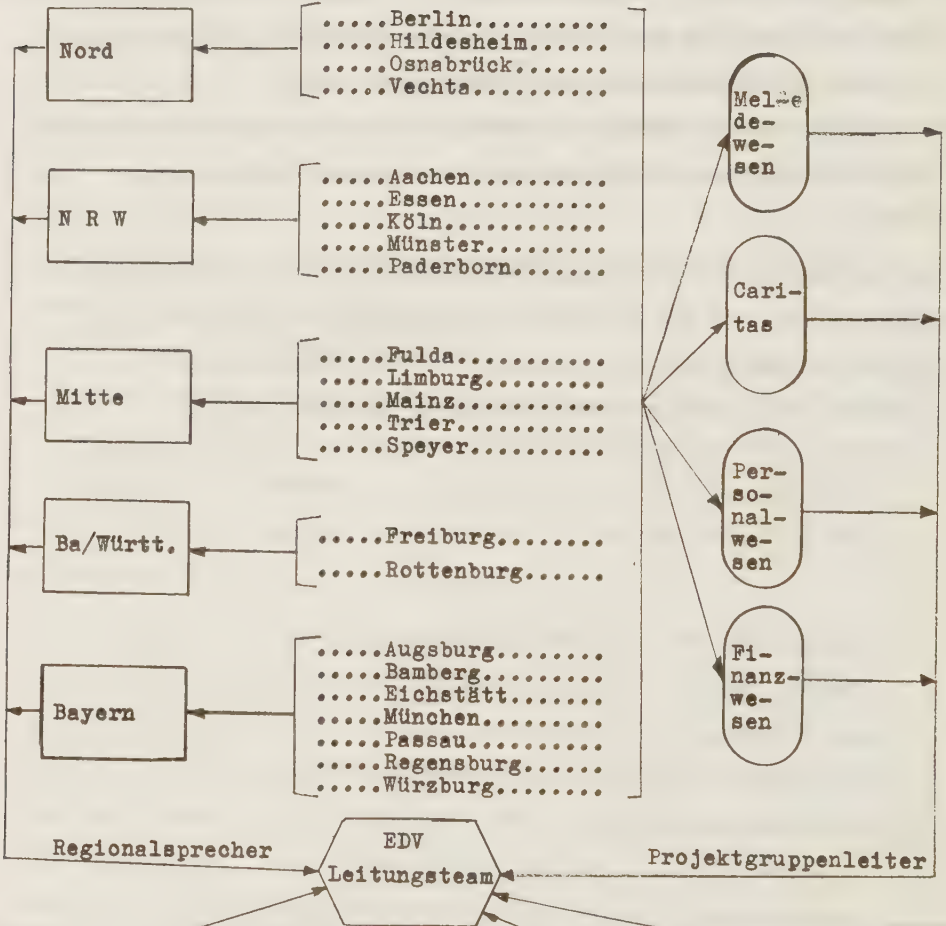
Projektarbeit

(EDV-Leiter)

(Projektspezialisten)

Regionale Arbeitsgruppen

Projektgruppen



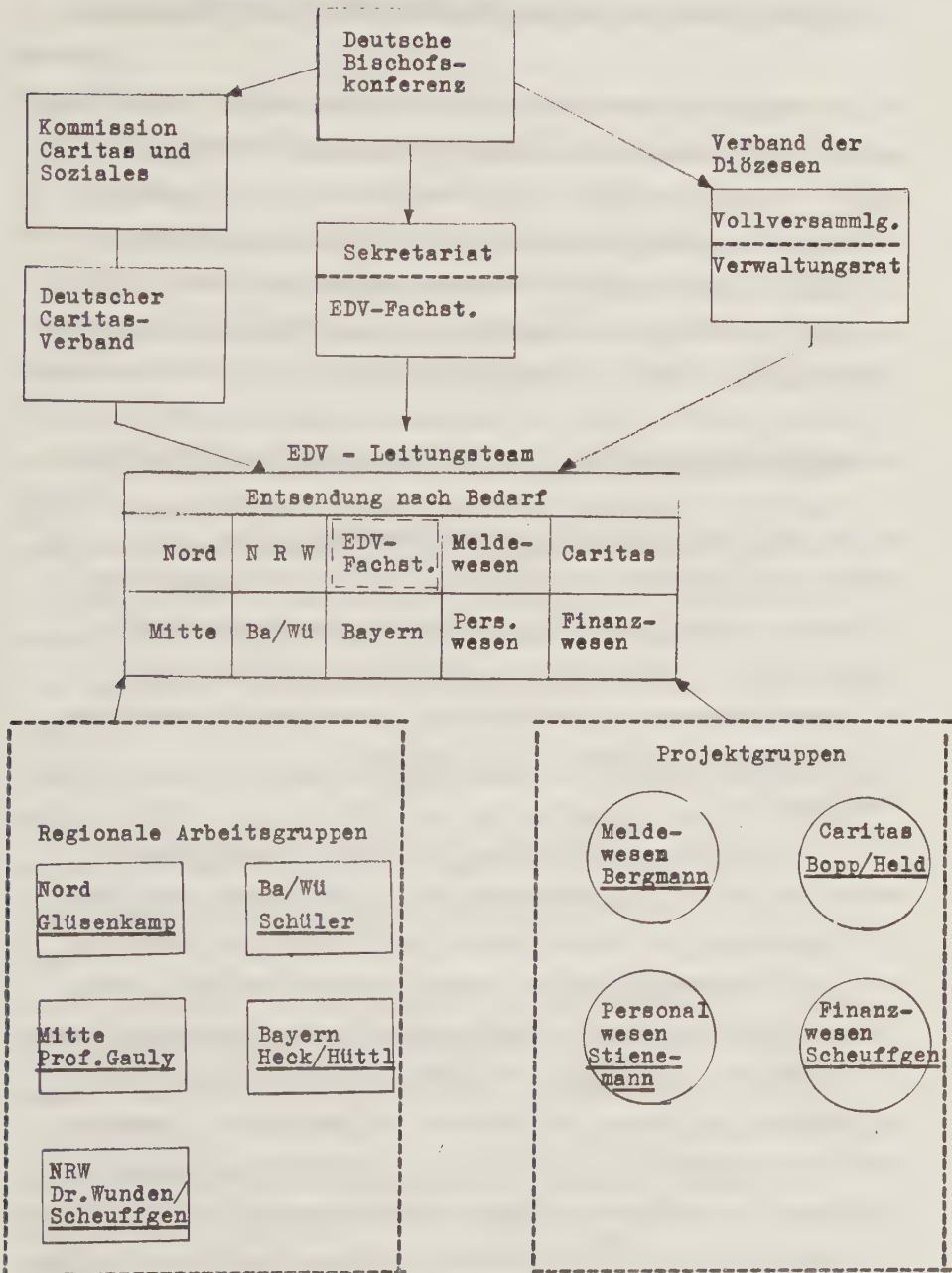
Sekretariat
der
Deutschen
Bischofskonferenz

EDV-
Fachstelle

Andere Gremien und Per-
sonen des Verbandes der
Diözesen und seiner
Mitglieder

Andere Gliederungen
der
katholischen Kirche

Überdiözesane Zusammenarbeit



5. Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen und der Katholischen Kirche in Deutschland in Sachen Meldewesen

Es ist bereits in den Punkten 1 und 2 angesprochen worden, daß beide Kirchen zunächst unabhängig voneinander sich über den Einsatz von EDV Anlagen bei der Verarbeitung von Einwohnermeldedaten Gedanken machten. Dennoch hat die Projektgruppe der Katholischen Kirche in Deutschland dann bei ihren Beratungen die Hilfe und Unterstützung, sowie die gewonnene Erfahrung der KIGST in Anspruch genommen.

5.1 Gemeinsame Behandlung des Funktionsbereiches Meldewesen

Der Bericht der Projektgruppe Meldewesen auf kath. Seite bringt sehr eingehend zum Ausdruck, welche Überlegungen zur Realisierung des Projektes Meldewesen im gemeinsamen Interesse angestellt werden mußten. Ich zitiere deshalb die mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig erscheinenden Anmerkungen aus dem Bericht der Kath. Projektgruppe.

Dort heißt es:

" Im Unterschied zu dem Auftrag der anderen Projektgruppen war nicht nur die Einsetzbarkeit der EDV Programme der KIGSt für Anwendungen und Einrichtungen der Bistümer auf Grund von Ist- und Programmanalysen zu prüfen, sondern das völlig neue Konzept eines kirchlichen Meldewesens, das die bisherige Praxis im Bereich der Gliedkirchen der EKD ablösen soll, auf die Anwendbarkeit im Bereich der Bistümer zu untersuchen. Deswegen umfaßte die Prüfung nicht nur das von der KIGSt vorgegebene Datenprofil und die wesentlichen Auswertungen der zu speichern, personenbezogenen Meldedaten, sondern es mußte das von der

Kirchlichen Gemeinschaftsstelle entwickelte Konzept auf seinen Modellcharakter für ein Meldewesen der Bistümer untersucht werden.

Es wurde also ein Soll-Konzept im Nachvollzug des Modells der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle für ein Kirchliches Meldewesen entwickelt.

Die Projektgruppe Meldewesen mußte ferner den Umstand berücksichtigen, daß auf Grund des in den Grundzügen entwickelten Konzepts eines kirchlichen Meldewesens durch die Kirchliche Gemeinschaftsstelle die Umstellung des kirchlichen Meldewesens auf elektronische Datenverarbeitung im Bereich einiger Landeskirchen in Angriff genommen worden ist. Den in Betracht kommenden Bistümern ist angeboten, gemeinsam das kirchliche Meldewesen nach dem Konzept der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle zu betreiben. Es ist zu erwarten, daß entsprechende Vereinbarungen zwischen den Landeskirchen und den Bistümern schon bald getroffen werden. Zum Berichtszeitpunkt waren folgende Projekte bekannt:

Diese Entwicklung bedingte auch, daß die Projektgruppe sich mit Detailfragen befassen mußte, um ein Auseinandergehen der Entwicklung in den einzelnen Gebieten zu vermeiden. So hat die Projektgruppe mehrfach über den sogenannten Pfarrschlüssel beraten.

Da die Kirchliche Gemeinschaftsstelle zusammen mit der Projektgruppe Meldewesen der EKD die Ausarbeitung ihres Konzepts in wesentlichen Teilgebieten noch nicht abgeschlossen hat, war die Projektgruppe bestrebt, ihre Aufgabe unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Interessen sowohl der Bistümer wie der EKD durchzuführen. Dabei war auch von Bedeutung, daß regional bereits

eine gemeinsame Datenverarbeitung betrieben oder angestrebt wird. (vgl. 1. 3 2) Es sollten keine vermeidbaren Nachteile für den Fall entstehen, daß es zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Kooperation mit der EKD - in welcher Form auch immer - kommt. Deswegen hat die Projektgruppe von dem Angebot der KIGST, das auch bereits vom Präsident Hammer auf der Frühjahrssitzung 1971 des Verwaltungsrates des Verbandes gemacht worden war, Gebrauch gemacht und einige Mitglieder der Katholischen Projektgruppe für die praktische Mitarbeit in einigen Unterausschüssen der Projektgruppe Meldewesen der EKD benannt." 1)

5.2 Gemeinsame Verträge und Einrichtungen

Die der Öffentlichkeit kaum oder gar nicht bekannte gute Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen und Katholischen Kirche - hier in Sachen EDV-Anwendung, besonders im Bereich des kirchlichen Meldewesens - hat dann auch ihre vertragliche Form gefunden. Ausschlaggebend dafür war ganz sicherlich die bereits zitierte sehr positive gemeinsame Arbeit in den div. Projektgruppen. Der Grundlagenbericht der EDV-Fachstelle bei der Deutschen Bischofskonferenz würdigt diese Zusammenarbeit ausdrücklich und verweist darauf, daß die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Kirchen die Verträge des VDD mit der KIGST vom Jahreswechsel 1972/73 und die Satzung der KIGST bilden. Danach sind folgende Gremien vorgesehen und eingerichtet: 2)

1) Bericht der Kath. Projektgruppe a.a.O., ohne Datum, S. 2-3

2) EDV-Fachstelle, Grundlagenbericht Tl.I, S. 4, a.a.O. und Schreiben der KIGST an mich vom 17. Jan. 1979. P. 3, S.2 Frankf.

- Verbindungsausschuß
(Grundlage: KIGST Hauptvertrag mit der Kath.Kirche)
- KIGST-Verwaltungsrat
(Grundlage: KIGST Satzung)
- Beirat
(Grundlage: KIGST Satzung)
- Planungsgruppen

Begründet wird diese Organisationsstruktur insbesondere damit, daß große Teile der administrativen Arbeit in beiden Kirchen gleich, oder sehr ähnlich sind und die EDV Lösungen hierfür gemeinsam entwickelt werden können. Durch gemeinsame Entwicklungsarbeit werden nicht nur Doppelarbeit und erhebliche Kosten vermieden. Es werden auch Lösungen erarbeitet, die aufeinander abgestimmt sind. 1)

Damit wird auch die Basis für ein gemeinsames organisatorisches und politisches Handeln verbessert. Es hat sich bisher bereits gezeigt, daß den Kirchen immer dort bemerkenswerte Erleichterungen für ihre praktische Arbeit erreichbar sind, wo sie gemeinsam gegenüber staatlichen Organen auftreten. 2)

So stellt der Grundlagenbericht dazu weiter fest:

- "- Insbesondere ist das Kirchliche Meldewesen in der beschlossenen Form nur gemeinsam zu verwirklichen.
- Die gesetzlichen und organisatorischen Anforderungen an das Gesundheitsinformationswesen legen ebenfalls gemeinsame Lösungen dringend nahe.
- Schließlich können sich aus der größeren Mengengrundlage bei der gemeinsamen Durchführung in Rechenzentren die Vorteile der Kostendegression ergeben. " 3)

1) EDV-Fachstelle, Grundlagenbericht Tl II, a.a. O. S.21

2) ebda

3) ebda

Die auf Bundesebene beschlossene und vertraglich geregelte gemeinsame Arbeit beider großer Kirchen im Bereich der EDV-Anwendung, hier insbesondere im Bereich des kirchlichen Meldewesens wirkt auch in der Arbeit der Bayerischen Projektgruppe. In der noch darzustellenden Arbeit der Projektgruppe Meldewesen auf bayerischer Ebene war die Ev.-Luth. Landeskirche schon nach den ersten Sitzungen beteiligt. Lediglich zu Anfang der Arbeit auf bayrischer Ebene tagten die Gremien noch unabhängig voneinander.

5.3 Die Zusammenarbeit der beiden Kirchen auf Bundesebene dargestellt in einem Schaubild.

Das Schaubild über die Evangelisch-Katholische Zusammenarbeit, das ich dem Grundlagenbericht entnehme, zeigt auf der linken Seite die Gliederung und Organisation der Kath. Kirche. Die rechte Seite der Grafik stellt den Bereich der EKD dar. Das Schaubild zeigt ferner im mittleren Teil, welche gemeinsame Gremien eingerichtet werden (nämlich - Verbindungsausschuß, KIGST-Verwaltungsrat, Beirat, Projektgruppen, Planungsgruppen). 1)

1) EDV-Fachstelle, Grundlagenbericht Tl. II 1976, a.a.O., S. 22

Verbindungsausschuß 1)

Verband
der
Diözesen

stv. Kath.
Mitglieder
.Bergmann
.Bopp
.Bühler
.Kroener

Gertz	Dummler
Glüsenkamp	Gutmann
Jung	Holtz
Spiegelhalter	Krause
Strasser	Uibel
Michels	Kampe

KIGST
Verwaltungs-
Rat
Vorstand
Geschäfts-
führer

Sekretariat
der dt.
Bischöfskonf.
EDV-Fachstelle

weitere
Gliederungen
(oder Rechen-
zentren)

KIGST - Verwaltungsrat
2 Beiratsvertreter
Beirat

Fachstelle	KIGST-G.F.
3 weitere	9 Rechenzent.
1 Meldewes.	1 Meldewesen
1 Caritas	1 Diakonie
1 Personal	1 Personal
	1 Finanzw.
	1 Prüfung

Projektgruppen
Meldewesen
Caritas
Finanzwesen
Personalwesen

Planungsgruppen
Meldewesen
Caritas/Diakonie
Personalwesen
Finanz/Prüfungswesen

ev. Rechenzentren kath.

Hamburg	Köln
Hannover	Eichstätt
Berlin	Augsburg
Bielefeld	München
Volmarstein	Regensburg
Düsseldorf	Passau
Frankfurt	-
Heidelberg	-
München	-

9 ev. Regionen

Nordelbien	Niedersachsen	Berlin
Westfalen	Rheinland	Hessen
Baden	Württemberg	Bayern
-	-	-

6. Die Entwicklung des Kirchlichen Meldewesens in Bayern

6.1 Gründe für die Einrichtung einer Bayerischen Projektgruppe für das Kirchliche Meldewesen

Für die Bestellung einer Projektgruppe für das Kirchliche Meldewesen in Bayern sind aufgrund des vorher Gesagten mehrere Fakten gleichbedeutend.

1. Die Evang.-Luth. und die Katholische Kirche in Bayern müssen ebenfalls einer sich ändernden Situation in der Verarbeitung von Mengendaten bei den Einwohnermeldeämtern auf kommunaler Seite Rechnung tragen und sich anpassen, sowie entsprechend analoge technische Voraussetzungen für die Verarbeitung ihrer Kirchenmitglieder schaffen
2. Es sind die organisatorischen Grundbedingungen zu schaffen, wie sie in dem Schreiben des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz an die Generalvikare vom 9.7.1973 angesprochen sind und im EDV-Bericht der EDV-Fachstelle beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz vom Januar 1974 zum Ausdruck kommen, d.h. die
 - Bildung einer Region "Bayern"
 - Bildung einer regionalen bayerischen Planungsgruppe für das kirchliche Meldewesen
 - Benennung von Mitgliedern der regionalen Arbeitsgruppe für die Projektgruppen auf Bundesebene
 - Benennung eines Leiters der regionalen Planungsgruppe.

3. Zusammenarbeit der Evang.-Luth. Landeskirche und der Kath. Kirche in Bayern aufgrund des Hauptvertrages der KIGST mit der Kath. Kirche in Deutschland von 1972/73.

Insgesamt gesehen, kann der Beginn der Tätigkeit einer Bayerischen Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen nicht losgelöst und unabhängig vom Geschehen auf Bundesebene betrachtet werden. Diese Tätigkeit ergibt sich vielmehr aus dem Ergebnis von Bedingungen, wie sie auf Bundesebene geschaffen wurden. Das Kirchliche Meldewesen in Bayern ist somit keine genuin Bayerische Eigenart.

6.2. Bestellung eines Beauftragten der Bayerischen Bischöfe für das Kirchliche Meldewesen

Anlässlich einer Sitzung der Generalvikare der Bayer. Diözesen vom 7. Februar 1972 hatte der Vertreter der Diözese Augsburg ¹⁾ beim Verwaltungsrat des Verbandes der Diözesen Deutschlands in seiner Eigenschaft als Vertreter der Bayer. Diözesen bei der Kath. Kirchensteuerkommission Gelegenheit, das Thema des Kirchlichen Meldewesens inhaltlich so vorzutragen, wie es von der Bundesprojektgruppe erarbeitet wurde. Gleichzeitig lag den Bayerischen Bischöfen ein Anliegen des Bayerischen Staatsministerium des Innern vor, wonach es bei den Überlegungen zur Neuregelung des Einwohnermeldewesens in Bayern auch die beiden großen Kirchen anhören und einbeziehen wollte. ²⁾

1) Josef Hüttl, Diözesanrat beim Bischöfl. Ordinariat Augsburg

2) Entschließung des BStMdl München, vom 25. Jan. 1972, AZ I A 6 - 470 - 21 - 2/1 "Personenkennzeichen und Einwohnerwesen"

Der damalige Vorsitzende der Bayerischen Bischofskonferenz, Kardinal Julius Döpfner, hat aufgrund dieses Berichtes von Herrn Hüttl ihn daraufhin mit Schreiben vom 21. Februar 1972 zum Beauftragten der Bayerischen Bischöfe ernannt und ihn gebeten, die im Bereich der Bayerischen Diözesen auf dem Gebiet des Meldewesens anstehenden Fragen in laufender Zusammenarbeit mit den einzelnen Diözesen einer Klärung zuzuführen und die notwendigen Verhandlungen mit dem Bayerischen Innenministerium und anderen zuständigen öffentlichen Stellen wahrzunehmen. 1)

6.3 Einberufung einer Bayerischen Projektgruppe für das Kirchliche Meldewesen

Der vom Vorsitzenden der Bayerischen Bischofskonferenz beauftragte Augsburger Diözesanrat Hüttl hatte nun seinerseits die Möglichkeit aktiv zu werden. In Erfüllung des von der BBK gestellten Auftrags wurde nun eine Projektgruppe zusammengestellt, in der alle Bayerischen (Erz-)Diözesen vertreten sind. Aufgabe der Mitglieder war es, gemeinsam mit dem bischöflichen Beauftragten für Bayern die rechtlichen und kirchenintern praktikablen Belange der Diözesen in Sachen Meldewesen einzubringen, zu formulieren und entscheidungsreif vorzubereiten. 2)

Die Bayerischen Diözesen haben daraufhin je einen Vertreter aus ihrem Mitarbeiterbereich benannt, der in der Projektgruppe mitwirken sollte. In der Regel handelte es sich dabei um Mitarbeiter aus den Bischöfl. Finanzkammern oder um

- 1) Schreiben des Vorsitzenden der BBK vom 21.2.1972 an den Amtsrat beim Kath. Kirchensteueramt Herrn Josef Hüttl, 89 Augsburg
- 2) Schreiben des Bayer. Beauftragten für das Kirchl. Meldewesen an die Generalvikare der Bayer. Bistümer, Augsburg 23.2.1972
AZ KK 9/72

solche Mitarbeiter, die sich in den Ordinariaten mit Planungsfragen beschäftigten. Es waren stets solche Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Stellung mit entsprechender richtungsgebender Kompetenz ausgestattet waren, so daß die Vorlagen der Projektgruppe für die entsprechenden Gremien, die ausschließlich Entscheidungskompetenz haben, nämlich die Konferenz der Finanzdirektoren der Bayerischen Diözesen und die Bayerische Bischofskonferenz, ausreichendes Gewicht besaßen.

Die personelle Besetzung kommt in den Teilnehmerlisten der ersten Sitzungsprotokolle zum Ausdruck (Sitzungen vom 21.6.72, 18.10.73, 22.4.76). Der Personenkreis bestand aus Seelsorgeamtsleitern, Domkapitularen, Pfarrern, Kirchenamtsräten.

Im Fortgang der Verhandlungen und Vorarbeiten für eine praktische Nutzenanwendung der gespeicherten Daten erweiterte sich der Teilnehmerkreis und wurde mit Personen besetzt, die in der praktischen Arbeit mit Daten zu tun hatten oder haben würden. Es handelte sich dabei insbesondere um EDV-Fachleute und hauptberufliche Referenten für ein kirchliches Meldewesen, deren Aufgabe darin liegt, sowohl vorbereitende Arbeiten für die EDV-Fachabteilung (Rechenzentrum) wie auch für die praktische Nutzenanwendung der personenbezogenen Daten in den Pfarrämtern zu leisten. Dies kommt insbesondere in den Sitzungsprotokollen der Projektgruppe ab 11.10.1976 deutlich zum Ausdruck.

6.4 Die Mitarbeit der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern in der Bayer. Projektgruppe für das Kirchliche Meldewesen

Bereits das Protokoll der 2. Sitzung der Projektgruppe bringt zum Ausdruck, daß schon Beziehungen zur Evang.-Luth. Landeskirche hergestellt worden sind. Diese gemeinsame und zukünftige Zusammenarbeit wird deshalb als eigener Tagesordnungspunkt behandelt und zu Protokoll gebracht. Dort heißt es:

" TOP VI Formen der Zusammenarbeit mit der Evang.-Luth. Landeskirche Bayerns.

Herr Hüttl kann berichten, daß die in der letzten Sitzung gemeinsam erarbeiteten Meldedaten auch von der ev.-luth. Landeskirche übernommen wurden. Mit dem Bayr. Innenministerium konnte so erfolgreich verhandelt werden. Herr Hüttl wird beauftragt, in diesem Sinne auch weiterhin mit der ev. Kirche zu verhandeln.

Es wird vereinbart, daß - was diesen Problemkreis betrifft - auf jeder "katholischen" Sitzung auch zwei Vertreter der ev.-luth. Landeskirche teilnehmen und umgekehrt." 1)

Die Teilnahme eines Vertreters der Evang.-Luth. Landeskirche ist dann im Protokoll der 4. Sitzung der Projektgruppe vom 18. Oktober 1973 in Augsburg erstmals festgehalten. Von da an wirkt die Ev. Landeskirche gemeinsam am Projekt Meldewesen mit.

- 1) Arbeitsgruppe für ein kirchliches Meldewesen der Bayer. Bistümer, Protokoll der 2. Sitzung vom 21. Juni 1972, Augsburg S. 2, TOP VI
- 2) Protokoll der Arbeitsgruppe wie FN 1, Sitzung vom 18. Okt. 1973 S. 1 "Teilnehmer"

6.5 Die Einberufung einer Arbeitsgruppe für EDV - Fragen der Bayerischen Bistümer

Gleichlaufend zur Bildung einer Projektgruppe Meldewesen hat sich die Bildung einer Arbeitsgruppe für EDV - Fragen im kirchlichen Bereich der Bayerischen Diözesen ergeben. Dies geschah besonders in Hinblick auf eine Gesamtkonzeption des Einsatzes von EDV-Anlagen im Bereich des VDD, einerseits, im besonderen im Bereich der Bayerischen Diözesen andererseits. Es handelte sich dabei um eine Expertengruppe von EDV-Fachleuten im kirchlichen Dienst. 1)

Der Vorsitzende der Bayer. Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen machte in Absprache mit Vertretern der Bayer. Bistümer den Finanzkammerdirektoren der Bayer. Diözesen den Vorschlag zur Bildung einer solchen Arbeitsgruppe. Sie sollte u.a. mitarbeiten in Fragen des

- Kirchlichen Meldewesens
- Finanzwesens
- Besoldung und Kirchensteuer

Die Arbeitsgruppe hätte überdies die Möglichkeit, bei geschlossenem Auftreten, mehr als bisher auf die überdiözesanen Projektgruppen einzuwirken, sie könnte überdies spezifisch bayerische Interessen in besagten Projektgruppen wahrnehmen. 2)

Die Bayerische Finanzkammerdirektorenkonferenz vom 21.9.1972 hat der vorgeschlagenen Bildung einer solchen EDV-Arbeitsgruppe zugestimmt. Die Arbeitsgruppe tagte erstmals am 7.12.1972. 3)

- 1) vergl. Verwaltungsrat des VDD, Beschlüsse vom 5./6. 10.1970, 29./30. 3.1971, 23.3.1972; ferner Protokoll der Sitzung der Finanzkammerdirektoren der Bayer. Bistümer v. 28.10.1970, 4.3.19
- 2) Josef Hüttl "Überlegungen zu einer EDVKonzeption für die Bayer. Bistümer, Augsburg 7.9.1972, den Bayer. Diözesen unterbreitet.
- 3) Arbeitsgruppe für EDV-Fragen, Protokoll der 1. Sitzung, Augsburg 7.12.1972 S. 1

6.6 Beziehungsstruktur der Projektgruppe Kirchl. Meldewesen und der Arbeitsgruppe für kirchl. EDV-Fragen in den Bistümern Bayerns

Bayer.
Bischofs-
konferenz

vorgeschlagen:
7.2.1972
ernannt:
21.2.1972

Beauftragter
für das
Kirchliche
Meldewesen
in Bayern

vorgeschl.:
23.2.1972
1. Sitzg.:
13.4.1972

Bayerische
Projektgruppe
Kirchliches
Meldewesen

vorgeschl.:
7.9.1972
beschlossen:
21.9.1972
1. Sitzung:
7.12.1972

Arbeitsgruppe
f. EDV-Fragen
der Bayer.
Bistümer

Mü - Ba - Wü - Ei - Pa -
Au - Rg

Mü - Ba - Au - Ei - Pa -
Rg - Wü

11. Okt. 1976

= erste gemeinsame Sitzung beider Gruppen

Abk: Mü = Erzdiözese München-Freising
Ba = Erzdiözese Bamberg
Au = Diözese Augsburg
Ei = Diözese Eichstätt
Pa = Diözese Passau
Rg = Diözese Regensburg
Wü = Diözese Würzburg

Ihre Aufgabe hinsichtlich des kirchlichen Meldewesens sah die Arbeitsgruppe darin, sich weniger mit Fragen der rechtlichen Position der Datenlieferung für die Kirchen zu beschäftigen, als vielmehr um die technische Verwirklichung einer nutzbringenden Anwendung der gespeicherten personenbezogenen Daten besorgt zu sein. 1)

Den Vorsitz dieser EDV-Arbeitsgruppe hatte ebenfalls der Vorsitzende der Bayer. Projektgruppe für das Kirchliche Meldewesen inne.

1) Protokoll wie vor FN 3, S. 49

6.7. Zeittafel der Sitzungen zum Thema Kirchliches Meldewesen
 der in der Grafik Pkt 6 angesprochenen Gremien und der
Finanzkammerdirektoren der bayer. Diözesen

Bayer. Projektgruppe "Kirchl. Meldewesen"	Arbeitsgruppe für WVV Fragen	FD Konferenzen i.d. das Kirchl. Meldew. TOP war
13. 4. 72	7.12.72	21. 9.72
21. 6. 72	12. 2.73	13. 2.73
22. 6. 73	10. 7.73	28. 5.73
18.10. 73	28.11.73	23. 7.73
	18. 4.74	29. 4.74
22. 4. 76		30. 9.74
11.10. 76		21. 4.75
29.10. 76		30. 4.75
14. 2. 77		10. 7.75
10.11. 77		27.10.75
19. 1. 78		4.12.75
13.11. 78		26. 1.76
6. 3. 79		10.5. 76
26. 4. 79		17. 5.77
27. 6. 79		30. 1.78
		10. 4.78
		25. 4.78
		8. 5.78
		3. 7.78
		29. 7.78
		16.10.78
		31. 1./
		1. 2. 79
		14./15.5.79

Teil IV

Das kirchliche Meldewesen in Bayern unter dem besonderen Aspekt der technischen und rechtlichen Entwicklung des Meldewesens bei den politischen Gemeinden sowie unter dem Aspekt der Rahmengesetzgebung des Bundes und der Landesgesetzgebung in Bayern
zum Melderecht und Datenschutz

1. Die ersten Verhandlungen der Bayerischen Projektgruppe Meldewesen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern

1.1 Die Ausgangslage für die Verhandlungen mit dem BStMdi

Das für die Frühjahrsvollversammlung des VDD 1972 von der Bundesprojektgruppe für das Kirchliche Meldewesen erarbeitete Papier ist auch Grundlage für die Arbeit der Bayerischen Projektgruppe gewesen. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Bayer. Projektgruppe - bayerische Belange betreffend - allseitig den Fragenkreis des kirchlichen Meldewesens zu behandeln hatte.

In Bezug auf die staatliche und die kommunale Lage sagt der Grundlagenbericht der Bundesprojektgruppe: " Bund und Länder nehmen zur Zeit eine Neuordnung des Meldewesens und des Melderechts vor." 1). Ferner: "Die Meldebehörden der Kommunen stehen in einem umfangreichen Datenaustausch mit zahlreichen Stellen, der im herkömmlichen Verfahren außerordentlich hohen Arbeits- und Personalaufwand erfordert. Um die bislang bei vielen Verwaltungsstellen geführten zahllosen personenbezogenen Daten wirtschaftlicher speichern und verarbeiten zu können und um einen rationellen Datenfluß zwischen allen beteiligten Stellen zu ermöglichen, werden in zunehmendem Maße EDV-Anlagen eingesetzt. In absehbarer Zeit - die Schätzungen schwanken zwischen 5 und 15 Jahren - wird das gesamte kommunale und staatliche Meldewesen und der Datenaustausch zwischen den Meldebehörden

1) Bundesprojektgruppe, Grundsatzpapier, a.a.O. S. 2

und den sonstigen Stellen mit Hilfe der EDV - Anlagen betrieben werden." 1)

Die Folgen einer Umstellung und einer Anpassung seitens der Kirchen an eine sich im staatlichen und kommunalen Bereich abzeichnenden Änderung im Meldewesen habe ich in Teil III zu behandeln versucht. Dort sind die Grundüberlegungen der Kirchen zu diesem Thema festgehalten. Sie bilden auch die Ausgangslage für die Kirchen in Bayern.

Eine weitere Überlegung findet in diesem Grundsatzpapier noch Beachtung - und das betrifft auch die Belange Bayerns - nämlich die Frage nach der Überschneidung von Diözesan- und Landesgrenzen. Wenngleich im Freistaat Bayern sich Landesgrenzen und Kirchengrenzen decken, so sind es doch die Grenzen der Bezirke, bei denen es diözesane Überschneidungen gibt. Hier kommt die Bundesprojektgruppe zu der Auffassung, daß das kirchliche Meldewesen in Zukunft in hohem Maße vom einheitlich konzipierten staatlichen Meldewesen abhängig sein wird, da es die auf EDV-Anlagen gespeicherten personenbezogenen Daten von den Kommunen erhält. Da aber schon die Diözesangrenzen sich nicht mit denen der Landesgrenzen und denen der Bezirke decken, in vielen Fällen nicht einmal mit denen der kommunalen Gebietseinheiten,²⁾ werden sehr große Schwierigkeiten bei der mit Hilfe von EDV-Anlagen betriebenen Erfassung und bei der weiteren Pflege der Daten (Änderungsdienst) entstehen. 3)

1) Bundesprojektgruppe, Grundsatzpapier a.a.O. S. 5

2) Als Beispiel nenne ich nur die Stadt Landshut/Ndb; der Flußlauf der Isar durch die Stadt ist gleichzeitig in etwa der Verlauf der Diözesangrenzen der Diözesen Regensburg und München

3) vgl. Bundesprojektgruppe, Grundsatzpapier a.a.O. S. 7, TOP 2.1

1.2 Angleichung kirchlicher Lösungen an staatliche Lösungen

Im Übrigen scheint auch wesentlich, so die Bundesprojektgruppe, daß sich das Konzept des kirchlichen Meldewesens möglichst weitgehend an die sich im staatlichen Bereich abzeichnende Lösung angleicht. ¹⁾ Dies führte dann zu folgender Überlegung: "Durch die Übernahme des bundeseinheitlichen Personenkennzeichens und durch die Entscheidung für die auch bei den kommunalen und staatlichen Rechenzentren vorgesehene Datenbankorganisation (Prinzip des Zugriffs nach Einzelinformationen nach verschiedenen Suchmerkmalen) wird einmal die Datenübermittlung von den kommunalen bzw. staatlichen Rechenzentren an die kirchlichen Rechenzentren wesentlich vereinfacht und zum anderen die Basis für ein umfassendes Informationssystem mit vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten des Datenbestandes geschaffen. Gleichzeitig wird durch/da- auch der Datenaustausch der personenbezogenen Daten zwischen den einzelnen kirchlichen Rechenzentren z.B. bei Wohnungswechsel wesentlich erleichtert." ²⁾

1.3 Die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den kommunalen Einrichtungen

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kirchen einerseits und den kommunalen und staatlichen Einrichtungen andererseits erforderlich ist, sofern eine allen Betroffenen gerechte Lösung entwickelt werden soll.

1) Bundesprojektgruppe, vgl. Grundsatzpapier a.a.O. S. 13, Punkt 4

2) ebda S. 13

Deshalb hat der damalige Erzbischof von München und Freising, Julius Cardinal Döpfner, den Leiter der Bayerischen Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen beauftragt, im Namen der bayerischen Diözesen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden einerseits und der Kirche andererseits auf dem Gebiet des Meldewesens Verhandlungen zu führen. 1)

1.4 Das Gesetz über die Organisation der EDV im Freistaat Bayern (EDVG) vom 12. Oktober 1970 als Grundlage für die EDV-Arbeit im Freistaat in Sachen Meldewesen

Der Freistaat Bayern hat im Jahr 1970 die Grundlage geschaffen, die es ermöglicht, EDV-Anlagen auf den verschiedenen Ebenen einzurichten und mit ihnen zu arbeiten. Dieses für die Datenverarbeitung einschlägige Gesetz lautet: "Gesetz über die Organisation der elektronischen Datenverarbeitung im Freistaat Bayern (EDVG) vom 12. Oktober 1970". 2)

1.4.1 Die Gliederung des Gesetzes

Zur Verdeutlichung des Inhaltes des Gesetzes sei hier auf seine einzelnen Abschnitte hingewiesen, die folgendermaßen aufgeteilt sind:

Erster Abschnitt: Allgemeines

Zweiter Abschnitt: Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung

Dritter Abschnitt: Datenverarbeitungsanlagen und Datenbanken in den Geschäftsbereichen

Vierter Abschnitt: Koordinierungsausschuß Datenverarbeitung

1) Card. Julius Döpfner, Schreiben v. 21.2.1972 a.a.O.

2) Gesetz - EDVG im Freistaat Bayern, GVBl. S. 457, 1970

Fünfter Abschnitt: Staatlich-kommunale Verarbeitung

Sechster Abschnitt: Geheimhaltung

Siebter Abschnitt: Strafbestimmungen, Inkrafttreten

1.4.2 Sinn und Aufgabe des Gesetzes

Der Sinn dieses Gesetzes kommt m.E. in Artikel 1 bereits sehr deutlich zum Ausdruck, wenn es heißt:

"Art. 1 (Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung: Auskünfte)

Abs. 1 Die öffentliche Verwaltung bedient sich der elektronischen Datenverarbeitung zur rationellen Erledigung automationsgeeigneter Aufgaben und zur Gewinnung von Planungsinformationen und Entscheidungshilfen. Das Datenverarbeitungssystem dient auch der Information des Landtags und des Senats. Die Staatsregierung ist deswegen verpflichtet, dem Landtag und den Fraktionen des Landtags sowie dem Senat die von diesen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verlangten Auskünfte aufgrund der gespeicherten Daten unverzüglich zu geben, soweit nicht Geheimhaltungsbestimmungen entgegenstehen."

Gerade im Bereich der "automationsgeeigneten Aufgaben" lassen sich natürlich die Einwohnermeldedaten gut einbeziehen, wenn gleich dies im Gesetzestext nicht wörtlich zum Ausdruck kommt. Sicherlich eignet sich der Gesamtbestand der Einwohnerdaten Bayerns auch als die zitierte Planungsinformation in vielfältiger Weise.

1.4.3 Informationsbeschaffung aus den Kommunen

Nachdem hinsichtlich der personenbezogenen Daten die Kommunen die Herren der Daten sind, ist es verständlich, daß es einer Regelung bedarf, die die Zusammenarbeit von Staat und Kommunen klärt. Denn nur dann ist es dem Freistaat möglich, jene Daten aus den Einwohnermeldeämtern zu erhalten, die er für Planung und als Entscheidungshilfen benötigt.

Artikel 10 EDVG besagt deshalb

"Art. 10 (Zusammenarbeit und Datenaustausch)

Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände haben ihre Datenverarbeitungsanlagen so einzurichten und zu betreiben, daß zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben die Zusammenarbeit und der Datenaustausch gewährleistet sind."

1.4.4 Die Errichtung einer Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)

Daraus folgt wohl im Sinne einer organisatorischen Durchführung des Datenaustauschs eine Verdichtung oder Zentralisierung der Sammlung kommunaler sprich personenbezogener Daten, die es erst praktikabel macht, den Datenaustausch durchzuführen.

In Artikel 14 EDVG ist deshalb auch die Rede von entsprechenden Einrichtungen, denn es heißt dort:

"Artikel 14 (Einrichtungen zur Datenverarbeitung)

Die kommunalen Spitzenverbände können Einrichtungen für den Aufbau und die Durchführung der Datenverarbeitung im kommunalen Bereich schaffen, denen das Staats-

ministerium des Innern durch Rechtsverordnung die Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit verleihen kann. Solche Anstalten unterliegen der Aufsicht des Staatsministerium des Innern. Ihre Verhältnisse werden durch Satzungen geregelt, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Art. 10 ist anzuwenden."

Der Bayerische Gemeindetag, der Bayer. Städteverband und der Landkreisverband Bayern haben daraufhin im Jahre 1971 die gemeinnützige "Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)" geschaffen. 1)

Ihre Aufgabe besteht darin, "die rationelle Erledigung automationsfähiger Arbeiten, die ihr von den kommunalen Gebietskörperschaften, dem Staat oder Dritten übertragen werden, zu sorgen; dabei soll die AKDB die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung im kommunalen Bereich aufeinander abstimmen und die Zusammenarbeit und den Datenaustausch sicherstellen." 2)

Damit war auch der Anfang gesetzt für die Bearbeitung der personenbezogenen Einwohnerdaten.

1) vergl. Verordnung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 26. Mai 1971, GVBl. S. 202; Bekanntmachung über die Satzung der AKDB vom 1. Juni 1971, MABl. S. 638 mit Änderung durch die Bekanntmachung vom 8. Sept. 1971, MABl. S. 852 und vom 7. Febr. 1974, MABl. S. 122

2) Satzung der AKDB §2 Abs. 1, in MABl Nr. 23/1971 S. 639

1.5 Erste Kontakte zwischen dem BStMdl und den Kirchen in Bayern

Wohl im Zusammenhang mit Überlegungen darüber, welche Aufgaben und Arbeiten im Sinne des EDVG rationeller Erledigung automationsfähig sind, hat das BStMdl die Frage nach der generellen Neuregelung des Einwohnerwesens gestellt.

1.5.1 Fragebogenaktion des BStMdl

Um die Neuregelung des Einwohnerwesens konsequent zu gestalten und um es entsprechend richtig zu bearbeiten, hat das BStMdl eine Fragebogenaktion gestartet und an alle Betroffenen gerichtet. Die Angesprochenen wurden im Januar 1972 mit dem Fragebogen vertraut gemacht, eine Rückantwort an das BStMdl wurde per 15.3.1972 erbeten. 1)

Es ging bei dem Fragebogen um die Festlegung von Meldedaten im Sinne eines Familienverbandes. Die Daten reichten von Personenangaben über Eltern, Geburtsort, Hauptwohnung, Nebenwohnung, Ehegatten, Kindern bis hin zu wahlrechtlichen Daten, einschließlich aller notwendigen jeweils dazugehörigen Einzelangaben. In zwei unterschiedlichen Fragebogen wollte das BStMdl Antwort erhalten.

1.5.1.1 Umfrage zum automatisierten Einwohnerwesen - Teil 1

Der erste Fragebogen beschäftigte sich inhaltlich mit einem Katalog von Daten und Arbeiten im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Einwohnermeldewesens auf kommunaler Ebene. Es waren im einzelnen folgende Kriterien:

- 1) EntschlieBung des BStMdl vom 25. Januar 1972, AZ I A 6 470 21-2, die Betroffenen sind die Kommunen in Bayern, aber auch die Kirchen in Bayern sind angesprochen worden, worauf noch einzugehen ist.

1. Bezeichnung der Verwaltungsaufgabe
2. Bearbeitende Dienststelle
3. Woraus besteht die Datei
4. Auswertung der Datei
5. Rechtsgrundlage der Verwaltungsaufgabe
6. Ist die Führung der Datei in einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift ausdrücklich verlangt
7. Handelt es sich um eine sog. Handkartei
8. Inhalt der Datei
9. Sortierkriterium
10. Werden die Daten auf dem laufenden gehalten
11. Anzahl der Personen, die in der befragten Behörde damit beschäftigt sind, die Daten auf dem laufenden zu halten
12. Wie viel Personen werden in der Datei erfaßt
13. Anzahl der Neuzugänge, Abgänge, Änderungen
14. Ist/wird die Datei in der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) übernommen
15. Besteht ein Interesse daran, Daten aus dem künftigen Einwohnerdatensatz zu erhalten
16. Wie lange werden nicht mehr aktuelle Daten benötigt
17. Ist abzusehen, daß die Datei einmal nicht mehr benötigt wird
18. Wäre es denkbar, die Datei (rein technisch gesehen) mit einer anderen zusammen zu führen (einmal abgesehen von verwaltungsorganisatorischen Problemen)

1.5.1.2 Umfrage zum automatisierten Einwohnerwesen - Teil 2

Ein zweiter Fragebogen beschäftigte sich mit Zusatzfragen und zwar wie folgt:

1. Bezeichnung der Verwaltungsaufgabe oder Kartei
(wie Teil I, Zi. 1) und
bearbeitende Dienststelle (wie Teil I, Zi. 2)
2. Laufende Feldnummer des AKDB Vorschlags
Benützung
Bisherige Erfassungsart
Vorschrift, die zur Erfassung der einzelnen Angabe
berechtigt

1.5.2 Einbeziehung der Kirchen in die Fragebogenaktion

Wohl mit Rücksicht auf die Tatsache, daß den Kirchen durch das Bayer. Meldegesetz vom 28.11.1960 der Zugriff auf Daten aus dem Einwohnermeldewesen zugesichert ist, sind diese Fragebogen auch an die Kirchen in Bayern gerichtet worden, nachdem die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind (WV Art. 137.5 und GG Art. 140). Weil jedoch die Kirchen nicht Behörden im Sinne staatlicher Organe sind, mußte die Beantwortung der Fragebogen anders ausfallen, als dies vom BStMdi gewünscht und erbeten war.

1.5.2.1 Generelle Stellungnahme zum Anliegen des BStMdi

Der Bayerische Beauftragte der Diözesen für das kirchliche Meldewesen nahm am 5. Mai 1972 in einem Schreiben Stellung zum Anliegen des BStMdi und betonte darin die bisherige Praxis des Bezugs von Einwohnerdaten seitens der Kirchen. Er verweist dabei insbesondere auf das Bayerische Gesetz über

das Meldewesen vom 28.11.1960 und die 1. Durchführungsverordnung vom 2.1.1961. Dabei hebt er vor allem hervor, daß die bayerischen Bistümer zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Staat, Kirche und Gesellschaft an der Übermittlung der im oben genannten Datenkatalog aufgeführten Daten und deren laufenden Veränderung interessiert sind und daß dieser Datenkatalog mit der Evang.-Luth. Landeskirche Bayerns, sowie mit Vertretern der Projektgruppe Meldewesen der Westdeutschen Bistümer besprochen sei. 1)

1.5.2.2 Besondere Hervorhebung rechtlicher Aspekte in der Antwort

Der Beauftragte der Bayerischen Bischöfe weist dann besonders auf rechtliche Aspekte hin und führt aus:

" 5. In rechtlicher Hinsicht ist die Arbeitsgruppe der bayerischen Bistümer der Auffassung, daß der gewünschten Datenübermittlung keine Bedenken entgegenstehen.

5.1 Aus dem noch geltenden Gesetz über das Meldewesen vom 28. November 1960 lassen sich Bedenken gegen eine laufende Datenübermittlung nicht herleiten, ebenso nicht aus den hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen.

5.2 Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Entschließung vom 2.1.1961, Nr. I C 2 - 2083/1 - 86 unter IV. 'Auskunft aus den Melderegistern' entschieden, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie weltanschauliche Gemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, Auskunft wie Behörden zu erteilen ist.

1) vergl. FN 1. S. 64, Schrb. a.a.O. S. 1. ff

- 5.3 Art. 2 des Gesetzes über die Organisation der EDV im Freistaat Bayern vom 12.10.1970 (GVBl. Nr. 22 vom 16.10.1970. S 457 ff) steht einer laufenden Datenübermittlung nicht entgegen, da zu den sonstigen Körperschaften auch die kirchlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts zählen.
- 5.4 Durch § 86 Abs. 1 Ziffer 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz vom 16.4.1968 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 85 vom 7.5.1971) ist es den Kirchen ermöglicht Einsicht in die Personenstandsbücher zu nehmen und Auskünfte zu verlangen.
- 5.5 In Art. 16 KiStG i.d.F. vom 15.3.1967 sind die zuständigen Staats- und Gemeindebehörden angewiesen, die zur Besteuerung notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.
- Die gleiche Weisung findet sich in § 18 AO hinsichtlich der Kircheneinkommen-(Lohn) steuer.
- 5.6 Auch das künftige Recht steht der Datenübermittlung nicht entgegen. Die §§1 und 16 des Entwurfes des künftigen Bundesmeldegesetzes stellen klar, daß zu den Behörden im Sinne dieses Gesetzes auch die Dienststellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften gehören.
- 5.7 Selbstverständlich wird von den Kirchen der Datenschutz garantiert. " 1)

1) Schreiben des Bayerischen Beauftragten für das Kirchliche Meldewesen an das BStMdl, Augsburg 5.5.1972 S 4 ff

Die Kirchen haben über den Beauftragten und Leiter der Bayer. Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen gleichzeitig bekundet und zum Ausdruck gebracht, daß sie zum Gegenstand Meldewesenorganisation gesprächsbereit seien. Es ging ja gleichzeitig darum, daß den Kirchen bei einer Neufassung eines Landesmeldegesetzes auch unter Berücksichtigung der automatisierten Verarbeitung der Einwohnerdaten, das Recht auf Zugriff weiterhin zugebilligt würde.

Den weiteren Verhandlungen zwischen den Kirchen und dem BStMdi sollten insofern große Bedeutung zukommen.

1.6 Die Arbeit des Bayer. Beauftragten in der Bundesprojektgruppe Meldewesen und seine Rückkoppelung in die Bayer. Projektgruppe

Im Kalenderjahr 1972 scheinen solche Verhandlungen, wie sie dem BStMdi angeboten wurden, nicht stattgefunden zu haben. Die kirchlichen Protokolle jedenfalls geben darüber keine positive Auskunft. Der Leiter der Bayer. Projektgruppe vermerkt in seinem Jahresbericht lediglich: " Z.Zt. laufen Verhandlungen mit dem Bayer. Innenministerium als dem federführenden Ministerium der Bundesländer, sowie mit der KIGST und dem Bundesinnenministerium. Das das Bundesmeldegesetz sowie das Datenschutzgesetz noch nicht verabschiedet sind und die Rechtslage hinsichtlich der Datenübernahme durch kirchliche Rechenzentren rechtlich noch nicht fundiert ist, sind weitere Verhandlungen notwendig." 1)

1) Bericht des Bayer. Beauftragten für das kirchliche Meldewesen, Augsburg 28. Mai 1973, S. 2

1.6.1 Die Bundesprojektgruppe im Rahmen der Neuordnung des staatlichen Melderechts

Die Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen, in der der Bayerische Beauftragte Mitglied war, hatte sich schon im Jahr 1971 intensiv mit dem Komplex der Neuordnung des staatlichen Melderechts beschäftigt und stellt dazu in ihrem Grundsatzpapier fest: "Da die Neuordnung des Melderechts in Bund und Ländern unmittelbare Bedeutung hat, sowohl für die derzeitig geübte Praxis als auch für das zukünftige kirchliche Meldewesen - wie immer es auch geordnet werden sollte - mit oder ohne Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen -, hat die Projektgruppe diesem Gebiet in Zusammenarbeit mit Fachleuten auf dem Gebiet des Staatskirchenrechts, den Dienststellen des Verbandes der Diözesen Deutschlands, dem Arbeitskreis 'Melderecht/Datenschutz' der EKD und der KIGST besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Diese Aufgabe, die sich im Verlauf der Beratungen ergab, kann auch jetzt noch nicht als abgeschlossen gelten." 1)

1.6.2 Einflußnahme der Kirchen hinsichtlich der Regelung ihrer Belange in einem Bundesmelde- und einem Bundesdatenschutzgesetz

Für die Kirchen war bei der Rahmengesetzgebung des Bundes für ein Bundesmeldegesetz und ein Bundesdatenschutzgesetz entscheidend, daß ihnen weiterhin das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten durch die Gemeinden gesichert wurde. Auf die Frage, ob die Kirchen bei der Gesetzgebung ihren Einfluß geltend machen konnten, darüber geben

1) Bundesprojektgruppe für ein kirchliches Meldewesen, Grundsatzbericht o.D. a.a.O., S. 2, TOP 1.3

die Sitzungsprotokolle sowohl der Bundesprojektgruppe wie der Bayer. Projektgruppe keine Anhaltspunkte auf eine solche Mit- oder Einwirkung. Es steht jedoch zu vermuten, daß informelle, nicht offizielle Gespräche zwischen Mitgliedern der Bundesprojektgruppe, der Arbeitsgruppe Melderecht/Datenschutz und Mitgliedern des Innenausschusses beim Deutschen Bundestag stattgefunden haben, die jedoch nicht protokolliert sind. 1)

Jedenfalls konnte der Bayer. Beauftragte anläßlich der 3. Sitzung der Bayer. Projektgruppe am 22.1.1973 den bayerischen diözesanen Vertretern bereits folgenden Tatbestand darlegen:

" TOP 1 'Bericht über den derzeitigen Stand der Gesetzgebung'

1. Es ist gelungen, im Entwurf zum Bundesmeldegesetz

§ 1 Abs. 3 einen Passus einzubringen, der besagt, daß u.a. auch die Kirchen über die kommunalen Stellen Informationen erhalten werden. Ferner

3. Das Bundesmeldegesetz ist ein Rahmengesetz. Daneben hat jedes Bundesland je ein eigenes Meldegesetz. Die Koordination der Bundesländer in der Frage des Meldewesens soll angestrebt werden. " 2)

1.7 Verhandlungen mit dem BStMdi

1.7.1 Das BStMdi als federführendes Ministerium in Sachen Meldewesen/Datenschutz

Da nun gerade in Hinblick auf die Koordination der Ländergesetzgebung zum Meldewesen dem Bayerischen Staatsministerium des Innern die Federführung oblag, schien es naheliegend, mit dem Innenministerium entsprechende Gesprächsmöglichkeiten zu suchen. Für 1973 sind solche Ge-

- 1) Dies wurde mir vom Leiter der Bundesprojektgruppe auf telefonische Anfrage hin angedeutet.
- 2) Protokoll der Bayer. Projektgruppe, Augsburg. 22.1.1973

sprache weder verzeichnet noch protokolliert. Wie die weiteren Aufzeichnungen der Bayer. Projektgruppe ergeben werden, haben diese Verhandlungen mit dem Bayer. Innenministerium erst zu einem späteren Zeitpunkt stattgefunden. Ich werde darauf noch eingehen. (Vgl. S. 71 Pkt. 1.7.4 und S. 92 ff. Pkt. 2.4)

In ihrer Sitzung vom 18.10. 1973 erhalten die Mitglieder der Bayer. Projektgruppe zum Stand der gesamten Gesetzgebung des Meldewesens folgenden Bericht (Auszug aus dem Protokoll):

"TOP 1 - Bericht über den derzeitigen Stand der Meldegesetzgebung

Herr Hüttl gibt einen detaillierten Bericht über den jetzigen Stand. Bayern hat bisher - von kirchlicher Seite aus - noch keinen Antrag an das Bayer. Innenministerium in Sachen Meldewesen gestellt. Es soll zunächst die Entwicklung abgewartet werden. Beispiele anderer Länder: In Rheinland-Pfalz werden Daten geliefert nur für die einer Kirche angehörigen Personen an die betreffende Kirche. Ebenso in Baden-Württemberg: Datenlieferung nur für die kircheneigenen Leute." 1)

Leider enthält das Protokoll keine Einzelheiten darüber, was sich hinter dem Hinweis eines "detaillierten Berichts" verbirgt. Zu erkennen ist die abwartende Haltung, die die Kirchen zu dem Zeitpunkt jedenfalls einnehmen.

1.7.2 Der Datenkatalog als Gesprächsgrundlage

Dennoch hat die Bayer. Projektgruppe in jener Sitzung vom 18.10.73 (TOP 3) einen Datenkatalog für die Bayerischen Bistümer erarbeitet, dessen Aufbau noch eigens darzustellen sein wird. Mit

1) Protokoll der Bayer. Projektgruppe, Augsburg 18.10.1973, TOP 1

diesem Datensatz jedenfalls wollte man dann im BStMdl vorstellig werden. Das Protokoll hält dazu fest: "Ergebnis der Aussprache: Der vorliegende Datensatz wird von den anwesenden Vertretern der Bistümer in Bayern und vom Vertreter der Evang.-Luth. Landeskirche als Arbeitsgrundlage für die weitere EDV-Arbeit und als Arbeitsgrundlage für die Verhandlungen mit dem Bayerischen Innenministerium angenommen." 1)

In einem Schreiben vom 9.11.1973 teilt der Bayer. Beauftragte dann den Bayer. Vertretern der Diözesen in der parallel existierenden EDV-Arbeitsgruppe mit: "Nachdem in Bayern nunmehr der Datensatz endgültig festliegt, werden noch im November Verhandlungen über die Datenlieferung mit dem Bayerischen Innenministerium zusammen mit Vertretern der Evang.-Luth. Landeskirche geführt." 2)

Weder die weiteren Protokolle für das Jahr 1973 noch die Korrespondenz lassen jedoch erkennen, daß diese angekündigte Verhandlung im November 1973 stattgefunden hätte. Erst im Februar 1974 sollte es dann zu dieser ersten Verhandlung mit dem Bayer. Innenministerium kommen.

1.7.3 Die Frage nach dem Charakter öffentlicher Aufgaben der Kirchen

Nochmals treten Schwierigkeiten hinsichtlich der Einräumung des Rechts auf Zugriff auf personenbezogene Daten bei der Gesetzgebung zum Bundesmeldegesetz auf, weil noch eine Ergänzung im Entwurf eingebracht werden soll, die die Weitergabe von Daten an andere Behörden und Gerichte regeln soll, wobei diese Weitergabe bei rechtmäßiger Erfüllung "öffentlicher Aufgaben" grundsätzlich möglich sein soll. 3)

- 1) Protokoll der 4. Sitzung der Bayer. Projektgruppe, Augsburg 18.10.73
- 2) Anschreiben zum Protokoll der 4. Sitzung der EDV-Arb. Gruppe, Augsburg 9.11.1973
- 3) Protokoll wie FN 1, jedoch TOP 1

TOP 3

Die Kirchen hatten deshalb die Frage für sich zu klären, in wieweit sie "öffentliche Aufgaben" erfüllten. Zur Klärung dieser Frage wurde deshalb dem Innenausschuß beim Deutschen Bundestag ein Gutachten vorgelegt, das diese Frage eindeutig positiv beantwortete. 1)

Am 9. Januar 1974 teilte der Leiter der Bayer. Projektgruppe den Generalvikaren der Bayer. Diözesen mit, daß das kirchliche Meldewesen in Bayern feste Formen nunmehr zeige, wobei es bis dahin bereits ein mühevoller Weg gewesen sei, besonders deshalb, "weil die Gesetzgebung des Bundes und der Länder nicht so rasch erfolgte, als man sich dies vorgestellt hat. Es könnte jedoch im Bundesmeldegesetz eine Regelung erreicht werden, die eine saubere staatskirchenrechtliche Regelung darstellt und den Kirchen die Daten garantiert, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind". 2)

-
- 1) Vgl. Protokoll der Bayer. Projektgruppe vom 18.10.1973, TOP 1 und Schreiben des Bayer. Beauftragten an die Generalvikare, Augsburg 9.1.1974, AZ/EDV-FB 3/74; ferner: Prof. Dr. Wilhelm Kewenig, Kiel, Rechtsgutachten zur Frage, ob und in welchem Umfang die Kirchen öffentliche Aufgaben im Sinne des Meldegesetzes wahrnehmen; dem Bischöflichen Generalvikariat Münster erstattet, Kiel 1972. Vgl. dazu ferner das Anhörungsverfahren des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 6. Mai 1974, veröffentlicht in: Zur Sache 5/74 - Themen parlamentarischer Beratung - Datenschutz/Meldegesetz, hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn 1974, S. 212 ff.; ferner zur Frage des "öffentlichen Status der Kirchen": Dieter Lorenz, Personenstands- und Meldewesen, in HdbSt-KirchR, Band II, S. 731 ff.
- 2) Schreiben des Bayer. Beauftragten für das kirchliche Meldewesen, wie vor, FN 1

1.7.4 Verhandlungsergebnisse mit dem BStMdi

Das lange angekündigte und geplante Gespräch beim BStMdi hat dann am 19.2.1974 stattgefunden, bei dem als Vertreter des VDD Dr. Schlieff aus Münster, ferner der Beauftragte der Bayerischen Bischöfe, sowie Vertreter des Innenministeriums teilgenommen haben.

Worum ging es eigentlich nun bei dem Gespräch?

Es ging einmal darum, anhand des Rechtsgutachtens von Prof. W. Kewenig, Kiel die Rechtsposition der Kirchen in Bezug auf den Zugriff auf automatisch gespeicherte personenbezogene Daten auf Bundesebene und in Bayern zu klären. Der bischöfl. Beauftragte hat insbesondere die Frage gestellt, wie im Hinblick auf den Antrag der beiden Kirchen der Datenaustausch erfolgen kann, wobei darauf hingewiesen wurde, daß sich die Stadt München zunächst geweigert hat, Daten ohne Genehmigung des Bayer. Staatsministerium des Innern weiter an die Kirchen zu liefern. 1)

Der Vertreter des Innenministeriums (MR Schweinoch) vertrat die Ansicht, daß das Bayerische Staatsministerium des Innern grundsätzlich gegen eine Datenlieferung an die Kirchen nichts einzuwenden habe. Die Verhandlungen sollten jedoch zunächst mit der AKDB geführt werden. Sollten sich bei den Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben, wäre wiederum an das Bayer. Innenministerium heranzutreten. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, mit der Leitung der AKDB Verbindung aufzunehmen um die anstehenden Probleme dort zu behandeln. 2)

1) Niederschrift des Bayer. Beauftragten für das kirchliche Meldewesen über ein Gespräch im BStMdi am 19.2.1974, Augsburg 21.2.1974

2) ebda

Damit waren zunächst weitere Verhandlungen mit dem Bayer. Innenministerium nicht angezeigt, es sollten vielmehr die in der praktischen Arbeit und Durchführung betroffenen Ebenen miteinander Kontakt aufnehmen. Auf die Verhandlungen mit der AKDB, die sich als sehr umfangreich, später zu Zeiten auch als schwierig erweisen sollten, werde ich gesondert eingehen. In einem weiteren Bericht an die Generalvikare vom 4.12.1974 berichtet der Bayer. Beauftragte Hüttl dann, daß im Verlauf des Jahres 1974 von der gemischten evang./kathol. Bundesarbeitsgruppe Melderecht/Datenschutz die rechtlichen Probleme abgeklärt wurden. 1)

Nachdem mir die ganze Frage nach der Einwirkung der Kirchen auf die Bundesgesetzgebung - die Belange der Kirchen betreffend - aus den kirchlichen Protokollen wenig ergiebig war (vgl. S. 67, 1.6.2), will ich im folgenden Abschnitt die Entwicklung der Gesetzgebung zum Bundesmeldegesetz und Bundesdatenschutzgesetz sowie zum Bayerischen Meldegesetz und zum Bayerischen Datenschutzgesetz verfolgen, unter dem Aspekt der Wahrung der Interessen der Kirchen auf weitere Übermittlung personenbezogener Daten.

1) Schreiben des Bayer. Beauftragten an die Generalvikare der bayer. (Erz-) Diözesen vom 4.12.1974, Augsburg, AZ ProjM 9/74

2. Die Entwicklung des Bundesmeldegesetzes und die kirchen- relevanten Teile und Inhalte

2.1 Zur parlamentarischen Entwicklung des Bundesmeldegesetzes

2.1.1 Vom Einwohnermeldewesen zum Einwohnerwesen

Die Reichsmeldeordnung vom 6. Januar 1938 (ReichsgesBl I S 13), die durch die Meldegesetze der einzelnen Bundesländer abgelöst wurde, war noch von der Konzeption beherrscht, daß das Meldewesen ausschließlich die Aufgabe hatte, der Sicherheitspolizei zu jeder Zeit den Nachweis über den Aufenthalt eines Bürgers zu liefern.

Bald jedoch wurde schon ein anderer weiterer Aspekt des Meldewesens erkannt, nämlich auch anderen Behörden Informationen über Einwohner für deren gesetzliche Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Der EBMeldeG trägt dieser Entwicklung insofern Rechnung, ja er stellt den zweiten Aspekt als eigentlichen Schwerpunkt des Gesetzeswerkes hin. Aus einem ursprünglich nur sicherheitspolitischen Instrument bildet sich ein Kern eines Informationssystems für staatliche und kommunale Dienststellen und Behörden über personenbezogene Daten, die für die Verwaltung von Bedeutung sind. Gegenstand des künftigen Gesetzes wird mithin nicht allein das Einwohnermeldewesen sein, sondern das Einwohnerwesen in einem weiter verstandenen Sinn. Der EBMeldeG geht dabei von der Tatsache aus, daß die politischen Gemeinden, darunter vor allem auch die Großstädte im Meldewesen die elektronische Datenverarbeitung beanspruchen und daß sich gegenwärtig eine große Anzahl automatischer Anlagen in Planung befinden. Automation heißt aber

noch nicht die volle Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten. Vielmehr muß die zusätzliche Möglichkeit geschaffen werden, den in den Melderegistern vorhandenen Bestand personenbezogener Daten über den z.Zt. vorgeschriebenen Nachrichtenaustausch hinaus allen interessierten kommunalen und staatlichen Stellen in der öffentlichen Verwaltung, die aktuelle Daten benötigen, zugänglich zu machen.

Burkhard Schulz führt in diesem Zusammenhang aus, daß dem Entwurf die Vorstellung eines institutionalisierten Änderungs- und Austauschdienstes zugrunde liege, "der nicht nur wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, sondern vor allem einen Gewinn an Sicherheit und Aktualität des Datenbestandes bedeuten würde. Als technisch realisierbares Fernziel sind integrierte Einwohnersysteme angestreut, und zwar sowohl horizontal (ressortübergreifend) wie auch vertikal (alle Verwaltungsebenen erfassend)." 1)

2.1.2 Inhalte des BMeldeG

Der EBMeldeG will das materielle Melderecht der Bundesländer vereinheitlichen, das trotz eines seit 1958 vorliegenden Musterentwurfs bislang unterschiedlich geregelt ist. Der EBMeldeG enthält in § 1 den gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Meldebehörden der Bundesländer, "für jeden Einwohner personenbezogene Daten, deren Kenntnis zur gesetzmäßigen Erfüllung öffentlicher Aufgaben erforderlich ist, zu sammeln, zu verwalten und anderen Behörden zur Verfügung zu stellen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Der Austausch personenbezogener Daten ist zu fördern.

Soweit möglich, sind dabei einheitliche Verfahren anzuwenden." 2)

1) Burkhard Schulz, in ZRP, Köln Jg. 1973, S. 195

2) EBMeldeG Bt-Drs. VI/ 2654, S. 2

"In einer Verordnungsermächtigung wird dem Bundesinnenminister das Recht eingeräumt, diejenigen Daten zu bestimmen, die bei den Meldebehörden zu sammeln sind", so Rudolf Gerhardt in der Zeitschrift für Recht und Politik. 1)

Außerdem wird natürlich in § 2 sogleich versucht, den Anforderungen des Persönlichkeitsschutzes Rechnung zu tragen.

"Schutzwürdige Belange der Einwohner und sonstiger betroffener Personen dürfen durch das Sammeln, Verwalten und Übermitteln personenbezogener Daten nicht beeinträchtigt werden." 2)

Die Länder werden verpflichtet, durch eine zentrale Vergabestelle an alle Einwohner ein Personenkennzeichen zu vergeben. Dieses Kennzeichen sollte aus zwölfstelligen Ziffern bestehen, deren erste sechs das Geburtsdatum enthalten. In der 7. Stelle sollten das Geburtsjahrhundert und das Geschlecht verschlüsselt werden. Es folgen eine Zählnummer und die Prü fziffer. Beim Wohnungswechsel sollte ein Datenaustausch zwischen den Meldebehörden stattfinden. 3)

Um mögliche Gefahren auszuschließen, die aus einer zentralen Speicherung aller Daten, die sich auf Personen beziehen und die für die Verwaltung bedeutsam sind, entstehen können, würde jedoch auf eine Speicherung auf Bundesebene verzichtet werden. Aber auch die Länder sollten, wie es in einer Verlautbarung des Bundesinnenministeriums heißt, in ihrer künftigen zentralen Bevölkerungsregistern nur solche Daten speichern, die häufig für Aufgaben der Landesverwaltung benötigt werden. 4)

Erklärtes Ziel aber wohl ist dem Entwurfe nach, den Informationsfluß über bestimmte Daten der Einwohner zu beschleunigen, da die Verwaltung der Aufgaben stets komplexer und

1) Dr. Rudolf Gerhardt, in ZRP, Köln Jg. 1971, S. 189

2) EBMeldeG Bt-Drs. VI/2654, § 2

3) ebda.

4) vgl. Dr. Rudolf Gerhardt, a.a.O. S. 189 ff.

komplizierter werden und Informationen in großen Mengen benötigt werden. Die mögliche Kollision einer umfassenden Datenspeicherung personenbezogener Daten mit dem Persönlichkeitsrecht des einzelnen lassen sich erahnen. "Das Bundesverfassungsgericht hat zudem mit der Menschenwürde für nicht vereinbar erklärt, 'wenn der Staat für sich das Recht in Anspruch nehmen könnte, den Menschen zwangsweise in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren.' ", so R. Gerhardt in seinen Ausführungen in der Zeitschrift für Recht und Politik. 1

Für den Bereich des Meldewesens, der allein in einem Bundesmeldegesetz geregelt werden soll, sind im Sinne von Schutzbestimmungen enthalten, die folgenden Sachverhalt regeln:

"Vierter Abschnitt

Auswertung der Datensammlung

§ 15 Datenaustausch zwischen Meldebehörden

§ 16, 1 und 2, Datenübermittlung an Behörden

§ 17 Rechtsverordnungen

§ 18 Auskunft über eigene Daten

§ 19 Auskunft an Privatpersonen

§ 20 Auskunft durch andere Behörden

Fünfter Abschnitt

Strafen

§ 21 Strafvorschrift" 2)

1) Dr. Rudolf Gerhardt in ZRP, Köln Jg. 1971, S.189

2) EBMeldeG BT-Drs. VI/2654 S.5 und 6

2.1.3 Die Berücksichtigung der Kirchen in den Entwürfen zu einem Bundesmeldegesetz

2.1.3.1 Die Kirchen im ersten EBMeldeG 1)

Geht man nun der Frage nach, ob und an welcher Stelle die Kirchen in den Empfang und den Datenaustausch von personenbezogenen Daten einbezogen sind, dann kommt man zu der Feststellung, daß die Kirchen in dem ersten Entwurf gar nicht berücksichtigt wurden. § 1 EBMeldeG spricht zwar davon, daß den Behörden Daten zur Verfügung gestellt werden, es kommt dort jedoch nicht zum Ausdruck, ob damit auch kirchliche Behörden zu verstehen sind. In § 16 EBMeldeG "Datenübermittlung an Behörden" ist geregelt, daß die von der Meldebehörde gesammelten personenbezogenen Daten anderen Behörden übermittelt werden dürfen, soweit die Kenntnis der Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Auch hier sind die Kirchen nicht genannt, obwohl in der Landesgesetzgebung ²⁾ den Kirchen bisher der Zugriff auf Daten gesichert wurde.

2.1.3.2 Die Kirchen in der Beratung des ersten EBMeldeG im Bundesrat

Gemäß Art. 76 Abs 2 GG wurde der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf im Bundesrat behandelt, dieser hat dazu entsprechend Stellung genommen. 3) |

Der Bundesrat hat die Frage der Einbeziehung der Kirchen aufgegriffen und in seiner Stellungnahme entsprechend darauf Bezug genommen. 4) Leider bleibt es spekulativ

1) EBMeldeG - Bt-Drs. VI/2654

2) BayMeldeG i.d.F. vom 28.Nov. 1960, GVBl. S. 263

3) Bundesrat, Protokoll der 369. Sitzung am 9. Juli 1971

4) ebda.

ob der Bundesrat selbst auf das Problem der Berücksichtigung der Kirchen im EBMeldeG kam, oder ob er seitens der Vertreter der Kirchen darauf aufmerksam gemacht wurde.

Meine diesbezüglichen Nachforschungen ergaben, daß protokollarische Aufzeichnungen dazu nicht vorliegen.

Ich beziehe mich deshalb auf die Stellungnahme des Bundesrates zum EBMeldeG. Daraus ergibt sich folgender Zusammenhang.

"Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu § 1

Es sind

in Absatz 1 Satz 1 hinter den Worten "anderen Behörden" die Worte "und den Gerichten" einzufügen;

folgender Absatz 3 anzufügen:

"(3) Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie die Behörden der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts einschließlich der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften."

B e g r ü n d u n g

In der Begründung zu § 1 ist der Behördenbegriff in Anlehnung an § 1 Abs. 4 des Verwaltungskostengesetzes bestimmt. Von denjenigen Stellen, die Zugriff auf Daten erhalten, werden durch die Entwurfsfassung des § 1 Abs. 1 einige (u.a. Gerichte) nicht, andere (u.a. öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften) nicht sicher erfaßt. Die ausdrückliche Erwähnung der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften erscheint mit

Rücksicht auf Artikel 140 GG i.V. m. Artikel 137 WRV sowie im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Klarstellung zweckmäßig." 1)

2.1.3.3 Die Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Frage, die sich nach dieser Stellungnahme des Bundesrates stellt, ist die, ob die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung dem Vorschlag des Bundesrates zustimmt. Dazu nun der Wortlaut der Gegenäußerung der Bundesregierung.

" Zu 1. (§ 1)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß der dem § 1 anzufügende Absatz folgende Fassung erhält:

'(3) Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie die Behörden der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.'

Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts nehmen unstreitig Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahr. Ihre besondere Erwähnung ist daher überflüssig und ließe den irrigen Schluß zu, daß § 1 Abs. 4 des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 821) und § 1 Abs. 4 des Entwurfs eines Verwaltungsverfahrensgesetzes (Drucksache VI/1173) sich nicht auf Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts beziehen. Nach diesen beiden Vorschriften umfaßt der Behördenbegriff jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt." 2)

1) EBMeldeG - BT-Drs. VI/2654 S. 20

2) ebda. S. 23; vgl. dazu auch Protokoll der Bayer. Projektgruppe für das kirchl. Meldewesen vom 22.1.1973

2.1.3.4 Die Berücksichtigung der Kirchen im zweiten EBMeldeG 1)

Der erste Entwurf eines Bundesmeldegesetzes wurde dem Bundestag zwar im Oktober 1971 vorgelegt, wegen des vorzeitigen Endes der 6. Legislaturperiode jedoch nicht mehr im einzelnen beraten. 1973 brachte deshalb die Bundesregierung einen zweiten, nur unwesentlich veränderten Entwurf ein.

Dieser Entwurf hat den vollen Wortlaut aus der Gegenäußerung der Bundesregierung zum ersten Entwurf übernommen, was die Frage der Behandlung und die Berücksichtigung der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften anbelangt; denn § 1 Abs. 3 des zweiten EBMeldeG lautet wie folgt:

" (3) Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie die Behörden der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften."

Die Begründung zu § 1 - Aufgabe des Meldewesens, legt dann dazu folgendes klar:

" Die Definition des Behördenbegriffs in Absatz 3 soll vor allem klarstellen, wer außer den Gerichten als Partner der Meldebehörden für einen Datenaustausch in Betracht kommt. Der Entwurf geht von dem Behördenbegriff aus, wie er in § 1 Abs. 4 des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 821) und in § 1 Abs. 4 des Entwurfs eines Verwaltungsverfahrensgesetzes (BT-Drucksache 7/910) bestimmt worden ist.

1) EBMeldeG - BT-Drs. 7/1059

Behörde ist danach jede Stelle, die Aufgaben der Verwaltung wahrnimmt. Darüberhinaus sollen - entsprechend der gegenwärtigen Praxis im Meldewesen - weiterhin auch Datenübermittlungen an die Behörden der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften für deren Zwecke zulässig sein, z.B. für die Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Kirchensteuererhebung, der Durchführung kirchlicher Wahlen oder sozialer Betreuungsgmaßnahmen." 1)

Bei der Klärung der gesetzlichen Regelung der Datenübermittlung an Behörden und Gerichte (§17 EBMeldeG) heißt es dann allerdings nur:

"(1) Die von der Meldebehörde gesammelten personenbezogenen Daten dürfen anderen Behörden und den Gerichten nur übermittelt werden, soweit die Kenntnis der Daten zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Auf Auskunftssperren ist dabei hinzuweisen. " 2)

Die Kirchen werden hier nicht ausdrücklich eigens genannt. Ebenso wird in der Begründung zu § 17 auf die Besonderheit der kirchlichen Arbeit in der Öffentlichkeit, die zum Empfang der Einwohnerdaten berechtigt, nicht eingegangen.

Der Bundesrat nimmt dies zum Anlaß auf diese Besonderheit hinzuweisen und schlägt deshalb die Ergänzung von § 17 mit einem Zusatz als Absatz 1 a vor, nämlich:

1) EBMeldeG - BT Drs. 7/1059 S 13 und 14

2) ebda

5. Zu § 17

Nach Absatz 1 ist folgender Absatz 1 a einzufügen:

'(1 a) Die Übermittlung von der Meldebehörde gesammelter, personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist wie die Datenübermittlung an Behörden und Gerichte zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei den Empfängern ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.'

B e g r ü n d u n g

Die Ergänzung ist aus Gründen der Gleichbehandlung gleicher Tatbestände in den Entwürfen dieses Gesetzes und des Bundes-Datenschutzgesetzes erforderlich." 1)

Es ist an anderer Stellen noch davon zu reden, daß das Bundesmelde- und das Bundesdatenschutz bewußt zur gleichen Zeit beraten wurde.

Zur Abrundung des Verständnisses der Berücksichtigung der Belange der Kirchen will ich noch die Gegenäußerung der Bundesregierung zu § 17 der Stellungnahme des Bundesrates zitieren. Die Bundesregierung sagt dazu nämlich nun folgendes:

Zu 5. (§ 17)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates grundsätzlich zu. In der einzufügenden Vorschrift muß jedoch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, daß die Vorschriften über die Datenübermittlung an die Behörden und Gerichte nicht unmittelbar

1) EBMeldeG - BT Drs. 7/1059 S 23

auch für die Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften gelten, sondern nur entsprechend anwendbar sind.

Die vorgeschlagene Ergänzung des § 17 zwingt rechtologisch dazu, die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften aus der Definition des Behördenbegriffs in § 1 Abs. 3 auszuklammern. Im Interesse der Rechtsvereinheitlichung sollte daher der allgemeine Behördenbegriff übernommen werden, wie er in § 1 Abs. 4 des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 821), in § 1 Abs. 4 des Entwurfs eines Verwaltungsverfahrensgesetzes (BT-Drucksache 7/910) und in § 5 Abs 5 des Entwurfs eines Bundesdatenschutzgesetzes (BR-Drucksache 391/73) formuliert ist. Sollte das insoweit auch für die Verwaltungstätigkeit der Meldebehörden geltende Verwaltungsverfahrensgesetz noch vor dem Bundesmeldegesetz in Kraft treten, könnte § 1 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs ersatzlos entfallen.

Bei Änderung des § 1 Abs. 1 in vorstehendem Sinne oder bei Streichung dieser Vorschrift müßte indessen auf andere Weise klargestellt werden, daß es weiterhin zu den Aufgaben der Meldebehörden gehören soll, auch den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften personenbezogene Daten zu übermitteln." 1)

In der Gegenäußerung wird dann folgende Überlegung angestellt:

Folgende Änderungen würden diesen Erwägungen Rechnung tragen:

1) EBMeldeG - BT Drs. 7/1059 S 25

- a) In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte 'zur Verfügung zu stellen' durch die Worte 'zu Übermitteln' ersetzt. Hinter Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

'Satz 1 gilt entsprechend für die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.'

- b) § 1 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

'(3) Behörde im Sinne dieses Gesetzes ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.'

- c) In § 17 Abs. 1 wird der Punkt hinter Satz 1 durch einen Strichpunkt ersetzt. Der bisherige Satz 2 wird zweiter Halbsatz des Satzes 1. Es wird folgender Satz 2 angefügt:

'Die Übermittlung von der Meldebehörde gesammelter personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und Gerichte zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden." 1)

Die hier von der Bundesregierung eingebrachte Diskussion, scheint mir ihren Niederschlag im Bayerischen Datenschutzgesetz zu finden, denn dort werden die Kirchen in einer Sonderregelung behandelt werden (vergl. dort).

1) EBMeldeG - BT Drs. 7/1059 S.26

2.2 Abschluß der Beratungen zum EBMeldeG und die rechtliche Stellung der Kirchen im EBMeldeG

2.2.1 Die für die Kirchen relevanten §§ 1 und 17 EBMeldeG

Am 17.2.1975 teilt der Leiter der Arbeitsgruppe "Melderecht/
Datenschutz" beim VDD (Dr. Karl-Eugen Schlieff, Münster)
den regionalen Mitgliedern der Planungsgruppe in Sachen
"Datenaustausch mit den Kirchen - EBMeldeG" mit, daß der
Bundesinnenausschuß die Beratungen über das BMeldeG in-
zwischen abgeschlossen hat. Danach soll nunmehr § 1 Abs. 1
nach Meinung des Innenausschusses folgende Fassung erhalten:

" (1) Die für das Meldewesen zuständigen Behörden der
Länder haben die Aufgabe, die in der Anlage zu diesem
Gesetz aufgeführten personenbezogenen Daten der Ein-
wohner zum Zwecke rechtmäßiger Erfüllung öffentlicher
Aufgaben nach Maßgabe dieses Gesetzes und den dazu er-
lassenen Durchführungsvorschriften zu registrieren,
zu verwalten und anderen Behörden und den Gerichten
zu übermitteln. Satz 1 gilt entsprechend für die Über-
mittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffent-
lich-rechtlichen Religionsgesellschaften. Der Bundes-
minister des Innern wird ermächtigt, durch Rechts-
verordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Anlage
fortzuschreiben. Durch Landesrecht kann bestimmt werden,
daß für Zwecke der Landesverwaltung noch weitere Daten
registriert werden." 1)

§ 17 des Bundesmeldegesetzes soll nach Ansicht des Innenaus-
schusses die folgende Fassung erhalten:

1) Schreiben des Bischöfl. Generalvikariats Münster v. 17.2.1975
an die Mitglieder der Planungsgruppe, AZ Dr. Schlieff

" (1) Die von der Meldebehörde registrierten personenbezogenen Daten dürfen anderen Behörden und den Gerichten nur übermittelt werden, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist; auf Auskunftssperren ist dabei hinzuweisen. Regelmäßige Datenübermittlungen sind, soweit sie nicht durch Bundesrecht geregelt sind, nach Maßgabe des Satzes 1 durch Landesrecht festzulegen.

(2) Die Übermittlung von der Meldebehörde registrierter Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung von Absatz 1 zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden." 1)

Dabei ist auffallend, so Dr. Schlieff, daß schon in Verbindung mit dem Bundesmeldegesetz die Festlegung eines Datenkataloges erfolgen soll und zwar jener Daten, die den Kirchen übermittelt werden können.

2.2.2 Die Stellungnahme des BStMdl zu einem Datenkatalog nach EBMeldeG

Besagter Datenkatalog wurde den Kirchen am 13.3. 1975 übermittelt. Nachdem ich diesen Katalog an anderer Stelle vorstellen will, scheint mir im Augenblick und in diesem Zusammenhang nur die folgende Äußerung des BStMdl erwähnenswert, die sich auf Sitzungen des Unterausschusses EDV im Einwohnerwesen des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister bezieht und bei denen sich folgender Sachstand ergeben hat:

1) Dr. Karl-Eugen Schlieff, Schreiben wie FN 1, S.85

"Am 1./2.10.1974 wurde ein Vorschlag für die Festlegung des Umfanges der von den Meldebehörden an die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften zu übermittelnden Daten herausgearbeitet (s. Anlage). Am 27./28.11.1974 wurde der Umfang der Daten nicht noch einmal erörtert, da dieses Thema inzwischen auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz stand; der Unterausschuß stellt aber Einigkeit darüber fest, daß in den Mitteilungen an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zwischen Familienmitgliedern, von denen (gemäß der Anlage) Daten mitgeteilt werden, der Familienverbund in geeigneter Weise hergestellt wird. Einigkeit bestand ferner darüber, daß landesrechtliche Regelungen über die Mitteilung von Wahlausschlußgründen unberührt bleiben." 1)

2.2.3 Die Verwendung des PKZ bei den Kirchen

Mit Schreiben vom 8.4.1976 (Lt. Hüttl, Augsburg) ging den Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" beim VDD der letzte Entwurf des BMeldeG und des BDSG zu. Im EBMeldeG wurde den Kirchen erneut ein neuer, veränderter Tatbestand in Bezug auf ihre Zugriffsmöglichkeiten mitgeteilt; denn § 14 a EBMeldeG wurde neu gefaßt und wirkte sich damit negativ für die Kirchen aus. Danach durfte das Personenkennzeichen (PKZ) nur von Behörden im Sinne des § 1 Abs. 3 EBMeldeG verwendet werden. Die Kirchen fielen jedoch nicht unter § 1 Abs. 3 EBMeldeG, sondern unter § 1 Abs. 1, somit hätten sie keinen Anspruch auf Übermittlung des PKZ. Damit wäre aber eine technische Verarbeitung von Meldedaten nahezu unmöglich

1) BStMdl, Schreiben an die EKD Hannover und Kommissariat der Deutschen Bischöfe Bonn, Mü.13.März1975 AZ I A 7-471-2-2/2

gewesen. Einigen wenigen kirchlichen Vertretern ist es zu verdanken, daß § 14 a noch einmal geändert wurde und nun wie folgt lautet: "Das PKZ darf von Privatpersonen als Änderungsmerkmal nicht verwendet werden, es sei denn, daß gesetzlich etwas anderes bestimmt ist." 1)

Der EntwurfBMeldeG läßt somit erkennen, daß die Kirchen den staatlichen Behörden gleichgestellt würden.

2.3 Die Regelung des Datenaustauschs mit den Kirchen im Entwurf zu einem Bayerischen Landesmeldegesetz

2.3.1 Wortlaut der einschlägigen für die Kirchen relevanten Absätze

Der Entwurf für ein Muster eines Landesmeldegesetzes, der im Laufe des Jahres 1974 vom Unterausschuß EDV im Einwohnerwesen entwickelt worden ist, wurde im März 1975 lt. Mitteilung des BStMdl an die EKD und die Kath. Kirche von den Innenministern/-senatoren landesintern abgestimmt. 2)

In dem Musterentwurf lautet die für Mitteilungen an andere Behörden und an Gerichte einschlägige Bestimmung wie folgt: 3)

" Mitteilungen an andere Behörden und an Gerichte

- (1) Den in § 1 Abs. 1 Bundesmeldegesetz bezeichneten Behörden und den Gerichten sind die zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten von den Meldebehörden zu übermitteln.

1) Josef Hüttl, Schreiben an die (Erz-)Diözesen/Bischöfl. Finanzkammern in Bayern, Augsburg 20.4.1976, S. 3

2) BStMdl, Schreiben vom 13. März 1975, AZ I A 7 -471-2-2/2, (vgl. S. 8)

3) ebda

[(2) Der (Innenminister) wird ermächtigt, durch
(Rechtsverordnung) zu bestimmen,

1. in welchem Umfang den Behörden und den
Gerichten personenbezogene Daten zu über-
mitteln sind,
2. daß Datenübermittlungen nach Absatz 1 über
die Vergabestelle zu leiten sind,
3. daß die Daten abweichend von Absatz 1 von
der Vergabestelle übermittelt werden.

Soweit eine Regelung nach § 16 Abs. 1 Bundesmelde-
gesetz getroffen worden ist, ist Satz 1 Nr. 1 nicht
anzuwenden.]

(3) Die Absätze 1 (und 2) gelten entsprechend für
die Übermittlung personenbezogener Daten an
Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsge-
sellschaften. "

2.3.2 Rückstellung der Beschlußfassung zur Frage des Datenaustausch mit den Kirchen auf Länderebene

Trotz einer geplanten Regelung des Datenaustausches mit
den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften hat
die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder an-
läßlich ihrer Sitzung vom 9.12.1974 in Bonn entschieden,
die Beschlußfassung über den Punkt "Datenaustausch mit
den Kirchen" bis zur Verabschiedung des BMeldeG und des
BDSG zurückzustellen. 1)

1) BSTMDI, Schreiben vom 15.3.1975, wie FN 1, S.87

2.4 Aufnahme neuer Verhandlungen zwischen dem BStMdi und Vertretern der Kirchen in Bayern

2.4.1 Regelung des Bezugs von personenbezogenen Daten

Nach einer langen Verhandlungspause von zwölf Monaten fand am 13. April 1976 erneut eine Besprechung im BStMdi zwischen Vertretern des Bayerischen Innenministeriums, der AKDB München und Vertretern der beiden Kirchen statt. Bezüglich des Meldewesens wurde dabei folgender Sachverhalt zu Protokoll gebracht: 1)

" 1. Herr Wilde als Gesprächsleiter legte zunächst dar, daß vor etwa 1 1/2 Jahren das Gespräch mit den Kirchen über den Datenaustausch als insoweit erledigt zurückgestellt wurde. Auch intern in den einzelnen Bundesländern sollte zunächst nichts geschehen. Die Innenministerkonferenz hat sich hinsichtlich des Datenumfanges laut Datenkatalog vom November 1974 entschieden. Es war dies ein Kompromiß. Noch immer gibt es mehrere Bundesländer, die den Kirchen ausschließlich nur Daten ihrer eigenen Angehörigen zugestehen, für die der gleichen Kirche nichtangehörige Person wird nicht der sog. verkürzte Datensatz zugestanden. Gerade in letzter Zeit ist dieses Problem erneut in die Diskussion geraten. Wie die endgültige Lösung aussieht, konnte Herr Wilde nicht mitteilen, da endgültig über die einzelnen Datenkataloge

1) Josef Hüttl, Aktenvermerk über ein Gespräch auf Einladung des BStMdi vom 13.4.1976, Augsburg, 14.4.1976

ge als Anhang zum Bundesmeldegesetz und zu den Landesmeldegesetzen noch nicht entschieden sei.

2. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß Datenempfänger nur Religionsgesellschaften sein können, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Er stellte insbesondere an Herrn Dr. Krag die Frage, wer in Bayern als Religionsgesellschaft - Körperschaft des öffentlichen Rechtes - bei der Evang. Kirche anzusehen sei, da es nicht nur Angehörige der Evang.Luth. Konfession, sondern auch der Evang.-reformierten usw. Religionsangehörige gibt. Herr Dr. Krag verwies auf das Kirchenmitgliedschaftsgesetz der Evang. Kirche in Deutschland. Danach wird beispielsweise ein Angehöriger der Evang.reformierten Kirche mit Zuzug in Bayern Angehöriger der Evang.Luth. Landeskirche in Bayern. Er wird Herrn Wilde das Gesetz über die Kirchenmitgliedschaft zuleiten. Die Frage ist deshalb von enormer Wichtigkeit, da Daten, wie bereits ausgeführt, nur an die jeweilige Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechtes geliefert werden können."

2.4.2 Terminplan für die Verabschiedung des BMeldeG und des BDSG

Das BStMdl teilte dann den Vertretern der Kirchen den Terminplan für die Verabschiedung des Bundesmeldegesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes mit. Dabei wurden folgende Termine genannt:

5. - 7.5.1976 letzte Besprechung der Innenminister-
konferenz über das Bundesdatenschutz-
gesetz

5.6.1976 2. und 3. Lesung im Bundestag

25.6.1976 Verabschiedung im Bundesrat

2.4.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann bis zum Stand vom Frühjahr 1976 und der beabsichtigten Verabschiedung des BMeldeG im Juni 1976 immerhin festgestellt werden, daß die Kirchen von Anbeginn der Überlegungen zur Neuregelung des Meldewesens und des staatlichen Melderechts nicht nur betroffen und somit bei der Entwicklung des Gesetzes dabei waren, sondern sich in schwierigen Auseinandersetzungen in fairer Weise darum bemüht haben, ihre vorher in den Landesmeldegesetzen bereits gesicherte Position des Zugriffs, jetzt der Übermittlung von Daten, bei technisch völlig geänderten Verhältnissen erneut bestätigt zu erhalten.

Das Verdienst darum scheint vor allem den Juristen und den Fachleuten in der Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" in der Kommission für "Staatsrechtsfragen" des VDD und den juristischen Mitarbeitern der EKD in Hannover zu gebühren. Die gebildeten Projektgruppen scheinen sich im Gegensatz dazu mehr auf die praktische Nutzenanwendung der personenbezogenen Daten im kirchlichen Meldewesen konzentriert zu haben.

Daß die erzielte Position nicht selbstverständlich war, zeigt allein schon die Tatsache, daß im Zusammenhang mit der Bera-

tung des Bundesmeldegesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes und der Stellung der Kirchen darin Rechtsgutachten erforderlich waren.

Der Beauftragte der bayerischen Bischöfe gelangt dabei zu der Auffassung, daß gerade auf dem Gebiet des Melderechts das Verhältnis von Staat und Kirche zueinander zumindest in Bayern als recht gut bezeichnet werden kann. "Jedoch sollte man dabei beachten, daß von Seiten der Kirche nicht Forderungen gestellt werden, die von staatlicher Seite aus rechtlichen und verfassungsmäßigen Gründen nicht erfüllt werden können." 1)

2.5 Rechtsgutachtliche Beurteilung der Übermittlung von Daten an die Kirchen nach dem EBMeldeG und dem ELMeldeG

Da die Diskussion um das BMeldeG weitergeführt wird und mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der 8. Legislaturperiode zu rechnen ist, kann es hinsichtlich der Lage der Kirchen maßgeblich von Bedeutung sein, was den Kirchen bisher an Rechten eingeräumt wurde. Deshalb scheint es mir interessant und diskussionswürdig, wie die rechtliche Lage der Kirchen sowohl im EBMeldeG, als auch im ELMeldeG des Freistaates Bayern zu beurteilen ist. Eine solche rechtskundliche Würdigung, die ich selbst gar nicht erbringen kann, liegt vor in Form eines Rechtsgutachtens aus dem ich die Stellen zitiere, die mir zu dieser Beurteilung relevant scheinen. 2)

- 1) Josef Hüttl, Schreiben an die Finanzkammerdirektoren der bayerischen (Erz-)Diözesen, Augsburg 20.4.1976
- 2) Prof. Dr. Wolfgang Rübner, Rechtsgutachten zu der Frage, ob und inwieweit die Kirchen den Gemeinden Kosten für die Übermittlung von personenbezogenen Daten zu ersetzen haben; den bayer. (Erz-)Diözesen erstattet, Kiel 1978

2.5.1 Rechtslage nach Bundesrecht

2.5.1.1 Nach EBMeldeG

Das Rechtsgutachten beleuchtet die Frage nach der Rechtslage aus zwei unterschiedlichen Winkeln nämlich dem EBMeldeG und nach dem GG, ferner dann noch nach dem Landesrecht.

In Bezug auf das BMeldeG kommt das Gutachten zu folgendem Schluß:

"Im Gegensatz zu den älteren Entwürfen des Bundesmeldegesetzes (Bundestagsdrucksache VI/2654 und 7/1059 jeweils § 1) spricht EBMeldeG nicht mehr von einer Pflicht der Meldebehörden, personenbezogene Daten anderen als Meldebehörden zu übermitteln. §1 EBMeldeG erklärt es vielmehr lediglich für eine Aufgabe der Meldebehörden, die Daten zu speichern, zu verwalten und anderen Meldebehörden zu übermitteln. Im übrigen beschränkt sich der Entwurf darauf, die Zulässigkeit der Weitergabe von Daten zu regeln, ohne selbst Verpflichtungen auszusprechen. Strikte Rechtsansprüche auf Datenübermittlung lassen sich daher aus EBMeldeG für die Kirchen nicht ableiten. EBMeldeG befaßt sich vielmehr nur noch mit der Zulässigkeit der Datenübermittlung und überläßt es dem Landesrecht (in engem Rahmen nach § 13 Abs. 1 auch einer Rechtsverordnung der Bundesregierung), festzulegen, wann Pflichten zur Datenübermittlung bestehen. Insbesondere ist es nach § 12 Abs. 1 S. 2 EBMeldeG Sache des Landesrechts, regelmäßige Datenübermittlungen zu regeln.

Nach § 1 Abs. 1 S. 2 EBMeldeG dürfen die Meldebehörden Daten der Einwohner auch anderen Behörden, sonsti-

gen öffentlichen Stellen und Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermitteln, allerdings nur nach Maßgabe des EBMeldeG oder anderer Rechtsvorschriften. Es gilt also für die Datenübermittlung ein strenger Gesetzesvorbehalt.

Diesem Gesetzesvorbehalt wird in § 12 Rechnung getragen. Danach ist generell die Übermittlung der von der Meldebehörde gespeicherten personenbezogenen Daten an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der Meldebehörde oder des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich sind. Die Übermittlung der Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung dieser Bestimmung zulässig, sofern ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.

Hiernach ist also die Datenübermittlung an die Kirchen, vorausgesetzt, daß sie ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen haben, zulässig. Einzige Einschränkung ist, daß die Daten zur rechtmäßigen Erfüllung der kirchlichen öffentlichen Aufgaben benötigt werden. Auch ist für regelmäßige Datenübermittlungen eine besondere landesrechtliche Regelung erforderlich. Insgesamt sind die Kirchen damit - wie nach § 10 des Bundesdatenschutzgesetzes - anderen Behörden gleichgestellt.

Dabei ist heute geklärt, daß unter den öffentlichen Aufgaben der Kirchen grundsätzlich der Gesamtbereich

der kirchlichen Aufgaben nach dem Selbstverständnis der Kirchen gemeint ist. Unter öffentlichen Aufgaben sind weder nur staatliche Aufgaben noch auch nur in den Formen des öffentlichen Rechts zu erfüllende Aufgaben zu verstehen. Öffentliche Aufgaben sind vielmehr alle Aufgaben/die, deren Erfüllung nicht im privaten, sondern im öffentlichen Interesse liegt. Dazu gehört auch die kirchliche Betreuung der Bevölkerung, insbesondere der Bereich der Seelsorge. Wenn man von dem schmalen, hier kaum in Betracht kommenden Bereich rein fiskalischer kirchlicher Interessen absieht, dürfen den Kirchen daher Daten insoweit uneingeschränkt übermittelt werden, als dies zur Erfüllung der kirchlichen Aufgaben erforderlich ist. ¹⁾

- 1) Vgl. zu den öffentlichen Aufgaben der Kirchen in diesem Sinne Maunz, Der öffentliche Charakter der kirchlichen Aufgaben, in: Festschrift für E. Forsthoff, 1972, S. 229 ff.; speziell zum Melderecht, allerdings zu den älteren insoweit gleichlautenden Entwürfen: Kewenig, Rechtsgutachten zur Frage, ob und in welchem Umfang die Kirchen öffentliche Aufgaben im S. des Entwurfs eines Bundesmeldegesetzes wahrnehmen, dem Bischöflichen Generalvikariat Münster 1972 erstattet; v. Campenhausen, Staat und Kirche im Meldewesen, in: Festschrift W. Weber, 1974, S. 486 ff.; Lorenz, HdbStKirchR II, S. 738 f. Vgl. auch Auernhammer, Bundesdatenschutzgesetz, 1977, § 10, Anm. 17 zur entsprechenden Formulierung in § 10 des Bundesdatenschutzgesetzes.

An der Zulässigkeit der Datenübermittlung, soweit überhaupt ein vernünftiges Interesse der Kirchen besteht, läßt EBMeldeG demnach keinen Zweifel. Das Gesetz würde indessen mißverstanden, wenn man es im Sinne einer völligen Freiheit der Länder interpretierte, Datenlieferungen an die Kirchen vorzuschreiben oder nicht. EBMeldeG will die

Weitergabe von Daten zwar gesetzlich ordnen und begrenzen, hält sie aber grundsätzlich für erforderlich. Die Erfassung von Einwohnerdaten ist nicht Selbstzweck und dient heute weniger denn je allein sicherheitspolizeilichen Interessen. Die Melderegister sollen vielmehr die erforderlichen Daten zur Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben zur Verfügung stellen.²⁾ Eine Verpflichtung dazu ergibt sich im übrigen gegenüber anderen Behörden i.d.R. schon aus der Amtshilfepflicht (Art. 35 Abs. 1 GG, § 4 BVwVfG, Art. 4 BayVwVfG).

- 2) Vgl. Begründung zu § 1 Entwurf Bundesmeldegesetz BT-Drucks. 7/1059, S 13; Lorenz, Hdb-StKirchR II S. 724

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Kirchen in § 1 Abs. 1 S. 2 und in § 12 den Behörden weitestgehend gleichgestellt werden. Der Bundesgesetzgeber geht deutlich davon aus, daß die öffentlichen Aufgaben der Kirchen ebenso wie die öffentlichen Aufgaben der Behörden durch Datenlieferungen erleichtert werden sollen. Wie die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrats zum Entwurf Bundesdrucksache 7/1059 (S. 25) ausdrücklich sagt, soll es auch weiterhin zu den Aufgaben der Meldebehörden gehören, den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen.³⁾

- 3) Vgl. auch die Begründung der Bundesregierung zu § 7 des Entwurfs des Bundes-Datenschutzgesetzes (jetzt § 10 BDSG), BT-Drucks. 7/1027, S.25, wo es heißt, daß die Kirchen auch aus dem öffentlichen Bereich die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten erhalten sollen.

Der Bundesgesetzgeber will also den Ländern zwar die Modalitäten der Datenlieferung im einzelnen freistellen, er geht aber als selbstverständlich davon aus, daß die Meldebehörden auch künftig verpflichtet werden, die Kirchen zu unterstützen."

2.5.1.2 Rechtslage nach dem GG

In seinem Gutachten zur Beurteilung der Rechtslage in Bezug auf die Datenlieferung seitens der Meldebehörden an die Kirchen geht Rufner dann auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein und äußert:

"Aus dem Grundgesetz ergibt sich unmittelbar ein Anspruch auf Übermittlung derjenigen Daten, die für die Kirchensteuererhebung erforderlich sind. Art. 140 GG/ 137 Abs. WRV gewährt den Kirchen das Recht, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten Steuern zu erheben. Der Staat ist daher zur Mithilfe bei der Kirchensteuererhebung durch Gewährung von Akteneinsicht verpflichtet. Dabei ist die Wendung 'auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten' nicht zu eng zu verstehen. Der Staat ist nicht unbedingt gehalten, sein Steuersystem so einzurichten, daß für die Kirchen brauchbare Steuerlisten geführt werden müssen. Andererseits können die Kirchen dann, wenn dies - wie heute weithin üblich - nicht der Fall ist, verlangen, die erforderlichen Unterlagen vom Staat in anderer Weise zu erhalten. Die Kirchen müssen sich an Hand der Unterlagen des Staates einen Überblick über Zeitpunkt der Steuerentstehung und über die Besteuerungsgrundlagen verschaffen können. Aus diesem Grunde haben die Kirchen

für ihre Besteuerung einen Anspruch auf die einschlägigen Daten in den Melderegistern, die allein heute die erforderlichen Angaben liefern können. Da der Staat eine Einsicht in die Melderegister nicht gewährt, auch angesichts des Datenschutzes nicht gewähren kann, bleibt nur die Lieferung der Daten an die Kirchen. 4)

- 4) Vgl. dazu v. Campenhausen, Festschrift W. Weber, S. 479 ff.; Lorenz, HdbStKirchR II, S. 737; Maß, ebenda, S. 15f.

Im Übrigen läßt sich ein strikter Rechtsanspruch der Kirchen auf Datenlieferung für ihre Aufgaben (etwa für die Seelsorge) aus dem Grundgesetz nicht ableiten. Insbesondere verpflichtet Art. 35 Abs. 1 GG den Staat nicht zu umfassender Amtshilfe zugunsten der Kirchen. Rechtspflichten zur Amtshilfe zwischen Staat und Kirche bestehen heute nur noch ausnahmsweise. 5) Die Praxis zeigt indes, daß es tatsächlich - auch ohne besondere gesetzliche Vorschriften - eine weitreichende freiwillige gegenseitige Hilfe zwischen Kirche und Staat gibt. Dem Staat ist nach dem Grundgesetz eine solche Zusammenarbeit mit den Kirchen nicht nur erlaubt, sondern sogar nahegelegt. Die Trennung von Kirche und Staat, die in der Bundesrepublik nicht in einem kirchenfeindlich laizistischen Sinn, sondern im Sinn eines freundschaftlichen Mit- und Nebeneinanders vollzogen ist, ist auf eine Kooperation bei Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit angelegt. Die Qualifizierung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts läßt erkennen,

- 5) Vgl. Rübner, HdbStKirchR II, S. 842 f.

daß die Kirchen aus der Zahl der Vereinigungen und Gruppen hervorgehoben werden sollen. Der Sonderstatus rechtfertigt zahlreiche Hilfen, die der Staat den Kirchen gewährt. Die Kirchen sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts ebenso vertrauenswürdig wie andere juristische Personen des öffentlichen Rechts und können und sollen in bezug auf Mitteilungen und Akteneinsicht behandelt werden wie diese. 6)

6) Vgl. RUFNER, HdbStKirchR II, S 844

Als Ergebnis dieses Abschnitts bleibt daher festzuhalten: EBMeldeG läßt die Weitergabe personenbezogener Daten an die Kirchen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu und legt dem Landesgesetzgeber nahe, die Verpflichtungen der Meldebehörden zu Datenlieferungen an die Kirchen so zu regeln, daß die kirchlichen Interessen gewährt werden. Diese Haltung entspricht dem Grundgesetz, das auf eine Kooperation von Staat und Kirche auch dort angelegt ist, wo sich unmittelbar aus der Verfassung strikte gegenseitige Rechtsansprüche nicht ergeben. Unmittelbar aus dem Grundgesetz folgt ohne Rücksicht auf die Regelungen des Melderechts ein Anspruch der Kirchen auf Übermittlung der Daten, die für die Kirchensteuererhebung erforderlich sind. Das Bundesrecht begünstigt also insgesamt die Beibehaltung der bisherigen Praxis, nach der die Kirchen wie andere Behörden Zugang zu den Daten in den Melderegistern hatten. 7)

7) Vgl. dazu C. IV. 1.VollzMEMeldeG v.2.1.1961, Ministerialblatt der bayerischen inneren Verwaltung 1961, S. 1; v.Campenhausen, Festschrift W. Weber, S. 481 ff. "

2.5.2 Die Rechtslage nach dem Landesrecht

Nachdem der Regelung der Datenlieferung zwischen dem Staat und den Kirchen der Landesgesetzgebung erhebliche Bedeutung zukommt, hat der Gutachter sich auch mit dem Entwurf des Landesgesetzes des Freistaates Bayern auseinandergesetzt und kommt u.a. zu folgender Meinung:

" Nach dem geltenden Landesmelderecht ergibt sich eine Pflicht der Meldebehörden, den Kirchen Auskünfte aus den Melderegistern zu erteilen, zumeist nur aus Verwaltungsvorschriften. Das reichte bisher aus: Das Meldewesen gehört zum Übertragenen Wirkungskreis der Kommunen, die staatlichen Aufsichtsbehörden sind daher zu Weisungen über die Art und Weise, wie die Aufgaben nach dem Meldegesetz zu erfüllen sind, befugt. Eine solche Regelung ist künftig bundesrechtlich für regelmäßige Datenübermittlungen wegen § 12 Abs. 1 S. 2 EBMeldeG ausgeschlossen. § 33 Musterentwurf I MeldeG trägt dem Rechnung und gibt den Auftrag zur Regelung der regelmäßigen Datenübertragungen an den Verordnungsgeber weiter. Dabei ist der Verordnungsgeber in einem wichtigen Punkt eingeschränkt: Die Verordnung darf nicht regelmäßige Datenübermittlungen für zulässig erklären, ohne den Meldebehörden bzw. Vergabestellen diese regelmäßige Übermittlung zur Pflicht zu machen. Die Frage, ob Daten regelmäßig übermittelt werden sollen, kann also nicht durch die Rechtsverordnung dem Belieben oder der Absprache der Beteiligten überlassen werden. Der Verordnungsgeber selbst muß sich hier zu einer klaren

Entscheidung durchringen. Das ist sinnvoll: Ob und in welchem Umfang andere Behörden bzw. Kirchen (§33 Abs. 2 MusterentwLMeldeG) Daten zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben brauchen, steht ein für allemal fest. Wenn der Staat die Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen will, so kann er die Regelung nicht dem Belieben der Beteiligten überantworten. " 1)

2.6 Das Bundesmeldegesetz wird nicht verabschiedet

Alle Verhandlungen bis zum Sommer 1976 im Rahmen des EBMeldeG orientierten sich an dem Regierungsentwurf vom 4. Okt. 1973 (BT-Drs. 7/1059). Dabei wurde die Diskussion in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit von der Problematik des Personenkennzeichens beherrscht. Der Entwurf sah ein Personenkennzeichen vor, das bundeseinheitlich verwendet werden sollte. Es war für jeden Bundesbürger gedacht und sollte der Sammlung und Verarbeitung personenbezogener Daten für die öffentliche Verwaltung dienen. Darüberhinaus war es auch in privaten Dateien verwendbar. Die Konzentration und Verknüpfung von Daten wäre erheblich erleichtert und die Ausforschung der unantastbaren privaten Sphäre des Bürgers möglich geworden. Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages äußerte daher verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Personenkennzeichen. 2) Aus diesen verfassungsrechtlichen Bedenken ist das BMeldeG - anders als das BDSG - in der 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nicht verabschiedet worden.

1) Wolfgang Rübner, Rechtsgutachten a.a.O. S. 3 ff.

2) vergl. Bericht des Innenausschuß des DBt. BT-Drs. 7/5277 vom 2.6.1976 S. 3 I, 2.Abs.; ferner Hans Hege "Bundesmeldegesetz - Gefahr oder Chance?" in ZRP, 11. Jg. August 1978, Heft 8, S. 177 f

3. Die Entwicklung des BDSG und die für die Kirchen . relevanten Teile und Inhalte

Die Bundesprojektgruppe für ein kirchliches Meldewesen hat in Zusammenarbeit mit Fachleuten auf dem Gebiet des Staatskirchenrechts, den Dienststellen des VDD, dem Arbeitskreis "Melderecht/Datenschutz", sowie mit Vertretern der EKD und den Mitarbeitern der KIGST dem Bereich Datenschutz ähnliche Aufmerksamkeit gewidmet, wie dies auch im Zusammenhang mit dem BMeldeG geschah. 1)

Die bayerischen Diözesen waren in der Planungsgruppe durch ihren Bayer. Projektgruppenleiter vertreten. Insofern waren die Belange der Kirchen in Bayern - katholische wie evangelische - in der Planungsgruppe vertreten. Der Vorsitzende der bayerischen Projektgruppe berichtete regelmäßig über den Stand der Verhandlungen in der bayerischen Projektgruppe und in der Konferenz der bayerischen Finanzdirektoren der Diözesen. Dadurch war eine Rückkoppelung geschaffen und die einzelnen Diözesen und die Vertreter der Ev.-luth. Landeskirche konnten über ihre Beauftragten ihre Belange vortragen und sofern erforderlich eigene Vorstellungen einbringen.

3.1 Das Anliegen des BDSG

Worum ging es bei der Verabschiedung eines BDSG? Im Zusammenhang mit der Neufassung eines BMeldeG mußte auch die Frage nach einem wirksamen Schutz und einer wirksamen Sicherung der gespeicherten personenbezogenen Daten und vor deren Mißbrauch geregelt werden. Deshalb hat der Deutsche

1) Bundesprojektgruppe Meldewesen, Bericht o.D. S 2

Bundestag in der 67. Plenarsitzung vom 29.11.1973 eine Beratung beider Gesetzentwürfe, also des EBMeldeG und des EBDStG (BT-Drsen. 7/1059 und 7/1027) durchgeführt. 1)

Ein BDSG ist vor allem erforderlich geworden, weil die Informationsflut in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer größere Bedeutung gewinnt und die Technologie für eine schnelle und umfassendere Bereitstellung von Informationen und deren Übertragung immer mehr vervollkommenet und verfeinert wird. Entsprechend wachsen die Informationsbedürfnisse in allen Bereichen ständig und es scheint auch vor der Sphäre des einzelnen keinen Halt zu geben. Dazu kommt, daß das geltende Recht in viele aufeinander nicht abgestimmte, zu den unterschiedlichen Zeiten und unter verschiedensten Voraussetzungen und Zielvorstellungen geschaffenen Einzelvorschriften zersplittert ist und so den Anforderungen eines wirksamen Persönlichkeitsschutzes in der Datenverarbeitung nicht gerecht werden kann. 2)

3.2 Zur Geschichte des BDSG

Schon im Jahre 1970 wird mit der Vorbereitung eines Regierungsentwurfes für ein BDSG begonnen. Darauf wird in einer Beantwortung einer kleinen Anfrage des Deutschen Bundestages am 5.1.1970 hingewiesen (vgl. BT-Drs. VI/1223). Vorausgegangen ist die EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 28.3.1969 mit dem Ansuchen der Bundesregierung, bei der Datenverarbeitung auf die Vermeidung jeglicher Beeinträchtigung und Verletzung der privaten Sphäre des einzelnen hinzuwirken. 3)

1) Vgl. BT-Drs. Nr. 7/5277 S. 3

2) Vgl. dazu BT.-Drs. 7/1027, EBDStG v. 21.9.73, S. 1 "Zielsetzg."

3) Vgl. Sitzung des Dt. Bundestages v. 28.3.1969, Umdruck 631, Anlage zum Stenografischen Bericht der 26. Sitzung d. Dt. BTg.

Am 23. 5.1973 wurde der Entwurf zu einem BDSG (BT-Drs. 7/1027) vom Bundeskabinett beschlossen, nachdem das federführende Innenministerium vorher vom 7. - 9. November 1972 eine öffentliche Anhörung von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung über den damaligen Referentenentwurf veranstaltete.

Gemäß Artikel 76 Abs. 2 und 3 GG fand die Beratung im Bundesrat am 6.7.1973 statt. Am 20.9.1973 ist der Entwurf der Regierung dem Deutschen Bundestag vorgelegt worden. 1)

Der Deutsche Bundestag hielt seine erste Lesung über den Regierungsentwurf am 29.11.1973 und überwies den Entwurf dann dem federführenden Innenausschuß, sowie einer Reihe weiterer Bundestagsausschüsse zur Beratung. 2)

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in zahlreichen Sitzungen intensiv beraten. Dabei bediente er sich auch des Sachverständigen von drei Fachleuten aus den Ländern, die an allen Beratungen teilgenommen haben. Der Innenausschuß veranstaltete seinerseits am 6.5.1974 und am 31.3.1976 zwei öffentliche Anhörungsverfahren zu diesem Thema. Dabei wurde Vertretern der Wissenschaft und der betroffenen Berufs- und Wirtschaftsgruppen Gelegenheit gegeben, zu dem Gesetzentwurf schriftlich und mündlich Stellung zu nehmen und Alternativvorstellungen vorzutragen. 3)

Die Beratungen über den Entwurf wurden mit dem Bericht und Antrag des Innenausschusses vom 2.6.1976 beendet. 4)

Der Antrag des Innenausschusses, der mit vielen Änderungen und Ergänzungen versehen war, wurde am 10.6.1976 in 2. und 3.

Lesung des Deutschen Bundestages mit Mehrheit angenommen. 5)

1) Vorlage der Bundesregierung BT-Drs. 7/1027

2) Stenogr. Bericht u.die 67. Sitzung des Dt. Btgs. S. 4017 ff.

3) Bericht und Antrag d. Innenausschuß v.2.6.76 BTDr.7/5277 S. 3

4) Vgl. BT-Drs. 7/5277 v. 2.6.1976

5) Stenogr. Ber. u.d. 250. Sitzung S 17737 ff. Gesetzesbeschl. in BR-Drs. 422/76

Der Bundesrat jedoch hat am 25.6.1976 seine Zustimmung nicht erteilt und beschlossen, den Vermittlungsausschuß einzuschalten. Der Bundesrat hat die Änderung des Gesetzes in einer Reihe von Punkten verlangt. 1)

Der Vermittlungsausschuß beschäftigte sich am 2.7.1976 in seiner Sitzung mit den Änderungswünschen und machte sich einige davon zu eigen. 2) Ihnen stimmte der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung am 10.11.1976 zu. 3) Der Bundesrat erteilte daraufhin seine Zustimmung am 12.11.1976 dem geänderten Gesetz. 4)

-
- 1) Bericht über die 436. Sitzung des Bundesrates, S. 200 ff., Änderungsbegehren in BT-Drs. 7/5497
 - 2) BT-Drs. 7/5568
 - 3) Stenogr. Bericht über die 258. Sitzung des Dt. B-tags, S. 18553 ff.
 - 4) Bericht über die 440. Sitzung des Bundesrates, S. 409 ff.

3.3 Die Berücksichtigung und die Behandlung der Kirchen im Rahmen der Entwicklung und Verabschiedung des BDSG

3.3.1 Die Mitwirkung der Kirchen bei der Abfassung der sie betreffenden Passagen im Rahmen des BDSG

Fragt man nun nach der Mitwirkung oder dem Beitrag der Kirchen hinsichtlich einer Absicherung oder Berücksichtigung ihrer Interessen und Belange im BDSG, dann geben die Protokolle und Gesprächsnotizen, sowie die Grundlagenberichte, die den einzelnen bischöflichen Ordinariaten übermittelt wurden, sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene wenig Auskunft.

Die Vorlage für den VDD ist erster Anhaltspunkt dafür, daß der Datenschutz im kirchlichen Bereich Anwendung finden muß. 1) Die von der Deutschen Bischofskonferenz eingerichtete EDV - Fachstelle entwickelt in ihrem Grundlagenbericht Modelle zur EDV- Arbeit in der Kirche. Dieser Bericht nimmt auf Gesetzgebungsfragen keinen Bezug. Der Bericht beschäftigt sich lediglich mit dem vielfältigen Einsatz der EDV im kirchlichen Bereich, das Meldewesen ist im Sinne der Anwendung ein Teilbereich. 2) Andererseits wird bei der innerkirchlichen Auseinandersetzung über Formen des Ausdrucks von Daten (Listen, Karteikarten) und der Anwendung verschiedener Modelle (KIGST, Mainzer M.) dem Datenschutz seitens der Kirchen erheblich Rechnung getragen. Dabei wird gründlich erörtert, welche Ausdrucksformen und Programme dem Datenschutz besonders entsprechen. Das kommt in einer Arbeit der EDV-Fachstelle beim Sekretariat der DBK vom 8.3.1974 deutlich zum Ausdruck, wenn Überlegungen zur

1) Bundesprojektgruppe Meldewesen, zusfs. Bericht, o.D. S.2

2) EDV-Fachstelle, Berichte Teil 1, Bonn, Jan. 1974 (Entwurf), Teil 1, Bonn Mai 1974, Teil 2, Bonn Juli 1976

Frage "Pfarrkartei in Karteikarte oder Listenform" erwogen werden und es u.a. heißt " ... die Privatsphäre jedes einzelnen Kirchenmitgliedes zu schützen läßt keinen Spielraum in seiner Anwendung zu. Hier sind die Bestimmungen der Datenschutzgesetze verpflichtend. Welchen Einfluß sie auf den Aufbau des kirchlichen Meldewesens haben werden, wissen wir z.Zt. nicht genau. Wir werden jedoch damit rechnen müssen, daß für die Kirche eine adäquate Anwendung der kommunalen Datenschutzgesetze verpflichtend sein wird. " 1)

Geben also die Protokolle und Notizen wenig Auskunft über eine Beteiligung oder Mitwirkung der Kirchen bei der sie betreffenden Passagen in der Gesetzgebung, so läßt sich über die Untersuchung der Gesetzestexte selbst leichter die Entwicklung aufzeigen, die die kirchlichen Belange betrifft.

3.3.2 Der Referentenentwurf zu einem BDSG von 1972

Bereits der Referentenentwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes vom 15. August 1972 enthält - in Analogie zum EBMeldeG - in § 7 "Datenaustausch innerhalb des öffentlichen Bereichs" in Abs. (2) fest: 2)

"Die Weitergabe personenbezogener Daten ist unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen auch an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden."

Die entsprechende Begründung dazu lautet wie folgt:

"Absatz 2 stellt in Ergänzung des Absatzes 1 klar, daß die Weitergabe personenbezogener Daten durch die unter Abschnitt II fallenden Behörden und Stellen im Rahmen

1) Bericht des Sekretariats der DBK, EDV-Fachstelle Köln, 8.3.74, S.
2) RefEntwurf BDSG in: Dokumentation einer Anhörung zum RefEntwBDSG, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn, Mai 1973, S. 352

des Absatzes 1 auch an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften zulässig ist, sofern sichergestellt ist, daß die Daten bei dem Empfänger ausreichend geschützt werden. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Kirchen auch aus dem öffentlichen Bereich die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten ihrer Angehörigen erhalten sollen." 1)

3.3.3 Anhörungsverfahren zum Referentenentwurf zu einem BDSG vom November 1972

In dem vom 7. - 9. November 1972 durchgeführten Anhörungsverfahren zum Referentenentwurf ist dann u. a. auch die Sprache auf die Kirchen gekommen. Interessanterweise hat der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Briefs, eine andere Fassung des die Kirchen betreffenden § 7 vorgeschlagen und zwar wie folgt:

"Die Weitergabe personenbezogener Daten an Behörden und sonstige öffentliche Stellen ist nur zulässig mit Zustimmung des Betroffenen oder aufgrund eines Gesetzes.' Die Weitergabe soll also nur mit Zustimmung des Betroffenen oder aufgrund eines Gesetzes zulässig sein und die auch in anderen Bestimmungen des Entwurfs enthaltene Zulässigkeitsalternative der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung ist einerseits bedenklich, andererseits überflüssig, da eine Behörde ohnehin zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer gesetzlich beschriebenen Aufgaben verpflichtet ist. Dann soll weiterhin in § 7 der Absatz 2 gestrichen werden, eine besondere Hervorhebung der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist nicht

1) Dokumentation wie FN 2, S. 108, a.a.O. S. 395'

notwendig, da sie unter die Regelung für Dritte an
anderer Stelle fallen. " 1)

Die direkte Erwiderung seitens des Vertreters der Kath. Kirche
ist folgendermaßen zu Protokoll genommen.

Herr Dr. Schlieff, Kommissariat der deutschen Bischöfe,
Katholisches Büro:

" Wenn der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier
fordert, daß die Kirchen an anderer Stelle genannt werden
sollen, so glaube ich, daß er die verfassungsrechtliche
Situationkennt. Meines Erachtens nennt der Gesetz-
entwurf in § 7 Abs. 2 ausdrücklich zu Recht die öffent-
lich - rechtlichen Religionsgesellschaften. Damit trägt
der Gesetzentwurf der verfassungsrechtlichen Tatsache
Rechnung, daß das Grundgesetz die Kirchen als Körper-
schaften des öffentlichen Rechts anerkennt. Die Kirchen
gehören zwar weder der unmittelbaren noch der mittel-
baren Staatsverwaltung an. Ihr verfassungsrechtlicher
Status siedelt sie in dem öffentlich-rechtlichen Be-
reich an. Der Entwurf nennt deshalb die Kirchen zu
Recht in § 7." 2)

Auch der Vertreter der Forschungsstelle für juristische Do-
kumentation der Universität Frankfurt bezieht sich u.a. auf
§ 7 Abs. 2 BDSG und meint:

" Zweiter Beitrag zu § 7 Abs. 2: Wir sind uns wahrschein-
lich, so verstehe ich jedenfalls den Entwurf, alle da-
rüber einig, daß eine Weitergabe von Daten an die öffent-
lich-rechtlichen Religionsgesellschaften nur hinsichtlich

1) Dokumentation wie FN 2, S. 108, a.a.O. S. 185
2) ebda. S. 185

deren Mitglieder infrage kommen kann. Wir sind uns doch wahrscheinlich auch darüber einig, daß nur Grunddaten, die das kirchliche Meldewesen interessieren, weitergegeben werden können. Wenn man sich darüber einig ist, meine ich, sei es ein Gebot rechtsstaatlicher Klarheit, daß man diese Einschränkungen auch in den Gesetzentwurf aufnimmt, damit keine Mißverständnisse entstehen." 1)

Dazu nahm nun Dr. Auernhammer vom Bundesinnenministerium Stellung, er meint:

" Es würde einen Bruch mit der Konzeption des Entwurfs darstellen, wenn man in § 7 Abs. 2 eine Aufzählung der zur Weitergabe zugelassenen Daten bringen wollte. Das kann man nicht, sie wäre im Nu überholt; man muß den Entwicklungen Rechnung tragen. Deshalb halte ich es für ausgeschlossen, daß man gerade hier eine abschließende Aufzählung der Daten dem Inhalt nach bringt. Das ist an keiner Stelle - abgesehen von den freien Daten, aber das ist ein ganz anderes Gebiet - geschehen. Was den Inhalt der weiterzugebenden Daten anbelangt, so muß man sich richten nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen und nach den Konkordaten zwischen den Kirchen und dem Bund bzw. den Ländern." 2)

Damit hatten die Kirchen über den Vertreter aus der Planungs-/Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" Dr. Schließ Gelegenheit der Äußerung anläßlich des Anhörungsverfahrens - ihre, die kirchlichen Interessen berührenden Belange.

1) Dokumentation wie FN 2, S. 108, a.a.O. S. 186

2) ebda. S. 189

3.3.4 Der Regierungsentwurf zu einem BDSG von 1973

3.3.4.1 Die Berücksichtigung der Kirchen in § 7 Abs. 1

Der nach diesem Anhörungsverfahren vom Nov. 1972 überarbeitete Referentenentwurf wurde als Regierungsentwurf am 21.9.1973 (BT-Drs. 7/1027) dem Deutschen Bundestag vorgelegt. Dabei hat § 7 Abs. 2 gegenüber dem Referentenentwurf eine geringfügige Veränderung erfahren. Die Argumente, die anderslautende Texte oder Ergänzungen im Sinne eines Datenkatalogs verlangten, haben keinen Eingang gefunden. § 7 Abs. 2 erhielt folgende neu Fassung:

" Die Weitergabe personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist wie die Datenweitergabe an Behörden und sonstige Stellen zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden."

Damit hat Abs. 2 eine geringfügige redaktionelle Änderung erfahren. Aus Religionsgesellschaften wurde Religionsgemeinschaften, was später wieder geändert werden sollte, im Sinne des verfassungsgemäßen Sprachgebrauchs von Religionsgesellschaften. . Entscheidend für die Kirchen war jedoch die Tatsache, daß man der Argumentation von Dr. Schließ und Dr. Auernhammer anl. des Anhörungsverfahrens vom Nov. 1972 folgte. Im Regierungsentwurf wird § 7 Abs. 2 folgendermaßen begründet:

" Absatz 1 Satz 2 hat die Weitergabe anderer personenbezogener Daten zum Gegenstand. Durch die Bestimmung wird gewährleistet, daß der zwischen den Behörden und Stellen aller öffentlichen Bereiche geübte Datenaustausch, der sich in der Vergangenheit bewährt und als für die Wirksamkeit

der öffentlichen Verwaltung notwendig erwiesen hat, durch das Gesetz nicht eingeschränkt werden soll, sofern die Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind. Wegen näherer Einzelheiten zu diesen Voraussetzungen wird auf die Begründung zu § 6 Abs. 1 verwiesen. Absatz 2 stellt in Ergänzung des Absatzes 1 klar, daß die Weitergabe personenbezogener Daten durch die unter den zweiten Abschnitt fallenden Behörden und Stellen im Rahmen des Absatzes 1 auch an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften zulässig ist, sofern sichergestellt ist, daß die Daten bei dem Empfänger ausreichend, das heißt, im Sinne dieses Gesetzes, geschützt werden. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Kirchen auch aus dem öffentlichen Bereich die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten erhalten sollen." 1)

3.3.4.2 Die Mitwirkung des Bundesrates hinsichtlich der Behandlung des § 7 Abs. 2

Aufgrund meiner schriftlichen Anfrage beim Bundesrat in Bonn, hinsichtlich der Mitwirkung des Bundesrates in Bezug auf den einschlägigen § 7 Abs. 2 EBD SG teilt mir der Direktor des Bundesrates mit, daß der frühere § 7 des EBD SG (jetzt § 10) in seinen Absätzen 1 und 2 im wesentlichen aufgrund des Vorschlages des Bundesrates in seiner Stellungnahme zum Gegenentwurf im ersten Durchgang redaktionell geändert wurde. 2)

3)

Die entsprechende Bundesratsdrucksache enthält dazu folgendes:

1) EBD SG - BT-Drs. 7/1027, S. 24

2) Direktor des Bundesrates, Schrb. Bonn, 21. Februar 1979 AZ III/3026 aufgrund meiner Anfrage vom 15. Febr. 1979

3) BR-Drs. 391/73 (Beschluß)

5. Zu § 7

a) In Absatz 1 ist Satz 2 wie folgt zu fassen:

"Die Weitergabe anderer personenbezogener Daten ist im Rahmen rechtmäßiger Erfüllung der in der Zuständigkeit der weitergebenden Stelle oder des Empfängers liegenden Aufgaben zulässig."

Begründung:

Die Vorschrift soll auch den sog. aktiven Datenaustausch erfassen und muß sich daher auch auf die Fälle erstrecken, in denen die Weitergabe wie z.B. bei den Standesämtern, zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung der weitergebenden Stelle gehört.

b) Die Bundesregierung wird gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sicherzustellen, daß die Protokollierungspflicht nach § 7 Abs. 3 Satz 3 des Gesetzentwurfs nicht eingreift, wenn Finanzbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit personenbezogene Daten selbsttätig abrufen, die von (anderen) Finanzbehörden oder in deren Auftrag gespeichert werden.

6. Zu §§ 7, 8 und 18

Der Bundesregierung wird empfohlen, zu prüfen, ob die §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 und 18 so umgestellt werden können, daß die jeweils in Satz 2 enthaltene allgemeine Regelung vor die spezielle Regelung in Satz 1 gestellt wird."

Dazu die Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates:

" Zu 5. a) (§ 7 Abs. 1 Satz 2)

Gegen den Vorschlag des Bundesrates werden keine Einwendungen erhoben." 1)

Damit wurde der Vorschlag des Bundesrates angenommen, der Innenausschuß stellt in seinem Bericht und Antrag dazu fest:

Zu § 7

" Die Absätze 1 und 2 wurden, im wesentlichen nach dem Vorschlag des Bundesrates im ersten Durchgang, redaktionell geändert. Der Austausch der Sätze 1 und 2 in Absatz 1 erfolgte, weil Satz 2 des Regierungsentwurfs die generellere Regelung enthält. Absatz 3 konnte mit Rücksicht auf die abschließende Datensicherungsregelung in § 4 und in der Anlage zu § 4 Abs. 1 Satz 1 entfallen. " 2)

3.3.4.3 Die Erste Lesung des EBMeldeG und EBDSG im Deutschen Bundestag.

Die erste Lesung der beiden Gesetzentwürfe hat der Sache wegen gemeinsam stattgefunden und zwar in der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 29. Nov. 1973. 3)

Gemäß Sitzungsprotokoll gingen die Entwürfe nach der ersten Lesung in die federführenden Innen- und andere Bundestagsausschüsse. 4)

1) BT-Drs. 7/1027, Anlage 3, S. 39

2) BT-Drs. 7/5277, S. 7

3) vgl. Protokoll der 67. Sitzung des Deutschen Bundestags, 7. Wahlperiode, Bonn Donnerstag 29. November 1973, S. 4017 ff.

4) vgl. Protokoll wie vor, S. 4025

3.3.5 Öffentliche Informationssitzung des Innenausschusses vom Montag, dem 6. Mai 1974 zum EBMeldeG und EBDStG

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat sich wegen der Kompliziertheit der Materie veranlaßt gesehen, ein weiteres Anhörungsverfahren zum Thema Melderecht und Datenschutz zu veranstalten. Es hat als öffentliche Informationssitzung am Montag, dem 6. Mai 1974 in Bonn, im Bundeshaus stattgefunden. 1)

3.3.5.1 Tagesordnung und befragte Themenkreise

Gemäß stenografischem Protokoll lag dem Anhörungsverfahren die folgende Tagesordnung zu Grunde: 2)

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum
Entwurf eines Bundes-Datenschutzgesetzes
- Drucksache 7/1027
und zum
Entwurf eines Bundesmeldegesetzes
- Drucksache 7/1059

Dabei wurden folgende Themenkreise in das Anhörungsverfahren einbezogen:

- A. Grundkonzeption des Entwurfs (4 Fragen)
- B. Reglementierung der Datenverarbeitung (4 Fragen)
- C. Rechtliche und technische Einzelfragen (5 Fragen)
- D. Überwachung des Datenschutzes (2Fragen)
- E. Datenschutz im Meldewesen (5 Fragen)

1) Das Anhörungsverfahren ist niedergeschrieben im Stenograf.
Protokoll Nr. 37, des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode
2) ebda , S. 11 ff.

3.3.5.2 Die Fragestellung im Anhörungsverfahren hinsichtlich des Problemkreises öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften

Über die vorgenannten Themenkreise wurden bereits am 22. Februar 1974 seitens des Innenausschuß des Deutschen Bundestages unter dem Betreff "Öffentliche Anhörung - Datenschutz/ Melderecht" Fragen für die Sachverständigen formuliert. 1) Im Bereich "E. - Datenschutz im Meldewesen" ist bezüglich des Datenaustausches mit den Kirchen folgende Frage gestellt worden:

E. 3. "In welchem Umfang dürfen die Meldebehörden nach Ihrer Auffassung personenbezogene Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften weitergeben? " 2) |

Als Sachverständige waren die Professoren Dr. Wilhelm Kewenig, Institut für internationales Recht an der Universität Kiel und Dr. W. Steinmüller, Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Regensburg benannt. 3)

3.3.5.2.1 Die Leitsätze der Sachverständigen zur Frage E. 3.

Zum Verständnis und zur Argumentation haben die beiden Sachverständigen Leitsätze entwickelt und begründet, die sie schriftlich zum Anhörungsverfahren vorgelegt haben.

Am 6. Mai 1974 sollte dann sofort in die Befragung der Sachverständigen eingetreten werden. 4)

1) Stenografisches Protokoll Nr. 37. des Deutschen Bundestages 7. Wahlperiode 724-2450- Über die öffentliche Informationssitzung des Innenausschusses vom 6.5.1974 S. 11 ff.

2) ebda S. 15, 3) ebda S. 8 und 15, 4) S. 17

Ich möchte die Leitsätze der Sachverständigen voranstellen, ehe ich auf die eigentliche Befragung der Sachverständigen vom 6. Mai 1974 eingehe. Ich zitiere die Leitsätze im Zusammenhang. 1)

Prof. Dr. Wilhelm Kewenig

Leitsatz 1:

Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie haben deshalb ebenso wie die staatlichen Behörden und Dienststellen einen Anspruch auf Weitergabe personenbezogener Daten gegenüber den Meldebehörden. Im Rahmen dieses Anspruchs sind die Meldebehörden nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, personenbezogene Daten weiterzugeben.

Begründung:

Hinsichtlich der Grundlage des Anspruchs der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften auf Weitergabe personenbezogener Daten gilt das gleiche wie für die entsprechenden Ansprüche aller staatlichen Behörden und Dienststellen. Es besteht insoweit eine allgemeine Verpflichtung zur Amtshilfe, die sich im Bereich des Meldewesens zu einer Verpflichtung zur Weitergabe der entsprechenden Daten konkretisiert. Hinsichtlich der Ausgestaltung dieses Anspruchs der Religionsgemeinschaften (auf Weitergabe personenbezogener Daten) gelten diejenigen allgemeinen Grundsätze die im Bereich des Meldewesens für den Verkehr von Behörden und Dienststellen untereinander entwickelt worden sind. In dem Umfang, in dem sich ein Anspruch der Religionsgemeinschaften auf Weitergabe personenbezogener Daten begründen läßt, sind die Meldebehörden berechtigt und verpflichtet, diesem Anspruch zu entsprechen.

Leitsatz 2:

Der Anspruch auf Weitergabe personenbezogener Daten besteht ebenso wie bei den staatlichen Behörden und Dienststellen insoweit, als Kenntnis dieser Daten erforderlich ist, um die von ihnen wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften nehmen, wenn sie ihrer Bestimmung entsprechend tätig werden, grundsätzlich öffentliche Aufgaben wahr. Soweit die entsprechende Vermutung nicht im Einzelfall konkret widerlegt wird, sind Meldebehörden also nicht nur berechtigt, sondern

1) "Datenschutz/Melderecht" - Sachverständigenanhörung, Gesetzestexte in: Zur Sache - Themen parlamentarischer Beratung 5/74, hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn 1974, S. 212 ff

auch verpflichtet, die von den Kirchen angeforderten Daten weiterzugeben.

Begründung:

Die Kirchen sind auf Grund ihres Auftrages, auf Grund der Art und Weise, in der sie diesem Auftrag gerecht zu werden versuchen, und schließlich auf Grund ihrer Mitgliederzahl und des Interesses, auf das ihre Arbeit bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern stößt, keine privaten, sondern öffentliche Einrichtungen. Sie existieren - ähnlich wie andere große Verbände und Einrichtungen - in einem Bereich zwischen der gesellschaftlichen Sphäre auf der einen und der im eigentlichen Sinne staatlichen Sphäre auf der anderen Seite. Dieser Zwischenbereich wird heute in Praxis und Theorie überwiegend als der "Bereich des Öffentlichen" bezeichnet. Die Stellung der Kirchen als Einrichtungen des "Bereich des Öffentlichen" ist, abgesehen von der sachlichen Berechtigung ihrer Zuweisung zu diesem Bereich, von der staatlichen Autorität ausdrücklich und zusätzlich dadurch anerkannt worden, daß ihnen durch das Grundgesetz der Status öffentlich-rechtlicher Körperschaften verliehen worden ist. Die im Bereich des Öffentlichen angesiedelten Einrichtungen und Verbände nehmen grundsätzlich öffentliche Aufgaben wahr, wenn sie sich funktionsgerecht verhalten. Der Begriff der öffentlichen Aufgabe ist sehr viel weiter als der der staatlichen Aufgabe. Er umfaßt einmal die Aufgaben, die dem Staat ausdrücklich durch Verfassung oder Gesetz zugewiesen sind, er umfaßt aber weiterhin auch alle diejenigen Aufgaben, die im öffentlichen Interesse von nichtstaatlichen Trägern wahrgenommen werden. Dabei kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß sich die Begriffe "Öffentliche Aufgabe" und "Bereich des Öffentlichen" entsprechen: Aufgaben, die im Bereich des Öffentlichen von nichtstaatlichen Trägern wahrgenommen werden, sind - bis zum Beweis des Gegenteils im Einzelfall - öffentliche Aufgaben.

Nehmen die Kirchen aber grundsätzlich öffentliche Aufgaben wahr, so fragt sich, ob alle oder nur ganz bestimmte kirchliche Aufgaben das Prädikat 'öffentlich' verdienen und folglich einen Anspruch auf Datenübermittlung begründen. Die Frage ist im Ergebnis dahin zu beantworten, daß - bis zum Beweis des Gegenteils im Einzelfall - alle kirchlichen Aufgaben öffentliche Aufgaben sind. Zur Begründung ist einmal auf die ausgeprägte Interdependenz aller kirchlichen Aufgaben hinzuweisen. Im Zentrum des Koordinationssystems, das diese Aufgaben bilden, steht der seelsorgerische Auftrag der Kirchen. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, haben die Kirchen im Laufe der Zeit eine Vielzahl weiterer vorwiegend sozial-caritativer Aufgaben übernommen, wobei sich die Ausrichtung und die Bedeutung dieser Arbeit den Veränderungen der gesellschaftlichen Bedürfnisse anpaßt. Das gleiche gilt für den Bereich der innerkirchlichen Organisation, ohne die weder sozial-karitative noch eigentlich seelsorgerische Aufgaben tatsächlich erfüllt werden könnten.

Der unmittelbare Zusammenhang der etwa zwischen sozial-karitativen und eigentlich seelsorgerischen Aufgaben im kirchlichen Bereich besteht, ist durch das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Lumpensammler-Fall anerkannt worden. (Vgl. BVerfGE 24, 236 ff.) Jeder Versuch, hier zwischen einzelnen Aufgabenbereichen zu unterscheiden und nur den einen oder anderen als 'öffentlich' anzuerkennen, würde weder dem eigentlichen kirchlichen Auftrag noch der Struktur und Organisation der Arbeit der Kirchen noch schließlich den Erwartungen gerecht, die von den Mitgliedern dieser Kirchen in die kirchliche Arbeit gesetzt werden.

Ein zweites Argument für die unterschiedslose Anerkennung aller kirchlichen Aufgaben als öffentliche Aufgaben nimmt seinen Ausgangspunkt bei der Weite des kirchlichen Aufgabenbereiches. Die Kirche befaßt sich notwendig mit dem 'ganzen' Menschen. Das aber bedeutet zwangsläufig, daß sie in sehr vielen Bereichen tätig sein und diese Tätigkeit flexibel zu gestalten hat. Diese durch ihren Auftrag bedingte 'Allzuständigkeit' der Kirchen aber verträgt sich nicht mit der Vorstellung, die kirchliche Arbeit nur in einem ganz bestimmten sektoralen Ausschnitt als die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe zu qualifizieren. Schließlich verträgt sich die unterschiedliche Behandlung genuin kirchliche Aufgaben durch den Staat nicht mit der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung des Staates zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität sowie zur Anerkennung eines Grundrechts der Kirchen auf Selbstbestimmung, auf freie, staatsunabhängige Ordnung und Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Jede Unterscheidung zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen kirchlichen Aufgaben würde zwangsläufig dazu führen, daß staatliche Organe über die Einordnung der jeweiligen kirchlichen Aufgaben in die eine oder andere Kategorie entschieden. Damit aber nähme der Staat unmittelbar Einfluß auf die Art und Weise, in der die Kirchen bestimmte Aufgaben wahrzunehmen in der Lage sind, und letztlich auch auf die allein den Kirchen zukommende Entscheidung, welche Aufgaben für ihre Mitglieder sie wahrzunehmen versuchen und welche sie aus welchen Gründen auch immer - nicht wahrnehmen können oder wollen.

Aus den angestellten Überlegungen folgt, daß der Anspruch der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft gegenüber den Meldebehörden auf Weiterleitung personenbezogener Daten sehr umfangreich ist. Die Meldebehörden sind berechtigt und auch verpflichtet, kirchlichen Datenwünschen zu entsprechen, wenn diese Daten mit der Begründung angefordert werden, sie seien notwendige Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Erfüllung kirchlicher - und damit öffentlicher - Aufgaben. Trotz seines weiten Umfangs ist der kirchliche Übermittlungsanspruch allerdings nicht unbegrenzt. Einmal müssen die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften im konkreten Fall jeweils nachweisen, daß sie die zur Begründung ihrer Wünsche angeführten Aufgaben auch tatsächlich wahrnehmen. Es muß weiterhin außer Frage stehen, daß die erbetenen Daten auch tatsächlich notwendige Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Erfüllung dieser

Aufgaben sind. Schließlich sind die Meldebehörden berechtigt und verpflichtet, zu überprüfen, ob die Inanspruchnahme einer bestimmten Aufgabe als kirchliche und damit öffentliche Aufgabe etwa willkürlich erscheint. Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften haben zwar infolge ihrer 'Allzuständigkeit' einen sehr weiten Aufgabenbereich. Andererseits steht jedoch außer Frage, daß die Kirchen nicht unterschiedslos alle möglichen Aufgaben an sich ziehen können, ohne irgendwann auch den ihrer Arbeit zukommenden weiten Rahmen zu sprengen. In welchen Fällen diese 'Mißbrauchskontrolle' der Meldebehörden eingreift, kann im voraus nicht bestimmt werden. Fälle einer mißbräuchlichen Anmaßung bestimmter Aufgaben durch die Religionsgemeinschaften dürften aber in der Praxis auch äußerst selten sein.

Leitsatz 3:

Der Anspruch der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften auf Weitergabe personenbezogener Daten ist grundsätzlich auf die Daten der eigenen Mitglieder beschränkt. Nur in Ausnahmefällen erstreckt sich der Anspruch auch auf Daten, die Nichtmitglieder betreffen.

Begründung:

Der Anspruch der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften auf Übermittlung personenbezogener Daten ist grundsätzlich auf den Mitgliederkreis der den Datenwunsch äußernden Religionsgemeinschaft beschränkt. In Ausnahmefällen mag es jedoch erforderlich sein, gewisse Grunddaten auch über Nichtmitglieder zu erfahren, um die eigenen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen zu können. In solchen Fällen wird jeweils abzuwägen sein, zwischen dem grundgesetzlich verbürgten Individualschutz und dem ebenfalls verfassungsrechtlich abgesicherten Anspruch der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften, ihre Aufgaben ohne diskriminierende Verweigerung staatlicher Hilfe zu erfüllen."

Von Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller, Regensburg zitiere ich zwei Thesen mit der entsprechenden Begründung. 1)

These:

1. Es gelten hier die allgemeinen Grundsätze für die Weitergabe von personenbezogenen Daten innerhalb des öffentlichen Bereichs: eine andere Lösung ist nicht möglich, da die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.
2. Im einzelnen bedeutet dies: Daten dürfen an Religionsgemeinschaften weitergegeben werden, wenn der Betroffene zustimmt oder aber die Religionsgemeinschaft diese Daten zur Ausfüllung der ihr zustehenden Befugnisse benötigt.

Begründung:

Eine Privilegierung der Religionsgemeinschaften gegenüber anderen öffentlichen Stellen ist nicht erforderlich. Sie wäre auch verfassungsrechtlich nicht zulässig, da das Grundgesetz und die Konkordate bzw. Kirchenverträge hierfür keine Sonderbestimmungen enthalten. Insbesondere ergibt sich aus der Garantie der Religionsfreiheit nicht eine Verpflichtung des Staates, den Religionsgemeinschaften personenbezogene Daten für die Zwecke missionarischer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Dies würde im Gegenteil sogar einen Eingriff in die Rechte der betroffenen Personen darstellen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der weltanschaulichen Neutralität die das Grundgesetz (Artikel 3) dem Staat auferlegt. Jedenfalls wäre eine Privilegierung öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften gegenüber anderen öffentlichen Stellen oder den Vertretern anderer Glaubensgemeinschaften nicht vertretbar. Es muß mithin der Zustimmung des Betroffenen überlassen bleiben, ob der Staat personenbezogene Angaben an Religionsgemeinschaften weitergeben darf; Befugnisse der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften (insbesondere Kirchensteuer, Kirchgeld) können grundsätzlich aber auch nur gegenüber Mitgliedern bestehen. Selbst dort ist aber genau zu prüfen, in welchem Umfang die verlangten Informationen für kirchliche Befugnisse benötigt werden.

3.3.5.2.2 Die mündliche Aussprache im Anhörungsverfahren zu den schriftlichen Vorlagen der Herren Professoren Dr. W. Kewenig und Dr. W. Steinmüller

Im Laufe des Anhörungsverfahrens kam dann die Aussprache auf die im Protokoll unter E. 3. gestellte Frage bezüglich der Behandlung der Kirchen. Ich zitiere aus dem Protokoll: 1)

Vors. Dr. Schäfer: Vielen Dank. Darf ich dann den Punkt E 3 aufrufen. Zum Punkt 3 haben sich die Professoren Kewenig und Steinmüller geäußert. Das liegt vor. Es ist eine Rechtsfrage. Herr Simitis, ich glaube, ich habe von Ihnen dazu etwas gelesen. Für uns ist es eine Rechtsfrage im Augenblick. Sind Fragen der Herren Be-richterstatter dazu? - Im Augenblick nicht.

Prof. Dr. Podlech: Ich bin nicht ganz der Auffassung, die

1) Stenografisches Protokoll, a.a.O. S. 212 ff.

Herr Kewenig wiedergegeben hat. Es ist unbestritten, daß öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Da setzt schon das Problem ein: Sie sind nach allgemein anerkannter Lehre Körperschaften des öffentlichen Rechts *sui generis*, denn ihnen fehlt das wichtigste Merkmal der normalen Körperschaft des öffentlichen Rechts, nämlich daß sie staatsorientiert sind. Gerade an diesem Punkt der Kontrolle scheint mir die Frage der Berechtigung des Staates, an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften Informationen, die etwa auf hoheitlichem Wege erhoben worden sind, weiterzugeben, wichtig. Wenn die Religionsgesellschaften sich bereit erklären, alle Kontrollmaßnahmen, die für die öffentliche Verwaltung gelten, auch für sich in concreto anzuerkennen, habe ich in diesem Umfang keine Bedenken; dann stimme ich mit Herrn Kewenig überein, daß das dann in der Regel auf eigene Mitglieder beschränkt werden muß. Die Ausnahmen können kontrolliert werden. Soweit die Religionsgesellschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaft nicht bereit sind, sich der normalen Kontrolle aller übrigen Behörden des öffentlichen Rechts zu unterwerfen, halte ich den Schluß, der hier gezogen worden ist, von der Rechtsnatur, die ohnehin sehr umstritten ist, auf die Verpflichtung des Staates, ihnen hoheitlich ermittelte Informationen weiterzugeben, für nicht zwingend.

Vors. Dr. Schäfer: Herr Podlech, darf ich die Frage modifizieren: Wenn die Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften einerseits erklärten, daß sie gleichwertige, gleichrangige Kontrollen in ihrem Bereich machen, oder wenn wir im Gesetz schrieben 'Nur wenn die Kirchen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen haben, werden wir...', hätten Sie dann noch Bedenken?

Prof. Dr. Podlech: Nein, das hängt von der konkreten Ausgestaltung ab. Wir halten zum Beispiel den Zugang zu den normalen staatlichen Gerichten für erheblich. Das hat zum Beispiel eine wichtige Rolle gespielt für Bedienstete der Religionsgesellschaften, daß die etwa durch eigene Rechts-

vorschriften kirchliche, gerichtsähnliche Spruchkörperschaften zur Entscheidung von Konfliktfällen einsetzen können.

Zu den Bedingungen der normalen Kontrolle gehört zum Beispiel, soweit die Informationsverarbeitung Eingriffscharakter besitzt, also unter Umständen einen Verwaltungsakt darstellt, daß die normalen, ansonsten zuständigen Gerichte für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit dieser Akte selbst quasi gerichtlich und nach kanonischem Kirchenrecht richtig gerichtlich zu überprüfen - denn die haben ja nach kanonischem Recht, wenn ich mich auf dem katholischen Bereich beschränken darf, über den ich allein einigermaßen Kenntnis habe, zu entscheiden -, verneine ich eine Zulässigkeit der Weitergabe.

Prof. Dr. Kewenig: Ich möchte Herrn Podlech in vollem Umfang zustimmen. Ich bin in meiner Äußerung selbstverständlich davon ausgegangen, daß sich die Kirchen bereit finden, alle Maßnahmen des Datenschutzes, die die öffentliche Hand für ihren Bereich vorsieht, zu übernehmen bzw. der öffentlichen Hand gestatten, entsprechende Überprüfungen im kirchlichen Bereich vorzunehmen. Das scheint mir eine selbstverständliche Voraussetzung zu sein, wenn die Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften so wie normale öffentlich-rechtliche Körperschaften behandelt werden wollen. Ich habe aber den Eindruck, daß die Kirchen - ganz im Sinne, wie Sie, Herr Vorsitzender, das soeben formuliert haben - auch bereit sind, sich entsprechenden Kontrollen zu unterwerfen.

Prof. Dr. Steinmüller: Ich möchte gerne auf ein weiteres Erfordernis hinweisen, das vielleicht nicht klar genug geworden ist. Wenn man - meines Erachtens zu Recht - die Kirchen in diesem Bereich als öffentlich-rechtliche Körperschaften betrachtet, bedarf die Weitergabe von Informationen, die nicht durch die Kirchen gesammelt worden sind, an die Kirchen und durch Kirchen einer Rechtsgrundlage. Zum Teil ist diese Rechtsgrundlage in Konkordaten und anderen Rechtsnormen enthalten, zum Teil wird man

sie vielleicht schaffen müssen.

Prof. Dr. Kewenig: Dieser Formulierung von Herrn Steinmüller kann ich nicht zustimmen. Die Rechtsgrundlage ergibt sich schlicht und einfach aus § 17 des Entwurfs eines Gesetzes über das Meldewesen. Da steht nämlich drin, daß die kirchlichen Behörden genauso wie alle anderen öffentlichen Behörden einen Anspruch darauf haben, die Daten zu erfahren, die zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben notwendig sind. Was öffentliche Aufgaben sind, läßt sich eben mehr oder minder eindeutig festlegen. Insofern braucht man sich nicht auf die Verfassung oder Konkordate zu beziehen. Das steht nicht im Gesetzentwurf, und das ist auch nicht gemeint. Da ist nicht von verfassungsrechtlichen Aufgaben oder von Konkordatsaufgaben die Rede, sondern von öffentlichen Aufgaben.

Vors. Dr. Schäfer: Das ist eine interessante Ergänzung, die bislang so nicht vorgesehen war und über die man sprechen wird. Gibt es weitere Wortmeldungen zu Punkt 3? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Punkt E 4."

Soweit die Protokollstellen zur Frage, in welchem Umfang die Meldebehörden personenbezogene Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften weitergeben dürfen. Damit war aber die Prozedur der Gesetzgebung nicht abgeschlossen. Es trat vielmehr eine längere Phase einer Denkpause ein. Ihr folgte dann im Jahre 1976 erneut ein Anhörungsverfahren

3.3.6 Das 3. Anhörungsverfahren zum Bundesdatenschutzgesetz vom März 1976

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages sah sich am 31. März 1976 erneut veranlaßt, zu einem weiteren, dem 3. Anhörungsverfahren in Sachen Bundesdatenschutzgesetz, einzuladen, nachdem er vorher auf Grund der öffentlichen Anhörung

vom 6. Mai 1974 über ein Jahr lang Beratungen geführt hat. Wie aus dem Protokoll zu ersehen ist, diente das neue Anhörungsverfahren dieses Mal mehr dem privatwirtschaftlichen Bereich. Der Vorsitzende des Anhörungsverfahrens, Abg. Prof. Dr. Schäfer, bemerkt deshalb: "Wir haben bei den Beratungen im Innenausschuß Sachverständige von den Ländern hinzugezogen, und wir werden den Teil, der die öffentliche Verwaltung angeht, heute hier nicht mehr ausdrücklich behandeln; das sehen Sie aus den Fragestellungen. Die Fragestellungen beziehen sich überwiegend auf den privaten und auf den wirtschaftlichen Bereich. Schließen Sie daraus bitte nicht, daß wir auf dem anderen Gebiet alle Fragen für geklärt halten; aber man kann ja nicht überbelasten." 1)

Im Zusammenhang mit diesem Anhörungsverfahren sind deshalb kirchliche Belange ebenfalls nicht zur Sprache gekommen.

3.3.7 Abschluß der Beratungen zum Bundesdatenschutzgesetz

Nach diesem 3. Anhörungsverfahren sind die Beratungen zum Melderecht und Datenschutz am 2. Juni 1976 mit dem Bericht und dem Antrag des Innenausschusses (4. Ausschuß) abgeschlossen worden. 2)

3.3.7.1 Die Behandlung sensibler Daten

Bemerkenswert scheint mir in dem Bericht und Antrag des Innenausschusses (BT-Drs. 7/5277) unter " C. - Alternativen " die Feststellung, daß der Gesetzentwurf im Innenausschuß gegen die Stimmen der Opposition angenommen wurde. Dabei hatte die Opposition verschiedene Gründe, weshalb sie dem

1) Protokoll der 104. Sitzung des Innenausschusses und der 83. Sitzg. des Ausschusses für Wirtschaft am Mi 31. 3.1976 in Bonn, S. 7

2. BT-Drs. 7/5277

Entwurf nicht zustimmen konnte. Im Zusammenhang mit der Frage der Regelung der Behandlung der Kirchen scheint mir jedoch folgende Bemerkung interessant. Die Autoren des Berichtes sagen nämlich: 1)

"Im privaten Bereich wollte die Opposition die Speicherung von besonders sensiblen Daten, z.B. über die Gesundheit, strafbare Handlungen, Ordnungswidrigkeiten, religiöse oder politische Anschauungen nur mit Zustimmung der Betroffenen zulassen."

3.3.7.2 Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zum BDSG

Die Fraktion der Opposition hat am 9. Juni 1976 einen Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU-BT-Drs. 7/5332- zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs - BT-Drs. 7/1027 und 7/5277 - eingebracht. Wenngleich § 7 Abs. 2 dort nicht mehr angesprochen wird, so scheinen mir zwei Bereiche dennoch in diesem Änderungsantrag hervorhebenswert, weil sie die Kirchen betreffen werden.

Da ist zunächst der Einschub eines "Zweiten Abschnitts", der die Rechte des Betroffenen regeln soll, u.a. das Recht auf Auskunft über gespeicherte Daten (§ 4 b,c). Bestimmungen, die später Eingang in die Landesgesetzgebung und auch in die Kirchlichen Datenschutzordnungen finden werden.

Außerdem schlägt die Fraktion der CDU/CSU unter IV (Gesetzesvorbehalt) vor:

"In § 6 Abs. 1, § 7 Abs. 1 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Satz 1 wird jeweils das Wort 'Aufgaben' ersetzt durch die Worte 'gesetzliche Aufgaben' " 2)

1) BT-Drs. 7/5277, C. - Alternativen

2) BT-Drs. 7/5332. IV, Gesetzesvorbehalt

zu 1) vgl. Stellungnahmen dazu auch aus den Sitzungen des Bundesrates: Prot. BR-436. Sitzg. v. 25.6.76 S. 291/2 und 440. Sitzg. v. 12.11.76 S. 410

Das bedeutet, daß den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften personenbezogene Daten nur dann übermittelt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, daß sie die Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben zu empfangen berechtigt sind. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob dies nicht im Grunde eine Erschwernis für die Kirchen darstellt.

Nachdem der Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur zweiten Beratung eingebracht wurde, ist im Bundestag auch darüber debattiert worden. 1)

Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde jedoch der Antrag der CDU/CSU zu § 6 unter IV mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. 2)

1) Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode. 250. Sitzung, Bonn 10.6.1977
Stenografischer Bericht S 17737 ff.

2) ebda S 17752

3.3.8 Entwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes durch den Bundesrat und die Behandlung des § 7 EBD SG der Regierung(Datenübermittlung an öffentliche Stellen)

3.3.8.1 Das Anliegen

Der Bundesrat hat am 25. Juni 1976 in seiner 436. Sitzung einen eigenen Entwurf zu einem Bundesdatenschutzgesetz (BR-Drs. 422/76) vorgelegt und beraten. 1)

In einer Einführung des Vorsitzenden wird u.a. vermerkt, daß gerade die intensive Beratung im Bundesratsausschuß für Innere Angelegenheiten einmal mehr verdeutlicht hat, wie weit der Gesetzesbeschluß von der Lösung des Ziel- und Interessenskonfliktes entfernt sei. Der Vorsitzende äußert dann:

" Ich darf deshalb meiner Genugtuung darüber Ausdruck verleihen, daß der Bundesrat einmal mehr aufgerufen ist, seine ausgleichende, aber auch korrigierende Funktion wahrzunehmen." 2)

Ausdrücklich begrüßt er sodann den Änderungsvorschlag zu § 7 des Gesetzes, der auf entsprechende Anträge der Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen zurückgeht. Eine Änderung von § 7 wird unter folgender Problematik im Bundesrat gesehen, die ich zitiere, wenngleich zu fragen ist, ob aus rechtlichen Überlegungen die Religionsgemeinschaften von der folgenden Argumentation betroffen sind. Ich zitiere auch deshalb, weil in § 7 Abs. 2 EBD SG (Bt-Drs. 7/1027) die Religionsgemeinschaften genannt werden und später in einem BayDSG der Datenaustausch mit den Kirchen gesondert behandelt wird. Der Bundesrat argumentiert wie folgt: 3)

1) Niederschrift im Protokoll der 436. Sitzung des BR, Bonn 25. Juni 1976, S. 289 ff.

2) ebda S 291

3) ebda S. 291

" Die im Gesetzesbeschluß enthaltene Regelung kann nämlich schon deshalb nicht funktionieren, weil sie zu einem Nebeneinander von Bundes- und Landesrecht führen würde, und weil sogar die Gefahr bestünde, daß innerhalb eines Verfahrens unterschiedliches Datenschutzrecht anzuwenden wäre.

Bei der Beratung im Deutschen Bundestag ist ebenfalls schon darauf hingewiesen worden, daß die im Regierungsentwurf enthaltene fast grenzenlose Möglichkeit zur Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten auch im öffentlichen Bereich zu einer außerordentlichen Gefahrenquelle werden muß. Dieser Gefahr wird entgegengewirkt, wenn wir der Empfehlung des Bundesratsinnenausschusses, die auf einen Antrag des Landes Bayern zurückgeht, folgen und die Speicherung, Veränderung und Weitergabe nur zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben zulassen.

Den Bedürfnissen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften soll durch eine ergänzende Vorschrift Rechnung getragen werden."

Bei der Abstimmung zum EBD SG des Bundesrates (BR-Drs. 422/76) im Hause des Bundesrates stimmt dieser mehrheitlich jeweils den einzelnen Absätzen seines Gesetzentwurfes zu und kommt dann zu dem Entschluß, nunmehr den Vermittlungsausschuß anzurufen. 1)

Was den § 7 anbelangt nennt der Bundesrat folgende Begründung: 2)

" Bei den Empfehlungen des Innenausschusses zu § 7 handelt es sich um ein Anliegen des Bundesrates aus dem ersten Durchgang. Durch die vorgeschlagene Änderung soll der Geltungsbereich des Gesetzes dem des Verwaltungsverfahrensgesetzes angepaßt werden. Dies ist einmal erforderlich, weil der Datenschutz im Bereiche der öffentlichen Verwaltung zum Verwaltungsverfahren zu rechnen ist und der Aufgabenbereich des Verwaltungsverfahrensgesetzes seinerzeit auf die Initiative

1) Protokoll BR-436. Sitzung a.a.O. Anlage 5, S. 308

2) ebda

des Bundesrates hin entsprechend eingeschränkt worden ist. Die Anpassung ist zum anderen notwendig, um ein Nebeneinander von Bundes- und Landesrecht zu verhindern, welches dadurch entstehen würde, daß je nach der gesetzlichen Aufgabe Bundes- oder Landesdatenschutz Anwendung finden müßte."

3.3.8.2 Die Berücksichtigung der Frage des Datenaustauschs mit den Kirchen - Texte und Begründungen

Ich wiederhole zunächst die Regelung des Austauschs von Daten mit den Kirchen, wie er in EBD SG der Regierung vorgesehen ist. Dort steht: (BT-Drs. 7/1027)

§ 7 - Datenaustausch innerhalb des öffentlichen Bereichs

- (2) Die Weitergabe personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist wie die Datenweitergabe an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates sieht nun folgende textliche Unterschiede vor (BR-Drs. 422/76, S 3/4):

Zweiter Abschnitt - Datenverarbeitung der Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen

§ 7 - Anwendungsbereich

- (1) Die Vorschriften dieses Abschnittes gelten für Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes, der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie für Vereinigungen solcher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen. Für öffentlich-rechtliche Unternehmen, die am Wettbewerb teilnehmen,

gelten von den Vorschriften dieses Abschnittes jedoch nur die §§ 15 bis 21."

Damit wird in § 7 EBDSG des Bundesrates zunächst einmal der Anwendungsbereich abgesteckt, in dem das BDSG Anwendung findet. 1)

Die Frage der Datenübermittlung an die Kirchen wird dann in einem § 10 wie folgt geregelt: (BR-Drs. 422/76, S. 3/4)

§ 10 - Datenübermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

- (2) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.

Die wesentliche Änderung gegenüber dem Regierungsentwurf ist der folgende Teilsatz:

"...in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung..."

Allerdings legt der Bundesrat dem Vermittlungsausschuß eine andere als die obige Fassung vor. Diese lautet:

" 5. Zu §§ 9 bis 11

Es sind

- a) in § 9 Abs. 1, § 10 Abs. 1 Satz 1 und § 11 Abs. 1 Satz 1 das Wort "Aufgaben" jeweils durch die Wörter "gesetzliche Aufgaben" zu ersetzen und

1) vgl. BT-Drs. 7/5277; dort ist der Anwendungsbereich noch in § 5 behandelt, die Datenübermittlung in § 7

b) in § 10 der Absatz 2 wie folgt zu fassen:

'(2) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist zulässig, soweit sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erforderlich und sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.' " 1

Damit fällt folgende Passage wieder weg: "...in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen...."; neu im Text ist diesmal folgende Wendung: " ..., soweit sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erforderlich..."

Dazu nun die Begründung des Bundesrates für die Vorlage der Änderung in § 10 Abs. 2:

" Begründung zu a) und b)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im öffentlichen Bereich muß stärker in das Legalitätsprinzip eingebunden werden, als die vom Bundestag beschlossene Fassung es vorsieht. Es muß sichergestellt werden, daß das Verarbeiten personenbezogener Daten sich ausschließlich im Rahmen eines gesetzlichen Auftrages der Behörden hält. Damit kann erreicht werden, daß personenbezogene Daten letztlich nur auf Grund einer gesetzgeberischen Ermächtigung verarbeitet werden.

Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften erfüllen zwar öffentliche Aufgaben, nicht aber gesetzliche Aufgaben im Sinne des staatlichen Rechts." 2)

-
- 1) vgl. BR-Drs. 422/76 (Beschluß) vom 25.6.1976, Anlage "Gründe für die Einberufung des Vermittlungsausschusses zum BDSG, S. 8, ferner BT-Drs. 7/5497 S. 3
 2) BR-Drs. 422/76 a.a.O., Anlage wie vor,

3.3.8.3 Die Beratung im Vermittlungsausschuß

Der Vermittlungsausschuß hat am 2. Juli 1976 nach Art. 77 GG die Drucksachen 7/1027, 7/5277, 7/5497 (Antrag des Bundesrats) beraten. Der die Religionsgesellschaften betreffende Vorschlag des Bundesrats (BT-Drs. 7/5497 S. 3, Punkt 5, zu §§ 9 - 11, wie auf Seite 134/135 dieser Arbeit zitiert) ist vom Vermittlungsausschuß nicht angenommen worden. 1)

3.3.9 Beratung und Abstimmung des Bundesdatenschutzgesetzes im Bundestag und Bundesrat im November 1976

Der gesamte Antrag des Vermittlungsausschusses zum BDSG (BT-Drs. 7/1027, 7/5277, 7/5497) dem dieser zustimmte, ist in BT-Drs. 7/5568 zusammengefaßt und gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses wurde beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist. 2)

Nach einer nochmaligen Beratung der Vorlage BT-Drs. 7/5568 in seiner 258. Sitzung vom 10. November 1976 des Deutschen Bundestages, hat eine gemeinsame Abstimmung stattgefunden. Der Antrag des Vermittlungsausschusses ist angenommen worden. 3)

1) Antrag des Ausschusses BT-Drs. 7/5568

2) Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 258. Sitzung, Bonn 10. November 1976, Beratung des Antrags 7/5568, Stenografischer Bericht. S 18553 ff.

3) ebda S. 18556

Der Bundesrat seinerseits hat am 12 November 1976 in seiner 440. Sitzung den Antrag des Vermittlungsausschusses, dem der Deutsche Bundestag inzwischen zugestimmt hat, beraten und nochmals eine ausführliche Debatte darüber geführt und erneut seine Bedenken und Sorgen zum Ausdruck gebracht. 1)

Dennoch hat der Bundesrat gem. Art. 84 Abs. 1 GG dem Bundesdatenschutzgesetz in der vom Bundestag am 10. November 1976 geänderten Fassung mit Mehrheit zugestimmt. 2)

1) Bundesrat, 440. Sitzung, Bonn 12. Nov. 1976, Protokoll S. 409 ff.

2) ebda. S. 413

3.3.10 Das verabschiedete Bundesdatenschutzgesetz -

Wortlaut des § 10, Datenübermittlung an die Kirchen

Das " Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) vom 27. Januar 1977" - so die offizielle Bezeichnung - ist am 1. Februar 1977 im Bundesgesetzblatt (BGBl. | Tl. I, Nr. 7, S. 201 ff.) veröffentlicht worden.

Der die Kirchen interessierende Artikel hat nun die folgende endgültige Fassung erhalten:

" § 10 - Datenübermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

(2) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden. "

4. Die Entwicklung des Bayerischen Datenschutzgesetzes und die für die Kirchen in Bayern relevanten Inhalte

4.1 Anlaß

Nachdem das BDSG als Rahmengesetz zu verstehen ist und es hinsichtlich seines Anwendungsbereichs (§ 7) klare Grenzen schafft, kommt der Ländergesetzgebung hinsichtlich der Behandlung des Datenschutzes entsprechend große Bedeutung zu. Für die Kirchen ist dabei wichtig, welche Rechte sie im Sinne der Datenübermittlung eingeräumt erhalten.

Nachdem das BStMdi bei der Ständigen Konferenz der Länderinnenminister in puncto "Melderecht/Datenschutz" die Federführung hatte, waren ihm die Belange und Interessen der Kirchen, auch im Freistaat Bayern, bestens bekannt.

Ich will deshalb aufgrund der Unterlagen zur Entstehung des Bayerischen Datenschutzgesetzes, die mir das Archiv des Bayerischen Landtags freundlicherweise zur Verfügung stellte, der Frage nachgehen, welche Beachtung die Kirchen hinsichtlich des Datenaustauschs mit den Meldebehörden in den einzelnen Gesetzentwürfen erfahren, vor allem welche Regelung getroffen wurde, in dem Gesetz, das dann als Bayerisches Datenschutzgesetz verabschiedet worden ist.

4.2 Entwurf zu einem BayDSG der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Während auf Bundesebene zwischen dem BMeldeG und dem BDSG ein zwingender Zusammenhang hergestellt und deshalb beide

Gesetzentwürfe immer gleichzeitig behandelt wurden, ferner im Laufe der Beratungen, spätestens im Zusammenhang mit dem Anhörungsverfahren vom 7. - 9. Nov. 1972 auch deutlich wird, daß der Datenschutz auch die Schutzwürdigkeit im Zusammenhang mit den Daten des nichtöffentlichen Bereichs sieht ¹⁾ und aus Kreisen des Wirtschaftsausschusses die Anregung kommt, "eine zweite öffentliche Anhörung durchzuführen, die sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen des BDSG auf die Wirtschaft und bestimmte Berufsgruppen beschäftigt" ²⁾, will der von der SPD - als erster Fraktion - vorgelegte Entwurf zu einem BayDSG lediglich sicherstellen, daß durch die ständig zunehmende Verwendung der EDV im öffentlichen Bereich personenbezogene Daten nicht mißbraucht werden können. In ihrem Entwurf kommt es der SPD-Fraktion hauptsächlich auf eine Datensicherung, d.h. Sicherung der im öffentlichen Bereich gespeicherten Daten an, weniger auf den Schutz der betroffenen Personen vor Mißbrauch der personenbezogenen Daten. ³⁾

Obwohl der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag der Entwurf zu einem BDSG der Bundesregierung bekannt gewesen sein dürfte, beschränkt sie sich im Anwendungsbereich ihres Gesetzentwurfes auf die Regelung der Verarbeitung personenbezogener Daten bei Behörden und sonstigen Einrichtungen des Freistaates Bayern, sowie dessen Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder bei anderen Stellen, die in deren Auftrag Daten

1) vgl. Dokumentation zum Anhörungsverfahren zum Referentenentwurf BDSG vom 7.-9.-Nov. 1972, hrag. Bundesminister des Innern, Bonn Mai 1973, S 421, Anhang III (Teilnehmerliste)

2) BT-Drs. 7/5277 vom 2.6.1976, S. 3

3) LT-Drs. 8/207 v. 18.2.75, EntwBayDSG der SPD-Fraktion; vgl. Abs. A - Problem, 1. und 2. Absatz

verarbeiten, soweit Landesrecht ausgeführt wird. 1)

Obwohl die Datenweitergabe in § 4 des EntwBayDSG der SPD angesprochen wird, werden die Kirchen als Empfänger personenbezogener Daten nicht genannt, trotzdem dies zu diesem Zeitpunkt im EBD SG § 7 Abs. 2 bereits der Fall ist. 2)

Der Bayerische Landtag berät den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion in 1. Lesung am 18.3.1975 und überweist ihn nach kurzer Beratung dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, sowie dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. 3) Ein von der Regierung beabsichtigter Entwurf, der vom Innenministerium angekündigt wird, soll dort ebenfalls beraten werden. 4)

4.3 Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger (FDP) - EntwBayDSG

4.3.1 Anliegen

Die Abgeordneten Dr. Zech und Jaeger der FDP-Fraktion im Bayer. Landtag stellen ihrerseits am 1.7.1977 (zum Vergleich: Antrag der SPD-Fraktion 18.2.1975) den Antrag auf Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (BayDSG). 5)

Sie berufen sich in ihrem Entwurf bereits auf das am 1.1.1978 in Kraft tretende BDSG und begründen ihren Antrag u.a. wie folgt: 6)

" Die Erstreckung des Geltungsbereichs des Bundes-

1) LT-Drs. 8/207, Art. 2 Abs. 1

2) BT-Drs. 7/1027 vom 21. 9.1973

3) Bayer. Landtag, Stenogr. Bericht 8/13 v. 18.3.1975, S. 405

4) ebda, S. 404; vgl. dazu auch Bayer. Landtag, Stenogr. Bericht 8/85 v. 12.7.77, S. 4597, Anm. IM Dr. Seidl

5) LT-Drs. Nr. 8/5696 v. 1.7.1977

6) ebda, Vorblatt, A - Probleme, 3. Absatz

datenschutzgesetzes auf die Ausführung von Bundesrecht durch die Länder, Gemeinden usw. entfällt jedoch dann, wenn und soweit die Länder für die Verwaltungstätigkeit der Behörden eigene Datenschutzgesetze erlassen (§ 7 Abs. 2 BDSG). Diese Rechtskonstruktion des § 7 Abs. 2 BDSG geht - ebenso wie der § 1 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes vom 25. Mai 1976 (BGBl. I, S. 1253, geändert durch Gesetz vom 2. Juli 1976 - BGBl. I, S. 1749 -) - auf Wünsche des Bundesrates zurück, der verhindern wollte, daß Landes- und Gemeindebehörden bei ihrer Tätigkeit bundes- und landesrechtliche Datenschutznormen nebeneinander anwenden müssen. Durch diese Regelung eröffnet sich für die Länder die Möglichkeit, mit einem eigenen Datenschutzgesetz den gesamten Tätigkeitsbereich der Behörden einheitlich zu regeln, unabhängig davon, ob Rechtsvorschriften des Bundes, des Landes, der Gemeinden und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts ausgeführt werden."

4.3.2 Die Regelung der Datenübermittlung an die Kirchen im Entwurf BayDSG der FDP Abgeordneten

Der vorliegende Entwurf machte sich in der Frage der Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen den Wortlaut des BDSG zu eigen und übernahm für die Datenübermittlung an die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften den Text wie folgt:

" Die Übermittlung personenbezogener Daten an
Stellen der öffentlich-rechtlichen Religions-

gesellschaften ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, sofern sichergestellt, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden." 1)

Damit waren die Kirchen in Bayern analog zur Behandlung im BDSG im Antrag der FDP Abgeordneten in der Frage der Datenübermittlung an sie berücksichtigt.

4.3.3 Erste Beratung des EntwBayDSG der FDP Abgeordneten im Bayerischen Landtag

Obiger Entwurf wurde im Bayerischen Landtag am 12. Juli 1977 in erster Lesung beraten. Die Aussprache erbrachte als Erkenntnis nicht nur, daß die Beratung des SPD-Entwurfs vom 8.2.1975 im allgemeinen Einverständnis zurückgestellt wurde, sondern auch, daß auch die Arbeiten an einem Regierungsentwurf zunächst zurückgestellt wurden, bis das BDSG erlassen war. 2)

Es wurde ferner vermerkt, daß es ein Anliegen des BayDSG sein müsse, dem Bürger klar und unmißverständlich zu sagen, welche Schutzrechte er im einzelnen hat. Dies tue weder das BDSG noch der eingebrachte Entwurf der FDP Abgeordneten, bemerkt der damalige Innenminister. 3) Er hat dann folgende Empfehlung ausgesprochen: 4)

"Die Staatsregierung steht kurz vor dem Abschluß ihrer Arbeiten an einem Regierungsentwurf zu einem Bayerischen Da-

1) LT-Drs. 8/5696, EntwBayDSG, Antrag Dr. Zech/Jaeger FDP, Art. 10/4

2) Bayer. Landtag, Stenogr. Bericht 8/85 v. 12.7.77, S. 4597, Bericht des Innenministers Dr. Seidl

3) ebda

4) ebda

tenschutzgesetz. Sie wird ihn bis zur Herbstsitzung dem Hohen Haus vorlegen können. Die Grundsätze dieses Entwurfs - das kann ich hier mit Nachdruck betonen - werden sich weitgehend mit dem decken, was bereits im Jahre 1975 von der SPD und heute von der FDP eingebracht worden ist. Ich glaube also, daß sich im Landtag eine breite Mehrheit für ein Bayerisches Datenschutzgesetz finden wird. Die Staatsregierung bittet daher das Hohe Haus, alle drei Gesetzentwürfe gemeinsam zu beraten."

Der Bayerische Landtag hat dann nach Abschluß seiner Beratung und Aussprache vorgeschlagen, daß der FDP-Entwurf "in Einvernahme mit dem Ältestenrat primär dem Rechts- und Verfassungsausschuß federführend zu überweisen ist, und subsidiär dem Haushaltsausschuß wegen möglicher Kostenfragen. Zur Schlußberatung soll er noch einmal an den Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen gehen." 1)
Dies wurde dann so beschlossen. 2)

1) Bayer. Landtag, Stenogr. Bericht 8/85 a.a.O. S. 4599

2) ebda S. 4600

4.4 Entwurf der Bayerischen Staatsregierung zu einem BayDSG

4.4.1 Das Anliegen

Wie bereits von Innenminister Dr. Seidl angekündigt war, hat die Bayerische Staatsregierung im Herbst 1977 (11.10.77) ihrerseits den "Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bayerisches Datenschutzgesetz - BayDSG) " dem Bayerischen Landtag vorgelegt. 1)

Sie bezieht sich weitgehend in ihrem Entwurf auf das BDSG und nimmt die Erkenntnisse der Beratungen vom 15.3.75 und 12.7.77 im Bayer. Landtag und der vorgelegten Gesetzentwürfe der SPD und FDP auf.

Der Regierungsentwurf schöpft den landesrechtlichen Vorbehalt des § 7 Abs. 2 BDSG voll aus²⁾ und sieht eine umfassende Regelung des Datenschutzes für die gesamte öffentliche Verwaltung des Staates und der der Aufsicht des Staates unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts vor. 3)

"Inhaltlich lehnt er sich - weitgehend auch wörtlich - an die Regelungen im BDSG an. Um dem Bürger die Schutzrechte deutlicher zu machen, faßt er diese in einem eigenen Abschnitt übersichtlich zusammen. An einigen Stellen wird der Datenschutz im Interesse des Bürgers verstärkt. Für die speziellen Belange einzelner Verwaltungsbereiche werden spezifische Datenschutzregelungen eingefügt. Ferner richtet der Entwurf die Aufsichtsbehörden nach §§ 30 und 40 BDSG ein." 4)

1) LT-Drs. 8/6293 vom 11.10.1977; vgl. Art. 40 Bayer. Verfassung und Stellungnahme des Bayer. Senats, S-Drs. 241 251/77 v. 10.11.77

2) vgl. Begründung im RegEntwBayDSG, LT-Drs. 8/6293, S. 11, "A - Allgemeines, 2.-Gesetzgebungskompetenz"

3) vgl. EntwBayDSG der SPD-Fraktion, Art. 2, LT-Drs. 8/207

4) LT-Drs. 8/6293, Vorblatt EntwBayDSG, "B- Lösung"

4.4.2 Die Regelung der Datenübermittlung an die Kirchen im RegEntwBayDSG

Nachdem der EntwBayDSG "spezielle Belange einzelner Verwaltungsbereiche" gesondert regeln will, unterscheidet sich der Entwurf der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich der Frage des Datenaustausches mit den Kirchen erheblich von dem Entwurf der FDP Abgeordneten im Bayerischen Landtag und auch von der Regelung, wie sie § 10 Abs. 2 vorgesehen hat. Der Gesetzentwurf sieht einen eigenen 4. Abschnitt vor, in dem Probleme für bestimmte öffentliche Stellen Eingang finden und Sondervorschriften für diese öffentlichen Stellen vorgesehen sind. Zu diesen öffentlichen Stellen gehören nach ¹⁾

Art. 21 - der Bayerische Rundfunk

Art. 22 - öffentliche Stellen, die am Wettbewerb teilnehmen

Art. 23 - die Amtliche Statistik

Art. 24 - Meldebehörden

Art. 25 - die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

Der EntwBayDSG der Staatsregierung sieht für die Kirchen in Bayern in Art. 25 folgende Regelung vor: 2)

"(1) Personenbezogene Daten dürfen in entsprechender Anwendung des Art. 17 von der speichernden Stelle an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermittelt werden, soweit die empfangende Stelle die Daten zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben benötigt und ausreichender Datenschutz sichergestellt ist.

(2) Soweit personenbezogene Daten nach Absatz 1 an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermittelt werden, sind die Vorschriften des fünften Abschnitts entsprechend anzuwenden."

¹⁾ EntwBayDSG LT-Drs. 8/6293, S. 8

²⁾ ebda S. 9

Der angesprochene fünfte Abschnitt EntwBayDSG regelt die Überwachung des Datenschutzes bei öffentlichen Stellen.

Die Staatsregierung begründet die Sonderregelung in ihrem Entwurf, hier besonders was die Kirchen anbelangt, wie folgt: 1)

Vierter Abschnitt

Sondervorschriften für bestimmte öffentliche Stellen

Der Entwurf ist ein Auffanggesetz (vgl. Einleitung zu B). Seine Vorschriften greifen Platz, wenn es keine auf die speziellen Verhältnisse der einzelnen Verwaltungszweige angepaßten Bestimmungen gibt. Sie müssen daher allgemein gehalten bleiben. Für viele Bereiche wird der Datenschutz in Sondergesetzen zu spezialisieren sein, damit insoweit der Schutz des Bürgers vollständig wird. Das wird einige Zeit dauern: Auch müssen mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen Erfahrungen gewonnen werden.

Für einige wichtige Verwaltungsbereiche kann aber mit dem Erlaß solcher bereichsspezifischen Datenschutzregelungen nicht gewartet werden. Sie müssen gleichzeitig mit dem allgemeinen Datenschutzgesetz in Kraft treten. Der vierte Abschnitt bringt daher solche Regelungen, die sich teils auf die materiellen Einzelvorschriften des dritten Abschnitts, teils auch auf die Kontrolle des Datenschutzes im fünften Abschnitt beziehen. Einige dieser Vorschriften sollten später in einer datenschutzangepaßten Neuregelung der jeweiligen Sachmaterie aufgehen. Vorbild dazu kann Art. 13 des Krankenhausgesetzes vom 21. Juni 1974 (GVBl. S. 256) sein, in dem bereits ein solcher bereichsspezifischer Datenschutz für die Verarbeitung personenbezogener Daten in Krankenhäusern geschaffen wurde.

Art. 25: Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften

Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften genießen aufgrund von Art. 140 GG und Art 142 ff. BV einen weitgehend staatsfreien Sonderstatus. Sie sind somit im

1) EntwBayDSG, LT-Drs. 8/6293, S. 17 ff.

Grundsatz keine öffentliche Stelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 ; der Entwurf findet auf sie somit im Grundsatz keine Anwendung. Sie nehmen aber vielfältige öffentliche Aufgaben wahr. Daher soll die Datenübermittlung an sie für die Erfüllung dieser Aufgaben erleichtert werden.

In Anlehnung an § 10 Abs. 2 BDSG wird in Absatz 1 eine entsprechende Anwendung des Art. 17 des Entwurfs für öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften festgelegt. Da Religionsgesellschaften keine staatlichen Aufgaben im Sinne des staatlichen Rechts erfüllen, genügt es zur Übermittlung personenbezogener Daten an sie, wenn sie öffentliche Aufgaben erfüllen.

Überwachungsvorschriften des fünften Abschnitts greifen Platz, soweit die Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften personenbezogene Daten nach Abs. 1 von öffentlichen Stellen übermittelt erhalten (Absatz 2). Der besonderen Stellung der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bei der Datenübermittlung entspricht diese Kontrolle."

Damit kommt klar zum Ausdruck, daß hier unterschieden wird, im Begriff dessen, was staatliche Aufgaben und was öffentliche Aufgaben sind. Es wird den Kirchen zugestanden, daß sie aufgrund ihrer besonderen Stellung in der Gesellschaft öffentliche Aufgaben erfüllen und ihnen deshalb zur Erfüllung dieser Aufgaben personenbezogene Daten übermittelt werden. Mit dieser Regelung konnten die Kirchen in Bayern sich einverstanden erklären.

4.5 Die Beratung der Gesetzentwürfe im Bayerischen Landtag

Die drei eingereichten Gesetzentwürfe wurden nun wie beabsichtigt gemeinsam in den einzelnen Ausschüssen des Bayerischen Landtags beraten. 1)

In allen Fällen der Ausschusssitzungen ist feststellbar, daß

1) vgl. Protokolle und Berichte in LT-Drs. 8/7238 v. 18.1.1978 (Bericht des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts und Kommunalfragen); LT-Drs. 8/7317 vom 31.1.1978 (Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes; LT-Drs. 8/7864 v. 11.4.1978 (Ausschuß Staatshaush. u. Fin.) LT-Drs. 8/7899 v. 18.4.1978 Aussch.V/R/K)

der die Religionsgesellschaften betreffende Art. 25. des Regierungsentwurfs jeweils ohne Beratung und Aussprache Zustimmung fand. 2) Nachdem die einschlägigen Anträge 3) durch die Beratung im Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes 4) ihre Erledigung gefunden haben, gingen die Anträge in die zweite Lesung und Beratung des Bayerischen Landtags am 25.4.1978. 5)

Nach eingehender allgemeiner Aussprache zu den Gesetzentwürfen und den Anträgen der Ausschüsse wurde die Einzelberatung vorgenommen, wofür die Regierungsvorlage, sowie die Berichte der Ausschüsse zur Abstimmung vorlagen. 6) Der die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften betreffende Artikel 25 ist unverändert geblieben und einstimmig beschlossen worden. 7)

Nach der Schlußabstimmung über das Gesetz wurde es ohne Gegenstimme bei 2 Stimmenthaltungen angenommen und beschlossen. 8) es trägt den Titel

"Bayerisches Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch
personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung-
Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) -" 9)

2) vgl. Protokolle und Berichte wie FN 1, S. 146

4) LT-Drs. 8/7317, dazu Protokoll S 23

5) Bayer. Landtag, Stenograf. Bericht 8/102 v. 25.4.1978, S. 5551 ff.

6) ebda S. 5558

7) ebda S. 5559

8) ebda S. 5562

9) ebda S. 5562; vgl. Beschluß LT-Drs. 8/8026 und BayGVBl. Nr. 9/1978, S. 165 ff.

3) LT-Drs. 8/207 und 8/5696

4.6 Konsequenzen, die sich für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften aus dem BDSG und dem BayDSG ergeben

Vergleicht man die einschlägigen Artikel in beiden Gesetzen, so zeigt das Bayerische Datenschutzgesetz, daß die bereits im Bundesrat vorgeschlagene Formulierung Eingang im BayDSG Art. 25.1 findet, nämlich in dem Begriff der "Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben". 1) Hinsichtlich des Datenschutzes verweist das BayDSG sodann auf Abschnitt 5 seines Gesetzes. Das BDSG verläßt sich auf seine Formulierung "...sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden." (§ 10 Abs. 2 BDSG).

Welche Folgen haben die beiden Gesetze nun für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in Bayern. Die Kirchen haben sich zunächst nach dem Landesgesetz zu orientieren. Die Vollzugsbekanntmachung zum BayDSG sagt in Bezug auf Art. 25 folgendes: 2)

VollzBek zu Art 25

25.1 Die in Bayern als öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften anerkannten Religionsgesellschaften sind in der Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 13. April 1951 (BayBSVK S. 640), zuletzt geändert durch Bek. vom 15. Januar 1975 (KMBl. S. 676) aufgeführt (vgl. auch Nr. 2 der Bek. des Staatsministeriums des Innern vom 27. Juli 1976, MABl. S. 689).

-
- 1) vgl. BT-Drs. 7/5497; ferner VollzBek zu 25.2 hinsichtl. der Frage nach "öffentlichen Aufgaben".
 - 2) Gemeinsame Vollzugsbekanntmachung zum BayDSG v. 12.9.1978 in Staatsanzeiger Nr. 38, 1978

25.2 Zu den öffentlichen Aufgaben der öffentlich.rechtlichen Religionsgesellschaften zählen zunächst diejenigen Aufgaben, die den Kirchen durch staatliche Rechtsnorm zugewiesen sind (z.B. Kirchensteuer). Weiterhin gehören dazu seelsorgerische, caritative, soziale und inerkirchlich-organisatorische Aufgaben. Zu ihrer Erfüllung sind in bestimmten Fällen auch Daten von Familienangehörigen zu übermitteln, die nicht Mitglieder der betreffenden Religionsgesellschaft sind (z.B. Name des Ehegatten).

25.3 Ausreichend sind Datenschutzmaßnahmen, wenn sie den im staatlichen Bereich für vergleichbare Daten getroffenen Datenschutzvorkehrungen (vgl. Art. 15 BayDSG) entsprechen. Die obersten Dienstbehörden (Art. 26 BayDSG) können die getroffenen Datenschutzmaßnahmen überprüfen. Hat eine speichernde Stelle im Einzelfall Zweifel an der Zulässigkeit der Datenübermittlungen, so hat sie dies ihrer obersten Dienstbehörde anzuzeigen.

25.4 Die Staatsministerien des Innern und für Unterricht und Kultus werden gemeinsam auf Antrag feststellen, daß bestimmte Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften die Anforderungen nach Nr. 25.3 erfüllen."

In einer Stellungnahme an die bayerischen Finanzkammerdirektoren der (Erz-) Diözesen kommentiert der Leiter der Bayer. Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen die Bekanntmachung des Vollzugs des BayDSG wie folgt:

"Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, auf die Veröffentlichung des Vollzugs des bayer. Datenschutzgesetzes vom 28.4.1978 Staatsanzeiger Nr. 38 vom 22.9.1978 S. 21 zu verweisen. Es ist dort zu Art. 25 erstmalig in einem Bundesland für die Kirchen eine klare Regelung getroffen, insbesondere ist dargelegt, welche öffentlichen Aufgaben die Kirchen zu erfüllen haben, wobei die Kirchen ihre öffent-

lichen Aufgaben selbst bestimmen. Der im Staatsanzeiger aufgeführte Katalog enthält lediglich eine unvollständige Aufzählung." 5)

Zieht man nun den Kommentar zum BayDSG zu Rate, den ein sowohl in der Bundes- wie in der Landesgesetzgebung maßgeblich beteiligter Mitarbeiter des BStMdi verfaßt hat, 1) dann sind für mich zwei seiner Anmerkungen besonders auffällig und bemerkenswert. Schweinöch sagt nämlich, daß die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften nur insoweit dem BayDSG unterliegen, als sie Behördenfunktionen haben. Dabei verweist er auf seine Anmerkung 4 zu Art. 2 BayDSG. Dort schreibt er:

" Behörden (vgl. Nr. 2.1 VollzBek) sind z.B. die verschiedenen staatlichen Behörden der Ober-, Mittel und Unterstufe, aber auch die verschiedenen Ämter einer Gemeinde. Zum Behördenbegriff vgl. im einzelnen Giehl, Verwaltungsverfahrensrecht in Bayern, § 1 VwVfG, Anm. V. Der Behördenbegriff setzt organisatorische Selbstständigkeit voraus; Teile einer Behörde wie Abteilungen, Sachgebiete, sind nicht selbst Behörden. Für Übermittlungen gilt jedoch Art. 17 Abs. 3. Die Organisation der Behörden und deren Aufgaben müssen nach Art. 77 BV durch Rechtsnorm geregelt sein." 2)

Unter Anmerkung 6 zu Art. 2 vermerkt Schweinöch dann, daß die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften nur mit jenen Funktionen unter das BayDSG fallen, die Behördencharakter haben. Als Beispiel führt er dann die Einhebung der Kirchensteuer an. Im übrigen gelte von Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften die Sondervorschrift des Art. 25. 3) Auch in seiner Anmerkung 1 zu Art. 25 stellt Schweinöch fest, daß im übrigen die Kirchen den Vorschriften des BDSG unterliegen, sofern sie nicht Behördenfunktionen erfüllten. 4) Eine weitere Anmerkung halte ich für

- 1) Min. Dirig. Joachim Schweinöch, BStMdi München; dazu J. Schweinöch/H. Geiger - BayDSG, Kommentar, München 1978
- 2) ebda S 40, 3) ebda S. 40 4) ebda S. 136
- 5) Schrb. J. Hüttl Augsburg 26.9.1978 AZ. Proj.M.Bay - 22/78

bemerkenswert. Schweinoch sagt nämlich weiter, die Kirchen in Bayern können mit der Gewissheit leben, daß Abs. 1 zu Art. 25 BayDSG in inhaltlicher Übernahme von § 10 Abs. 2 BDSG eine Erleichterung für die Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften bringt, soweit sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen. 1)

Dabei wäre ebenfalls noch festzuhalten, daß die Religionsgesellschaften, soweit sie an der privilegierten Datenübermittlung nach Abs. 1 teilnehmen, hinsichtlich dieser Daten der Überwachung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz unterliegen. Keine solchen Überwachungsbefugnisse hat jedoch der Landesbeauftragte für den Datenschutz hinsichtlich der personenbezogenen Daten, die die Religionsgesellschaften weder in Behördenfunktion noch zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben verarbeiten. 2)

Ich schließe daraus, daß die Kirchen in Bayern dann dem BayDSG unterliegen, wenn sie personenbezogene Daten im Sinne einer Behördenfunktion verarbeiten; sie unterliegen generell dem BDSG, sofern sie personenbezogene Daten für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benutzen. Zum Begriff der öffentlichen Aufgaben zitiere ich nochmals Schweinoch: 3)

Anmerkung 3 zu Art. 25 BayDSG

" 3. Öffentliche Aufgaben sind hier solche, die nach dem Verständnis der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft unmittelbar der Erfüllung ihrer religiösen Zwecke dienen; vgl. Nr. 25.2 VollzBek. Dazu zählt z.B. die seelsorgerische Tätigkeit oder die Tätigkeit im Sozialbereich, aber auch das Mitgliedschaftsrecht. Demgemäß können in erleichterter Form des Abs. 1 - ohne Nachweis eines be-

1) Schweinoch/Geiger a.a.O. S. 136

2) ebda S. 137

3) ebda S. 137

rechtigten Interesses im Einzelfall - an die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften die von diesen benötigten Informationen über ihre Mitglieder von öffentlichen Stellen übermittelt werden. Solche Datenlieferungen kommen vor allem von Meldebehörden in Betracht; Art. 25 geht Art. 24 Abs. 2 vor"

Das heißt nun einerseits, daß die Datenübermittlung an die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sowohl nach dem BDSG als auch nach dem BayDSG geregelt und möglich ist; das heißt aber für die Kirchen andererseits, daß sie im Hinblick auf den Datenschutz sich sowohl nach dem BDSG, wie auch nach dem BayDSG (hier 5. Abschnitt - Überwachung des Datenschutzes bei öffentlichen Stellen) orientieren müssen, erlaubt doch besonders VollzBek. BayDSG zu Art. 25.3 und Art. 26 den obersten Dienstbehörden, bzw. dem Landesbeauftragten für den Datenschutz die getroffenen Maßnahmen zu überprüfen.

Deshalb haben die Kirchen in Bayern, sofern sie personenbezogene Daten der Meldebehörden empfangen wollen, sowohl Art. 10 Abs. 2 BDSG als auch Art. 25.2 BayDSG zu erfüllen, ehe sie die eigentliche Verarbeitung personenbezogener Daten durchführen, d.h. sie haben nicht nur eigene Datenschutznormen zu erlassen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß deren Vollzug gewährleistet ist. 1)

Im folgenden will ich deshalb die Kirchlichen Datenschutzordnungen darstellen, wie sie in den Bayerischen Diözesen kirchenrechtlich veranlaßt wurden.

1) vgl. dazu den "Ersten Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz", BT-Drs. 8/2460. Er vermerkt u.a. "Offen und strittig ist noch, ob und inwieweit die kirchlichen Einrichtungen und Werke, die in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts organisiert sind, der staatlichen Datenschutzkontrolle unterliegen. ebda S. 48

Teil V

Kirchlicher Datenschutz und Kirchliches Meldewesen1. Die kirchlichen Datenschutzordnungen in Bayern

Überlegungen zu einem kirchlichen Datenschutz und damit zu verbindlichen innerkirchlichen Vorschriften gehen in ihrem Datum weit zurück, bis zu den zeitlichen Anfängen einer Gesetzgebung im staatlichen Bereich hinsichtlich einer Neuorganisation des staatlichen Melderechts und des damit verbundenen Datenschutzes. Kirchliche Überlegungen stehen gewissermaßen in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit den ersten Entwürfen zu einem BMeldeG und einem BDSG. Haben nämlich die Kirchen nach dem EBMeldeG einen Anspruch auf Übermittlung personenbezogener Daten seitens der Meldebehörden ¹⁾, so regelt schon der erste Entwurf BDSG, daß den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften Daten übermittelt werden können, wenn "ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen sind." ²⁾

Diesem Umstand haben die Kirchen von Anfang an Rechnung getragen. Da jedoch im Interesse der Einheitlichkeit alle Überlegungen zu allumfassenden Datenschutzvorschriften in den Planungsgruppen auf Bundesebene angestellt worden sind, konnten die Vertreter der Bayerischen Projektgruppe, insbesondere deren Leiter, nur in den entsprechenden Projekt- und Planungsgruppen auf Bundesebene aktiv mitarbeiten. Das bedeutet gleichzeitig, daß entsprechende Datenschutzvorschriften, die auf Bundesebene erarbeitet wurden, auch

1) vgl. EBMeldeG BT-Drs. 7/1059, § 1 Abs. 3

2) vgl. EBD SG v. 15. Aug. 1972, § 7 Abs. 2 in Dokumentation zur Anhörung v. 7.-9.11.1972 a.a.O. S. 352

für einen Erlaß bei den (Erz-) Diözesen und der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern geeignet waren.

Im übrigen trugen die Kirchen in Bayern im Zusammenhang mit der Neuregelung des staatlichen Meldewesens dem entsprechend notwendigen Datenschutz aus ihrer Sicht von Anfang an Rechnung. 1)

Im Oktober 1973 schon wird erwogen, in den Amtsblättern der bayerischen Diözesen ein gemeinsames Schreiben der katholischen Bischöfe und der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern zu veröffentlichen, in dem die Wichtigkeit des kirchlichen Datenschutzes für die gegenwärtige und zukünftige Arbeit betont wird. Eine solche Veröffentlichung würde gleichzeitig eine Verbesserung der Verhandlungsposition mit dem Staat erwarten lassen, argumentiert der Beauftragte der Bayerischen Bischöfe für das kirchliche Meldewesen. 2)

Aufgrund einer durch die Bayer. Projektgruppe erarbeiteten Empfehlung³⁾ haben die Kirchen in Bayern im Frühjahr 1974 in ihren Amtsblättern bereits eine Anordnung zur Einhaltung der vorläufigen Datenschutzbestimmungen nach dem EBD SG veröffentlicht, die gleichzeitig eine Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Bestimmungen dieses vorläufigen kirchlichen Datenschutzes durch die kirchlichen Mitarbeiter enthielt. 4)

Wie bereits bei der Entwicklung der staatlichen Gesetzgebung zum Bundesdatenschutz dargestellt, hatten solche Maßnahmen jedoch keinen unmittelbaren Einfluß auf die Bundes- oder Landesgesetzgebung.

1) Protokoll der 2. Sitzung der Bayer. Projektgruppe v. 23.6.1972

2) Protokoll der 3. Sitzung der Bayer. Projektgruppe v. 18.10.73
TOP 1.3

3) Josef Hüttl, Schreiben an die Generalvikare der Bayer. Bist. Augsburg, 9.1.1974, AZ EDV FB 3/74, TOP 3.3

4) vgl. einschl. Amtsblätter der Bayer. Bistümer und der Ev.-Luth. Landeskirche; z.B. Amtsblatt für das Bistum Passau, 104. Jg. Folge 3, Passau 28.3.1974, TOP 43

1.1 Entwurf einer Kirchlichen Datenschutzordnung - KDO

Die beim VDD eingerichtete Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" wurde in Absprache mit der EKD ¹⁾ aktiv und erarbeitete einen Entwurf zu einer "Anordnung über den Kirchlichen Datenschutz - KDO". Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz legte diesen Entwurf im Juni 1977 den einzelnen Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland zur Begutachtung und Korrektur vor. 2)

Für die Kirchen in Bayern hat die Diözese Augsburg dazu Stellung genommen und entsprechende Änderungsvorschläge unterbreitet. 3)

Die Vollversammlung des VDD hat dann auf ihrer Sitzung vom 15. Dezember 1977 die "KDO" einmütig verabschiedet und veranlaßt, daß sie in den einzelnen Diözesen in Kraft gesetzt wird. 4)

Die Bayerischen Diözesen und die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern haben im Frühjahr 1978 die KDO in Kraft gesetzt und in ihren Amtsblättern veröffentlicht. 5)

1.2 Inhalt der Kirchlichen Datenschutzordnung

1.2.1 Begründung

Bereits im Zusammenhang mit der Vorlage eines EntwKDO gab die Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" der KDO folgende Begründung mit auf den Weg.

- 1) vgl. Begründung zum EKDO, TOP 6, S. 3 als Anhang zu Schreiben des Sekretariats der DBK, Bonn 15.6.1977, J.Nr. G 6469/77
- 2) Schreiben des Sekretariats der DBK wie FN 1
- 3) Bischöfl. Ordinariat Augsburg, Schr. v. 13.7.1977 Nr. 4213
- 4) vgl. Rundschrb. Bischöfl. Ord. Münster v. 30.12.1977, AZ Fachstelle 605
- 5) vgl. Erzdiözese München-Freising, Amtsblatt Jg. 1978 Nr. 10, TOP 133, S. 254 ff; Amtsblatt der Diöz. Passau 108 Jg. 25.9.78 Folge 10 TOP 86, S. 71 ff

Ich zitiere diese Begründung vollinhaltlich, weil sie einen Einblick vermittelt, in die Ernsthaftigkeit, mit der kirchlicherseits der Datenschutz behandelt wird. |

"Anordnung über den Kirchlichen Datenschutz - KDO -

- 1) Im Bundesgesetzblatt 1977, Teil I, Nr. 7, ist das 'Gesetz zum Schutz vor Missbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG)' veröffentlicht worden. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1978 in Kraft. Einige Vorschriften gelten bereits ab 1.7.1977, andere dagegen erst ab 1. Januar 1979. Der erste und zweite Abschnitt des Gesetzes gelten für die Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Bundes, bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes sowie Vereinigungen solcher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen. Solange der Datenschutz nicht durch Ländergesetze geregelt ist, gelten der erste und zweite Abschnitt auch für die Länder und Kommunen, soweit sie Bundesrecht ausführen. Die Länder werden noch im Laufe dieses Jahres eigene Datenschutzgesetze erlassen bzw. bereits vorhandene Gesetze dem Bundesdatenschutzgesetz anpassen. Die Ländergesetze werden den Datenschutz für die öffentliche Verwaltung der Länder und Kommunen regeln. Der dritte Abschnitt, der die Datenverarbeitung nicht-öffentlicher Stellen für eigene Zwecke regelt, und der vierte Abschnitt, der die geschäftsmässige Datenverarbeitung nicht-öffentlicher Stellen für fremde Zwecke betrifft, sind dagegen ausschließlich Bundesrecht.
- 2) Das Bundesdatenschutzgesetz findet auf die Kirche selbst keine Anwendung, da sie keine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist, die der Aufsicht des Bundes unterliegt. Es ist anzunehmen, dass die Datenschutzgesetze der Länder ebenfalls nicht auf die verfasste Kirche anzuwenden sein werden. Lediglich in § 10 Abs. 2 BDSG und in gleich- oder ähnlich lautenden Formulierungen der zukünftigen Datenschutzgesetze der Länder werden die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften genannt. Wegen der Bedeutung dieser Bestimmung wird auf Ziffer 5 dieser Vorlage verwiesen.

- 3) Dagegen unterliegt der kirchliche Bereich, in dem kirchliche Aufgaben durch private Rechtsträger wahrgenommen werden, dem Bundesdatenschutzgesetz, soweit er die Datenverarbeitung nicht-öffentlicher Stellen regelt. In einem Beispiel sollen die Konsequenzen dargelegt werden: Ein Krankenhaus in privater Trägerschaft (Stiftung, e.V., GmbH) ist den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes unterworfen. Es hat, z.B. unter bestimmten Voraussetzungen einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Dagegen braucht ein Krankenhaus in der Trägerschaft einer Kirchengemeinde keinen Datenschutzbeauftragten zu ernennen. (Der vorgelegte Entwurf einer kirchlichen Datenschutzanordnung sieht die Bestellung von Datenschutzbeauftragten für die Bistümer vor.)
- 4) Die Nichteinbeziehung der Kirchen in die staatlichen Datenschutzgesetze entspricht durchaus einem wirklichkeitsnahen staatskirchenrechtlichen Verständnis. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Kirchen hinsichtlich der von ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten keinen wirksamen Datenschutz schaffen dürften. Soweit sie Daten aus dem staatlichen Bereich erhalten, müssen sie einen ausreichenden Datenschutz sicherstellen (vgl. Ziff. 5). Die Nichteinbeziehung besagt, dass den Kirchen die eigenständige Regelung des Datenschutzrechtes überlassen ist. Gerade ihnen muß in besonderer Weise daran gelegen sein, dass diejenigen Personen, deren Daten im kirchlichen Bereich verarbeitet werden, sicher vor Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten bei der Datenverarbeitung sein können. Das darf nicht nur hinsichtlich der Meldedaten der Kirchenmitglieder, die in den Gemeindemitgliederverzeichnissen enthalten sind, gelten, sondern muß auch für die Personaldaten der Mitarbeiter, der Mitglieder von Organen, von betreuten Personen in Anstalten und Krankenhäusern usw. Geltung haben. Der vorliegende erste Entwurf einer Anordnung zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung im kirchlichen Bereich soll der Sicherstellung des kirchlichen Datenschutzes dienen.

- 5) Die Kirchen sind lediglich in § 10 Abs. 2 BDSG genannt.
Dort heißt es:

'Die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen zulässig, sofern sichergestellt ist, dass bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden.'

Die bislang bekanntgewordenen Entwürfe der Datenschutzgesetze der Länder enthalten gleich- oder ähnlichlautende Regelungen. Mit diesen Bestimmungen wird die Datenübermittlung vor allem der personenbezogenen Daten aus den Melderegistern an die Kirchen erfasst.

- 6) Die Erwähnung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechtes in § 10 Abs. 2 BDSG bedeutet keinen Eingriff in die kirchliche Gesetzgebungshoheit. Wenn die Kirchen personenbezogene Daten aus dem staatlichen Bereich übernehmen, ergeben sich aus § 10 Abs. 2 BDSG bzw. den gleichlautenden Länderbestimmungen Aufsichtsbefugnisse der staatlichen Stellen über die Verarbeitung dieser gelieferten Daten im kirchlichen Bereich. Diese Vorschrift des § 10 Abs. 2 BDSG legt es nahe, den kirchlichen Datenschutz in enger Anlehnung an die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes und der Länderdatenschutzgesetze zu formulieren. Die Arbeitsgruppe Melderecht/Datenschutz hat deshalb in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland einen Entwurf einer Anordnung über den kirchlichen Datenschutz erstellt. Diese Anordnung betrifft einerseits die personenbezogenen Daten, die aus den staatlichen Melderegistern übernommen werden, wie auch die personenbezogenen Daten, die im kirchlichen Bereich selbst erhoben werden (vergl. oben Ziffer 4).

- 7) Mit Rücksicht auf das Inkrafttreten des Bundesdatenschutzgesetzes und der Länderdatenschutzgesetze am 1. Januar 1978 muß die Beratung und Verabschiedung der kirchlichen Datenschutzanordnung im Laufe dieses Jahres abgeschlossen werden. Damit den Diözesen genügend Zeit für ihre Überlegungen bleibt, wird der Entwurf der Frühjahrssitzung des Verwaltungsrates des Verbandes der Diözesen Deutschlands zur Stellungnahme vorgelegt. " 1)

1.2.2 Inhalte der KDO

Wenngleich der volle Wortlaut der einem Anhang zu dieser Arbeit beigegebenen KDO entnommen werden kann, so will ich dennoch auf einige bedeutsame Inhalte, insbesondere auf die Bezeichnung der einzelnen Paragraphen eingehen. Die KDO sagt zunächst, und so schlägt es bereits der Entwurf zur KDO vor, daß zur Regelung des kirchlichen Datenschutzes in den Diözesen der BRD und in der Diözese Berlin, für den Anteil Berlin-West, eine gleichlautende Anordnung ergeht, die in ihrer Formulierung auch für die Diözesen in Bayern gilt und den Titel trägt

- "Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO)
in der (Erz-)Diözese NN"

In ihren einzelnen Artikeln behandelt die KDO folgende Teilbereiche des kirchlichen Datenschutzes.

- § 1 Aufgabe und Gegenstand des Datenschutzes im kirchlichen Bereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Rechte des Betroffenen
- § 4 Datengeheimnis
- § 5 Technische und organisatorische Maßnahmen
- § 6 Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag
- § 7 Zulässigkeit der Datenverarbeitung

- § 8 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von kirchlichen Dienst- und Arbeitsverhältnissen
- § 9 Datenspeicherung und -veränderung
- § 10 Datenübermittlung innerhalb des kirchlichen Bereichs
- § 11 Datenübermittlung an Stellen außerhalb des kirchlichen und öffentlichen Bereichs
- § 12 Veröffentlichungen über die gespeicherten Daten
- § 13 Auskunft an den Betroffenen
- § 14 Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten
- § 15 Durchführung des Datenschutzes
- § 16 Bestellung und Rechtsstellung eines Beauftragten für den Datenschutz
- § 17 Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz
- § 18 Anrufung des Beauftragten für den Datenschutz
- § 19 Beanstandungen durch den Beauftragten für den Datenschutz
- § 20 Schlußbestimmung

Anlage zu § 5 Abs. 1, Satz 1

1.2.3 Erläuterung einzelner Artikel

Ich versuche einige Beispiele herauszugreifen, die für alle Betroffenen (Kirchen, Anwender = Pfarrämter, Mitglieder der Religionsgesellschaften) mir besonders wichtig scheinen.

1.2.3.1 Das Anliegen der KDO

In Analogie zum BDSG - so die KDO - ist es Aufgabe des Datenschutzes im kirchlichen Bereich, durch den Schutz personenbezogener Daten vor Mißbrauch bei ihrer Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung (Datenverarbeitung) der Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange der Betroffenen entgegenzuwirken. Es geht den Kirchen also gleichzeitig um Sicherung der Daten einerseits, wie um die Wahrung schutz-

würdiger Belange der Kirchenmitglieder andererseits.

1.2.3.2 Der Begriff der schutzwürdigen Belange

Unter schutzwürdigen Belangen im kirchlichen Bereich verstehen die Verfasser der VDO in § 2 Abs.1 KDO jene personenbezogenen Daten, die Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person (Betroffener) darstellen.

1.2.3.3 Auskunftsrecht

Die KDO regelt dann, daß jeder Betroffene, über den personenbezogene Daten als Einzelangaben zu seiner Person gespeichert sind, nach Maßgabe dieser Anordnung "Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, sowie deren Berichtigung, Sperrung und Löschung" beantragen kann, sofern sie "nachweislich" unrichtig sind. 1)

1.2.3.4 Zulässigkeit der kirchlichen Datenverarbeitung

Wesentliche Grundlage für die Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb der Kirchen (d.h. ihrer Mitglieder) regelt § 7 - Zulässigkeit der Datenverarbeitung -, wobei gesagt wird, daß die KDO oder eine staatliche oder andere kirchliche Rechtsvorschrift sie erlaubt oder der Betroffene eingewilligt hat. Als besondere kirchliche Rechtsvorschrift wird dabei die Kirchliche Meldewesenanordnung (KMAO) in Betracht kommen, auf die gesondert einzugehen ist. Z.B. könnte auch das Aufgebotsverfahren der katholischen Kirche

1) KDO § 3, Abs. 1-4; vgl. dazu KDO § 13 "Auskunft an den Betroffenen" und die dazu erarb. Anordnungen als Anlage zu Schrbb. des VDD v. 26.5.1978 AZ-G 3886/78 Köln

In Betracht kommen. 1)

1.2.3.5 Datenübermittlung im kirchlichen Bereich

Ein wichtiger Bereich, den die Kirchen für sich zu regeln haben, ist jener, der die Datenübermittlung innerhalb des kirchlichen Bereichs anbelangt. Die Übermittlung personenbezogener Daten an die in § 1, Abs. 2 genannten Stellen ist nämlich zulässig, wenn die Daten zur Erfüllung des kirchlichen Auftrags erforderlich sind (KDO § 10 Abs. 1). Die in KDO § 1 Abs. 2 genannten Stellen sind das Bistum, die Kirchengemeinden, Kirchenstiftungen und Kirchengemeindeverbände und die ihrer Aufsicht unterstehenden kirchlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, Werke und Einrichtungen.

Zur Bedeutung der Frage nach der Auslegung des Begriffs "übermitteln" an "Dritte" sagt die Deutsche Bischofskonferenz:

" Die Frage ist, ob das Bistum und die Kirchengemeinden untereinander jeweils im Verhältnis von Dritten stehen. Diese Frage ist zu verneinen. Im Verhältnis des Bistums zu den Kirchengemeinden und im Verhältnis der Kirchengemeinden zueinander ist nicht die rechtlich-organisatorische Selbständigkeit entscheidend, sondern die Tatsache, daß das Bistum und seine Kirchengemeinden dieselben kirchlichen Aufgaben wahrnehmen. Die Kirchengemeinden verkörpern das Bistum im örtlichen Bereich. Das Bistum und seine Kirchengemeinden - und dies gilt entsprechend auch für die verschiedenen Bistümer untereinander - bilden mindestens im Meldewesen eine Einheit im Sinne einer speichernden Stelle; das Bistum läßt - wenn man so will - die Meldedaten für sich durch andere - die Kirchengemeinden - speichern (§ 2 Abs. 3 Ziff. 1 und 2 KDO). Im Verhältnis des Bistums zu den Kirchengemeinden liegt der Fall anders als bei einer Betrachtung des Verhältnisses Bund - Länder - Gemeinden, da es sich im letzteren Falle jeweils um die Wahrnehmung eigener, wesensverschiedener Aufgaben handelt. Der kirchliche Bereich ist insofern - mutatis mutandis - mit dem Fall von Filialen derselben Gesellschaft zu vergleichen. Hier ist verkannt, daß sich Filialen derselben Gesellschaft nicht außerhalb der speichernden Gesellschaft befinden. Unberührt von diesen Erwägungen bleibt, daß eine Datenübermittlung gemäß § 10 Abs. 1 KDO ohnehin zulässig wäre." 2)

1) vgl. "Aufgebotsverfahren" in CIC 1024/25, in Mörsdorf: HdbKirR, Bd. II, a.a.O. S. 163

2) Siegfried Marx, Melderecht und Datenschutz im kirchlichen (katholischen) Bereich, in: Datenschutz und Melderecht der Katholischen Kirche, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Dez. 1979, S. 32

In Einzelfragen zur Weitergabe und Veröffentlichung kirchliche Amtshandlungen betreffend führt Marx dann aus: "3 a)

" Häufig werden Daten betreffend kirchliche Amtshandlungen wie Erstkommunion, Firmungen, Trauungen und Taufen in kirchlichen Gemeindeblättern mit Namen und Anschrift veröffentlicht. Bei derartigen Veröffentlichungen handelt es sich um die Erfüllung einer kirchlichen Aufgabe, nämlich um die Information der Gemeinde und die Förderung der Gemeinschaft, so daß eine Veröffentlichung im Pfarrblatt oder durch Aushang keiner Einwilligung der Betroffenen bedarf. Eine schriftliche Einverständniserklärung ist jedoch dann einzuholen, wenn beispielsweise die Überlassung der Namen von Erstkommunikanten an Sparkassen oder Firmen erfolgen soll, wie dies häufig geschieht. Hierbei handelt es sich nicht mehr um die Erfüllung eines kirchlichen Auftrages. Dies gilt auch für die Überlassung an nichtkirchliche Publikationsorgane, z.B. örtliche Zeitungen. Die Einwilligung kann in diesen Fällen zweckmäßigerweise schon bei der Anmeldung zu der betreffenden Amtshandlung eingeholt werden.

Unberührt bleibt auch die Zulässigkeit von Aufgeboten durch Vermeldung oder Aushang.

Veröffentlichung betreffend Jubiläen: Häufig werden Jubiläen, z.B. 75. Geburtstag eines Gemeindegliedes oder Ehejubiläen in kirchlichen Gemeindeblättern oder durch Aushang veröffentlicht. Die Annahme, daß es sich auch hierbei um eine datenschutzrechtlich unbedenkliche Erfüllung eines kirchlichen Auftrages handle, ist zweifelhaft. Es liegt hier keine kirchliche Amtshandlung vor und das Geburtsdatum dürfte aus einem kommunalen Datenbestand stammen. In der Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Dr. Schmitt-Vockenhausen durch das Bundesinnenministerium vom 27.4.1978 heißt es, daß im allgemeinen auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die, wie die Geburtsdaten, von kommunalen Stellen stammen, durch die Kirchen die Vorschriften des BDSG entsprechende Anwendung finden. Dies bedeute, daß Geburtstage, insbesondere Jubiläumsdaten, von Gemeindeblättern nur mit Einwilligung des Betroffenen veröffentlicht werden dürften. Diese sollte man schon aus Klugeheitsgründen einholen, um so eventuellen Mißhelligkeiten - z.B. infolge nicht erwünschter Altersangaben - vorzubeugen und um die schutzwürdigen Belange des Kirchenmitgliedes zu respektieren.

Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn im Zusammenhang mit dem Jubiläum eine kirchliche Amtshandlung vorgenommen wird, also wenn z.B. für die Jubilare, die goldene Hochzeit haben, aus diesem Anlaß eine heilige Messe gefeiert wird. In diesem Fall gelten die Ausführungen unter 3 a entsprechend.

- c) Weitergabe von Daten an ehrenamtliche Gemeindeglieder. Eine derartige Weitergabe von Daten an Gemeindeglieder, die beispielsweise neu zugezogene oder ältere Gemeindeglieder besuchen, erscheint als Erfüllung eines kirchlichen Auftrages dann unbedenklich, wenn es sich um Daten handelt, die sie für ihre Arbeit benötigen und wenn die Betroffenen eine Datenschutzverpflichtung im Sinne des § 4 Abs. 2 KDO unterschreiben. Gleiches gilt auch für Sammlungen, die von einer kirchlichen (kath.) Stelle für kirchliche einschließlich karitativer Zwecke durchgeführt werden.
- d) Weitergabe von Daten an Kirchenzeitungen. Hier ist zunächst auf die Lösung des Bistums Rottenburg zu verweisen, die darin besteht, daß das zuständige Pfarramt unmittelbar einem Werber, der auf die Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet wird, den Auftrag erteilt, neue Abonnenten für die Kirchenzeitung zu werben und ihm zu diesem Zweck Namen und Anschriften der Gemeindeglieder überläßt. Unabhängig davon erscheint aber auch die Überlassung von Daten an die Werber von Kirchenzeitungen (Bistumsblätter), die in privatrechtlicher Form - z.B. als GmbH - betrieben werden, gemäß § 10 Abs. 2 KDO unbedenklich. Die Datenübermittlung ist zur Erfüllung eines kirchlichen Auftrages des Empfängers erforderlich. Es ist davon auszugehen, daß die Kirchenzeitung eine kirchliche Aufgabe wahrnimmt und daß sie in Wahrnehmung dieser Aufgabe unter anderem Abonnenten werben muß. Eine sinnvolle, d.h. gezielte Werbung kann ohne entsprechendes Adressenmaterial nicht durchgeführt werden. Dabei dürfen nur die zur Werbung erforderlichen Daten (Name, Vorname, Anschrift) überlassen werden und die Kirchenzeitung hat sich den Vorschriften des § 10 Abs. 2 KDO zu unterwerfen. Dies dürfte nicht für überregionale Zeitungen, die der Kirche nahe stehen, gelten. Bei dieser Kategorie liegt keine derartig erkennbare, auch rechtlich abgesicherte Zuordnung zu einer kirchlichen Stelle vor, wie dies bei den Bistumsblättern der Fall ist. Sie nehmen in der Regel nicht eindeutig und ausschließlich kirchliche Aufgaben wahr. Im übrigen nehmen sie auch - im Gegensatz zu den Bistumsblättern - am allgemeinen Wettbewerb mit ähnlichen Presseerzeugnissen teil.

- e) Weitergabe von Namen und Adressen von katholischen Patienten an Krankenhauspfarrer. Die Weitergabe derartiger Daten ist zulässig, soweit dies zur Wahrung der berechtigten Interessen der Kirche erforderlich ist und dadurch schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden. Die Namen und Anschriften katholischer Patienten werden benötigt, damit der Krankenhauspfarrer seine seelsorgerischen Aufgaben erfüllen kann. Eine besondere schriftliche Einwilligung ist hier gemäß § 3 BDSG nicht erforderlich, da man davon ausgehen kann, daß der Patient mit der Angabe seiner Konfession auch - welchen Zweck sollte er sonst verfolgen - mit der Überlassung an seinen zuständigen - auch nebenamtlichen - Krankenhausseelsorger einverstanden ist (konkludente Einwilligung), zumal nach der Rechtssprechung zwar den Krankenhausverwaltungen das Recht zusteht, den Patienten nach seiner Konfession zu fragen, dieser aber nicht verpflichtet ist, die Frage zu beantworten.

Zweifelhaft ist, ob eine derartige konkludente Einwilligung auch für eine Datenweitergabe an den Gemeindepfarrer (Heimatspfarrer) angenommen werden kann. Hier könnte der Patient -wenn auch wohl nur in Ausnahmefällen - durchaus entgegenstehende Gründe haben. Die Einwilligung sollte hier daher durch einen entsprechenden Hinweis bei der Aufnahme eingeholt werden." 1)

1.2.3.6 Durchführung des innerkirchlichen Datenschutzes

Ausführlich behandelt die KDO die Frage nach der Durchführung des Datenschutzes (§§ 15-18 KDO), wofür ein Beauftragter für den kirchlichen Datenschutz - analog zum BDSG und BayDSG - vorgesehen ist. Die KDO für die Kath. Bistümer in Bayern sieht vor, daß der (Erz-)Bischof für den Bereich seines Bistums einen Beauftragten für den Datenschutz bestellt (§ 16 KDO). In ähnlicher Weise verfährt die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern. Seine Aufgaben, Rechte und Pflichten sind insbesondere in §§ 16-19 KDO eingehend beschrieben (vgl. KDO als Anhang dieser Arbeit).

1) Siegfried Marx, Melderecht und Datenschutz im kirchlichen (katholischen) Bereich, a.a.O. S. 33 ff.

1.3 Inkraftsetzung der KDO

Einer Empfehlung des VDD folgend haben die Bayerischen (Erz-)Diözesen und die Evang- Luth. Landeskirche in Bayern die KDO zum 1. Juli 1978 in Kraft gesetzt, mit der Einschränkung, daß § 5 (technische und organisatorische Maßnahmen) und die Anlage zu § 5 Abs. 1, Satz 1 erst am 1. Januar 1979 in Kraft treten.

1.4 Erlaß von Ausführungsbestimmungen zur KDO

Notwendige Bestimmungen zur Ausführung der KDO werden durch die bischöflichen Ordinariate erlassen. Bisherige Beobachtungen zeigen, daß solche Bestimmungen nur Zug um Zug erlassen werden, wobei in der Regel die Arbeitsgruppe "Melde-recht/Datenschutz" beim VDD aktiv wird, weil bei ihr alle für entsprechende Bestimmungen notwendigen Fakten und Materialien gesammelt, gesichtet, gewertet und besprochen werden und unter juristischen Gesichtspunkten daraus die erforderlichen Bestimmungen erarbeitet und formuliert werden. So sind bisher folgende Bestimmungen vom VDD ergangen: 1)

- Veröffentlichung gem. § 12 Abs. 1 KDO
- Durchführungsverordnung zu § 13 Abs. 4 KDO
- Verpflichtungserklärung gem. § 4 Abs. 2 KDO
- Durchführungsverordnung gem. § 14 Abs. 1-3 KDO 2)

1) Schreiben des VDD, Bonn 26.5.1978 AZ G 3886/78
 vgl. Schreiben des Bayer. Beauftragten Augsburg 21.6.1978
 AZ KK24/77

2) Schreiben des Bayer. Beauftragten Augsburg 24.7.78 AZ KK 30/78

1.5 Haftungsfragen bei Zuwiderhandlungen gegen die KDO

Bemerkenswert bleibt, daß die KDO Sanktionen irgendwelcher Art bei Zuwiderhandlungen nicht vorsieht. Die Konferenz der Justitiare der deutschen Diözesen hat auf ihrer Konferenz vom 11. Januar 1978 in Bonn diesen Punkt angesprochen, jedoch nicht protokolliert. Nach Auskunft eines Beteiligten ¹⁾ ist zu vermuten, daß Zuwiderhandlungen Vergehen nach § 823 Abs. 1 und 2 BGB darstellen und entsprechend danach geahndet werden. In kirchlichen Kreisen wird erörtert, in Fällen der Haftung nach § 823 BGB evtl. einen Versicherungsschutzvertrag für die Mitarbeiter über Versicherungsgesellschaften in Betracht zu ziehen. 2)

1.6 Bekanntmachung der KDO

Abschließend erbittet der Bayer. Beauftragte für das kirchliche Meldewesen von den bischöflichen Ordinariaten in Bayern ihm die Bekanntmachung/Veröffentlichung der KDO in den einzelnen (Erz-)Diözesen anzuzeigen und die entsprechenden Amtsblätter einzureichen zwecks Vorlage beim Kultusministerium und beim BStMdi in Erfüllung von Art. 25 Abs. 2 BayDSG. Diese Veröffentlichungen erfolgten in den versch. Amtsblättern der bayer. (Erz-)Diözesen im Laufe des Jahres 1978/79. 3)

Am 16. Okt. 1978 stellen die Finanzdirektoren auf ihrer Konferenz fest, daß die Datenschutzordnung in den Diözesen veröffentlicht ist. 4)

- 1) Justitiar für die Diözese Passau, H. Bloch vom März 1979
- 2) Notiz der Konferenz der Justitiare der deutschen Diözesen, Bonn 11. Januar 1978 TOP 12
- 3) Schreiben des Bayer. Beauftragten an die (Erz-)Bischöfl. Finanzkammern, Augsburg. 6.11.1978 AZ 44/78 S.2
- 4) Konferenz der Finanzdirektoren der bayer. Diözesen. Protokoll München 16.10.1978 TOP 12

1.7 Beurteilung der KDO

Die Konferenz der Justitiare der deutschen Diözesen, in der auch die Bayer. (Erz-)Diözesen vertreten sind, hat anlässlich ihrer Sitzung am 11. Januar 1978 auch den Versuch einer Würdigung der KDO im Zusammenhang mit dem BDSG unternommen und ist dabei zu folgender Beurteilung gekommen.

1. Es wird betont, daß mit Einführung der EDV im Einwohnerwesen die Datenqualität eine andere geworden ist, als sie bei herkömmlichen Karteien vorliegt.
2. Das Bundesdatenschutzgesetz nimmt in § 7 die Kirchen aus. Es stellt ein Rahmengesetz dar. Die Länder werden eigene Datenschutzgesetze erlassen. In Bayern steht dieses Gesetz noch aus. (Das BayDSG ist inzwischen verabschiedet worden und in Kraft getreten. Anm. des Verfassers)
3. Für den Bezug kommunaler Einwohnerdaten ist Voraussetzung, daß die Kirchen analog dem Staat gesetzliche Datenschutzbestimmungen erlassen.
4. Im kirchlichen Bereich im weitesten Sinne fallen die Einrichtungen unter die Bestimmungen des Bundesdaten- bzw. Landesdatenschutzgesetzes, die einen privat-rechtlichen Träger haben (3. Abschnitt des Bundesdatenschutzgesetzes). Hier ist aber auch zu vermerken, daß für diesen privatrechtlichen Bereich der Kirche nach Erlaß der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz auch diese kirchliche Verordnung gilt (doppelte Geltung).
5. Das Bundesmeldegesetz und die vorliegende Anordnung

über den kirchlichen Datenschutz (KDO) gleichen sich fast wörtlich.

6. Umstritten ist das Problem, was eine Datei ist und was nicht. Nach heftiger konträrer Diskussion schälte sich heraus, daß die konventionell geführten Pfarrkarteien nicht unter die KDO fallen. Sie betrifft nur das automatisierte Meldewesen, weil hier verschiedenste Daten ohne weiteres mit anderen Daten verknüpft werden können.
7. Der § 4 hinsichtlich der Verpflichtung der Mitarbeiter auf Einhaltung des (Datenschutzes) Datengeheimnisses führte zu der Frage, ob neben den in der Pfarrkartei Beschäftigten auch der jeweilige Seelsorger auf die Einhaltung des Datenschutzgesetzes nach dieser Bestimmung zu verpflichten ist. Einerseits wurde die Ansicht vertreten, daß nach CIC 160 der Priester einen Amtseid leistet, der mit Sicherheit auch die Geheimhaltung der Einwohnerdaten umfaßt, andererseits ist vor allem Herr Dr. Marx der Auffassung, daß aus Gründen der Rechtssicherheit die Erklärung des Geistlichen, den Datenschutz einzuhalten, zu wünschen ist, nach dem Motto: 'Nutzt es nichts, so schadet es nichts!' In diesem Zusammenhang ist auch auf den Beamten hingewiesen worden, der seinerseits bei Beschäftigung mit kommunalen Daten zuletzt nach dem Bundesdatenschutzgesetz auf den Datenschutz verpflichtet werden muß.
8. § 3 des vorliegenden Entwurfs enthält Auskunft über die in der Datei gespeicherten Katholiken. Auskunftsbegehren, die an den jeweiligen Ortspfarrer oder Ortskirche gerichtet sind, sollten wegen einer einheitlichen Beantwortung an

das Bischöfliche Ordinariat Würzburg weitergegeben werden. Auf diese Weise wird erreicht, daß keine unzulängliche Beantwortung von Anfragen geschieht. In der Regel ist nämlich die jeweilige Kirchenstiftung aufgefordert, eine rechtliche Begründung für die Notwendigkeit der Datenspeicherung abzugeben. Eine unzureichende Beantwortung von Anfragen würde schließlich möglicherweise zu Prozessen führen können." 1)

Es bleibt festzustellen, daß im Bereich des Datenschutzes die Entwicklung im Fluß ist. Zurückhaltung scheint deshalb am Platze zu sein.

1.8 Erlass kirchlicher Datenschutzvorschriften seitens der Evang. -Luth. Landeskirche

In gleicher Weise wie die Kath. Kirche hat auch die EKD Datenschutzvorschriften erlassen, die die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern für ihren Bereich veröffentlicht hat. Es sind dies:

1. Kirchengesetz über den Datenschutz, vom 10. Nov. 1977 2)
2. Kirchengesetz zur Ergänzung und Durchführung der Kirchengesetze der Evangelischen Kirche in Deutschland über den Datenschutz und über die Kirchenmitgliedschaft in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

(Kirchliches Datenschutzdurchführungsgesetz - KDSG) 3)

- 1) Konferenz der Justitiare der deutschen Diözesen, Sitzung beim Sekretariat der DBK, Bonn 11. Jan. 1978, Aktennotiz Würzburg 20.1.1978, TOP 1-8, A.Z. /E.Nr. 78 der dortigen Finanzkammer, erstellt für die bayerischen Diözesen, mit Begleitschreiben E/0307/78 Dr. Ba/M 24.1.1978
- 2) Amtsblatt der EKD, Hannover, Heft 1, 1978, S. 2, TOP 3
- 3) Amtsblatt der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern, München, Dez. 1978, S. 349/50; vgl. Wortlaut des KDSG im Anhang dieser Arbeit

2. Bestellung von kirchlichen Datenschutzbeauftragten bei den bayerischen (Erz-)Diözesen

2.1 Die Absicht

Im Zusammenhang mit der Erörterung der KDO durch die Vertreter der Rechtsabteilungen der deutschen Diözesen am 11.1.1978 in Bonn, ist man hinsichtlich der Bestellung von Datenschutzbeauftragten zu folgender Ansicht gekommen:

" 11. Es wurde weiterhin angeregt, daß die Diözesen für ihren unmittelbaren Bereich wie auch den privatrechtlichen Überwiegend caritativen Bereich einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten bestimmen. Dieser Beauftragte ist unmittelbar und allein dem Bischof gegenüber verantwortlich. Es fragt sich, ob hierfür eine neue Planstelle geschaffen werden soll. Zur Diskussion stand auch, wo dieser Datenschutzbeauftragte organisatorisch anzusiedeln ist. Einstimmig war man der Meinung, daß der Datenschutzbeauftragte auf keinen Fall identisch sein kann mit dem Verantwortlichen der EDV-Stelle der Diözese. Die anwesenden Vertreter waren auch weitgehend der Auffassung, daß es auf Dauer gesehen nicht Aufgabe des Justitiars sein kann, der Datenschutzbeauftragte zu sein. Allenfalls ist es im Anfangsstadium möglich, daß ein Mitarbeiter der Rechtsabteilung sich den Fragen des Datenschutzes annimmt und gegebenenfalls eingehende Anfragen beantwortet. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfange neue Aufgaben aus der neuen Einrichtung des Datenschutzes anfallen werden." 1)

1) Aktennotiz der Konferenz der Justitiare wie FN 1, S. 170

In seinem Schreiben vom 21. Juni 1978 an die Bischöflichen Finanzkammern kommt der bayerische Beauftragte für das kirchliche Meldewesen zu folgendem Hinweis:

"Der Beauftragte untersteht dem Diözesanbischof unmittelbar. Er soll Kenntnisse des staatlichen und kirchlichen Rechts haben und mit der Datenverarbeitung vertraut sein." 1)

2.2 Gemeinsamer bayerischer oder diözesane Datenschutzbeauftragte?

Die Arbeitsgruppe der Mitarbeiter der Finanzdirektoren der bayerischen Diözesen beraten in ihrer Konferenz vom 9./10. Oktober 1978 das Thema "Datenschutzbeauftragter". 2) Die Arbeitsgruppe schlägt den Finanzdirektoren zur Entscheidung vor: "Übergangsweise soll in der Erzdiözese München ein überdiözesaner Datenschutzbeauftragter vorgehalten werden, zugleich auch als Ansprechpartner für den 'Bayerischen Datenschutzbeauftragten'." 3)

Am 16. Oktober 1978 beraten die Finanzdirektoren auf ihrer ständigen Konferenz als TOP 4 das "Meldewesen" und protokollieren zum Thema "Datenschutzbeauftragter" (TOP 12) folgendes:

" TOP 12 - Datenschutzbeauftragter für die bayerischen Diözesen

Sh. Vorlage der Arbeitsgruppe!

Wenn das Meldewesen zum Laufen kommt, müssen die einzelnen Diözesen tätig werden und die Datenschutzbestimmungen einhalten. Der Datenschutzbeauftragte bei der

1) Schreiben J. Hüttl Augsburg, 21.6.1978 AZ KK-24/77 S. 2

2) Konferenz der Mitarbeiter der Finanzdirektoren d. Bayer. Diöz. Aktennotiz vom 10. Oktober 1978 TOP 12.3

3) ebda S. 3

Bayerischen Staatskanzlei hat im Ordinariat München angefragt, ob ein Datenschutzbeauftragter für die bayerischen Diözesen berufen wird. Die Konferenz beschließt: 'Übergangsweise soll in der Erzdiözese München ein überdiözesaner Datenschutzbeauftragter vorgehalten werden, zugleich auch als Ansprechpartner für den bayerischen Datenschutzbeauftragten. Es soll versucht werden einen pensionierten Richter oder einen Beamten aus dem Polizei- oder Militärdienst zu gewinnen.

Es wird festgestellt, daß die Datenschutzordnung in den Diözesen veröffentlicht ist." 1)

Mit in die Entscheidung der Konferenz der Finanzkammerdirektoren muß die erwähnte Vorlage der Arbeitsgruppe vom 8./9. Okt 1978 einbezogen werden in der es noch heißt:

" Jede Diözese soll selbst einen Datenschutzbeauftragten anstellen, wenn das Meldewesen eingeführt ist, wegen der zu erwartenden großen Belastung. Es ist zu beachten, daß wohl jede Pfarrei im Laufe der Zeit vom Datenschutzbeauftragten bezüglich der Verwahrung der Daten überprüft werden muß." 2)

lt. Auskunft des bayer. Beauftragten, J. Hüttl, anlässlich einer Projektgruppensitzung Anfang März 1979 in München konnte ich erfahren, daß der Gedanke an einen pensionierten Richter oder Polizeibeamten wieder fallen gelassen wurde. Die überdiözesane Aufgabe des Datenschutzbeauftragten soll vorübergehend der Justitiar der Erzdiözese München wahrnehmen. 3)

Für den jeweiligen Datenschutzbeauftragten auf Diözesanebene ist keine verbindliche einheitliche Regelung auf bayerischer

1) Konferenz der Finanzkammerdirektoren, Protokoll MU 16.10.78 TOP 12

2) Aktennotiz wie FN 2 S 173

3) Sitzung der Projektgruppe Meldewesen in München am 6.3.1979

Ebene angestrebt. Es steht zu vermuten, daß der jeweilige bischöfliche Justitiar die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten wahrnimmt, so ist es z.B. der Fall im Bistum Passau. Im Bistum Augsburg hat inzwischen der bisherige Bayer. Beauftragte für das kirchliche Meldewesen und Leiter der Projektgruppe Meldewesen in Bayern diese Aufgabe übernommen. Grundsätzlich wäre natürlich die Bestellung eines überdiözesanen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten möglich. Die KDO sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor, denn in § 16 Abs. 5 sagt sie:

"Bestellen mehrere Bistümer einen gemeinsamen Beauftragten für den Datenschutz, untersteht er jeweils der Rechtsaufsicht desjenigen Bischofs, in dessen Diözese er in Erfüllung seines Auftrages tätig wird; er untersteht der Dienstaufsicht des Bischofs, in dessen Bistum er angestellt ist."

2.3 Die Aufgaben des kirchlichen Datenschutzbeauftragten

Die Hauptaufgabe des Beauftragten für den kirchlichen Datenschutz besteht darin, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz zu überwachen (§ 17 Abs. 1, Satz 1 KDO).

Außerdem führt der Beauftragte ein Register der automatisch betriebenen Dateien, in denen personenbezogene Daten gespeichert werden (§ 17 Abs. 3 KDO). Zum Aufgabenbereich gehört ferner die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Beauftragten für den Datenschutz (§17 Abs. 5 KDO).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß der Datenschutzbeauftragte von jedermann angesprochen werden kann,

sofern jemand der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die in § 1 Abs. 2 KDO genannten Stellen in seinen Rechten verletzt zu werden (§ 18 KDO).

Einerseits obliegt also dem Datenschutzbeauftragten nicht nur die Einhaltung der Vorschriften der KDO und die Möglichkeit, Ansprechpartner für die staatlichen analogen Stellen (besonders den staatlichen Datenschutzbeauftragten) und für die einzelnen der Religionsgesellschaft angehörenden Mitglieder, gegebenenfalls auch anderer Bürger, zu sein.

Er hat andererseits auch die Aufgabe in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften der KDO insofern zu wirken, als er aufgefordert ist, Verstöße gegen die KDO oder sonstige Mängel bei der Bearbeitung personenbezogener Daten gegenüber der zuständigen obersten Behörde zu beanstanden. Er kann durch geeignete Vorschläge bei der Beseitigung der Mängel mitwirken (vgl. § 19 Abs. 1 und 3 KDO).

3. Die Kirchliche Meldewesenanordnung - KMAO

3.1 Vom Personenstandswesen zum Meldewesen

Unter Personenstand versteht man die rechtliche Stellung eines Menschen innerhalb der staatlichen Ordnung, die bestimmt ist durch die Zugehörigkeit zu einer Familie. Personenstandswesen ist danach die Zusammenfassung aller rechtlichen Regeln, die sich auf jene Stellung beziehen. Solche Regelungen erfassen sämtliche materiellen Vorgänge die für den familienrechtlichen Status bedeutsam sind. Dazu gehören Geburt, Tod, Eheschließung. Früher wurden solche materiellen Vorgänge durch kirchliche Amtsstellen wahrgenommen. Sie gelangten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts aber nach und nach in den Bereich staatlichen Interesses. Mit dem Inkrafttreten des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 wurde die Beurkundung des Personenstandes eine ausschließliche Angelegenheit des Staates (vgl. §§ 1 Abs. 1 und 51 PSTG) ¹⁾ Die Kirchen waren von da an an der Beurkundung faktisch nicht mehr beteiligt. ²⁾

3.2 Entwicklung einer kirchlichen Meldewesenanordnung

3.2.1 Veranlassung

Zu den heutigen Aufgaben der mit der Wahrnehmung der Beurkundung beauftragten Standesämter gehört auch die Erfragung des Konfessionsmerkmals bei den Eltern im Falle der Geburteintragung eines Kindes.

1) Personenstandsgesetz i.d.F. vom 8.8.1957 - BGBl I S. 1126

2) vgl. D. Lorenz, Personenstands- und Meldewesen in: HdbStKirR, Bd. II, a.a.O., S. 724

Im Zusammenhang mit der Einführung des automatisierten Einwohnermeldewesens im staatlichen Bereich trug der Verwaltungsrat des VDD die Sorge vor, daß in den Standesämtern in zunehmendem Maße bei der Eintragung einer Geburt eines Neugeborenen die Konfession nicht mehr aufgenommen wird. Er hat deshalb der DBK empfohlen, die Pfarrer zu veranlassen, erfolgte Taufen der Meldebehörde unverzüglich und unmittelbar zu melden. 1)

Außerdem besteht in kirchlichen Kreisen im Zusammenhang mit dem Meldewesen die Auffassung, daß zur Durchführung einer ordentlichen Seelsorge nicht nur die Daten zu einer Person gehören, die seitens der Einwohnermeldeämter den Kirchen zur Verfügung gestellt werden. Vielmehr gehörten dazu auch die Daten kirchlicher Amtshandlungen. Damit sind die Daten der gespendeten Taufe, Firmung/Konfirmation, Eheschließung = Trauung gemeint.

Im Sinne einer einheitlichen Regelung hat sich die Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen seit Januar 1976 ausführlich mit dem Thema der kirchlichen Amtshandlungsdaten und ihrer aktenmäßigen Behandlung beschäftigt. 2) Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der auch der bayer. Beauftragte für das kirchliche Meldewesen mitarbeitete. Der Arbeitsgruppe ging es dabei zunächst darum, eine Analyse der Datenerfassungsverfahren für kirchliche Amtshandlungsdaten und Organisationsvorschläge zu erstellen. 3)

Eine erste Übersicht der Arbeitsgruppe "Datenerfassung" zeigt, daß eine exakte und umfassende Formulierung des Datenumfangs

1) Verwaltungsrat des VDD, Prot. der Sitzg. v. 28./29. Okt. 1975 S. 56

2) Bundesprojektgruppe kirchl.MW, Sitzg. v. 29.Jan. 1976, Prot. Essen 15.3.76, TOP 3; vgl. Prot. der Projektgr. Sitzg. vom 9.5.1974 TOP "Katalog Kirchl. Amtshandlungsdaten"

3) Protok. Bundesprojektgr. wie FN 2, v. 15.3.76 TOP 3 a "Datenerfassungsverfahren"

bis zur Verabschiedung des BDSG zurückgestellt werden muß.

Die Evang.-Luth Landeskirche Rheinland hat der Arbeitsgruppe in diesem Zusammenhang einen umfangreichen Katalog vorgelegt, der ebenfalls zurückgestellt wurde. 1) Dieser Hinweis und das später bekundete Interesse bedeuten, daß man auch in Fragen der Erfassung kirchlicher Amtshandlungsdaten mit der Evang. Kirche Deutschlands zu einem einheitlichen Konzept kommen will. 2)

Einig wird man sich darüber, daß die Arbeitsgruppe Vorschläge für einheitliche Formulare zur Erfassung kirchlicher Amtshandlungsdaten erarbeitet, wobei für die einzelnen Amtshandlungen jeweils besondere Belege benötigt werden. 3)

Der Arbeit und der Untersuchung der Arbeitsgruppe liegt der Anspruch eines Beschlusses des Verwaltungsrates des VDD zu Grunde, der besagt, daß die Pfarrämter die gespendeten Taufen den zuständigen kommunalen Dienststellen, d.h. den Standesämtern oder/und den Einwohnermeldeämtern anzeigen. 4)

3.2.2 Schaffung einer Rechtsgrundlage

Aus den vorhergegangenen Überlegungen erarbeitete die Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" beim VDD einen Entwurf zu einer Kirchlichen Meldewesenanordnung. Das Sekretariat der DBK leitete diesen Entwurf den Ordinariaten zur Begutachtung und Korrektur zu. 5)

1) Bundesprojektgruppe Meldewesen, Prot., Essen 13.5.1976 TOP 3 S. 3
 2) Bundesprojektgruppe Meldewesen, Prot., Essen 18.11. 76 TOP 4 S. 4
 3) Prot. wie FN 1; ferner Bundesprojektgr. Prot. Essen 10.9.76 TOP 6
 4) Prot. wie FN 1; gem. Protokoll vom 10.9.1976 der Bundesprojektgr. TOP 1 soll der Beschluß nicht vom Verw. Rat des VDD stammen, es soll sich vielmehr um eine Empfehlung der DBK handeln.

5) Schreiben des Sekretariats der DBK, Bonn 15.6.1977 JNr. G 6469/77

Für die bayerischen Diözesen brachte auch in diesem Fall das Bischöfliche Ordinariat in Augsburg (vgl. Korrekturen zur KDO) die entsprechenden Verbesserungsvorschläge ein. 1)

Außerdem beschäftigte sich eine aus Mitgliedern der Bundesprojektgruppe gebildete Arbeitsgruppe mit dem Entwurf; sie wollte sich dabei insbesondere der Auswirkungen der KMAO auf die Organisation des kirchlichen Meldewesens annehmen. 2) Der Entwurf wurde schließlich der 29. Vollversammlung des VDD am 5.12.1977 zur Abstimmung vorgelegt. Die Vollversammlung hat dem Entwurf zugestimmt und den Diözesen empfohlen, für ihren Bereich eine entsprechende Anordnung zu erlassen und im jeweiligen Diözesanbereich das kirchliche Meldewesen zu regeln. 3)

Es hat dann zwar auf Wunsch des VDD Anfang Januar 1978 (11.1.78) noch eine Informationsveranstaltung stattgefunden, an der neben der Arbeitsgruppe "Melderecht/Datenschutz" auch die Justitiare der Diözesen und andere EDV-Fachleute teilgenommen haben. Anlässlich dieser Informationstagung wurde auch über die KMAO beraten, wobei die Teilnehmer zu dem Ergebnis kamen, die KMAO nicht wie vorgesehen zum 1.1.1978 in Kraft zu setzen. Man hat vielmehr empfohlen, als Zeitpunkt der Inkraftsetzung den 1.1.1979 zu wählen, lediglich vorab sollte § 6 Abs. 2 und 3 Mitte 1978 in Kraft gesetzt werden. 4)

Die bayerischen Diözesen folgten dieser Empfehlung und veröffentlichten die KMAO im empfohlenen Wortlaut mit dem Hinweis: "§ 10 - Inkrafttreten", "§ 6 Abs. 2 und 3 dieser Anordnung treten am 1.6.1978 in Kraft. Im übrigen tritt die Anordnung über das Kirchliche Meldewesen am 1.1.1979 in Kraft." 5)

- 1) Schreiben des Bischöfl. Ordinariats Augsburg v. 13.7.77 AZ 4213
- 2) Bundesprojektgruppe Meldewesen, Prot. Essen 2.6.1977 TOP 1
- 3) Schreiben des VDD, Bonn 30.1.1978 AZ G 1423/78 und Prot. der 29. Sitzung des VDD, Bonn 5.12.1977 Anlage 10
- 4) Bundesprojektgr. Prot. Essen 16.2.1978 und Schrb. d. VDD, Bonn 15.3. 1978 AZ G 822/78

3.2.3 Inhalte und Anwendung der KMAO

Bei genauerer Betrachtung der KMAO gelangt man zu der Auffassung, daß sie weit mehr regelt, als nur die Erfassung kirchlicher Amtshandlungsdaten, wie die Eintragung und Meldung etwa einer gespendeten Taufe an das Einwohnermeldeamt. Die KMAO scheint vielmehr die Rechtsgrundlage zu sein für die Möglichkeit der Erfassung und der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten der Kirchenmitglieder im Rahmen des kirchlichen Meldewesens; die KMAO scheint damit auch der KDO zu entsprechen. 1)

Was besagt und regelt die KMAO im einzelnen? Einleitend wird festgestellt, daß die Anordnung zur Regelung des Kirchlichen Meldewesens gleichlautend in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland und in der Diözese Berlin für Berlin (West) ergeht.

Die einzelnen Artikel beinhalten dann:

- § 1 Mitgliedschaft
- § 2 Datenmitteilungspflicht
- § 3 Meldeverfahren
- § 4 Gemeindemitgliederverzeichnis
- § 5 Datenweitergabe
- § 6 Kirchliche Daten
- § 7 Datenaustausch
- § 8 Datenschutz
- § 9 Ausführungsbestimmungen
- § 10 Inkrafttreten

- 5) S.179- vgl. Z.B. Amtsblatt der Erzdiözese München Nr. 9 Jg. 1978 v. 12.6.1978 und Amtsblatt der Diözese Passau, Folge 7, 108.Jg. v. 30.6.1978
- 1) vgl. KDO § 7 "Zulässigkeit der Datenverarbeitung" wonach die Verarbeitung nur zulässig ist, wenn die KDO oder eine andere kirchl. Rechtsvorschrift dies erlaubt.

3.2.3.1 Regelung der Mitgliedschaft

Im Sinne der KMAO gilt als Mitglied der Katholischen Kirche jeder, "der durch die Taufe in der Katholischen Kirche oder durch Übertritt von einer anderen Kirche oder christlichen Religionsgemeinschaft oder durch Wiederaufnahme der Katholischen Kirche angehört und nicht nach den Bestimmungen des staatlichen Rechts aus der Kirche ausgetreten ist." (§1 KMAO).

Außerdem wird die Kirchenmitgliedschaft dann vermutet, wenn die Daten des staatlichen oder kommunalen Melderegisters entsprechende Angaben enthalten. (§1 Abs. 2 KMAO).

3.2.3.2 Mitteilungspflicht

Aus der Tatsache der Mitgliedschaft folgt, daß die Mitglieder verpflichtet sind, die Daten und Angaben mitzuteilen, die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kirche erforderlich sind (§2 Abs. 1 KMAO). Die Mitgliedschaft verpflichtet das einzelne Mitglied auch, bei den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden seine Bekenntniszugehörigkeit anzugeben (§2 Abs. 2). Welche Daten und Angaben nach §2 Abs. 1 KMAO die Mitglieder bekanntzugeben verpflichtet sind, wird leider nicht gesagt. 1)

3.2.3.3 Meldepflicht

Jedes Mitglied wird außerdem verpflichtet, sich bei der Begründung eines neuen oder eines weiteren Wohnsitzes unter Angabe der Bekenntniszugehörigkeit bei der zuständigen staatlichen oder kommunalen Meldebehörde anzumelden (§ 3 Abs. 1 KMAO). Dabei kann auch durch bischöfliche Anordnung festgelegt werden,

1) vgl. § 4 Abs. 1 KMAO "Datenkatalog". Danach wird der Datenkatalog des Gemeindeverzeichnisses durch besondere bischöfliche Ausführungsbestimmungen zur KMAO festgelegt. Vgl. Anhang S. 270

daß das Kirchenmitglied sich auch bei der zuständigen kirchlichen Stelle meldet (§3 Abs. 2 KMAO). Kirchliche Stellen sind außerdem berechtigt, zur Vervollständigung der Unterlagen Daten von dem Kirchenmitglied unmittelbar anzufordern, sofern Daten fehlen oder unvollständig sind (§ 3 Abs. 3 KMAO).

3.2.3.4 Führung eines Gemeindeverzeichnisses

Die KMAO schreibt außerdem die Führung eines Gemeindemitgliederverzeichnisses vor, das die Daten der Kirchenmitglieder (vgl. §2 Abs. 1, Satz 1 KMAO) und ihrer Angehörigen in Form des Familienverbunds enthält. Sowohl der Datenkatalog, wie auch die zur Führung des Verzeichnisses verpflichteten Stellen sind in der KMAO nicht genannt. Es ist vielmehr einer besonderen bischöflichen Ausführungsbestimmung zu dieser Anordnung vorbehalten, den Datenkatalog und die betroffenen kirchlichen Stellen zu benennen. Eine solche Ausführungsbestimmung fehlt in den bayerischen Bistümern derzeit.

3.2.3.5 Behandlung kirchlicher Daten

Ausführlicher wird sodann die Behandlung kirchlicher Daten geregelt und zwar wie folgt:

" § 6 - Kirchliche Daten

- (1) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen sind verpflichtet, die sich aus den Kirchenbüchern ergebenden Daten über Taufe, Erstkommunion, Firmung und Trauung sowie die Daten über Aufnahme, Wiederaufnahme, Übertritt und Austritt von Kirchenmitgliedern umgehend der Stelle mitzuteilen, die das Gemeindemitgliederverzeichnis führt. Durch besondere bischöfliche Ausführungsbestimmungen kann dieser Datenkatalog eingeschränkt oder erweitert werden.

- (2) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen sind verpflichtet, gespendete Taufen, Wiederaufnahmen und Übertritte zur Katholischen Kirche den staatlichen oder kommunalen Behörden mitzuteilen.
- (3) Fehlt in staatlichen oder kommunalen Melderegistern die Angabe der Bekenntniszugehörigkeit von Mitgliedern der Katholischen Kirche, so haben die Kirchengemeinden oder sonstige zuständige Stellen die Berichtigung oder Ergänzung zu veranlassen.
- (4) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchl. Stellen können im übrigen den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden Daten der Kirchenmitglieder übermitteln, soweit kirchliche Datenschutzbestimmungen dem nicht entgegenstehen. "

Damit ist jener Bereich eingefangen und geregelt, der eingangs sich aus der besprochenen Problematik der Behandlung kirchlicher Amtshandlungsdaten ergeben hat. Während die Behandlung durch die Erarbeitung und Veröffentlichung entsprechender Formulare der Taufen geregelt ist, steht eine Klärung anderer Amtshandlungen nach § 6 Abs. 1 der KMAO noch völlig offen.

3.2.3.6 Regelung des Datenaustauschs

Die KMAO ermöglicht die Datenweitergabe an kirchliche Stellen, die Daten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kirche benötigen (§ 5 Abs. 1 KMAO). Außerdem ermöglicht sie auch den interdiözesanen Datenaustausch. Diese Regelung ist insbesondere deshalb erforderlich, weil Diözesan- und Landesgrenzen sich oft überschneiden.¹⁾ Gleichzeitig will die KMAO aber auch regeln, daß bei Wegzug eines Kirchenmitgliedes aus einer in eine andere Diözese, diese durch Datenübermittlung davon in Kenntnis gesetzt werden kann.

¹⁾ Im Freistaat Bayern stimmen Landes- und kirchl. Grenzen überein.

3.2.4 Inkrafttreten der KMAO

Die KMAO trat in Bayern in den einzelnen Diözesen am 1. Januar 1979 in Kraft, vorab daraus § 6 Abs. 2 und 3 bereits am 1. Juni 1978. 1)

Mit dem Erlass der KMAO ist die kirchliche Rechtsgrundlage für die Bearbeitung personenbezogener Daten geschaffen, wie sie für das automatisierte, datenverarbeitungsgerechte kirchliche Meldewesen erforderlich ist. Die KMAO stellt gewissermaßen eine Analogie zum staatlichen Meldewesen dar.

3.2.5 Erlass eines Gesetzes über die Kirchenmitgliedschaft der Evang.-Luth. Landeskirche

Analog zu den katholischen Diözesen in Bayern hat auch die evang.-luth. Landeskirche ein Gesetz über die Kirchenmitgliedschaft erlassen, das den folgenden Titel trägt:

"Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder (Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft) vom 10. November 1976".

Die evang.-luth. Landeskirche hat dieses Gesetz für ihren Bereich in Bayern zum 1. Januar 1978 in Kraft gesetzt. 2)

1) vgl. FN 5, S. 180

2) Amtsblatt der evang.-luth. Landeskirche in Bayern, München, 17. März 1978, S. 104/105, Az. 15/10 - 6 - 1 RS 230; vgl. Wortlaut des Gesetzes im Anhang zu dieser Arbeit, S. 271

Teil VI

Umfang der Daten und Regelung der Kostenfrage bei der Übermittlung der Daten an die Kirchen in Bayern sowie Verarbeitung der personenbezogenen Daten seitens der Kirchen

1. Umfang der Daten, den die Kirchen von den kommunalen Einwohnermeldeämtern übermittelt erhalten

während ich im Teil V dieser Arbeit die kirchlichen Normen zum Datenschutz und Meldewesen beschrieben habe, möchte ich im folgenden Teil auf die Organisation der Verarbeitung personenbezogener Daten bei den Kirchen in Bayern eingehen und zu verdeutlichen versuchen, welche Daten die Kirchen empfangen und wie sie diese Daten verwenden.

1.1 Vorschlag eines Datenkataloges von kirchlicher Seite

Die Bestimmungen in § 10 BDSG und § 25 BayDSG besagen, daß die Einwohnermeldeämter oder die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (AKDB) stellvertretend für die Einwohnermeldeämter personenbezogene Daten den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften zur Verfügung stellen können. Dies sagt jedoch noch nichts aus über den Umfang der Daten.

Es versteht sich von selbst, daß sorgfältig geprüft werden mußte, welchen Katalog von Daten man den Kirchen übermitteln kann. Frühzeitig, schon im Zusammenhang mit dem zweiten EBMeldeG, hat die Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen einen Datenkatalog besprochen. In seiner ersten Stellungnahme gegenüber dem BStMdl äußert der Bayer. Beauftragte deshalb bereits: "Die bayerischen Bistümer sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Staat, Kirche und Gesellschaft an der Übermittlung der im beigefügten Datenkatalog aufgeführten Daten und deren laufenden Veränderungen interessiert. Dieser

Datenkatalog ist mit der Evang.-Luth. Landeskirche Bayerns sowie mit Vertretern der Projektgruppe Meldewesen der west-deutschen Bistümer besprochen. Dadurch ist eine größtmögliche Vereinheitlichung des Datenkataloges gewährleistet." 1)

Die Bayerische Projektgruppe für ein kirchliches Meldewesen hat sich für ihre Belange weiter mit der Frage nach dem Umfang der Daten beschäftigt, der zur Erfüllung seelsorgerischer Aufgaben erforderlich ist. In der Sitzung vom 18.10.1973 hat deshalb bereits eine Überprüfung und die Erarbeitung eines Datensatzes für die bayerischen Bistümer durch die bayer. Projektgruppe stattgefunden. 2)

Auf der Grundlage eines Datensatzes, der von der katholischen Projektgruppe der Erzdiözese Mainz vorlag, wurde in langer Aussprache folgender Datenkatalog erarbeitet: 3)

Konfession/Familienstand	<u>Auswärtige Anschrift</u>
Familienname	PLZ und Gemeinde
Vorname	Straße und Haus-Nr.
Namenszusatz	abweichende Kirchengemeinde
Geburtsname	Zuzugsdatum
Name vor Namensänderung	Zuzugsort
Umlautkennzeichnung	Wegzugsdatum
Titel	Wegzugsort
<u>Familienverband</u>	Damit Fam.St.Änderung (Datum?)
Haushaltsvorstand	Datum Eheschließung
Ehegemeinschaft	Staatsangehörigkeit (Schlüssel)
Kinder am Ort	Taufdatum
Kinder ausserhalb	Taufpfarrei
Gemeindekennzeichen	Konfession Taufe/Trauung
Straße (Schlüssel-Nr.)	Konfirmation/Firmung Datum
Haus-Nr.	Trauung Datum
Buchstabe/Bruch	Todesdatum
wohnhaft bei	Datum Eintritt
	Datum Austritt
	Reserve 1 - 3

1) Bayer. Beauftragter, Antwortschreiben, Augsburg 5.5.1972 S.4
 2) Bayer. Projektgruppe Protokoll v. 18.10. 1973 TOP 3
 3) ebda .

Der Bayer. Beauftragte konstatiert später in einem Bericht, den er den bayerischen Finanzkammerdirektoren der Diözesen erstattet, daß der kirchliche Datenkatalog in verschiedenen Projektgruppen ermittelt und beraten wurde. Damit Meldewesen auch kirchlich vollziehbar ist, mußte der Datenkatalog auf ein Mindestmaß reduziert werden. 1)

Im Februar 1974 vertrat das BStMdl in einem Gespräch mit Vertretern der kath. Kirche, daß man grundsätzlich gegen die Datenlieferung an die Kirchen nichts einzuwenden habe. 2)

Die AKDB würde dann an Daten alles liefern, was nach den rechtlichen Bestimmungen möglich sei, so berichtet der Bayer. Beauftragte in einem weiteren Bericht den Finanzkammerdirektoren. 3)

1.2 Der Datenkatalog des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder

Nachdem die Bundesregierung gem. § 16 Abs. 1 EntBMeldeG 4) ermächtigt ist, durch Rechtsverordnung zur Durchführung von Datenübermittlungen nach § 1 an Behörden des Bundes die Form der Daten und ihre Übermittlung festzulegen, hat der Unterausschuß EDV im Einwohnerwesen des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder hinsichtlich des Datenaustausches der Meldebehörden mit den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften einen Katalog von Daten erarbeitet, der gleichzeitig Anhang zum BMeldeG werden sollte. Dieser Katalog umfaßt folgende Daten: 5)

- 1) Konferenz der Bayer. Finanzkammerdirektoren Protokoll vom 30.4.1975, 3/1975 TOP 2
- 2) Bayer. Beauftragter für das kirchl. Meldewesen, Niederschrift über ein Gespräch im BStMdl vom 19. Febr. 1974
- 3) Konferenz der FKD, Protokoll vom 30.9.1974 TOP 3 a, S. 2
- 4) BT-Drs. 7/1059
- 5) vgl. dazu auch meine Ausführungen in Punkt 2.2 ff. S. 85 ff insbesondere die Stellungnahme des BStMdl in Punkt 2.2.2 S. 86

Datenaustausch der Meldebehörden zu den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

1. Daten der Mitglieder der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft

Daten:	Zweck und Grund:
1.1 Personenkennzeichen	Identifikationsmerkmal
1.2 Familienname	Identifikation, Adressierung
Vorname	
Geburtsname	
Akademische Grade	
Ordens-	
und Künstlername	
1.3 Familienname vor Änderung	Identifikation, Kirchenbuchführung (Anschluß an frühere Beurkundungen)
1.4 Geburtsort	(automat.) Führung der Taufregister und Ausstellung von Taufbescheinigungen
1.5 Familienstand	Kirchliche Trauung; (automat.) Kirchenbuchführung; Besteuerungsmerkmal
1.6 Staatsangehörigkeit(en)	Mitgliedschaftsfragen; Kirchenwahlen
1.7. Religionszugehörigkeit	rechtliche Zuordnung von Kirchenmitgliedern zu einzelnen Gliedkirchen (z.B. Landeskirchen)
1.8 Sterbetag	Mitgliederbestand; (automat.) Kirchenbuchführung; Ende der Kirchensteuerpflicht
1.9 Beruf	gemeindliche Betreuung (Zielgruppenarbeit)

Daten:

Zweck und Grund:

1.10 Anschrift

Datum des Einzugs

Stat. Kennziffer der
Gemeinde

Postleitzahl

Wohnort

Straße

Hausnummer

Adressierungssätze

Hauptmieter/Woh-
nungsgeber

Mitgliedschaft in Kirchengemeinden;

kirchliches Wahlrecht;

Besteuerungsmerkmal;

Zuordnung zu Pfarreien und Pfarrbezirken,

Postanschrift für Seelsorge, soziale

Betreuung, Zielgruppenarbeit und der-
gleichen.Nur die Anschriften von alleinigen
Wohnungen oder von Hauptwohnungen
werden übermittelt

1.11 Datum des Zuzugs

Registerberichtigung; gemeindliche
Betreuung

Datum des Auszugs

Registerberichtigung

Datum der Abmeldung
(in den Fällen des
§ 4 Abs. 2 E-BMG)1.12 Datum der Ehe-
schließungFamilienseelsorge, Kirchensteuerer-
hebung1.121 Datum der Beendigung
der Ehe1.13 Auskunftssperre:
Grund - Umfang und
Ablaufdatum

Datenschutz

1.14 Besondere Angaben für
die Ausstellung von
Lohnsteuerkarten (hier
nur Angabe: dauernd ge-
trennt lebend)Nur, wenn Religionsgesellschaft Kirchen-
steuer selbst erhebt

2. Daten über Familienangehörige, die derselben öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören

Daten:	Zweck und Grund:
2.1 Personenkennzeichen des Vaters (bei Minderjährigen)	Identifikation, Herstellung des Familienverbandes
2.2 Personenkennzeichen der Mutter (bei Minderjährigen)	Identifikation, Herstellung des Familienverbandes
2.3 Personenkennzeichen des Ehegatten	Identifikation, Herstellung des Familienverbandes
2.4 Personenkennzeichen des minderjährigen Kindes	Identifikation, Herstellung des Familienverbandes
2.5 Sterbedatum des Kindes	Führung der Kirchenregister (nur wenn das Kind nicht in derselben Gemeinde wohnt wie die Eltern)
2.6 Religionszugehörigkeit des Ehegatten (Angabe der Landeskirche)	Lohnsteuerrechtlicher Familienverbund, Kirchensteuer (nur wenn der Ehegatte nicht in derselben Gemeinde wohnt)

3. Daten über Familienangehörige, die nicht derselben öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören

Daten:	Zweck und Grund:
3.1 Personenkennzeichen des Familienangehörigen	Herstellung des Familienverbandes
3.2 Name und Vorname des Familienangehörigen	Herstellung des Familienverbandes

Bemerkung: Die Punkte 1 bis 3, S. 189-192 sind das Ergebnis des Unterausschusses EDV im Einwohnerwesen des Arbeitskreises II der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder; der Datenkatalog ist Anlage zum Schreiben des BStMdl, München 13. März 1975, Nr. I A 7 - 471 - 2 - 2/2

Deutlich geht aus der Aufstellung des Kataloges des Arbeitskreises II auch Zweck und Grund für die Übermittlung des jeweiligen personenbezogenen Datums hervor. Damit kommt zum Ausdruck, daß staatliche Stellen den Kirchen Daten zur Erfüllung ihrer "öffentlichen" Aufgaben zur Verfügung stellen. Die Angabe von Grund und Zweck scheinen in diesem Zusammenhang Begründung und Rechtfertigung der Datenübermittlung zu sein.

Jedenfalls war damit ein fester und verbindlicher Rahmen abgesteckt, der einmal kund tat, welche Daten an die Kirchen weitergegeben werden konnten und ferner, mit welchen Daten die Kirchen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechnen hatten.

1.3 Datenbezug seitens der Kirchen, nachdem BMeldeG nicht verabschiedet wurde

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist das BMeldeG aus verfassungsrechtlichen Bedenken nicht verabschiedet worden. Diese Bedenken wurden durch die Verwendung eines bundeseinheitlichen Personenkennzeichens ausgelöst. Entsprechend fehlt nunmehr eine Regelung auch in Bayern, weil ein BayMeldeG ebenfalls nicht verabschiedet wurde und der entsprechende Entwurf zurück in die Schubladen wanderte.

Dies hat aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Folge, daß eine gewisse Rechtsunsicherheit entstanden ist, dahingehend, daß manche politische Gemeinde sich heute fragt, ob sie Daten im Sinne des BDSG oder des BayDSG an die Kirchen weiterleiten kann; denn das BDSG und das BayDSG gestatten zwar die Datenübermittlung an die Kirchen, daraus läßt sich jedoch ein Rechts-

anspruch seitens der Kirchen auf Lieferung von Daten noch nicht ableiten. Ein solcher Rechtsanspruch kann nur durch die Verabschiedung der entsprechenden Bundes- und Ländermeldegesetze, in denen die berechtigten Ansprüche der Kirchen berücksichtigt sind, sichergestellt werden.

1.4 Zwischenlösung des BStMdI

Das BStMdI hat bis zur Verabschiedung eines Landesmeldegesetzes deshalb für die Kirchen eine Zwischenlösung geschaffen. Es hat mit seiner EntschlieÙung vom 27.4.1976 an den Bayer. Städteverband, den Bayer. Gemeindetag, den Bayer. Landkreisverband und an die AKDB den Datenaustausch zwischen den kommunalen Stellen und den Kirchen bis zum Inkrafttreten des Meldegesetzes geregelt. 1)

Danach ist das BStMdI einverstanden, daß bis zur endgültigen Festlegung einer Regelung in einem Landesmeldegesetz die Meldebehörden entsprechend der in Aussicht genommenen Regelung verfahren (Datenlieferung an die Kirchen nach dem Katalog vom Nov. 1974 des AK II). Entscheidend für die Kirchen bleibt z.Zt. dennoch, daß die einzelnen Kommunen der Übermittlung entsprechender personenbezogener Daten seitens der AKDB ihre Zustimmung erteilen müssen. Schriftliche Anträge sind jeweils seitens der kirchlichen Verwaltung an die betroffene Kommunalverwaltung zu richten. 2)

Das BStMdI bestätigt diese Regelung ausdrücklich und erneuert mit Schreiben vom 1.4.1977 an die AKDB und setzt die Kirchen entsprechend in Kenntnis. 3)

- 1) BStMdI, EntschlieÙung v. 27.4.1976 Nr. I A 7 - 471 - 2 -2/1
- 2) vgl. dazu Protokoll der Bayer. Projektgruppe v. 11.10.1976, S.2 ff und Entwurf für ein Anschreiben an die Stadt-/Gemeindeverw. als Anhang zum Protk. Sitzg. d. Bayer. Projektgr. v.29.10.76 TOP 4 S 6 ff; Anhang als Muster zu dieser Arbeit S.279

1.5 Änderung des Vollzugs des Bayer. Meldegesetzes

Um den Kommunen hinsichtlich der Weitergabe von Daten an die Kirchen Rechtssicherheit zu verschaffen, hat das BStMdl am 9.8.1978 im Zusammenhang mit dem Vollzug des Bayer. Meldegesetzes folgende Änderung bekanntgegeben:

" 2.4 Kirchen sowie anderen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften (vgl. KMBek. vom 13. April 1951, BayBSVK S. 640, zuletzt ergänzt durch KMBek vom 15. Januar 1975, KMB1 S 676) können über Bekenntnisangehörige personenbezogene Daten wie anderen öffentlichen Stellen übermittelt werden (vgl. Art. 25 BayDSG).

Bis zu einer endgültigen Festlegung in einer künftigen Rechtsvorschrift dürfen ihnen folgende Daten übermittelt werden:

Familienname, Vornamen, Geburtsname, akademische Grade, Ordens- und Künstlernamen, Geburtsort, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Beruf, Anschrift, Tag des Zuzugs, Tag des Wegzugs, Tag der Eheschließung, Tag der Beendigung der Ehe, Auskunftssperre (Grund, Umfang und Ablaufdatum), Sterbetag.

Über Familienangehörige, die nicht derselben Religionsgemeinschaft angehören, dürfen nur Name, Vornamen und Geburtstag sowie die Tatsache, daß diese nicht derselben Religionsgemeinschaft angehören, mitgeteilt werden.

Bis zum 1. Januar 1983 dürfen wie bisher auch die An- und Abmeldescheine der jeweiligen Bekenntnisangehörigen kurzfristig überlassen oder listenmäßige Zusammenstellungen über die An- und Abmeldungen übermittelt werden." 1)

Interessanterweise hat man in 2.4 Abs. 3 bei der Aufführung der übermittelbaren Daten das Geburtsdatum nicht miteinbezogen. Der ganze Datenkatalog entspricht ja etwa dem des AK II; dort war

3) S. 193 - Schreiben des BStMdl, Mu. 1.4.1977, AZ/I-A7-471-2-2/1
1) MAB1 Nr. 22/1978 v. 9.8.1978 S 554

das Geburtsdatum Teil des Personenkennzeichens, das bundes- einheitlich verwendet werden sollte, auf das aber aus ver- fassungsrechtlichen Bedenken verzichtet werden mußte. Durch den Wegfall des IKZ wurde ganz offensichtlich übersehen, das Geburtsdatum in den Katalog der genannten Daten aufzunehmen. Das BStMdl hat dies korrigiert und folgende Berichtigung be- kanntgegeben:

" Die Bekanntmachung vom 14. Juli 1978 (MABl S. 553) wird wie folgt berichtigt:

In Nummer 2.4 Abs. 3 des neugefaßten Abschnitts C IV (Datenübermittlungen und Melderegisteraus- künfte) der VollzBekMeldeG wird vor dem Wort 'Ge- burtsort' das Wort 'Geburtstag' eingefügt; " 1)

Durch diese Rechtsgrundlage steht einer Datenübermittlung seitens der AKDB an die Kirchen nichts mehr im Wege, voraus- gesetzt (m.E. handelt es sich nach wie vor um eine "Kann- Bestimmung") die politischen Gemeinden erteilen auf Ansuchen der Kirchen diesen ihre Einwilligung in die Lieferung der besagten Daten.

Die Kirchen in Bayern mußten allerdings zur Kenntnis nehmen, daß die AKDB bis zur Klärung der Kostenfrage jegliche Daten- lieferung an die Kirchen unterbunden hat. 2) Erst nach Klä- rung aller offenen Fragen, die Kosten betreffend, werde das BStMdl an die kommunalen Datenzentren eine Weisung bezüglich der Datenlieferung an die Kirchen veranlassen. 3)

Die Datenlieferung an die Kirchen sollte deshalb in vertraglicher Form geregelt werden. Ich will aus diesem Grund im folgenden Abschnitt die Regelung der Kostenfrage darstellen.

1) MABl 26/1978 S. 650

2) Bayer. Projektgruppe, Protok. vom 10.11.1977 S. 2/Augsburg

3) ebda

2. Die Regelung der Kostenfrage bei der Übermittlung von Daten seitens der AKDB an die Kirchen in Bayern

2.1 Vorüberlegungen

Erheblich erschwert wurde der Gang der Dinge durch die notwendige Herbeiführung einer Lösung der Kostenfrage. Die technischen und organisatorischen Vorbereitungen seitens der Kirchen waren ab Herbst 1976 erheblich ins Stocken geraten, weil man sich nicht einigen konnte, wie die Kostenfrage zu lösen ist. 1)

Die Frage nach der Höhe der Kosten, die durch die Datenübermittlung seitens der AKDB an die Kirchen entstehen würden und wie und ob eine Begleichung stattfindet, zog sich durch beinahe alle Beratungen in den Projektgruppen auf Bundes- wie auf Landesebene hin. Eine konkrete Beantwortung dieser Frage war im Anfangsstadium der Planung überhaupt nicht möglich, weil die gesammelten Fakten als Grundlage zur Berechnung der Kosten noch nicht ausreichten.

So gingen Überlegungen dahin, ob lediglich Maschinenbelegzeiten und Vorhaltekosten für die Daten berechnet werden sollten und könnten. Ein anderer Maßstab könnte der einzelne Einwohner, oder der der Religionsgemeinschaft angehörende Einwohner sein. Auch die Frage ob die Kirchen gegenüber der AKDB den Begriff der "Amtshilfe" geltend machen können wurde erörtert.

Schon in seinem ersten Antwortschreiben vom 5.5.1972 an das ²⁾ BStMdI erwähnt der Bayer. Beauftragte der Kirchen, daß über

1) Bayer. Projektgruppe, Protokoll, Augsburg 10.11.1977 S. 2

2) Schreiben des Bayer. Beauftragten an das BStMdI, Augsburg 5.5.1972
S. 4

die künftige Form der Datenübermittlung weitere Verhandlungen erforderlich sind, "da der praktikabelste und wirtschaftlichste Weg für alle Beteiligten anzustreben ist."

Im ersten gemeinsamen Gespräch der Vertreter der Ev.-Luth. Landeskirche und der Kath. Kirche am 18.7.1974 mit der AKDB wurde auch die Kostenfrage angesprochen. Der Bayer. Beauftragte nahm damals in seinem Aktenvermerk folgenden Sachverhalt zu Protokoll:

"Zu den Kosten wurde mitgeteilt, daß nur die reinen Selbstkosten verlangt werden, also keinesfalls Kosten nach dem Bayer. Kostengesetz. Die Kosten dürften sich in etwa in der bisherigen Preislage bewegen, d.h. in etwa die Kosten der verwendeten Maschinenzeit." 1)

2.2 Kostenvoranschlag der AKDB

Eine erste konkrete Kostenvorstellung wurde dann von der AKDB den Vertretern der Kirchen anlässlich eines zweiten Gesprächs am 4.11.1976 unterbreitet. Die Aktennotiz des Bayer. Beauftragten vermerkt dazu: "Hinsichtlich der Kosten wurde vorab von seiten der AKDB folgende Aussage gemacht: 'Eine Präjudizierung der Kosten sei insofern gemacht worden, als an den Adressbuchverlag Datenbänder geschickt wurden und bereits einzelne Kirchengemeinden mit ausgedruckten Daten versorgt werden.' Für einen Datensatz werden 0.08 DM plus 0.03 DM beim Durchsuchen aller Fälle verlangt. Für einen Listenausdruck werden pro Fall 0.05 DM und für Suchen 0.03 DM zur Zeit verlangt. Für den Aufkleber 0.08 DM. " 2)

1) Aktennotiz des Bayer. Beauftragten, Augsburg 22.7.1974 S. 2

2) Aktennotiz des Bayer. Beauftragten über ein Gespräch bei der AKDB vom 4.11.1976 S. 2, Augsburg

Hüttl faßt dann zusammen: "Es wurde in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß einzelne kommunale Rechenzentren bisher sehr großzügig verfahren sind, daß jedoch im Interesse aller eine einheitliche Regelung getroffen werden sollte. Es wurde zugesagt, daß ich bis Ende 1977 (Anm. - soll wohl 1976 heißen?) einen Kostenvoranschlag erhalten werde. Ich habe darauf hingewiesen, daß zu diesem Kostenvoranschlag nach Anhörung aller Bayer. (Erz-)Diözesen und der Ev.-Luth. Landeskirche Stellung genommen wird." 1)

Die AKDB legte einen solchen Kostenvoranschlag zusammen mit einem Vereinbarungsentwurf am 20.4.1977 vor. 2)

Dabei wird davon ausgegangen, daß der in Rechnung zu stellende Betrag sich ergeben wird aus folgenden Teilbereichen:

- Produktionskosten
- Programmentwicklungskosten
- Datenermittlungs-
- Datenerfassungs-
- Datenübertragungskosten
- Vorhaltekosten für EDV Einrichtungen bei der Gemeinde und bei der AKDB

Das Angebot der AKDB an die Kirchen lautet dann wie folgt:

"Vorbehaltlich der Zustimmung unserer Organe würden wir Ihnen und unseren Organen jedoch vorschlagen, bis zu einer Inrechnungstellung der anteiligen Kosten nach Ziffer 3.2 des Vertragsentwurfs pauschal eine Kostenerstattung für die erstmalige Lieferung von Einwohnerdaten pro Datensatz in Höhe von

0.1175 DM für die Software- und Rechenzentrums- sowie die entsprechenden Vorhaltekosten und

0.1175 DM zusätzlich für Datenermittlungs-, -erfassungs- und Übertragungskosten

1) ebda wie FN 2 S. 197

2) Schreiben der AKDB an den Bayer. Beauftragten, Mü. 20.4.1977, AZ Eichhorn, irrtümlich an die KIGST in Frankfurt gerichtet.

sowie für den laufenden Änderungsdienst die gleiche Kosten-
erstattung pro Änderungsfall bzw. in Höhe von 30 % der von
der KIGST gespeicherten Datensätze zu vereinbaren. In diesem
Fall wären von der KIGST für Datenlieferungen der AKDB bei
erstmaliger Lieferung 0,235 DM pro Datensatz und im Änderungs-
dienst entweder 0.235 DM pro Änderungsfall oder 0.0705 DM
pro von der KIGST gespeicherten Datensatz zu erstatten." 1)

An der Höhe der Summe und am Umfang der Kosten an dem die
Kirchen sich beteiligen sollten, erhitzten sich die Gemüter
erheblich. Es sind deshalb fast 1 1/2 Jahre vergangen, ehe
im Herbst 1978 eine Regelung vertraglich zustandekommen und
unterzeichnet werden sollte.

Die KIGST zunächst als Empfänger des Angebots und des Ver-
tragsentwurfs durch Irrtum seitens der AKDB in Besitz der
Unterlagen, hat den Vertretern der Katholischen und Evangelischen
Kirche in Bayern ihre Meinung dahingehend kund getan, insofern
sie sagte: "daß die AKDB für die Datenlieferung an die Kirchen
aus den Datenbeständen des Einwohnerwesens maximal nur die
Kosten kalkuliert und in Rechnung gestellt werden können,
die tatsächlich zusätzlich im unmittelbaren Zusammenhang mit
dem Tatbestand der Datenlieferung anfallen." 2)

Die KIGST empfiehlt sodann, in Verhandlungen die absolut
unterste Grenze zu erreichen. Dabei bringt sie auch erst-
mals die Überlegung der Amtshilfe ein.

Der unterste Bereich könne im Erachten der KIGST im wesent-
lichen nur umfassen

- Kosten zur Erstellung der Ausleseprogramme
- Kosten für zu beschreibende Magnetbänder
- Kosten im RZ für die Durchführung der Maschinen-
läufe zur Erstellung der Magnetbänder

1) wie FN 2 S. 198

2) KIGST Frankfurt Schreiben v. 3.5.1977 an J.Hüttl Augsburg

- evtl. Materialkosten (Datenträger und Versand) ¹⁾

Die KIGST begründet ihren Vorschlag mit folgender Überlegung:

"Diese Auffassung läßt sich u.E. damit begründen, daß die AKDB unabhängig von dem kirchlichen Meldewesen gehalten ist, in jedem Falle EDV-Verfahren für den Bereich des Einwohnerwesens vorzuhalten. In diesem Zusammenhang sind auch die dementsprechend anfallenden Datenerfassungskosten zu sehen, da die Datenerfassung ebenfalls dazu dient, das EDV-Verfahren Einwohnerwesen zu bedienen." ²⁾

Besondere Bedeutung in der Klärung der Kostenfrage kommen den Verhandlungen zwischen den Kirchen und der AKDB in Bayern auch deshalb zu, weil bisher keine klare Regelung in der Abrechnung der Kosten beim Datenaustausch zwischen Kirchen und Kommunen in den einzelnen Bundesländern besteht. Dazu meint die KIGST:

"Wie Ihnen bekannt ist, sind die mit der AKDB laufenden Verhandlungen auch über den Bereich des Bundeslandes Bayern hinaus von zentraler Bedeutung." ³⁾

2.3 Können die Kirchen den Begriff der "Amtshilfe" für sich in Anspruch nehmen?

Im Raum stand nun die Klärung der von der KIGST eingebrachten Frage, ob im Falle des Datenaustauschs mit den Kirchen im Interesse der Kostensenkung von Amtshilfe gesprochen werden könne.

¹⁾ wie FN 2 S. 199 |

²⁾ ebda; vgl. dazu "Online-abc-nachrichten" 3/77 S. 158 ff, worin das umfassende Service-Angebot der AKDB besprochen wird und in dem die Kirchen nur einer von vielen Partnern i.d. Zs.Arbeit sind.

³⁾ wie FN 1

Nun kann zwar davon ausgegangen werden, daß die Kirchen nach § 2 Abs. 1 des BVerwVfG nicht unter dieses Gesetz fallen; dennoch dürfte unbestritten bleiben, daß der maschinelle Datenaustausch zwischen politischen Gemeinden und den Kirchen eine Form der Amtshilfe darstellt. Insofern könnte man mit Fug und Recht sagen, daß hinsichtlich der Abrechnung der Kosten § 8 des Gesetzes angewandt werden kann. § 8 Abs. 1 BVwVfG sagt nämlich, daß die ersuchte Behörde (hier die AKDB) für die Amtshilfe keine Verwaltungsgebühr verlangen darf. Auslagen jedoch müssen von der ersuchenden Behörde (hier die Kirchen) erstattet werden. Ferner wären nach § 8VwVfG nur die besonderen Aufwendungen zu ersetzen.

Nachdem die Gemeinden die Automation im Einwohnermeldewesen zunächst im eigenen Interesse betreiben, könnte man durchaus sagen, daß den Kirchen tatsächlich nur die zusätzlichen Aufwendungen angelastet werden können.

Die erzbischöfliche Finanzkammer vertritt in München deshalb den Standpunkt, daß bisher schon die Lieferung von Meldedaten staatlicherseits an die bayerischen Diözesen gewährleistet war, wofür nur ein geringer Betrag zur Kostenerstattung erforderlich war. 1)

Die Datenlieferung besteht fort, so wird ergänzt, durch die neue aus dem Bundesmeldegesetz und Landesmeldegesetz fließende Anspruchsgrundlage. Dabei hat das BStMdi durch Schreiben vom 27.4.1976 und erneuter Bestätigung mit Schreiben vom 1.4.1977 und durch Änderung des Vollzugs des BayMeldeG (MABl 22 und 26/78) eine verbindliche Übergangsregelung geschaffen, bis ein entsprechendes Landesmeldegesetz in Kraft treten kann.

1) vgl. Schreiben der erzbischöfl. Finanzkammer München vom 20.4.1977 AZ F Nr. 8700/77 Str./Ko an die AKDB München als Antwort auf deren Angebot und Vertragsentw. v. 20.4.1977

Dabei muß betont werden, daß jetzt schon aus dem Inhalt der EBMeldeG und EBayMeldeG zu erkennen ist, daß die Rechtsstellung der Kirchen im wesentlichen durch ihre Aufgabenstellung und ihren Charakter als Körperschaft des öffentlichen Rechts gesichert ist. Kirchliche Behörden müßten deshalb wie staatliche Behörden behandelt werden und nicht wie privat (-wirtschaftliche) Unternehmen. "Vielmehr seien die dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben zu beachten und in der Beurteilung der Kostenfrage zu Grunde zu legen", so die erzbischöfliche Finanzkammer München in erwähntem Antwortschreiben an die AKDB. 1)

Während nun die Kirchen in ihrem Anspruch des Datenaustauschs den Begriff der "Amtshilfe" zugrunde legen, kommt die AKDB ihrerseits zu der Auffassung, daß von einer Amtshilfe bei der Datenübermittlung an die Kirchen nicht die Rede sein könne. Es besteht zwar auch bei der AKDB kein Zweifel über das Recht auf Erhalt der Daten. Was jedoch das Problem der Kosten-erstattung für die Datenlieferung anbelangt, so verneinen die Organe der AKDB, daß es sich hierbei um Amtshilfe im Sinne des BayVwVfG handle. Dem Dienstleistungscharakter der AKDB entsprechend müßten Datenlieferungen der Art, wie sie an die Kirchen erfolgen sollen, vielmehr als Leistungen angesehen werden, "für die - wie auch für Sonderauswertungen für Gemeinden - Benutzungsentgelte zu erheben seien, in die die Grundkosten der AKDB und ihrer Verfahren anteilig einbezogen werden müßten." 2)

1) Schreiben der erzbischöfl. Finanzkammer wie FN 1 S. 201

2) Rückantwort der AKDB München an die erzbischöfl. Finanzkammer München, vom 31.5.1977, AZ "GeschB A", S. 2

Eine umfassende Aussprache, zu der die AKDB für 10.6.1977 die Vertreter der Kirchen eingeladen hat (das Gespräch hat dann tatsächlich erst am 18.7.1977 in den Räumen der AKDB stattgefunden) erbrachte für beide Seiten nicht das erwünschte Ergebnis. Die verschiedenen Standpunkte verhärteten sich vielmehr. Insbesondere argumentierte die AKDB nach wie vor, daß von Amtshilfe bei der Lieferung von Daten seitens der AKDB an die Kirchen nicht gesprochen werden könne, weil Amtshilfe nicht darin bestehe, daß eine ständige Lieferung von Daten erfolge, sondern sich vielmehr auf Auskünfte von Fall zu Fall beziehe. 1)

Die Vertreter der Kirchen vertraten andererseits die Auffassung, daß sie auf Grund ihrer sowohl öffentlichen als auch gemeinnützigen Aufgaben anders zu behandeln wären als z.B. Adressbuchverlage. 2)

Das von Prof. Dr. Rübner schon zitierte Rechtsgutachten kommt zur Frage nach der Amtshilfe zu folgendem Schluß, von dem ich glaube, daß er in der Argumentation der Meinung der AKDB näher kommt als der der Kirchen. Das Gutachten sagt nämlich:

"Die Datenübermittlung an andere Behörden und an Kirchen im Einzelfall bedarf im Rahmen dessen, was § 12EBMeldeG für zulässig erklärt, keiner näheren Regelung im Landesrecht. Die Zulässigkeit ergibt sich unmittelbar aus dem Bundesrecht. Rechtspflichten der Meldebehörden folgen vor allem aus der Pflicht zur Amtshilfe (Art. 35 GG, § 4 BVwVfG, Art. 4 BayVwVfG), für die Kirchen, die nur selten Anspruch auf Amtshilfe erheben können, aus Art. 140 GG/137 Abs. 6 WRV (dazu vgl. oben 1b). Eine über die Rechtsansprüche hinausgehende freiwillige Amtshilfe durch Übermittlung von Daten auf kirchliches Ersuchen im Einzelfall ist zulässig und liegt sowohl im Sinne des Grundgesetzes wie des EBMeldeG." 3)

1) vgl. Aktennotiz über das Gespräch bei der AKDB vom 18.7.1977, Würzburg 26.7.1977 AZ /77 - Dr. Ba/Sw. S. 3

2) ebda S.4

3) Prof. Dr. W. Rübner, Rechtsgutachten a.a.O. S. 10

Erneut wurden nun Beträge ins Gespräch gebracht, die sich zwischen 0.15 DM (Nutzungsgelder bei Steuerlisten, für die die Kirchen diesen Betrag pro Fall bezahlen - auf den man sich übrigens später auch vertraglich einigen wird) und 0.50 DM pro Fall, was der Hälfte der Kosten entspreche, die die Gemeinden zu entrichten hätten. 1)

Insgesamt beharrt die AKDB auf dem Standpunkt, daß echte Erfassungs- und Bearbeitungskosten den Kirchen in Rechnung gestellt werden müßten, wobei sich die Leitung der AKDB an den Beschluß der Hauptversammlung gebunden fühlt; denn letztlich handle sie im Auftrag der Gemeinden und für die Gemeinden.

Die Atmosphäre bei der Sitzung im Juli 1977 war so angespannt, daß die Frage auftauchte, ob seitens der AKDB nicht eine gewisse Distanz zum öffentlichen Wirken der Kirchen bestünde, eine Distanz, die zum damaligen Zeitpunkt unüberbrückbar schien. Andererseits kam seitens der AKDB zum Ausdruck, daß ihr selbst sehr daran lag, das integrierte Austauschverfahren mit den Kirchen zustande zu bringen.

Die AKDB beharrte jedoch auf ihrer Kostenvorstellung und erwartete, daß die Kirchen darüber entsprechende Beratungen anstellten. 2)

Die Kirchen selbst kommen zu der Meinung, daß dem Ansinnen der AKDB, den Kirchen möglichst viele Kosten für die Erfassung und Verarbeitung der Einwohnerdaten anzulasten, die bisher einvernehmliche Arbeit nicht geopfert werden dürfe. 3)

Verhandlungen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Landtags und der Staatsregierung schienen der letzte Ausweg zu sein, um zu einer kostenvernünftigen Regelung für beide Teile zu gelangen.

1) Aktennotiz wie FN 1 S. 203

2) ebda, S. 8 Abs. 1

3) ebda S. 9

2.4 Verhandlungen mit dem Bayer. Staatsministerium des Innern

Es blieb deshalb nicht aus, daß die Kirchen des Gespräch mit dem BStMdi suchen würden, um aus der verworrenen Lage einen Ausweg zu finden. Ein solches Gespräch wurde am 22. Dezember 1977 (erst fünf Monate nach der Unterredung bei der AKDB) im Innenministerium geführt, bei dem Vertreter der katholischen und ev.-luth. Landeskirche sowie des Innenministeriums sich des Problemkreises der Kostenfrage erneut annahmen. Den kirchlichen Vertretern war dabei ein Anliegen, das Innenministerium um eine Stellungnahme zu bitten, dahingehend, "...daß die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts eine zumindest amtshilfefähnliche Behandlung erfahren wie andere Körperschaften des öffentlichen Rechts im staatlich-kommunalen Bereich. Demnach müßten auch die in Rede stehenden Kosten der Datenübernahme und der Datenauslese gering sein." 1)

Das BStMdi vertrat zunächst die durchaus kostenbewußte Denk- und Handlungsweise der AKDB, kam aber zu der Ansicht, daß insgesamt ein vernünftiger Interessenausgleich gefunden werden müsse. 2)

Für die kommunalen und staatlichen Bereiche war es dabei an der Zeit, daß die Frage der Berechnung der Kosten an die Kirchen nach festgelegten Gebühren geregelt wird. Das BStMdi hat bei all seinen Überlegungen den Standpunkt vertreten, daß in Analogie zu § 8 VwVfG zu handeln sei, wonach besondere Auf-

Ergänzung zu FN 2 S. 204: vgl. dazu Korrekturvermerk im Schr. von J. Hüttl, Augsburg v. 19.4.1978 - AZ Iroj.M.Bay - 11/78, wonach die konkrete Forderung der AKDB sich auf die Fallkosten von $2 \times 0.1175 \text{ DM} = \text{zusammen } 0.2350 \text{ DM}$ belaufen.

- 1) Aktennotiz über das Gespräch beim BStMdi vom 22.12.1977, Würzburg 3.1.1978, S. 1
- 2) ebda S. 3

wendungen, die der AKDB bei der Auslese von kommunalen Daten entstehen, gesondert entschädigt werden, jedoch nur Aufwendungen, die aus Anlaß der Datenlieferung anfallen, z.B. Auslesen der Daten und deren Weitergabe, nicht jedoch die Aufwendungen, die überhaupt für die Datenübermittlung, Datenerfassung, Datenproduktion und Entwicklung und Pflege der Programme entstehen. 1)

2.5 Rechtsgutachten zur Klärung der Frage der Kostenverteilung

Das BStMdi hat daraufhin den Kirchen angeraten, "erneut einen Antrag an das IM auf Zurverfügungstellung von Einwohnerdaten zu stellen. Dieser Antrag ist juristisch zu begründen. Dies sollte nach Möglichkeit ausführlich und in Form eines Rechtsgutachtens geschehen. Es würde dem Staatsministerium des Innern dienlich sein, wenn dieses Rechtsgutachten von einem namhaften Professor des öffentlichen Rechts oder Staatskirchenrechtlers verfaßt würde." 2)

Ein solches Rechtsgutachten wurde von Prof. Dr. Wolfgang Rübner in Kiel erbeten 3) und von diesem den bayerischen (Erz-) Diözesen erstattet als

"Rechtsgutachten zu der Frage, ob und inwieweit die Kirchen den Gemeinden Kosten für die Übermittlung von personenbezogenen Daten zu ersetzen haben." 4)

Nach Vorlage des Rechtsgutachtens haben sich die Organe der AKDB erneut mit der Datenlieferung an die Kirchen befaßt.

1) vgl. FN 1 S. 205, ebda S. 3

2) ebda

3) Das Rechtsgutachten wurde vom Leiter der Bayer. Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen, J. Hüttl, Augsburg angefordert. Vgl. dazu sein Schreiben an Prof. Dr. W. Rübner, Augsburg 17.1.1978 - Az. Proj. M.Bay - 3/78

4) Rechtsgutachten von Prof. Dr. Wolfgang Rübner, Kiel, den Bayer. (Erz-) Diözesen erstattet 1.1.1978

Man vertrat jedoch bei der AKDB weiterhin den Standpunkt, daß diese Datenlieferungen keine Amtshilfe darstellten, was durch das Gutachten von Prof. Dr. Rüfner bestätigt würde. 1)

Nach diesem Rechtsgutachten könne nämlich gesagt werden, daß die Datenlieferung, sofern sie laufend erfolgt und durch Gesetz festgelegt ist, zu den eigenen Aufgaben der Gemeinden gehört und deshalb keine Amtshilfe ist. In diesem Sinne hat die AKDB dann auch die weiteren Verhandlungen mit den Kirchen geführt. Erneut stellte sie heraus, daß sie ein Dienstleistungsbetrieb ist und deshalb auch fiskalisch denken muß, d.h. Drittanwendern gegenüber die Interessen der kommunalen Spitzenverbände vertrete, wenngleich Rüfner in seinem Gutachten hinsichtlich der Kosten zu folgendem Schluß kommt:

"Durch Übertragung von Aufgaben der Meldebehörden auf Datenverarbeitungszentralen oder AKDB ändert sich also hinsichtlich der Kosten nichts. Soweit die Gemeinden mit der Datenübermittlung eigene Aufgaben erfüllen, müssen sie auch für die Kosten einstehen, die ggf. an die AKDB zu zahlen sind." 2)

2.6 Einigung über die Kostenfrage

Auch zwischen dem Innenministerium und der AKDB haben nochmals vermittelnde Gespräche stattgefunden, in denen generell die Finanzierung der AKDB angesprochen und auch die Frage erörtert wurde, ob hinsichtlich der Kirchen von staatlicher Seite ein Zuschuß zur Datenlieferung gegeben wird. Dies wurde als eine nicht sichere Lösung jedoch ausgeschlossen. 3)

Insgesamt hat das Gespräch am 20.9.1978 bei der AKDB jedoch zu

1) Vgl. Aktenvermerk über das Gespräch bei der AKDB, München vom 20.9.1978, Augsburg 21.9.1978, S. 2

2) Rechtsgutachten, Prof. Dr. Rüfner, a.a.O. S. 13

3) Aktenvermerk wie FN 1
ad. FN 1: vgl. S. 203 dieser Arbeit und Zitat, Vermerk FN 3.

folgendem Ergebnis geführt:

" Herr Dr. Wilhelm begrüßt den Vorschlag der Kirchen, zunächst eine Übergangslösung anzustreben. Nach dem zur Zeit die AKDB selbst noch nichts bestimmtes weiß, ob sie in der jetzigen oder in einer anderen Form weiterbestehen wird und wie letztlich die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich des Meldewesens verabschiedet werden, könnte es sein, daß sich durch gesetzliche Regelungen die AKDB oder die Kirchen besser stellen. Daraus ist zu folgern, nachdem die Kirchen an einer alsbaldigen Datenlieferung interessiert sind, daß die Übergangsregelung vertraglich zwischen der AKDB und den Kirchen geregelt wird.

Herr Dr. Weber zeigte für die Haltung des Herr Dr. Wilhelm Verständnis. Er führte dazu folgendes aus: Die Kirchen haben bisher für die zur Verfügung gestellten Meldedaten nur geringe Leistungen erbracht. An diesen finanziellen Leistungen könne sich auch durch Verwendung eines anderen Mediums nichts ändern. Insbesondere werden sich dadurch die Kirchen nicht wesentlich schlechter stellen. Er ging auch auf die finanzielle Situation der Bistümer infolge der vergangenen und künftigen Steuerreform ein und wies auf die riesigen Lasten hin, die den Kirchen auf allen möglichen Gebieten entstehen. Er legte auch dar, daß bei Annahme des letzten Angebotes der Fallkosten im kirchlichen Meldewesen die Kirchen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus erhebliche finanzielle Belastungen ausgesetzt sind. Nach seiner Meinung können die bisherigen verhältnismäßig geringen Kosten nicht ohne weiteres erhöht werden. Er könne sich vorstellen, daß die fehlende Kostendeckung bei der Datenlieferung an die Kirchen durch den Staat ergänzt wird.

Herr Dr. Krag legte dar, daß sich die Evang.-Luth.Kirche in der gleichen Situation hinsichtlich der kirchlichen Finanzen befindet wie die bayer. Bistümer. Er legte auch eingehend dar, daß durch die Unterbrechung der Datenlieferung durch die Kommunen eine schwierige Situation ent-

standen ist, insbesondere bei der Kirchgelderhebung, wodurch kirchliche Finanzmittel verloren gingen. Er wies dann auf die Regelung des Staates im Datenschutzgesetz hin und führte aus, daß die Gleichstellung der Kirchen mit den staatlichen Behörden nicht von ungefähr komme.

Herr Dr. Wilhelm ging auf die Hauptfrage ein, nämlich, wie es zu einer Einigung zwischen der AKDB und den Kirchen kommen könnte. Als die sauberste Lösung schlägt er einen Datenlieferungsvertrag zwischen den Kirchen und der AKDB vor, in dem auch die Kostenfrage enthalten sein muß. Von der Aufstockung des staatlichen Zuschusses für die Kirchen hält Herr Dr. Wilhelm nichts, da wie schon eingangs dargestellt, die Bezuschußung von der AKDB und ihren Gremien als kritisch beurteilt wird. Er führt aus, daß das jetzige Angebot der Kirchen für die AKDB zu niedrig ist, da nach ihrer Kostenrechnung anfangs 1977 bei echter Kalkulation ein Betrag von 11,75 Dpf. gerade die besonderen Aufwendungen abgedeckt hatte. In der Zwischenzeit gab es jedoch bereits wieder Lohn- und Freiserhöhungen. Er führt weiter aus, daß die Kirchen von der AKDB bestens bedient werden, wenn auf vertraglicher Basis eine Vereinbarung zustande kommt über einen Fallkostenpreis von 15 Dpf. Bei diesem Preis muß bedacht werden, daß dieser nach dem Bayer. Kostengesetz für die Datenlieferung an die Kirchen durch die Finanzverwaltung festgelegt ist. Außerdem mögen die Kirchen einmal bedenken, was sie an Kosten durch das integrierte EDV-Verfahren, insbesondere Kosten für Eigenerfassung für Übertragungsarbeiten, für Sortierarbeiten usw. einsparen. Außerdem wären die Daten aktueller, als die bisherigen Daten. Des weiteren können sich die Kirchen des von der AKDB entwickelten Verfahrens bedienen, z.B. der Datenträger für Straßennummern und Straßennamen für den Aufbau von Ortsdateien mit Gemeindekennziffern usw. Er betont ausdrücklich, daß es sich bei dieser Regelung um eine Übergangsregelung handelt, bis gesetzliche Regelungen vorliegen. Er wird sich beim Verwaltungsrat der AKDB auf seiner Sitzung am 25.10.1978 im Interesse der Kirchen dafür einsetzen, daß es entsprechend seinem An-

gebot zu einer vertraglichen Regelung kommt und daß es bei dem von ihm vorgeschlagenen Fallkostenpreis von 15 Dpf. bleibt.

Herr Dr. Weber sagt zu, daß er auf der Finanzdirektorenkonferenz am 16.10.1978 über das Gespräch berichten wird. Vom Ergebnis der Beratungen wird die AKDB umgehend telefonisch verständigt und diese Mitteilung wird schriftlich bestätigt.

Herr Dr. Krag äußerte die Meinung, daß er auf der Synode am 17.10.1978 die Angelegenheit vorbringt, und daß dem Fallkostenpreis von Dpf. 15 zugestimmt wird. Er selbst sieht jedenfalls keine Schwierigkeiten.

Herr Dr. Wilhelm sagt zu, daß nach Vertragsabschluß mit der Datenlieferung sofort begonnen wird. Er erklärte sich auch bereit und erteilte Herrn Böhlein entsprechend Auftrag, jetzt schon die kommunalen Rechenzentren zu verständigen, daß die Straßenbänder den Kirchen zur Verfügung gestellt werden, damit diese mit den Vorarbeitungsarbeiten sofort beginnen können.

Herr Eichhorn und Herr Hüttl wurden beauftragt, für die Übergangsregelung einen Vertragsentwurf so rechtzeitig zu fertigen, daß er sowohl der Bayer. Finanzdirektorenkonferenz als auch dem Verwaltungsrat der AKDB auf ihrer Sitzung vorliegt." 1)

2.7 Vertragliche Regelung der Kostenerstattung

Letztendlich führten die Verhandlungen zu einem Vertragsabschluß zwischen der AKDB und den Kirchen in Bayern, der nicht nur die Datenlieferung, sondern auch die Kostenfrage regelt. Diese Regelung lautet im Vertragstext wie folgt:

" § 3 - Für die einmalige und die laufende Datenlieferung sind der AKDB für jede bearbeitete Person, die zur Ausgabe eines

1) Aktenvermerk über das Gespräch bei der AKDB, München vom 20.9.1978, Augsburg. 21.9.1978, S. 2 bis 5.

Datensatzes geführt hat, 0,15DM zu erstatten. Hat die Bearbeitung der Daten einer Person zur Ausgabe eines weiteren Satzes für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche geführt, wird der Betrag von 0,15DM durch die AKDB dem Datenempfänger und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche insgesamt nur einmal in Rechnung gestellt.

Die AKDB stellt dem Datenempfänger für die an diesen gelieferten Datensätze eine Rechnung nach folgender Formel:

$$\frac{\text{Bearbeitete Person} \times 0,15 \text{ DM}}{\text{Summe der an den Datenempfänger u. die Evangelisch-Lutherische Landeskirche ausgegebenen Datensätze}} \times \text{Summe der an den Datenempfänger ausgegebenen Datensätze}$$

Wird vom Datenempfänger und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche ein anderer Aufteilungsmodus gewünscht, ist dieser mit der AKDB zu vereinbaren." 1)

Damit waren die Würfel über ein langwieriges und schwieriges Kapitel gefallen. Der Vertrag wurde von allen bayerischen (Erz-)Diözesen und der Evang.-Luth. Landeskirche unterzeichnet und damit rechtswirksam.

1) Vorlage des Vertragsentwurfs in Schreiben der AKDB an die Erzbischöfliche Finanzkammer München, vom 4.10.1978, Az: K 260-501/bau, H. Eichhorn, ferner Vorlage des Vertragsentwurfs in Antwortschreiben auf obiges an die AKDB durch die Bischöfliche Finanzkammer Augsburg, vom 19.10.1978, AZ I/Dr. We./Mu. Der Vertrag wurde veröffentlicht im Amtsblatt für die Diözese Augsburg 89. Jahrgang, Nr. 7, 4.Mai 1979, S. 155 ff.

3. Die Zustimmung der politischen Gemeinden zur Datenübermittlung an die Kirchen und die Verarbeitung der Daten seitens der Kirchen

Voraussetzung für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nicht nur die Klärung und Regelung der Rechtsgrundlagen und der Kostenfrage. Wesentlich für den Erhalt und die Verarbeitung personenbezogener Daten seitens der Kirchen ist, daß die politischen Gemeinden einer Datenübermittlung an die Kirchen grundsätzlich zustimmen. Jede Gemeinde ist "Herrin" ihrer personenbezogenen Daten. Dazu ist erforderlich, daß die Kirchen an die politischen Gemeinden herantreten und das erforderliche Einverständnis erbitten. Nur wenn das Einverständnis der Gemeinde vorliegt, ist die AKDB als Dienstleistungsunternehmen der Gemeinden berechtigt, Daten der Einwohner, die Kirchenmitglieder sind, an die jeweilige Kirche zu übermitteln (vgl. Muster der Einverständniserklärung im Anhang).

Verweigert eine politische Gemeinde ihre Zustimmung, was in einzelnen Fällen vorkommt, fehlt den Kirchen derzeit jeglicher Rechtsanspruch auf Datenübermittlung. Die Kirchen können sich lediglich auf die Entschlieung des BStMdl vom 27.4.1976 Nr. I A 7 - 471 - 2 - 2/1 an den Bayer. Städteverband, den Bayerischen Gemeindetag, den Bayer. Landkreisverband und die AKDB berufen; denn diese Entschlieung regelt und ermöglicht einen Datenaustausch zwischen den kommunalen Stellen und den Kirchen bis zum Inkrafttreten eines Landesmeldegesetzes.

Was nun die konkrete Verarbeitung anbelangt, verzichte ich auf die Darstellung der geleisteten notwendigen technischen Vorarbeiten, die seitens der Kirchen geleistet wurden und werden (wie die Programmschreibung, die die Verarbeitung erst ermöglicht, ferner den Aufbau von Straßen-,

Postbezirks- und Pfarrbezirksdateien, bei denen die Straßen einer politischen Gemeinde der jeweiligen Pfarrgemeinde zugeordnet werden), damit die eigentlichen personenbezogenen Daten übernommen werden können und im Falle von Änderungen, diese jeweils berücksichtigt und verarbeitet werden.

Ich versuche vielmehr auf organisatorische Konstellationen, auf die Frage nach dem Nutzen, den die Kirchen in einer automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten sehen, und das Endprodukt, die Karteikarte, sowie tatsächliche und mögliche noch in der Ferne liegende Anwendungen der bei den Kirchen gespeicherten personenbezogenen Daten einzugehen.

3.1 Organisatorische Bedingungen

3.1.1 Beteiligte Stellen

Um ein gutes Funktionieren des Arbeitsgebietes "Kirchliches Meldewesen" zu garantieren, ist ein abgestimmtes Zusammenwirken in Bezug auf Zeit (Termine) und Sachverhalte (Funktionen) zwischen verschiedenen kirchlichen und staatlichen Dienststellen erforderlich.

Die beteiligten Stellen sind dabei:

KGRZ = Kommunales Gebietsrechenzentrum

ZKM = Zentralstelle für das kirchliche Meldewesen

KIRZ = Kirchliches Rechenzentrum

ANWE = Anwender

Die organisatorische Gliederung der Beteiligten ist unerheblich. Aus dem nachfolgenden Aufgabenkatalog ergibt sich eine funktionale Struktur, die als Leitlinie für die Organisationsstruktur verwendet werden kann. 1)

- 1) Die nachfolgenden Erläuterungen sind in einer Arbeitsgruppe entstanden, die sich aus Mitgliedern der Bayer. Projektgruppe zusammensetzte und der ich als Vertreter der Diözese Passau angehörte

3.1.2 Aufgabenkatalog der Beteiligten

3.1.2.1 KGRZ - Kommunales Gebietsrechenzentrum

Das KGRZ ist der durch Gesetz verpflichtete Lieferant von personenbezogenen Daten und Bereitsteller von Regionaldaten. Unter Regionaldaten versteht man dabei jene Daten, die eine Gemeinde in ihrer Topographie erkennen lassen, d.h. Gemeindeteile und Straßen. Das KGRZ arbeitet auf Anforderung und in Absprache mit der jeweiligen ZKM. Aus diesem Grunde ist die Initiative dem ZKM zugewiesen.

3.1.2.2 ZKM - Zentralstelle Kirchliches Meldewesen

Die ZKM regelt und koordiniert die Beziehung gegenüber den Beteiligten KGRZ, KIRZ, ANWE. Sie hat beratende und informierende Funktion; sie erfüllt jedoch auch Aufgaben wie sie nachfolgend in Bezug auf die Beteiligten näher beschrieben sind.

3.1.2.2.1 Aufgaben gegenüber KGRZ

- Anforderung von personenbezogenen Daten für die Erstübernahme und den laufenden Änderungsdienst
- Anforderung des regionalen Änderungsdienstes
- Terminabsprache für den personenbezogenen Änderungsdienst (Rhythmus der Übergabe, wöchentlich oder dekadisch)
- Entgegennahme der laufenden Änderungsdaten
- Sonstiges

3.1.2.2.2 Aufgaben gegenüber KIRZ

- Datenweitergabe an das KIRZ für die Erstübernahme und den Änderungsdienst

- Terminabsprache für die laufende Produktion und für Sonderleistungen
 - personenbezogen
 - Erstübernahme
 - laufenden Änderungsdienst
 - regionalbezogen
 - Regionaltabellen
 - Erstübernahme und laufenden Änderungsdienst
- Vollzug und Überwachung der Bestimmungen des Datenschutzes (sofern nicht durch die Diözesanleitung ein eigener Datenschutzbeauftragter bestimmt wird)
- Regelung der Produktnachbereitung und Expedition
- Sonstiges

3.1.2.2.3 Aufgaben gegenüber Anwender

- Kartelkarte und Listen, Datenschutz (Anwenderbetreuung, d.h. Information und Beratung)
- Anforderung und Entgegennahme von Berichtigungen und Ergänzungen der personenbezogenen und regionalbezogenen Daten
- Anbieten von Produkten auf den verschiedenen Auswertungsebenen (Kath. Bereich: Pfarrei, Pfarrverband, Dekanat, Region und Diözese; Evang. Bereich: Pfarrsprengel, Pfarrgemeinde, Prodekanat, Dekanat, Kirchenkreis)
- Erfassen von Wünschen und Anregungen seitens der Anwender

3.1.2.2.4 Sonstige Aufgaben der Zentralstelle

Einrichtung und Organisation von Erfassungsstellen

- Behandlung von Fehlerlisten und Regionaltabellen

3.1.2.3 KIRZ - Kirchliches Rechenzentrum

Die grundsätzliche Aufgabe des kirchlichen Rechenzentrums ist es, Daten entgegenzunehmen, zu verarbeiten und weiterzuleiten. Das Rechenzentrum produziert in Absprache mit der ZKM. Aufgabeninhalte sind

- Pflege der installierten Programme
- Arbeitsvorbereitung
- Nachbereitung (Separieren, Schneiden, Weiterleiten)
- Datensicherung
- Einhaltung des Datenschutzes
- Bestellung und Bereithaltung der Formblätter
- Aufbereitung der Abrechnungsunterlagen und Laufstatistiken
- Produktionsplanerstellung
- Datenverteilung
- Sonstiges

3.1.2.4 ANWE - Anwender

Aufgabe des Anwenders ist es, laufende kirchliche Amtshandlungs- und Ergänzungsdaten, sowie personenbezogene und regionalbezogene Berichtigungen an die ZKM zu liefern.

Es ist beabsichtigt, daß die Arbeitsgruppe "Umfeldorganisation" (vgl. FN 1 S. 213) Verfahrensbeschreibungen für die ZKM, das KIRZ und den ANWE erstellt, die dann als Anhang Teil einer Beschreibung der Umfeldorganisation des Kirchlichen Meldewesens in Bayern wird.

Über einen Grundkatalog an Daten und Aufgaben ist die Arbeitsgruppe noch nicht hinausgekommen. Es ist derzeit auch nicht bekannt, ob diese Gruppe ihre Arbeit wieder aufnehmen wird.

Alle technischen und organisatorischen Maßnahmen jedoch sind sowohl bei den bayerischen Diözesen wie bei der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern im Prinzip und mit je erforderlichen Varianten erfüllt.

3.2 Der Nutzen der EDV-Anwendung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im kirchlichen Bereich

Zu den bereits eingangs der Arbeit genannten Gründen einer sich ändernden technischen Situation in der Verarbeitung personenbezogener Daten bei den politischen Gemeinden, der sich die Kirchen in entsprechendem technisch erforderlichem Maße anpassen müssen, kommen m.E. für die Kirchen in der Anwendung der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten ihrer Mitglieder gewichtige Gründe hinzu, die ich nachfolgend darstellen möchte.

Die innere Situation des kirchlichen Meldewesens in den Pfarrgemeinden, dort wo die Seelsorge ihren Dienst am einzelnen und an der Gemeinschaft zu erfüllen hat, erfordert schon seit langem eine Umgestaltung des kirchlichen Informationswesens. Die Seelsorge benötigt eine differenzierte Kenntnis des einzelnen Gläubigen und seiner Umwelt, d.h. die Kenntnis der Strukturen und Verhältnisse in einer Gemeinde. Wichtiges Hilfsmittel hierfür ist eine aussagefähige Pfarrkartei, die jedoch hinsichtlich ihres Informationsgehaltes, ihrer Aktualität gezielten Pflegeaufwandes und ihrer präzisen, schnellen, gezielten unproblematischen Auswertbarkeit eine Verbesserung erfahren müßte, wenn sie ein wirksames Hilfsmittel für die Seelsorge sein soll.

Die meisten dieser Forderungen kann das derzeitige Verfahren des kirchlichen Meldewesens nicht mehr erfüllen. Es bedarf der Hilfsmittel der Datenverarbeitung; die Notwendigkeit ihres Ein-

satzes sei an folgenden fünf Punkten exemplarisch dargestellt.

1. Einsatzmöglichkeit der jetzigen Pfarrkartei
2. Entlasten von Routinearbeit
3. Auftreten neuer Aufgaben
4. Neue Anforderungen an die Seelsorge
5. Verständnis für überpfarrliche Seelsorgearbeit

3.2.1 Einsatzmöglichkeiten der manuell geführten Pfarrkartei

Der Zustand der Pfarrkarteien ist vielfach unbefriedigend. Sie weisen zum Teil erhebliche Informationslücken auf, herbeigeführt durch unregelmäßige Zustellung der Meldezettel, schlecht leserliche Kopien und sogar totaler Ausfall der Belieferung der Pfarreien durch Meldeunterlagen nach Umstellung des kommunalen Meldewesens auf EDV. Ein weiterer Grund für die Reduzierung der Aussagefähigkeit der Pfarrkarteien liegt im Fehlen von Hilfskräften, in der Arbeitsüberlastung der Pfarrer, in der starken Fluktuation der Bevölkerung in manchen Regionen, wodurch ein erhöhter Pflegeaufwand der Karteien anfällt. Abgesehen von der Informationsminderung infolge Personalmangels, mangelhafter Datenlieferung etc., lassen sich auch selbst gut gepflegte Pfarrkarteien nur schwerfällig unter großem Arbeitsaufwand auswerten, z.B. für die Ermittlung von Zielgruppen (Schulanfängern, Kommunionkindern, alte Menschen). Die Schwierigkeiten machen es manchen Pfarrern unmöglich, differenzierte und gezielte Aktionen mit Hilfe der Karteien durchzuführen. Es geht also zunächst darum, aussagefähige Pfarrkarteien zu schaffen, ohne daß dafür ein großer Arbeitsaufwand in den Pfarrbüros entsteht.

3.2.2 Entlastung von Routinearbeiten

Ein weiteres wichtiges Ziel der Umstellung des kirchlichen Meldewesens auf EDV ist, die Pfarrverwaltung von zeitraubenden Routinearbeiten zu entlasten. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte es möglich sein, die kirchlichen Jahresstatistiken über EDV abzuwickeln. Dasselbe dürfte für die Kirchbuchführung, dem Suchen und Erstellen von Taufbescheinigungen etc. zutreffen. Diese Freisetzung von Routinearbeiten und Freistellung für wichtigere Aufgaben ist ein bedeutsamer Aspekt der kirchlichen Datenverarbeitung.

3.2.3 Auftreten neuer Aufgaben

Die Seelsorge hat sich neue Aufgaben gestellt, die Laienkräfte in den Pfarrgemeinden zu aktivieren. Pfarrgemeinderat und Pfarrbesuchsdienst sind Einrichtungen, die in Zusammenarbeit mit den Seelsorgern einen pastoralen und sozialen Dienst an den Gemeinden erfüllen. Schon die Wahl dieser Gremien, sollen sie von einer breiten Schicht getragen sein, erfordert gründliche Vorbereitung (Wahleinladung an die Wahlberechtigten, Erstellen von Wählerlisten). Wie soll das mit nicht aktualisierten Pfarrkarteien und bei Arbeitsüberlastung durchführbar sein? Ein elektronisch geführter Datenbestand ist stets aktualisiert, das maschinelle Heraussuchen und Auflisten von wahlberechtigten Kirchenmitgliedern (z.B. anl. von Pfarrgemeinderatswahlen) problemlos. Zur Ermittlung eines zumutbaren und möglichen Einsatzes von Laienhelfern bedarf es konkreter Information und differenzierter Unterlagen für ihren Arbeitseinsatz. Diese Anforderungen können EDV-Anlagen in ökonomisch zu rechtfertigender Weise erfüllen.

3.2.4 Neue Anforderungen

Die Seelsorge setzt sich jedoch nicht nur neue Aufgaben, an die Seelsorge werden auch neue Anforderungen gestellt von einzelnen und von Gruppen. Man denke z.B. an Informationserwartungen an die Kirche, an Stellungnahmen der Kirche zu speziellen Fragen, an spezielle Informationswünsche von Gruppen (z.B. Eltern alte Menschen, ...). Das alte Karteikartensystem hat einerseits zu geringen Aussagewert, andererseits ist es zu schwerfällig, um spezielle Gruppen rasch auszusondern. Dazu kommt noch ein erheblicher Schreibaufwand für die Auflistung und Adressierung des mühevoll ermittelten Personenkreises.

Die wachsende Anonymisierung in den Gemeinden stellt die Seelsorge vor das Problem der Wiederherstellung persönlicher Kontakte der einzelnen zur Pfarrei und untereinander. Eine gezielte Betreuung einzelner oder Gruppen ist durch die Auswertung mit EDV möglich.

Die Eingliederung neuzugezogener Pfarrmitglieder in die Gemeinde kann durch zuverlässige und zeitige Meldung dieser Personen an die zuständige Pfarrei wesentlich unterstützt werden. Es ist vorgesehen, dem Pfarrer in kurzen Abständen Auflistungen der Neuzugezogenen zu geben, so daß rasch ein erster Kontakt dieses Personenkreises zur Pfarrgemeinde angebahnt werden kann.

Es ist eine nicht geringe Anforderung an die Seelsorger, sich einen Überblick über die Strukturen der Gemeinde zu verschaffen und die Überschaubarkeit einer Großgemeinde wiederherzustellen. Mit herkömmlichen Mitteln wäre das kaum zu bewältigen. Die EDV ist in der Lage eine ausreichende Strukturanalyse bereitzustellen.

3.2.5 Verständnis für überpfarrliche Seelsorgearbeit

Teilweise werden neue Formen der Zusammenarbeit mehrerer Pfarreien (Pfarrverbände) praktiziert. Durch Aufgabenteilung, Spezialisierung, verstärkter Erfahrungsaustausch und Kooperation versucht man die kirchlichen Aufgaben am einzelnen und an der Gemeinschaft wirkungsvoller zu erfüllen. Mehr noch als in der Einzelfarrei ist hier die genaue Kenntnis der Situation des einzelnen, eine schnelle Erfassung von Zielgruppen und ein hinreichender Überblick über Struktur und Schichtung des zu betreuenden Gebietes erforderlich.

3.3 Die Pfarrkartei per EDV

Mit den Überlegungen zur Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im kirchlichen Meldewesen geht die Überlegung einher, in welcher Form der Ausdruck der personenbezogenen Daten auf die geeignetste Weise geschehen kann. Schon in ihrer 3. Sitzung hat sich die Bayer. Projektgruppe mit dieser Frage beschäftigt und dabei zunächst den Ausdruck in Listenform besprochen. ¹⁾

Nachfolgende Überlegungen über Vor- und Nachteile der Listen gegenüber einem Ausdruck auf Karteikarten favorisieren bereits die Karteikarte. ²⁾ Im Januar 1974 legte der Bayer. Beauftragte für das kirchliche Meldewesen dann den Mitgliedern der EDV-Arbeitsgruppe einen Entwurf einer Pfarrkarteikarte vor. ³⁾

Dieser Entwurf wurde dann an die Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen zur Begutachtung weitergereicht. ⁴⁾

1) Bayer. Projektgruppe, Protokoll der 3. Sitzung v. 22.1.1973 TOP 2

2) Bayer. Projektgruppe, Protokoll der 4. Sitzung v. 18.10.1973 TOP 4

3) Schreiben J. Hüttl, Augsburg 16.1.1974 AZ - PM 1/74

4) Schreiben J. Hüttl, Augsburg 28.2.1974 AZ - PM 3/74

In einer umfassenden Stellungnahme hat sich die EDV-Fachstelle beim Sekretariat der DBK zur Frage Pfarrkarteien in Karten- oder Listenform auseinandergesetzt. Dabei kommt die Stellungnahme u.a. zu der Ansicht, daß die Frage, ob die Ausgabe der kommunalen und kirchlichen Daten zur Person besser in Form von Karteikarten oder in Listenform erfolgt, nicht generell, sondern sehr differenziert beantwortet werden muß. 1)

In Bayern jedenfalls hat man sich zugunsten des Einsatzes der Karteikarten entschieden; denn J. Hüttl hält am 4.12.1974 in seinem Bericht an die Generalvikare fest, daß "die von den bayer. Bistümern angeregte Pfarrkarteikarte inzwischen auch von anderen westdeutschen Bistümern (z.B. Rottenburg, Mainz) angestrebt wurde. Das Angebot der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle in Frankfurt wird um die Pfarrkarteikarte erweitert." 2) Die Diözese Augsburg plant im Frühjahr 1975 eine Modellphase durchzuführen, "wobei selbstverständlich die von den bayer. Diözesen gewünschte Pfarrkarteikarte zum Einsatz kommt." 3)

In der Sitzung der Bundesprojektgruppe Meldewesen vom 24.10.1975 berichtet J. Hüttl, daß die Arbeiten für die Karteikarte eine Optimierung der Programme bewirkt hätten, wobei Einsparungen beim Änderungsdienst ca. 35-40% ausmachten. Der Einsatz der Karteikarte sei klar, Muster konnten verteilt werden. 4)

In Bayern wird seitens der Kirchen für das Meldewesen die Karteikarte verwendet, deren Aufbau ich nachfolgend zum besseren Verständnis beschreiben will.

- 1) Peter Hoffmann, Sekretariat der DBK, EDV-Fachstelle, "Überlegungen zur Frage Pfarrkarteien in Karten- oder Listenform, Köln/ Bonn 8.3.1974, S. 16
- 2) J. Hüttl, Schreiben an die H.H. Generalvikare der Bayer. Diözesen Augsburg, 4.12.1974, S. 2 AZ Proj.-M 9/74
- 3) Schreiben J. Hüttl, Augsburg 16.1.1975, AZ-Proj.-M 1/75, S. 2
- 4) Protokoll Bundesprojektgruppe, Essen 6.1.1975, AZ 8-015/842

3.3.1 Allgemeines

Die neue Pfarrkarteikarte ist in einem Format gehalten, das nicht nur äußerst raumsparend und damit wirtschaftlich ist, sondern das auch die Möglichkeit bietet, die Karteikarte in der Rocktasche, z.B. bei Hausbesuchen mitzunehmen. Es ist darauf geachtet, daß sie möglichst lange haltbar ist (120 g Papier) und in den bereits vorhandenen Karteikästen untergebracht werden kann. Der gesamte Druck ist bis auf die Quer- und Längslinierung in grüner Farbe ausgeführt, damit der EDV- Druck besser sichtbar wird. Die Karteikarte wird durch die EDV bedruckt, sie ist nicht für manuelle Eintragungen geeignet. Neutrale Hinweise können auf der Rückseite angebracht werden; keinesfalls jedoch Werturteile über einzelne Personen.

3.3.2 Aufbau und Daten

1. Die neue Pfarrkarteikarte enthält in der Kopfleiste (die ersten beiden Zeilen) allgemeine Angaben über Pfarrei, Straße, Hs. Nr. usw.

In der Spalte 1 finden sich die Daten des Haushaltungsvorstandes.

In der Spalte 2 Daten des Ehegatten,

in der Spalte 3 Daten der Kinder.

Leben in einer Familie mehr als drei Kinder, wird eine zusätzliche Karteikarte ausgedruckt.

Im einzelnen werden aufgrund der Datenlieferung von den kommunalen Rechenzentren folgende Daten in der Pfarrkartei ausgedruckt:

Zeile 1: Gemeindekennzeichen - ist bundeseinheitlich vergeben

Straßennummer - sie besteht für jede einzelne

Straße einer Gemeinde

Straßennamen

Hausnummer

Bruch oder Buchstabe bei einer Hausnummer

Wohnort

Zeile 2: Pfarrbezirksschlüssel - dieser baut sich wie folgt auf:

2 Stellen Diözese

1 Stelle Region

2 Stellen Dekanat

1 Stelle Pfarrverband

2 Stellen Pfarrei

1 Stelle Filiale

Pfarrbezirksname - hier steht in der Regel der Kirchenpatron der einzelnen Pfarrei

Datum der Erstellung der Karteikarte

laufende Nummer

2. Die Personenfelder sind für alle auf einer Karteikarte angegebenen Familienmitglieder gleich aufgebaut. Es genügt deshalb das Personenfeld des Haushaltsvorstandes (Feld 1) näher zu erläutern. Die am Rande angeführten Buchstaben sagen aus, daß in den Zeilen mit gleichen Buchstaben die gleichen Angaben zu den verschiedenen Personen gemacht sind. Im einzelnen enthalten die angeführten Zeilen folgende Daten:

Zeile A - Überschriftszeile

Konfession - Religionsangabe der betreffenden Person

Familiennamen

Titel - in der Regel akademischer Grad

Vorname - soweit bei den Einwohnerämtern bekannt

Staatsangehörigkeit - wird verschlüsselt angegeben
 Kinder außerhalb - in Ziffern, soweit sie außerhalb
 des Familienverbandes leben

Zeile B - ist Druckzeile zu der Überschriftszeile A

Zeile C - hier ist der Geburtsname angegeben. Nach dem neuen
 Namensrecht kann hier auch der Geburtsname des Ehe-
 mannes stehen, wenn dieser nicht Haushaltungsvorstand
 ist.

Familienstand - ist immer in zwei Buchstaben
 .
 ausgedruckt, z.B. ld/vh/vw

Datum der letzten
 Familienstandsände-
 rung - z.B. das Datum der Eheschließung

Familienstand vor
 Eheschließung - z.B. ld/vw

Datum der Ehe-
 schließung - Standesamtliche Trauung

Traudatum - dieses Datum ist von den einzelnen
 Pfarrämtern zu erfassen und zu
 einem (in Bayern) noch zu erfassen-
 den Termin der kirchlichen Zentral-
 stelle für das Meldewesen mitzu-
 teilen.

Traukonfession, Dis-
 pens, Datum und ab-
 weichender Pfarrbe-
 zirk - werden in den bayer. Diözesen
 nicht EDV-mäßig erfaßt

Zeile D - Numerischer Ord-
 nungsbegriff - er setzt sich zusammen aus dem
 Geburtsdatum und fünf weiteren
 Ziffern. Die 5. Ziffer gibt Auf-
 schluß über das Geschlecht

Geburtsort

Zuzugsort

Zuzugsjahr

- | | | |
|-------------------|---|--|
| Selbständig | - | hier wird lediglich ein Hinweiszeichen angegeben |
| Berufsbezeichnung | - | kann nur insoweit angegeben werden, als diese bei den kommunalen Stellen gespeichert ist. Ein einheitlicher Berufsschlüssel besteht derzeit im Bundesgebiet noch nicht |

Zeile E

- | | | |
|---|---|---|
| Taufort, Taufkonfession | - | werden in Bayern EDV-mäßig nicht erfasst |
| Taufdatum | - | ist zu einem späteren Zeitpunkt an die Zentralstelle für das Meldewesen mitzuteilen |
| Kommunion, Konfirmation für die Ev. Kirche, Firmungsdatum | - | werden in Bayern nicht EDV-mäßig erfasst |
| Ein/Austrittsdatum Aktivitäten | - | hierzu wird noch ein einheitlicher Schlüssel erarbeitet |
| Änderungsarten | - | beim Änderungsdienst wird hier der Änderungsgrund angegeben. |

In den Spalten 2 (Ehegatte) und 3 (Kinder) wird auf den Zeilen D und E auf den Vordruck von der EDV geschrieben, so daß die vorgedruckten Angaben als Unterdruck zu werten sind. Da jedoch der Zeilenaufbau genau dem der Zeilen A bis E gleicht, kann der entsprechende Überschriftstitel der einzelnen Zeilen übernommen oder gelesen werden.

3.3.3 Abkürzungsverzeichnis

ABW.PFARR.BEZ.	=	abweichender Pfarrbezirk
B/B	=	Bruch oder Buchstabe bei der Hausnummer
DAT.FAM.Ä.	=	Datum der Familienstandsänderung
DAT.K.ERST.	=	Datum der Kartenerstellung, wichtig für den Änderungsdienst
DIS.	=	Dispens
FSTA	=	Familienstand
FS.V.EH	=	Familienstand vor Eheschließung
GKZ	=	Gemeindekennzeichen
KIA	=	Kinder außerhalb des Familienverbandes
KOM.	=	Kommunion
KONF.	=	Konfirmation
LFD.NR.	=	laufende Nummer
PF.BEZ.NAME	=	Pfarrbezirksname
PF.BEZ.SCHL.	=	Pfarrbezirksschlüssel
SELB	=	selbständig
STAAT	=	Staatsangehörigkeit
STR.NR.	=	Straßennummer
TAUFK.	=	Taufkonfession
TRAUK.	=	Traukonfession
ZZJ	=	Zuzugsjahr

3.3.4 Schlüsselverzeichnis

1. Staatsangehörigkeitsschlüssel (Anlage der Diözesen)
2. Geschlecht

1	=	männlich
2	=	weiblich

3. Änderungsarten

- 010 (BWR) = Berichtigung und Ergänzung von Namen
- 011 (BRR) = Berichtigung und Ergänzung, keine Namen
- 012 (NAM) = Namensänderung (aufgrund standesamtlicher Urkunde)
- 013 (ADO) = Adoption
- 020 (FK) = Änderung des numerischen Ordnungsbegriffs
(z.B. bei falsch eingespeichertem Geburtsdatum
und/oder Geschlecht)
- 021 (FV) = Änderung des Familienverbandes (z.B. Kind wird
18 Jahre alt)
- 030 (SCH) = Ehescheidung
- 031 (EHE) = Eheschließung
- 040 (ZUZ) = Zuzug in eine politische Gemeinde
- 041 (GEB) = Geburt
- 042 (ERF) = Nacherfassung durch die politische Gemeinde
- 050 (UM+) = Umzug (Zuzug) innerhalb einer pol. Gemeinde
- 051 (UM-) = Umzug (Wegzug) innerhalb einer pol. Gemeinde
- 060 (TOD) = Tod
- 061 (WEG) = Wegzug aus einer politischen Gemeinde

3.3.5 Folgekarten

Folgekarten entstehen dann, wenn zu einer Familie mehr als drei Kinder unter 18 Jahren gehören. In diesem Fall wird oder werden bei Folgekarten immer der 1. Abschnitt (Kopfzeilen), der 2. Abschnitt (Haushaltungsvorstand), der 3. Abschnitt (Ehefrau) wiederholt und ab dem 4. Abschnitt die Daten der weiteren Kinder angedruckt. Die Folgekarten sind fortlaufend nummeriert.

3.3.6 Nicht katholische/evang. Kirchenmitglieder

Für alle Personen eines Familienverbandes, die nicht der katholischen/evangelischen Kirche angehören, erscheinen auf der Karteikarte nur Vor- und Zuname, der numerische Ordnungsbegriff und der Familienstand. Es erscheint bei diesen Personen der Klartext: "NICHT KATH." oder "NICHT EV.".

Für Einzelpersonen, die nicht der katholischen/evangelischen Kirche angehören, werden den jeweiligen Kirchen keine Daten übermittelt.

3.3.7 Kirchliche Amtshandlungsdaten

Diese Daten können ihrer Natur nach ausschließlich von kirchlichen Stellen in die FDV-Kartei eingebracht werden. Eine manuelle Erfassung der Daten wird hier erforderlich.

Für die folgenden kirchlichen Daten ist eine Eintragungsmöglichkeit in die Karteikarte vorgesehen:

- Traudatum
- Traukonfession
- Dispens
- Dispensdatum
- Taufort
- Taufkonfession
- Taufdatum
- Kommuniondatum
- Firm-/Konfirmationsdatum
- Ein- oder Austrittsdatum (Kirchenein-/austritt)
- Aktivitäten

Es ist beabsichtigt, das Traudatum und das Taufdatum zu einem

späteren Zeitpunkt per EDV in die Kartei einzubringen. Dazu müssen diese Daten - sowohl für eine bereits ausgedruckte Kartei, als auch für künftige laufende Amtshandlungen - bei den Pfarrämtern erfaßt, der kirchlichen Zentralstelle für das Meldewesen gemeldet und von dort als neue Karteikarten wieder in die Pfarrämter zurückgeleitet werden.

Derzeit wird empfohlen, Taufdatum und Traudatum, evtl. auch andere kirchliche Amtshandlungen, manuell in die Karteikarte einzutragen.

3.3.8 Der Änderungsdienst

3.3.8.1 Allgemeines

Um die Pfarrkartei auf aktuellem Stand halten zu können, wird vierteljährlich ein Änderungsdienst durchgeführt, und zwar zu den Monaten Januar, April, Juli und Oktober. Möglicherweise werden die einzelnen Diözesen von diesem Vorschlag der Projektgruppe jedoch abweichen und in unterschiedlichen, jedoch bestimmten Zeitabständen, den maschinellen Änderungsdienst durchführen (z.B. monatlich).

Die kommunalen Stellen (Einwohnermeldeämter) liefern den Kirchen über die AKDB alle aufgetretenen Veränderungen bei den einzelnen Personen. Die kirchlichen Rechenzentren verarbeiten diese Daten und liefern an die Pfarrämter:

- neue Karteikarten (z.B. bei Zuzug einer Familie)
- Austauschkarteikarten (z.B. bei Geburt eines Kindes) und
- Ziehliste (mit Angabe all der Karten, die aus der Kartei zu entfernen sind, z.B. bei Wegzug einer Familie)

Die Sortierung der Karten und der Ziehliste entspricht der Sortierung der Pfarrkartei.

3.3.8.2 Neue Karten

Neue Karten (ohne den Vermerk "Austausch") sind entsprechend der Sortierung in die Kartei einzufügen. Hier handelt es sich um Zuzüge, nachträgliches Erfassen durch die Kommune oder Berichtigungen der Sortiermerkmale für die Kartei (Straßenname, Hausnummer). Der Grund für den Ausdruck einer neuen Karte wird in Zeile E zu der jeweiligen Person angedruckt.

3.3.8.3 Austausch-Karteikarten

Bei Karteikarten mit dem Vermerk "Austausch" wird die alte Karteikarte aus der Kartei entfernt und die mit dem Vermerk "Austausch" gekennzeichnete Karte an gleicher Stelle eingefügt.

Zur Erhaltung der historischen Entwicklung wird empfohlen, die alte Karteikarte hinter die neue Karte zu klammern (z.B. bei einer Ehescheidung, Tod eines Familienmitgliedes, Umzug innerhalb des Pfarrgebietes).

Auf der Austauschkarte ist in Zeile E zu der jeweiligen Person die Änderungsbegründung angegeben. Die geänderten Datenfelder werden mit einem Stern gekennzeichnet.

3.3.8.4 Die Ziehliste

Die Ziehliste enthält Angaben über die Karteikarten, die aus der Kartei zu entfernen sind.

Sie hat folgenden Aufbau:

Zeile 1: Datum der Liste, Überschrift und Seitennumerierung

Zeile 2: Pfarrbezirksnummer und Name der Pfarrei

Zeile 3: Name der Liste

Zeile 4: Bearbeitungshinweise

Zeile 5

und 6: Kartensuchargument:

-kommunales Gemeindegrenzzeichen

-kommunale Straßennummer

-Straßenname

-Hausnummer

-Buchstabe oder Bruch zur Hausnummer

-Familiennamen

Haushaltsvorstand

-Vorname

(2. Abschnitt der
Karteikarte)

-numerischer Ordnungsbegriff

Zeile 7: Daten zu den folgenden Feldern:

-Änderungsarten

-Familiennamen

-Vorname

-numerischer Ordnungsbegriff

Die Zeile 7 kann mehrfach erscheinen. Sie bezieht sich immer auf die jeweiligen Einzelpersonen eines Familienverbandes.

3.3.8.5 Aufbewahrung

Alle Unterlagen mit personenbezogenen Daten (Karteikarten und Listen) sind nach den Bestimmungen des Datenschutzes entsprechend sicher aufzubewahren.

Besteht keine Notwendigkeit, entnommene Karteikarten oder Listen länger aufzuheben, so sind diese zu vernichten. Das Vernichten muß so geschehen, daß die Unterlagen nicht mehr lesbar sind (zerschnitteln oder verbrennen).

3.4 Sonderauswertungen aus dem Bestand der personenbezogenen Daten

3.4.1 Aktuelle Möglichkeiten von Sonderauswertungen

Die Pfarrkarteien werden sortiert nach Straßen und Hausnummern geliefert. Diese Sortierung wird auch für den Änderungsdienst beibehalten.

Zusätzlich zu den Pfarrkarteien wird eine Alphaliste und eine Altersliste geliefert.

Aus der Alphaliste können aufgrund der dort angegebenen Anschrift die betreffenden Personen in der Pfarrkartei gefunden werden.

Die Altersliste ist hauptsächlich für Hausbesuche oder Gratulationen bei besonderen Anlässen der Pfarrangehörigen gedacht. Auch kann daraus der Jahrgang der Kinder festgestellt werden, der beispielsweise zur Erstkommunion, Firmung oder Konfirmation ansteht.

3.4.2 Zukünftige denkbare Möglichkeiten von Sonderauswertungen

Während im Augenblick ausschließlich in Bezug auf die Pfarrgemeinde, allenfalls auf den Pfarrverband, Auswertungen vorgenommen werden, und hier nur an den Ausdruck einer Altersliste einmal jährlich gedacht ist, besteht rein technisch in Zukunft die Möglichkeit, eine Vielzahl unterschiedlicher Auswertungen, auch für hierarchisch übergeordnete Stellen, vorzunehmen. Solche Auswertungen können für Analysen und einzelne Planungsschritte in geeigneter Weise herangezogen werden. Selbstverständlich ist der finanzielle Aufwand in ein Verhältnis zu den möglichen Auswertungen zu bringen, denn jeder-

mann aus dem Fach weiß, daß Beleg- und Lesezeiten am elektronischen Rechner einen hohen finanziellen Aufwand mit sich bringen.

Unabhängig von der Kostenfrage unternehme ich nachfolgend den Versuch, einige Anregungen als Beispiele für mögliche Auswertungen zu machen. Es ist ein recht unvollständiger Katalog, ich bin mir dessen bewußt. Langjährige Erfahrungen mit dem automatisierten kirchlichen Meldewesen erst werden die Aufzeichnung des gesamten Umfangs der Möglichkeiten in der Anwendung des Bestandes personenbezogener Daten, auch unter Einbeziehung der Wahrung des Datenschutzes, gestatten.

Denkbare Auswertungen aus dem Bestand:

Denkbarer Zweck der Verwendung:

1. Erfassung der Gesamtzahl der Kirchenmitglieder der Diözese

Statistik, PGR-Wahl

2. Erfassung der Gesamtzahl der Haushalte

Kirchgelderhebung

3. Erfassung der Gesamtzahl konfessionsverschiedener Ehen

Statistik

4. Erfassung des Strukturgefälles einzelner Jahrgänge im Verhältnis Stadt/Land

Feststellung der Altersstrukturen, evtl. für Personalbedarfsplanung und -Einsatz in der Altenarbeit und im gerechtrisch/caritativen Bereich

5. Erfassung der Geburten innerhalb eines zu bestimmenden Zeitraums

Taufen, Statistik

6. Kinder bis 4 Jahre

Zielgruppenarbeit für Eltern
Statistisches Planungsmaterial

- | | |
|--|---|
| | als Entscheidungshilfe für
Baumaßnahmen, Personalbedarf,
Personaleinsatz z.B. im Kin-
dergartenbereich |
| 7. Kinder bis 6 Jahre | wie vor (Vorschulalter) und
Schulanfänger |
| 8. Kinder bis 10 Jahre | offene Bildungsarbeit für die
Zielgruppe Eltern, Zielgruppen-
arbeit Erstkommunion,
(Grundschulalter), Personalbe-
darf, Religionsunterricht |
| 9. Kinder bis 12 Jahre | Firmunterweisung, Statistik |
| 10. Jugendliche von 12-18 Jahre | Bildungs- und Zielgruppenarbeit
im Bereich der Jugendpastoral,
Statistisches Planungsmaterial
für Baumaßnahmen und Personal-
bedarf (Bau von Jugendzentren) |
| 11. Erwachsene ab 18 Jahre | innerkirchlich-pastorale und
offene Zielgruppenarbeit, als
Verbands- und Erwachsenenbildung;
Statistisches Planungsmaterial
als Entscheidungshilfe für Per-
sonalbedarf, Raumbedarf, Bau-
maßnahmen (Bau von Jugend- und/
oder Gemeindezentren)
Gratulationen, Besuchsdienste |
| 12. Erwachsene im Ruhestands-
alter | Planvolle Altenarbeit; statisti-
sches Planungsmaterial als Ent-
scheidungshilfe für Raumbedarf
und Baumaßnahmen (Altenheime,
Altenclubzentren, Personalein-
satz und -bedarf). |
| 13. Alleinerziehende Eltern-
teile | pädagogische und caritative
Unterstützung |

- | | |
|---|--|
| 14. Anteil der Ausländer in einer Diözese, Region, Dekanat oder Pfarrgemeinde | Statistisches Planungsmaterial als Entscheidungshilfe für Baumaßnahmen für Wohnungen, soziale Betreuung, Bildungsarbeit (z.B. Sprachkurse) |
| 15. Bei anfallenden Änderungsdaten wie: | |
| - Geburten | Taufgespräche |
| - Eheschließungen | Trauungen |
| - Ehescheidungen | Pastoration an den Geschiedenen |
| - Zuzüge | Antrittsbesuche |

Schlußfolgerung

Dieser unvollständige Katalog von Aufgaben zeigt gleichzeitig das Spektrum kirchlicher Arbeit auf, das heute zu leisten ist. Von daher stellt sich grundsätzlich stets die Frage nach der Berechtigung des Datenaustausches personenbezogener Daten zwischen den politischen Gemeinden und den Kirchen in Bayern. Im Bereich des kirchlichen Meldewesens müssen deshalb die Katholischen Diözesen und die Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern auf die Sicherung eindeutiger Rechtsgrundlagen sowie der Feststellung des Datenkataloges bedacht sein, damit eine kontinuierliche und fruchtbare Arbeit geleistet werden kann. Für die Zukunft kann deshalb auch die Aussage von Siegfried Marx stehen, der treffend sagt:

" Das kirchliche Meldewesen ist ein unter den heutigen Umständen unentbehrliches Hilfsmittel der Pastoral, denn 'ohne zuverlässige Personaldaten kann der Auftrag des Herrn, die Seinen zu kennen und die Gemeinde zu leiten, nicht erfüllt werden'." 1)

1) Siegfried Marx, Melderecht und Datenschutz, a.a.O. S. 35

Quellenverzeichnis:

Rechtsnormen

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,
Stand: Januar 1977, hrs. von der Bundeszentrale für
politische Bildung, Bonn
- Verfassung für den Freistaat Bayern, Stand 1979
hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für poli-
tische Bildungsarbeit, München
- Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener
Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutz-
gesetz - BDSG) vom 27. Januar 1977, BGBl I, S. 201.
- Bayerisches Meldegesezt - Gesetz über das Meldewesen
(Meldegesezt) vom 28. November 1960 (GVBl S. 263), ge-
ändert durch Gesetz vom 31. Juli 1970 (GVBl S. 345)
- Gesetz über die Organisation der elektronischen Daten-
verarbeitung im Freistaat Bayern (EDVG) vom 12. Oktober 1970
(GVBl S. 457)
- Verordnung über die Anstalt für Kommunale Datenver-
arbeitung in Bayern (AKDB) vom 26. Mai 1971 (GVBl S. 202)
- Bayerisches Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbe-
zogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bayerisches
Datenschutzgesetz - BayDSG) vom 28. April 1978 (GVBl S. 165)
- Vollzug des Bayerischen Datenschutzgesetzes vom
28. April 1978 (GVBl S. 165)
- Verordnung über das Datenschutzregister (Datenschutz-
registerverordnung - DSRegV) GVBl 27/1978 S. 783
- Personenstandsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom
8. August 1957 (BGBl I S. 1125)

Parlamentarische Drucksachen

- Bundesmeldegesetz (Gesetzentwurf der Bundesregierung), Bonn 4. Oktober 1971 BT-Drs. VI/2654
- Entwurf eines Gesetzes über das Meldewesen (Bundesmeldegesetz - BMG), Bonn 4. Oktober 1973 BT-Drs. 7/1059
- Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch von personenbezogenen Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz - BDSG), Referentenentwurf, Stand vom 15. August 1972, in:
 Dokumentation einer Anhörung zum Referentenentwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes vom 7. bis 9. November 1972, hersg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn Mai 1973, Anhang I, S. 349 ff.
- Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), Bonn 20. September 1973 BT-Drs. 7/1027
- Bericht und Antrag des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksache 7/1027 - Bonn 2. Juni 1976 BT-Drs. 7/5277
- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksachen 7/1027, 7/5277, Bonn 9. Juni 1976 BT-Drs. 7/5345

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksachen 7/1027, 7/5277- Bonn, 9. Juni 1976 BT-Drs. 7/5332

- Bericht über die Gründe für die Einberufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), Bonn 28. Juni 1976 BT-Drs. 7/5497

- Antrag des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksachen 7/1027, 7/5277, 7/5497, Bonn 9. Juli 1976 BT-Drs. 7/5568

- Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Bonn 10. Januar 1979 BT-Drs. 8/2460

- Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutz Gesetz - BDSG) vom 6. Juli 1973, Beschluß BR-Drs. 391/73

- Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages - Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz - BDSG) des Bundesrats, Bonn 11. Juni 1976 BR-Drs. 422/76

- Bericht über die Gründe für die Einberufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), Bonn 25. Juni 1976 BR-Drs. 422/76

- Bundesrat - Beschluß des Deutschen Bundestages zum Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), Bonn 10. November 1976 BR-Drs. 650/76

- Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes - Antrag der Abgeordneten Gabert, Heiden und Fraktion (SPD), München 18. Februar 1975 LT-Drs. 8/207

- Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bayerisches Datenschutzgesetz - BayDSG -), Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger (FDP), München 1. Juli 1977 LT-Drs. 8/5696

- Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bayerisches Datenschutzgesetz - BayDSG) der Bayerischen Staatsregierung, München 11. Oktober 1977 LT-Drs. 8/6293

- Bericht des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zum
 1. Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 6293
 2. Antrag der Abgeordneten Gabert, Heiden und Fraktion (SPD) betreffend Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes (Drs. 207)

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger (FDP) betreffend Gesetz zum Schutz von Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 5696

München 31. Januar 1978

LT-Drs. 8/7317

- Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzen zum

1. Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 6293

2. Antrag der Abgeordneten Gabert, Heiden und Fraktion (SPD) betreffend Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes (Drs. 207)

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger (FDP) betreffend Gesetz zum Schutz von Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 5696

München, 11. April 1978

LT-Drs. 8/7864

- Bericht des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zum

1. Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 6293

2. Antrag der Abgeordneten Gabert, Heiden und Fraktion (SPD) betreffend Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes (Drs. 207)

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger (FDP) betreffend Gesetz zum Schutz von Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) - Drs. 5696

München 18. April 1978

LT-Drs. 8/7899

- Bericht des Ausschusses für Verfassungs-,
Rechts- und Kommunalfragen zum
1. Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum
Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten
bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Daten-
schutzgesetz (BayDSG) - Drs. 6293
 - 2. Antrag der Abgeordneten Gabert, Heiden und
Fraktion (SPD) betreffend Entwurf eines Baye-
rischen Datenschutzgesetzes (Drs. 207)
 - 3. Antrag der Abgeordneten Dr. Zech, Jaeger
(FDP) betreffend Gesetz zum Schutz von Miß-
brauch personenbezogener Daten bei der Daten-
verarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz
(BayDSG) - Drs. 5696
- München 18. Januar 1978

LT-Drs. 8/7238

- Gutachtliche Stellungnahme des Senats zu dem
Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes
- BayDSG - München 10. November 1977

Sen-Drs. 241,
251/77

Materialien

- Dokumentation einer Anhörung zum Referentenentwurf eines
Bundesdatenschutzgesetzes vom 7. bis 9. November 1972,
herg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn Mai 1973
- Stenografischer Bericht des Deutschen Bundestages - 7.
Wahlperiode - 67. Sitzung - zur ersten Beratung der Ge-
setzentwürfe (Bundesmeldegesetz - BMG und Bundesdaten-
schutzgesetz - BDSG) - Drs. 7/1059 und 7/1027, Bonn
29. November 1973, S. 4017 ff.
- Stenografisches Protokoll über die öffentliche Informa-
tionssitzung des Innenausschusses einer öffentlichen An-
hörung von Sachverständigen zum Entwurf eines Bundesda-
tenschutzgesetzes Drs. 7/1027 und zum Entwurf eines Bun-
desmeldegesetzes Drs. 7/1059, Protokoll Nr. 37, Bonn 6. Mai 1974

- Protokoll der 104. Sitzung des Innenausschusses und der 83. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft durchgeführt als öffentliche Anhörung zu Fragen der Datenschutzgesetzgebung, Bonn 31. März 1976
- Stenografischer Bericht über die zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksache 7/1027 -, 250. Sitzung, Bonn 10. Juni 1976, S. 17737 ff.
- Stenografischer Bericht der 436. Sitzung des Bundesrates; TOP 10 - Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), (BR-Drucksache 422/76), Bonn 25. Juni 1976, S. 290 ff.
- Stenografischer Bericht über die 258. Sitzung des Deutschen Bundestages zur Beratung des Antrags des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes zu dem Gesetz über den Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) - Drucksache 7/5568, Bonn 10. November 1976, S. 18553 ff.
- Stenografischer Bericht über die 440. Sitzung des Bundesrates zur Tagesordnung: Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG), (Drucksache 650/76), Bonn 12. November 1976, S. 409 ff.
- Bayerischer Landtag, Stenografischer Bericht 8/13 über die erste Lesung des Antrags der Abg. Gabert, Heiden und Fraktion, betr. Bayerisches Datenschutzgesetz (drs. 207), 13. Sitzung, München 18. März 1975, S. 403 ff.
- Bayerischer Landtag, Stenografischer Bericht 8/85 über die erste Lesung des Antrags der Abg. Dr. Zech/Jaeger, betr. Gesetz zum Schutz von Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - (Bayerisches Datenschutzgesetz - BayDSG) - Drs. 5696, 85. Sitzung, München 12. Juli 1977, S. 4596 ff.

- Bayerischer Landtag, Stenografischer Bericht 8/102 über die zweite Lesung zum Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung - Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG)
- Drs. 6923 -, Antrag der Abg. Gabert, Heiden und Fraktion (SPD) betr. Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes (drs. 207) und Antrag der Abg. Dr. Zech, Jaeger betr. Gesetz zum Schutz von Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bayerisches Datenschutzgesetz - BayDSG) - Drs. 5696 - , München 25. April 1978, S. 5551 ff.
- Äußerung der Staatsregierung zur gutachtlichen Stellungnahme des Senats (Sen-Drs. 241,251/77) vom 10. November 1977 zu dem Entwurf eines Bayerischen Datenschutzgesetzes
- "Zur Sache" - Themen parlamentarischer Beratung - "Datenschutz/Meldegesetz" (Sachverständigenanhörung, Gesetzestexte) hrag. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn 1974

Amtsblätter

- Satzung der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), MABl 23/1971 S. 638
- Satzungsänderung der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), MABl 33/1971 S. 852
- Satzungsänderung der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), MABl 8/1974 S. 122
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Vollzug des Meldegesetzes - , Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juli 1978 Nr. I - C - 2 - 2135/12 - 1, München 9. August 1978, MABl 22/1978, S. 553 ff.
- Berichtigung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1978 (MABl S. 553), betr. Vollzug des Meldegesetzes, MABl 26/1978, S. 650
- Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz gem. Art. 27 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) MABl 27/1978 S.688

Kirchliche Rechtsnormen

- Kirchenverträge - Gesetz zu dem Konkordate mit dem Heiligen Stuhle und den Verträgen mit den Evangelischen Kirchen, vom 15. Januar 1925 (BayBS II, S. 639), geändert durch Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern vom 4. September 1974 (GVBl. S. 542) und geändert durch Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 12. September 1974 (GVBl. S. 798)
- Kirchenrecht, Band 1 - 3, hrg. von Klaus Mörsdorf, Paderborn 1964
- Anordnung über den kirchlichen Datenschutz - KDO, beschlossen von der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 5. Dezember 1977
- Kirchengesetz über den Datenschutz der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) vom 10. November 1977 (Amtsblatt der EKD, Heft 1 1978, S. 2)
- Kirchengesetz zur Ergänzung und Durchführung der Kirchengesetze der EKD über den Datenschutz und über die Kirchenmitgliedschaft in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern - (Kirchliches Datenschutzdurchführungsgesetz - KDSdG) vom 4. Dezember 1978, (Amtsblatt der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern 1978 S. 350
- Datenschutzregisterordnung der EKD vom 8.9.1978 (Amtsblatt der EKD S. 421)
- Anordnung über das kirchliche Meldewesen (Kirchenmeldewesenanordnung - KMAO) für die katholischen Diözesen Bayerns
- Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder (Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft) vom 10. November 1976 der EKD, Amtsblatt der EKD S. 389 und Amtsblatt der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern, 17. März 1978 S. 104
- Verordnung über die in das Gemeindemitgliederverzeichnis aufzunehmenden Daten der Kirchenmitglieder mit ihren Familienangehörigen vom 26. August 1977 (Amtsblatt der EKD S. 470)

Kirchliche Materialien

- Vaticanum II, Vollständige Ausgabe der Konzilsbeschlüsse, zusammengestellt von Konrad W. Kraemer, mit 171 Seiten
Stichwortverzeichnis von Klemens Richter, 2. Auflage, Osnabrück 1966
- Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Offizielle Gesamtausgabe der Beschlüsse Band I, Freiburg 1976
Offizielle Gesamtausgabe, Ergänzungsband Bd.II, Freiburg 1977
- Einzelausgaben der Synodenbeschlüsse, Hefte 1 - 18, hrsg. vom Sekretär der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Josef Homeyer, Bonn, Jg. 1973 - 1975
- Adressbuch für das Katholische Deutschland, Paderborn 1977
- Kirchliches Meldewesen - Repräsentativerhebung unter Kirchengemeinden, erarbeitet vom Institut für kirchliche Sozialforschung des Bistums Essen, unveröffentlichtes Manuskript, 1978
- Kirchliche Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung e.V. - KIGST - , Satzung, Frankfurt 1969
- Bundesprojektgruppe für das kirchliche Meldewesen, Leiter: G. Bergmann, Bistum Essen, Zwölfling 16, 4300 Essen 1;
Protokolle der Projektgruppensitzungen der Jahre 1973 - 1979
- Protokoll der Sitzung der "Gemischten Kommission" zur Beratung des Sachstandes bei der Datenübermittlung aus den staatlichen Melderegistern an die kirchlichen Stellen, Kirchenkanzlei der EKD, Hannover 8. September 1977
- "Einsatz von EDV-Anlagen im kirchlichen Bereich", Bericht und Empfehlungen der Projektgruppe Meldewesen o.D. und o.O.;
(lt. Auskunft von G. Bergmann Essen wurde das Papier als Grundsatzpapier erarbeitet zur Vorlage der Frühjahrssitzung des VDD 1972)
- Bayerische Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen: Leiter: Josef Hüttl, Oberverwaltungsrat bei der Diözese Augsburg, Hermanstr. 8, 89 00 Augsburg;

Protokolle der Projektgruppensitzungen der Jahre 1972 - 1979

- Aktennotizen des Bayerischen Beauftragten für das kirchliche Meldewesen Josef Hüttl, Oberverwaltungsrat bei der Diözese Augsburg, Hermanstr. 8, 8900 Augsburg, über dessen Gespräche und Verhandlungen beim BStMdi und bei der AKDB der Jahre 1972 - 1979
- Josef Hüttl, Oberverwaltungsrat bei der Diözese Augsburg, Hermanstr. 8, 8900 Augsburg, Leiter der Bayerischen Projektgruppe für das kirchliche Meldewesen:
 - Jahresberichte über das kirchliche Meldewesen, den Herren Generalvikaren der bayerischen (Erz-)Diözesen erstattet, Augsburg 1973 - 1978
- Bayerische Arbeitsgruppe für EDV-Fragen im kirchlichen Bereich, Protokolle der Sitzungen von 1973 und 1974
- Protokolle der Sitzungen der Finanzkammerdirektoren der bayerischen (Erz-)Diözesen, Auszüge aus den Tagesordnungen der Jahre 1973 - 1979 sofern sie sich mit dem kirchlichen Meldewesen beschäftigten.
- Personalstandsverzeichnis der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern, hrsg. vom Landeskirchenrat der Evang.- Luth Landeskirche in Bayern, 38. Ausgabe, München 1977
- Dokumentation - Kirchliches Meldewesen, ein Handbuch; hrsg. als Arbeitsanleitung für die kirchlichen Rechenzentren und die Zentralstellen Meldewesen bei den Diözesen und Landeskirchen von der KIGST, Frankfurt, Stand 15.6.1973
- Rechtsgutachten, dem Bischöflichen Generalvikariat Münster erstattet: "Zum Umfang des Anspruchs der Kirchen auf Datenübermittlung nach den §§ 1 Abs. 1 und 17 Abs. 1 des Entwurfs eines Gesetzes über das Meldewesen (Bundesmeldegesetz) von Dr. jur. Wilhelm Kewenig, o. Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Kiel, Kiel 10. Januar 1974
- Rechtsgutachten, den bayerischen (Erz-)Diözesen erstattet: Rechtsgutachten zu der Frage, ob und inwieweit die Kirchen den Gemeinden Kosten für die Übermittlung von personenbezogenen Daten zu ersetzen haben" von Prof. Dr. Wolfgang Rübner, Kiel 27. April 1978

Literatur

- Bengt Beutler, Die Stellung der Kirchen in den Länderverfassungen der Nachkriegszeit, in: Kirche und Katholizismus 1945 - 1949, hrsg. von Anton Rauscher, Paderborn 1977, S. 26 ff.
- Axel von Campenhausen (Hg.), Kann der Staat für alles sorgen? - Zur Geringschätzung freier Initiativen durch die öffentliche Hand, Düsseldorf 1976
- Gustav Ermecke, Beiträge zur christlichen Gesellschaftslehre; insbes. Kirche - Staat - Gesellschaft, ihr Verhältnis in sozialtheologischer Sicht, Paderborn 1977, S. 147 ff.
- Karl Forster, Neuansätze der gesellschaftlichen Präsenz von Kirche und Katholizismus nach 1945, in: Kirche und Katholizismus 1945 - 1949, hrsg. von Anton Rauscher, Paderborn 1977, S. 109 ff.
- Karl Forster, Religiös ohne Kirche?, Mainz 1977
- Klaus Gotto, Die Katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes, in: Kirche und Katholizismus 1945-1949, hrsg. von Anton Rauscher, Paderborn 1977, S. 88 ff.
- Romano Guardini, Der Weg zum Mensch - Werden, Mainz 1975
- Walter Hammer, Die Organisationsstruktur der evangelischen Kirche, in: HandbuchStKirchR Band I, Berlin 1974, S. 327-340
- Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland Band I und II, hrsg. von Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner in Verbindung mit Josef Listl, Berlin 1974
- Gerhard Iber, Gesellschaft, Politik, Kirche: Arbeitsbuch zur christlichen Sozialethik, Gütersloh 1975
- Martin Keilhacker, Erziehung und Bildung in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1967
- Albrecht Langner, Menschenrechte-Staat-Gesellschaft, Köln 1975
- Heinz Laufer, Die demokratische Ordnung 2. Auflage, insbes. Die Religionsgemeinschaften in der Demokratie, Stuttgart 1970, S. 188 ff.

- Heinz Laufer, Der Sozialisierte Mensch, Stuttgart 1977
- Dieter Lorenz, Personenstands- und Meldewesen in: HdbStKirchR Band II, Berlin 1974, S. 723 - 740
- Hans Maier, Kirche und Gesellschaft, München 1972
- Hans Maier, Gemeinde unterwegs, Vortrag gehalten am 11.9.1977 in Aachen, anl. der Schlußkundgebung auf dem Katschhof, unveröffentl. Manuskript
- Johannes Messner, Das Gemeinwohl - Idee, Wirklichkeit, Aufgaben, 2. Auflage, Osnabrück 1968
- Anton Rauscher/Lothar Roos, Die Soziale Verantwortung der Kirche - Wege und Erfahrungen von Ketteler bis heute, Köln 1977
- Hans Reschke, Zusammenwirken und Konfliktsituationen zwischen freien Trägern und öffentlicher Hand auf kommunaler Ebene in: Axel v. Campenhausen (Hg.), Kann der Staat für alles sorgen?, Düsseldorf 1976, S. 101 ff.
- Wolfgang RUFNER, Rechts- und Amtshilfe in: HdbStKirchR Band II, Berlin 1974, S. 839 - 851
- Ilse Schedl, Bundesdatenschutzgesetz - Die neuen Regelungen über Schutzmaßnahmen, Anmeldepflichten, Auskunftspflichten, Datenschutzbeauftragten, Bußgeldvorschriften, Kissing 1977
- Audomar Scheuermann, Die Religionsgemeinschaften im Freistaat Bayern - Probleme der Parität, des konfessionellen Friedens und des religiösen Lebens, in: Rainer A. Roth, Freistaat Bayern, München 1975, S. 381 ff.
- Karl-Eugen Schlieff, Die Organisationsstruktur der Katholischen Kirche, in: HdbStKirchR Band I, Berlin 1974, S. 299-325
- Schrifttum, das katholische; - ein systematisches Verzeichnis für Wissenschaft und Praxis, Gesamtausgabe, Stuttgart 1979
- Joachim Schweinoch/Hansjörg Geiger, Bayerisches Datenschutzgesetz - Kommentar, München 1978
- Reinhold Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform - Verstärkung oder Minderung der politischen Anteilnahme? in: Rainer A. Roth, Freistaat Bayern, München 1975, S. 189 ff.

Beiträge in Zeitschriften

- Herbert Auernhammer, Das Bundesdatenschutzgesetz, in: Betriebsberater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Heft 5, 20. Februar 1977, S. 205 ff.
- Rudolf Bayer, Konsequenzen des Bundesdatenschutzgesetzes für die Datenverarbeitung, in: Der Betrieb, Heft 3, 20.1.1978
- Hans Peter Bull, Entscheidungsfragen in Sachen Datenschutz, in: Zeitschrift für Rechtspolitik - ZRP, Heft 1/1975 S. 7 ff
- Ulrich Dammann, Erste Erfahrungen mit dem Bundesdatenschutzgesetz, in: Neue Juristische Wochenschrift - NJW, Heft 38, S. 1906
- Der Datenschutz, in: Der Staatsbürger - Beilage der Bayerischen Staatszeitung, München, Nr. 6/1978
- Walter Feuerstack, Datenschutz und Datensicherung, in: KIGST-Nachrichten 1/1977, S. 4
- Walter Friedberger, Zerbricht das Dorf als Sozialgefüge?, in: Passauer Bistumsblatt, 44. Jg. Nr. 29 vom 22. Juli 1979, S. 3
- Hansjürgen Garstka, Datenschutzrecht und betriebliches Personalwesen, in: ZRP 1978, Heft 10, S. 237 ff.
- Rudolf Gerhardt, Das neue Bundesmeldegesetz, in: ZRP 1971, S. 189 f
- Hans Hege, Bundesmeldegesetz - Gefahr oder Chance?, in ZRP, Heft 8, 1978, S. 177 ff.
- Klaus Hümmerich und Peter Gola, Auswirkungen des Bundesdatenschutzgesetzes auf das Personalwesen, in: Betriebs-Berater, Heft 3, 30. Januar 1977, S. 146 ff.
- C. Kammer, Die Pfarrkartei, in: Trierer Theologische Zeitschrift, Trier 1951, S. 382 ff.
- Dieter Kampe, Die Aufgabenstellung der KIGST, in: KIGST-Nachrichten 2/1976, S. 4
- Hans Kilian, Wie gehen wir miteinander um? - Über Polarisierung oder Humanisierung des Alltagslebens; Manuskript zu einer Rundfunkreihe des Abendstudios des Bayerischen Rundfunks, Sendung 3., 17., 24. April und 8. Mai 1978, 19.30 - 20.00 Uhr B. 2
- Walter Knabben, Datenschutz in verbundenen Unternehmen, in: Der Betrieb, Heft 7 vom 17.2.1978, S. 333 ff.

- Norbert Lohfink SJ, Altes Testament - Ethos der Weltgestaltung, in: zur debatte - Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 8. Jg. Nr. 2, März/April 1978 S. 5
- Rudolf Pesch, Neutestamentliches Ethos der Weltgestaltung, in: zur debatte - Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 8. Jg. Nr. 2, März/April 1978, S. 5
- "Die Pfarrkartothek" hrsg. von der Zentralstelle für kirchliche Statistik, 2. Auflage Köln 1926
- Herbert Pollach, Die Einheitspfarrkartothek - ein Hilfsmittel der Seelsorge, Köln 1978
- Felix Raabe, Der Streit um die Grundwerte - Fragen, Argumente, Konsequenzen, in: Kirche und Gesellschaft, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Heft Nr. 37
- Burkhard Schulz, Vom Einwohnermeldewesen zum Einwohnerwesen, in: Zeitschrift für Recht und Politik, Köln 1973, S. 172 ff.
- Wilhelm Weber, Kirche und Demokratie, Heft 9, hrsg. von Bund Katholischer Unternehmer, Katholischer Arbeitnehmer, Kolpingwerk Deutscher Zentralverband, in Verbindung mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, 1978 .
- Siegfried Marx, Melderecht und Datenschutz im kirchlichen (katholischen) Bereich, in: Datenschutz und Melderecht der Katholischen Kirche, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Dez. 1979, S. 21 ff

Verloren:		Bürgerrecht:		Heimatrecht:		Wahlrecht:			
Indem:				Zugezogen von:					
				an	Wohnung Strasse	Nr.	Vermieter oder Arbeitgeber	ab	nach
Beruf:									
Geburtszeit		Geburtsort		Staatsangehörig					
Tag	Monat Jahr								
Eltern:									
geb.		Ehefrauen							
1.									
Geburtszeit		Geburtsort		Oet.					
Tag	Monat Jahr								
				in					
				Oesch.					
Eltern:				L.O.					
geb.									
2.									
Geburtszeit		Geburtsort		Oet.					
Tag	Monat Jahr								
				in					
				Oesch.					
Eltern:				O.					
geb.									

Namen der Klader		Tag	Mon.	Jahr	Geurtsort	Rel.	Bemerkungen	Ausweispiapiere:
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								
11								
12								

Pen. A:

Arm. A:

Ehrverlust:

Vemerke:

Bestrahlungen:

[illegible]

* GKZ | STR. NR. | STRASSEN-NAME | HAUS-NR. | B/B | WOHNORT | DAT. K. ERST. | PD. MI.

PF. BEZ. SCHL. | PF. BEZ. NAME

1	A	FAMILIEN-NAME	TITEL	NAMENSZUSATZ	VORNAME	STAAAT
B	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	KIA
C	A	NUM. ORDNUNGSBEGR.	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
D	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
E	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME

2	A	KONE	FAMILIEN-NAME	TITEL	NAMENSZUSATZ	VORNAME	STAAAT
B	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
C	A	NUM. ORDNUNGSBEGR.	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
D	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
E	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME

3	A	KONE	FAMILIEN-NAME	TITEL	NAMENSZUSATZ	VORNAME	STAAAT
B	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
C	A	NUM. ORDNUNGSBEGR.	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
D	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
E	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME

4	A	KONE	FAMILIEN-NAME	TITEL	NAMENSZUSATZ	VORNAME	STAAAT
B	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
C	A	NUM. ORDNUNGSBEGR.	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
D	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME
E	A	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME	gebürt. NAME

* GLEICHE BUCHSTABEN BEDEUTEN GLEICHEN ZEILENAUFBAU

Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) in der Diözese Passau

§1 Aufgabe und Gegenstand des Datenschutzes im kirchlichen Bereich

(1) Aufgabe des Datenschutzes im kirchlichen Bereich ist es, durch den Schutz personenbezogener Daten vor Mißbrauch bei ihrer Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung (Datenverarbeitung) der Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange der Betroffenen entgegenzuwirken.

(2) Diese Anordnung schützt personenbezogene Daten, die vom Bistum, von den Kirchengemeinden, Kirchenstiftungen und Kirchengemeindeverbänden und von den ihrer Aufsicht unterstehenden kirchlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, Werken und Einrichtungen sowie im Auftrag dieser Stellen in Dateien gespeichert, verändert, gelöscht oder aus Dateien übermittelt werden. Für personenbezogene Daten, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind und in nicht automatisiertem Verfahren bearbeitet werden, gilt von den Vorschriften dieser Anordnung nur § 5 entsprechend.

(3) Soweit besondere kirchliche oder staatliche Rechtsvorschriften auf in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten anzuwenden sind, gehen sie den Vorschriften dieser Anordnung vor.

(4) Unberührt von dieser Anordnung bleibt die Verpflichtung zur Verschwiegenheit über die in Ausübung priestertlicher oder seelsorglicher Tätigkeit erworbenen Kenntnisse über persönliche Angelegenheiten dritter Personen. Das gleiche gilt für die dienstliche Schweigepflicht.

§2 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieser Anordnung sind personenbezogene Daten Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person (Betroffener).

(2) Im Sinne dieser Anordnung ist

1. Speichern (Speicherung) das Erfassen, Aufnehmen oder Aufbewahren von Daten auf einem Datenträger zum Zweck ihrer weiteren Verwendung,
2. Verändern (Veränderung) das inhaltliche Umgestalten gespeicherter Daten,
3. Übermitteln (Übermittlung) das Bekanntgeben gespeicherter oder durch Datenverarbeitung unmittelbar gewonnener Daten an Dritte in der Weise, daß die Daten durch die speichernde Stelle weitergegeben oder zur Einsichtnahme, namentlich zum Abruf, bereitgehalten werden,
4. Löschen (Löschung) das Unkenntlichmachen gespeicherter Daten, ungeachtet der dabei angewandten Verfahren.

(3) Im Sinne dieser Anordnung ist

1. speichernde Stelle jede der in § 1 Abs. 2 genannten Stellen, die Daten für sich selbst speichern oder durch andere speichern lassen,
2. Dritter jede Person oder Stelle außerhalb der speichernden Stelle, ausgenommen der Betroffene oder diejenigen Stellen, die in den Fällen der Nr. 1 im Geltungsbereich dieser Anordnung im Auftrag tätig werden,

3. eine Datei eine gleichartig aufgebaute Sammlung von Daten, die nach bestimmten Merkmalen erfaßt und geordnet, nach anderen bestimmten Merkmalen umgeordnet und ausgewertet werden kann, ungeachtet der dabei angewendeten Verfahren; nicht hierzu gehören Akten und Aktensammlungen, es sei denn, daß die durch automatisierte Verfahren umgeordnet und ausgewertet werden können.

§3 Rechte des Betroffenen

Jeder Betroffene hat nach Maßgabe dieser Anordnung ein Recht auf

1. Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten (§ 13),
2. Berichtigung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie nachweislich unrichtig sind (§ 14 Abs. 1),
3. Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen läßt oder nach Wegfall der ursprünglich erfüllten Voraussetzungen für die Speicherung (§ 14 Abs. 2),
4. Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder – wahlweise neben dem Recht auf Sperrung – nach Wegfall der ursprünglich erfüllten Voraussetzungen für die Speicherung (§ 14 Abs. 3).

§4 Datengeheimnis

(1) Den im Rahmen des § 1 Abs. 2 bei der Datenverarbeitung beschäftigten Personen ist untersagt, geschützte personenbezogene Daten unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekanntzugeben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen.

(2) Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit über den Inhalt des Datengeheimnisses zu belehren und auf seine Einhaltung schriftlich zu verpflichten.

Ihre Pflichten bestehen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

§5 Technische und organisatorische Maßnahmen

(1) Wer im Rahmen des § 1 Abs. 2 personenbezogene Daten verarbeitet, hat die technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ausführung der Vorschriften dieser Anordnung, insbesondere die in der Anlage zu dieser Anordnung genannten Anforderungen, zu gewährleisten.* Erforderlich sind Maßnahmen nur, wenn ihr Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck steht.

(2) Die in der Anlage genannten Anforderungen werden nach dem jeweiligen Stand der Technik und Organisation fortgeschrieben. Stand der Technik und Organisation im Sinne dieser Anordnung ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme zur Gewährleistung der Durchführung dieser Anordnung gesichert erscheinen läßt. Bei der Bestimmung des Standes der Technik und Organisation sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen, die mit Erfolg im Betrieb erprobt worden sind.

* siehe Anlage

§ 6 Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag

(1) Werden geschützte personenbezogene Daten im Auftrag kirchlicher Stellen durch andere Personen oder Stellen verarbeitet (vgl. § 1 Abs. 2), ist der Auftragnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von ihm getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen (§ 5 Abs. 1) sorgfältig auszuwählen.

(2) Die Vorschriften dieser Anordnung gelten mit Ausnahme der §§ 15–18 nicht für die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen, soweit sie personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten. In diesen Fällen ist die Verarbeitung personenbezogener Daten in jeder ihrer in § 1 Abs. 1 genannten Phasen nur im Rahmen der Weisungen des Auftraggebers zulässig.

(3) Für juristische Personen, Gesellschaften und andere Personenvereinigungen des privaten Rechtes, bei denen die Mehrheit der Anteile den in § 1 Abs. 2 genannten Stellen gehört oder die Mehrheit der Stimmen zusteht, gelten die §§ 15–18 entsprechend, soweit diese Personen oder Personenvereinigungen in den Fällen des Abs. 1 Satz 1 im Auftrag tätig werden.

§ 7 Zulässigkeit der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die von dieser Anordnung geschützt werden, ist in jeder ihrer in § 1 Abs. 1 genannten Phasen nur zulässig, wenn

1. diese Anordnung oder eine staatliche oder andere kirchliche Rechtsvorschrift sie erlaubt oder
2. der Betroffene eingewilligt hat.

Die Einwilligung bedarf der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist; wird die Einwilligung zusammen mit anderen Erklärungen schriftlich erteilt, ist der Betroffene hierauf schriftlich besonders hinzuweisen.

§ 8 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von kirchlichen Dienst- und Arbeitsverhältnissen

Soweit die Datenverarbeitung frühere, bestehende oder zukünftige dienst- oder arbeitsrechtliche Rechtsverhältnisse betrifft, gelten die Vorschriften dieser Anordnung gleichfalls.

§ 9 Datenspeicherung und -veränderung

(1) Das Speichern und das Verändern personenbezogener Daten ist zulässig, wenn es zur Erfüllung des der speichernden Stelle obliegenden kirchlichen Auftrages erforderlich ist.

(2) Werden Daten beim Betroffenen auf Grund einer Rechtsvorschrift erhoben, dann ist er auf sie, sonst auf die Freiwilligkeit seiner Angaben hinzuweisen.

§ 10 Datenübermittlung innerhalb des kirchlichen Bereichs

(1) Die Übermittlung personenbezogener Daten an die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung des kirchlichen Auftrages erforderlich ist, der der übermittelnden Stelle oder dem Empfänger obliegt. Unterliegen die personenbezogenen Daten einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis und sind sie der zu übermittelnden Stelle von der zur Verschwiegenheit verpflichteten Person in Ausübung ihrer Berufs- oder Amtspflicht übermittelt worden, ist für die Zulässigkeit der Übermittlung ferner erforderlich, daß der Empfänger die Daten zur Erfüllung des gleichen Zweckes benötigt, zu dem sie die übermittelnde Stelle erhalten hat.

(2) Die Übermittlung personenbezogener Daten an kirchliche Werke und Einrichtungen, die nicht unter § 1 Abs. 2 fallen, ist in entsprechender Anwendung von Abs. 1 zulässig, sofern der Empfänger sich verpflichtet, diese Anordnung hinsichtlich der zu empfangenden Daten anzuwenden, Weisungen der übermittelnden Stelle einzuhalten und sich der Aufsicht des Datenschutzbeauftragten (§§ 15–18) zu unterstellen. Dem Empfänger ist die Übermittlung der empfangenden Daten an andere Stellen untersagt.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen anderer öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften ist in entsprechender Anwendung von Abs. 1 zulässig, sofern sichergestellt ist, daß bei dem Empfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen werden und staatliche Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen.

(4) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Bundes oder eines Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und für deren Vereinigung ist in entsprechender Anwendung von Abs. 1 zulässig, soweit es nach staatlichem Recht erlaubt ist und kirchliche Datenschutzbestimmungen dem nicht entgegenstehen. § 1 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 11 Datenübermittlung an Stellen außerhalb des kirchlichen und öffentlichen Bereichs

(1) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Personen und andere Stellen als die in § 10 bezeichneten ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung des kirchlichen Auftrages der übermittelnden Stelle erforderlich ist oder soweit der Empfänger ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft macht und dadurch schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden.

(2) § 10 Abs. 1 Satz 2 und § 10 Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 12 Veröffentlichungen über die gespeicherten Daten

(1) Die bischöfliche Behörde gibt

1. die Art der von den in § 1 Abs. 2 genannten Stellen gespeicherten Daten und den betroffenen Personenkreis,
2. die Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden, sowie die Art der zu übermittelnden Daten unverzüglich nach der ersten Einspeicherung im kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Passau bekannt. Auf Antrag sind dem Betroffenen die bisherigen Bekanntmachungen zugänglich zu machen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für die personenbezogenen Daten, die deshalb nach § 14 Abs. 2 Satz 2 gesperrt sind, weil sie aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht nach § 14 Abs. 3 Satz 1 gelöscht werden dürfen.

(3) Abs. 1 gilt ebenfalls nicht für gesetzlich vorgeschriebene Register oder sonstige aufgrund von Rechts- oder veröffentlichten Verwaltungsvorschriften zu führende Dateien, soweit die Art der in ihnen gespeicherten personenbezogenen Daten, die Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist, der betroffene Personenkreis, die Stellen, an die personenbezogene Daten regelmäßig übermittelt werden, sowie die Art der zu übermittelnden Daten in Rechts- oder veröffentlichten Verwaltungsvorschriften festgelegt sind.

§ 13 Auskunft an den Betroffenen

(1) Dem Betroffenen ist auf Antrag Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu erteilen. In dem Antrag soll die Art der personenbezogenen Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnet werden.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. die Auskunft die Erfüllung des der speichernden Stelle obliegenden kirchlichen Auftrages gefährden würde,
2. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, namentlich wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Auskunftserteilung ist gebührenpflichtig. Die Gebühren dürfen nur zur Deckung des unmittelbar auf Amtshandlungen dieser Art entfallenden Verwaltungsaufwandes erhoben werden. Eine Gebühr ist in den Fällen nicht zu erheben, in denen durch besondere Umstände die Annahme gerechtfertigt wird, daß personenbezogene Daten unrichtig oder unzulässig gespeichert werden, oder in denen die Auskunft zur Berichtigung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten geführt hat.

(4) Durch bischöfliche Anordnung werden das Verfahren, insbesondere die Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen, die gebührenpflichtigen Tatbestände, die Höhe der Gebühr sowie Ausnahmen von der Gebührenpflicht bestimmt.

§ 14 Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten

(1) Personenbezogene Daten sind zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

(2) Personenbezogene Daten sind zu sperren, wenn ihre Richtigkeit vom Betroffenen bestritten wird und sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen läßt. Sie sind ferner zu sperren, wenn ihre Kenntnis für die speichernde Stelle zur Erfüllung des ihr obliegenden kirchlichen Auftrages nicht mehr erforderlich ist. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen, sie dürfen nicht mehr verarbeitet, insbesondere übermittelt oder sonst genutzt werden, es sei denn, daß die Nutzung zu wissenschaftlichen Zwecken, zur Behebung einer bestehenden Beweisnot oder aus sonstigen im überwiegenden Interesse der speichernden Stelle oder eines Dritten liegenden Gründen unerlässlich ist oder der Betroffene der Nutzung zugestimmt hat.

(3) Personenbezogene Daten können gelöscht werden, wenn ihre Kenntnis für die speichernde Stelle zur Erfüllung des ihr obliegenden kirchlichen Auftrages nicht mehr erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Löschung schutzwürdige Belange des Betroffenen beeinträchtigt werden. Sie sind zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder wenn es in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 der Betroffene verlangt.

§ 15 Durchführung des Datenschutzes

Die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen haben jeweils ihren Bereich die Ausführung dieser Anordnung sowie anderer Rechtsvorschriften über den Datenschutz sicherzustellen. Sie haben insbesondere dafür zu sorgen, daß

1. eine Übersicht über die Art der gespeicherten personenbezogenen Daten und über die Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist, sowie über deren regelmäßige Empfänger geführt und
2. die ordnungsgemäße Anwendung der Datenverarbeitungsprogramme, mit deren Hilfe personenbezogene Daten verarbeitet werden sollen, überwacht wird.

§ 16 Bestellung und Rechtsstellung eines Beauftragten für Datenschutz

(1) Der Bischof bestellt für den Bereich seines Bistums einen Beauftragten für den Datenschutz. Die Bestellung erfolgt für die Dauer von drei Jahren. Wiederbestellung ist möglich. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann er von dem Bischof vorzeitig aus dem Amt entlassen werden.

(2) Zum Beauftragten für den Datenschutz darf nur bestellt werden, wer die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Er ist auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten und die Einhaltung des kirchlichen und staatlichen Rechts zu verpflichten.

(3) Der Beauftragte ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem kirchlichen Recht und dem für die Kirchen verbindlichen staatlichen Recht unterworfen.

(4) Der Beauftragte für Datenschutz untersteht in Ausübung seines Amtes der Dienst- und Rechtsaufsicht des Bischofs.

(5) Bestellen mehrere Bistümer einen gemeinsamen Beauftragten für den Datenschutz, untersteht er jeweils der Rechtsaufsicht desjenigen Bischofs, in dessen Diözese er in Erfüllung seines Auftrages tätig wird; er untersteht der Dienstaufsicht des Bischofs, in dessen Bistum er angestellt ist.

(6) Der Beauftragte ist, auch nach Beendigung seines Amtsverhältnisses, verpflichtet, über die ihm amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

Der Beauftragte darf, auch wenn er nicht mehr im Amt ist, über solche Angelegenheiten ohne Genehmigung seines Dienstherrn weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen.

(7) Die Genehmigung, als Zeuge auszusagen, soll in der Regel erteilt werden.

§ 17 Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz

(1) Der Beauftragte für den Datenschutz wacht über die Einhaltung der Vorschriften dieser Anordnung sowie anderer Vorschriften über den Datenschutz. Zu diesem Zweck kann er Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben, insbesondere kann er die bischöfliche Behörde und sonstige kirchliche Dienststellen in seinem Bereich in Fragen des Datenschutzes beraten. Auf Anforderung der bischöflichen Behörde hat der Beauftragte Gutachten zu erstellen und Bericht zu erstatten.

(2) Die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen sind verpflichtet, den Beauftragten bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Ihm ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu seinen Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen und Akten zu gewähren, die in Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen, namentlich in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme;
2. während der Dienstzeit Zutritt zu allen Diensträumen, die der Verarbeitung und Aufbewahrung automatisierter Dateien dienen, zu gewähren, soweit nicht sonstige kirchliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Der Beauftragte führt ein Register der automatisch betriebenen Dateien, in denen personenbezogene Daten gespeichert werden. Das Register kann von jedermann eingesehen werden. Die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen sind verpflichtet, die von ihnen automatisch betriebenen Dateien beim zuständigen Beauftragten anzumelden.

(4) Der Beauftragte wirkt auf die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Stellen, die im Geltungsbereich,

dieser Anordnung Aufgaben des Datenschutzes wahrnehmen, insbesondere mit den anderen kirchlichen Beauftragten für den Datenschutz hin.

(5) Zu seinem Aufgabenbereich gehört die Zusammenarbeit mit den staatlichen Beauftragten für den Datenschutz.

§ 18 Anrufung des Beauftragten für den Datenschutz

Jedermann kann sich an den zuständigen Beauftragten für den Datenschutz wenden, wenn er der Ansicht ist, bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die in § 1 Abs. 2 genannten Stellen in seinen Rechten verletzt worden zu sein.

§ 19 Beanstandungen durch den Beauftragten für den Datenschutz

(1) Stellt der Beauftragte für den Datenschutz Verstöße gegen die Vorschriften dieser Anordnung oder gegen andere Datenschutzbestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er dies gegenüber der zuständigen obersten Behörde und fordert zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm zu bestimmenden angemessenen Frist auf.

(2) Der Beauftragte kann von einer Beanstandung absehen oder auf eine Stellungnahme der betroffenen Stelle verzichten, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt.

(3) Mit der Beanstandung kann der Beauftragte Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen Verbesserung des Datenschutzes verbinden.

(4) Die gem. Abs. 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandungen des Beauftragten getroffen worden sind.

§ 20 Schlußbestimmung

(1) Das Bischöfliche Ordinariat erläßt die zur Ausführung dieser Anordnung erforderlichen Bestimmungen.

(2) Diese Anordnung tritt zum 1. Juli 1978 in Kraft. § 5 und die Anlage zu § 5 Abs. 1 Satz 1 treten zum 1. Januar 1979 in Kraft.

(3) Die Anordnung Meldewesen/Datenschutz vom 28. März 1974 [Amtsblatt für das Bistum Passau 3 (1974) 33] tritt, soweit Daten nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind und in nicht automatisiertem Verfahren verarbeitet werden, mit Ablauf des 31. Dezember 1978 außer Kraft. Im übrigen tritt sie mit Ablauf des 30. Juni 1978 außer Kraft.

Anlage zu § 5 Abs. 1 Satz 1

Werden personenbezogene Daten automatisch verarbeitet, sind zur Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden personenbezogenen Daten geeignet sind,

1. Unbefugten den Zugang zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren (Zugangskontrolle),
2. Personen, die bei der Verarbeitung personenbezogener Daten tätig sind, daran zu hindern, daß sie Datenträger unbefugt entfernen (Abgangskontrolle),
3. die unbefugte Eingabe in den Speicher sowie die unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten zu verhindern (Speicherkontrolle),
4. die Benutzung von Datenverarbeitungssystemen, aus denen oder in die personenbezogene Daten durch selbsttätige Einrichtungen übermittelt werden, durch unbefugte Personen zu verhindern (Benutzerkontrolle),
5. zu gewährleisten, daß die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten durch selbsttätige Einrichtungen ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zurückgreifen können (Zugriffskontrolle),
6. zu gewährleisten, daß überprüft und festgestellt werden kann, an welche Stellen personenbezogene Daten durch selbsttätige Einrichtungen übermittelt werden können (Übermittlungskontrolle),
7. zu gewährleisten, daß nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit von wem in Datenverarbeitungssysteme eingegeben worden sind (Eingabekontrolle),
8. zu gewährleisten, daß personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle),
9. zu gewährleisten, daß bei der Übermittlung personenbezogener Daten sowie beim Transport entsprechender Datenträger diese nicht unbefugt gelesen, verändert oder gelöscht werden können (Transportkontrolle),
10. die innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so zu gestalten, daß sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird (Organisationskontrolle).

Muster für die Veröffentlichung gemäß § 12 Abs. 1 KDO

1. Speichernde Stelle(n):

Bistum, Kirchengemeinden, kirchliche Stiftungen ect.

2. Arten der gespeicherten personenbezogenen Daten:

Meldedaten, kirchliche Amtshandlungsdaten, Personal-
daten der Mitarbeiter, Daten der Benutzer kirchlicher
Einrichtungen, Kirchensteuerdaten

3. Betroffener Personenkreis:

Kirchenmitglieder und ihre Familienangehörigen,
kirchliche Mitarbeiter, Benutzer kirchlicher Ein-
richtungen

4. Stellen, an die die personenbezogenen Daten

regelmäßig übermittelt werden:

staatliche und kommunale Stellen, Sozialversicherungs-
träger, Krankenkassen

5. Arten der zu übermittelnden Daten:

Die Daten gemäß Ziffer 2, soweit sie zur rechtmäßigen
Erfüllung der in der Zuständigkeit der empfangenden
Stelle liegenden Aufgaben erforderlich sind.

M U S T E R *
=====

Kirchengemeinde

Einrichtung	Bezeichnung der Kartei	Art der personenbezogenen Daten	Aufgaben zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	regelmäßige Empfänger der Daten (genaue Bezeichnung)
Pfarrgemeinde	Pfarrkartei	Name, Adresse, Geburtsdatum, Konfession, Taufdatum	Durchführung der Seelsorge	Gemeindeverwaltung
Kindergarten	Kindergartenbenutzer Personalkartei	Name, Adresse der Eltern, Geburtsdatum Name, Adresse, Geburtsdatum, Tarifmerkmale	Betrieb des Kindergartens Besoldung	keine Sozialversicherungs- träger

Datum

erstellt von

* Die in diesem Muster erfolgen Eintropungen sind lediglich Beispiele. Sie sollen und können keine Aufzählung aller in Betracht kommenden Möglichkeiten sein.

Kirchengemeinde _____

Einrichtung	Bezeichnung der Kartei	Art der personenbezogenen Daten	Aufgaben zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist	regelmäßige Empfänger der Daten (genaue Bezeichnung)

Durchführungsanordnung (Entwurf)

zu § 13 Abs. 4 der Anordnung über den kirchlichen
Datenschutz - KDO

§ 1 Form der Auskunftserteilung und Gebührenpflicht

Die Auskunftserteilung erfolgt in schriftlicher Form.
Jede Auskunftserteilung ist gebührenpflichtig.

§ 2 Höhe der Gebühr

Die Höhe der Gebühr für die Erteilung einer Auskunft an die
Betroffenen nach § 13 Abs. 1 KDO beträgt Zehn Deutsche Mark.
Damit sind auch die Auslagen abgegolten.

§ 3 Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr wird mit der Antragstellung fällig. Die Auskunft
wird erst nach Zahlung der Gebühr erteilt.

§ 4 Ausnahmen von der Gebührenpflicht

Eine Ausnahme von der Gebührenpflicht besteht

1. wenn durch besondere Umstände die Annahme gerechtfertigt
wird, daß personenbezogene Daten unrichtig oder unzu-
lässig gespeichert werden,
2. wenn die Auskunft zur Berichtigung oder Löschung ge-
speicherter personenbezogener Daten geführt hat.

§ 5 Absehen von der Gebühreneinziehung

Von der Einziehung der Gebühren kann ganz oder teilweise
abgesehen werden, wenn die Einziehung nach Lage des ein-
zelnen Falles eine besondere Härte bedeuten würde.

§ 6 Erstattung

Eine bereits gezahlte Gebühr ist den Betroffenen zu er-
statten, soweit eine der in den §§ 3 und 4 genannten
Voraussetzungen erfüllt sind.

Entwurf

Nach einem Beschluß des Domkapitels der (Erz-)Diözese
veröffentlicht der (Erz-)Bischof von
 für die (Erz-)Diözese gemäß § 14 der Anordnung
 über den kirchlichen Datenschutz vom folgende DURCH-
 FÜHRUNGSVERORDNUNG (vergl. beigefügtes Muster für die
 Veröffentlichung gemäß § 14 KDO bis einschließlich zu
 § 14 Abs. 3 § 2)

Muster:

Zu § 14 Abs. I

§ 1

[Berichtigung]

Bei manuell geführten Karteien entscheidet die karteiführende Stelle über die Zulässigkeit des Berichtigungsantrages. Besteht der Anspruch zu Recht, nimmt die karteiführende Stelle die Berichtigung vor. Der Betroffene und die Stellen, an die regelmäßig Daten aus der Kartei übermittelt werden, sind davon zu benachrichtigen.

§ 2

Bei automatisierten Verfahren ist der Berichtigungsantrag an die kirchliche Meldestelle weiterzuleiten. Diese entscheidet über die Zulässigkeit des Antrages. Besteht der Anspruch zu Recht, veranlaßt die kirchliche Meldestelle die Berichtigung im kommunalen bzw. kirchlichen Register. Der Betroffene und die Stellen, an die regelmäßig Daten aus dem Register übermittelt werden, sind davon zu benachrichtigen. Die kirchliche Meldestelle überwacht den Vollzug der Berichtigung.

Zu § 14, Abs. II

§ 1

[Sperrvermerk]

Bei manuell geführten Karteien wird der Sperrvermerk handschriftlich in die Kartei eingetragen.

§ 2

Bei automatisierten Verfahren sind Anträge auf Sperrung von Daten an die kirchliche Meldestelle weiterzuleiten. Diese veranlaßt die Sperrung der Daten beim Rechenzentrum.

Zu § 14, Abs. III

§ 1

[Löschung von Daten]

Sind in manuell geführten Karteien Daten zu löschen, nimmt dies die karteiführende Stelle vor.

§ 2

Bei automatisierten Verfahren sind Anträge auf Löschung an die kirchliche Meldestelle weiterzuleiten. Diese veranlaßt die Löschung der Daten beim Rechenzentrum.

Nr. 3* Kirchengesetz über den Datenschutz.

Vom 10. November 1977.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat auf Grund von Art. 10 Buchstabe b der Grundordnung folgendes Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Aufgabe des Datenschutzes im kirchlichen Bereich

(1) Aufgabe des Datenschutzes im kirchlichen Bereich ist es, die in den Gemeindegliederverzeichnissen und anderen kirchlichen Dateien enthaltenen personenbezogenen Daten bei der Datenverarbeitung vor Mißbrauch zu schützen.

(2) Die besonderen Bestimmungen über den Schutz des Beicht- und Seelsorgegeheimnisses sowie über die Amtsverschwiegenheit der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter gehen den Vorschriften dieses Kirchengesetzes vor.

(3) Unberührt bleibt das Recht der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter, in Wahrnehmung ihres Seelsorgeauftrages über ihren Dienst an Kirchenmitgliedern eigene Aufzeichnungen zu führen und zu verwenden.

§ 2

Datennutzung im kirchlichen Bereich

(1) Kirchliche Behörden, sonstige kirchliche Dienststellen sowie kirchliche Werke und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen dürfen geschützte personenbezogene Daten nur für die Erfüllung ihrer Aufgaben verarbeiten und nutzen. Den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern in den in Satz 1 bezeichneten kirchlichen Stellen ist es untersagt, diese Daten zu einem anderen Zweck zu nutzen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten kirchlichen Stellen, Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter sind zur Einhaltung der Bestimmungen verpflichtet, die zum Schutz der personenbezogenen Daten vor Mißbrauch erlassen sind.

§ 3

Durchführung des Datenschutzes

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen sind jeweils für ihren Bereich für die Einhaltung eines ausreichenden Datenschutzes verantwortlich.

(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen haben jeweils für ihren Bereich eine Übersicht zu führen über:

1. die Art der gespeicherten personenbezogenen Daten,
2. die Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist und
3. deren regelmäßige Empfänger.

§ 4

Auskunft an den Betroffenen

(1) Betroffenen Personen ist auf Antrag Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten zu erteilen. In dem Antrag soll die Art der personenbezogenen Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnet werden.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. die Auskunft die Erfüllung des der speichernden Stelle obliegenden kirchlichen Auftrages gefährden würde,
2. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, nämlich wegen der überwiegenden berechtigten Interessen einer dritten Person, geheimgehalten werden müssen.

§ 5

Berichtigung von Daten

Personenbezogene Daten sind zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

§ 6

Beauftragte für den Datenschutz

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Gliedkirchen bestellen jeweils für ihren Bereich einen Beauftragten für den Datenschutz.

(2) Zum Beauftragten für den Datenschutz darf nur bestellt werden, wer die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Er ist auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten und die Einhaltung der kirchlichen Ordnungen zu verpflichten.

(3) Der Beauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung seines Amtes an Weisungen nicht gebunden und nur dem kirchlichen Recht unterworfen.

(4) Der Beauftragte für den Datenschutz ist verpflichtet, über die ihm amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung des Amtsverhältnisses. Der Beauftragte für den Datenschutz darf, auch wenn er nicht mehr im Amt ist, über Angelegenheiten, die der Verschwiegenheit unterliegen, ohne Genehmigung seines Dienstherrn weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben; die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen, bleibt unberührt.

(5) Der Beauftragte für den Datenschutz bei der Evangelischen Kirche in Deutschland untersteht der Rechtsaufsicht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Dienstaufsicht des Präsidenten der Kirchenkanzlei.

(6) Die Gliedkirchen regeln die Rechtsstellung des Beauftragten für den Datenschutz jeweils für ihren Bereich.

§ 7

Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz

(1) Der Beauftragte für den Datenschutz wacht über die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Zu diesem Zweck kann er Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben und die in § 2 Abs. 1 bezeichneten kirchlichen Stellen in Fragen des Datenschutzes beraten. Auf Anforderung der kirchenleitenden Organe hat der Beauftragte für den Datenschutz Gutachten zu erstatten und Berichte zu geben.

(2) Die in § 2 Abs. 1 bezeichneten kirchlichen Stellen sind verpflichtet, den Beauftragten für den Datenschutz bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Ihm ist Auskunft auf Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen und Akten über die Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme; ihm ist jederzeit Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren.

(3) Der Beauftragte für den Datenschutz führt ein Register der automatisch betriebenen Dateien, in denen personenbezogene Daten gespeichert werden. Das Register kann von jedem eingesehen werden, der ein berechtigtes Interesse nachweist. Die in § 2 Abs. 1 bezeichneten kirchlichen Stellen sind verpflichtet, die von ihnen automatisch betriebenen Dateien bei dem Beauftragten für den Datenschutz anzumelden.

(4) Die kirchlichen Beauftragten sollen untereinander und mit den staatlichen und kommunalen Beauftragten für den Datenschutz zusammenarbeiten.

§ 8

Anrufung des Beauftragten für den Datenschutz

Wer darlegt, daß er bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch eine der in § 2 Abs. 1 bezeichneten kirchlichen Stellen in seinen Rechten verletzt worden ist, kann sich an den Beauftragten für den Datenschutz wenden, wenn die zuständige Stelle nicht abhilft.

§ 9

Beanstandungsrecht des Beauftragten für den Datenschutz

(1) Stellt der Beauftragte für den Datenschutz Verstöße gegen die Datenschutzbestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er dies gegenüber den zuständigen kirchlichen Stellen und fordert zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist auf.

(2) Der Beauftragte für den Datenschutz kann von einer Beanstandung absehen oder auf eine Stellungnahme verzichten, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt.

(3) Mit der Beanstandung kann der Beauftragte für den Datenschutz Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen Verbesserung des Datenschutzes verbinden.

(4) Die gemäß den Vorschriften des Absatzes 1 abzugebende Stellungnahme soll auch eine Darstellung der

Maßnahmen enthalten, die aufgrund der Beanstandung des Beauftragten für den Datenschutz getroffen worden sind.

§ 10

Ergänzende Bestimmungen

(1) Die Gliedkirchen erlassen für ihren Bereich die zur Ergänzung und Durchführung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Bestimmungen. Die Bestimmungen der Evangelischen Kirche in Deutschland erläßt der Rat durch Rechtsverordnung.

(2) Soweit personenbezogene Daten von staatlichen oder kommunalen Stellen übermittelt werden, finden zum Schutz dieser Daten ergänzend die bundesrechtlichen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

§ 11

Inkrafttreten

(1) Dieses Kirchengesetz tritt mit Wirkung für die Evangelische Kirche in Deutschland am 1. Januar 1978 in Kraft.

(2) Das Kirchengesetz tritt mit Wirkung für die Gliedkirchen in Kraft, wenn alle Gliedkirchen ihr Einverständnis erklärt haben. Jede Gliedkirche kann es für ihren Bereich zu einem früheren Zeitpunkt in Geltung setzen.

Saarbrücken, den 10. November 1977

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
Cornelius A. von Heyl

Az. 10/4 - 3 - 1

IV.

Kirchengesetz

zur Ergänzung und Durchführung der Kirchengesetze
der Evangelischen Kirche in Deutschland
über den Datenschutz und über die Kirchenmitgliedschaft
in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
(Kirchliches Datenschutzdurchführungsgesetz – KDSDG)

Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiernit verkündet wird:

Art. 1

Beauftragter für den Datenschutz
(zu § 6 Abs. 6 Kirchengesetz über den Datenschutz)

(1) Der Beauftragte für den Datenschutz und sein Stellvertreter werden vom Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses bestellt und abberufen. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Eine Wiederberufung ist möglich.

(2) Der Beauftragte für den Datenschutz und sein Stellvertreter unterstehen der Rechtsaufsicht des Landeskirchenrates und der Dienstaufsicht des Leiters des Landeskirchenamtes.

(3) Soweit für den Beauftragten für Datenschutz weitere Dienstkräfte tätig werden, ist dieser Dienstvorgesetzter. Die Dienstkräfte sind in ihrer Tätigkeit nach diesem Gesetz nur an die Weisungen des Beauftragten für den Datenschutz gebunden.

Art. 2

Ergänzende Bestimmungen
nach § 10 Abs. 1 Satz 1 des Kirchengesetzes über den
Datenschutz
und § 20 Abs. 1 Satz 1 des Kirchengesetzes über die
Kirchenmitgliedschaft

Zur Gewährleistung des Datenschutzes sind durch Verordnung insbesondere zu regeln

1. der Gegenstand des Datenschutzes
(§ 1 Kirchengesetz über den Datenschutz);
2. die Datennutzung im kirchlichen Bereich
(§ 2 Kirchengesetz über den Datenschutz);
3. die Durchführung des Datenschutzes und die Führung einer Übersicht
(§ 3 Kirchengesetz über den Datenschutz);
4. die Auskunft an Betroffene
(§ 4 Kirchengesetz über den Datenschutz);
5. die Berichtigung von Daten
(§ 5 Kirchengesetz über den Datenschutz);
6. die Aufgaben des Beauftragten für den Datenschutz
(§§ 6–9 Kirchengesetz über den Datenschutz);

7. die Bestimmung derjenigen kirchlichen Körperschaften und Stellen, die zur Führung der Gemeindegliederverzeichnisse verpflichtet sind
(§ 14 Abs. 2 Satz 1 Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft);
8. der Aufbau und die Organisation der Gemeindegliederverzeichnisse
(§ 14 Abs. 2 Satz 2 Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft);
9. die Einhaltung der Zweckbestimmung sowie das Verfahren der Datenweitergabe bei der Führung von Gemeindegliederverzeichnissen
(§ 15 Abs. 3 Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft).

Art. 3

Entsprechende Anwendung
des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Soweit personenbezogene Daten von staatlichen oder kommunalen Stellen übermittelt werden, finden zum Schutz dieser Daten ergänzend die Bestimmungen des Bayerischen Datenschutzgesetzes vom 28. April 1978 (GVBl. S. 165) in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

Art. 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1979 in Kraft.

München, den 4. Dezember 1978

Der Landesbischof
D. Dr. Hanselmann

**Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche in Bayern, München 1978
S. 349**

**Amtsblatt für das Bistum
Passau, 108. Jg., Passau
30. Juni 1978, Folge 7,
Inhalt Nr. 64, S. 49 ff**

64 Anordnung über das kirchliche Meldewesen (Kirchenmeldewesenanordnung – KMAO)

Zur Regelung des kirchlichen Meldewesens ergeht gleichlautend in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland und in der Diözese Berlin für Berlin (West) folgende Anordnung:

§1 Mitgliedschaft

- (1) Als Mitglied der Katholischen Kirche im Sinne dieser Anordnung gilt jeder, der durch die Taufe in der Katholischen Kirche oder durch Übertritt von einer anderen Kirche oder christlichen Religionsgemeinschaft oder durch Wiederaufnahme der Katholischen Kirche angehört und nicht nach den Bestimmungen des staatlichen Rechts aus der Kirche ausgetreten ist.
- (2) Die Kirchenmitgliedschaft wird vermutet, wenn die Daten des staatlichen oder kommunalen Melderegisters entsprechende Angaben enthalten.

§2 Datenmitteilungspflicht

- (1) Die Kirchenmitglieder sind verpflichtet, die Daten und Angaben mitzuteilen, die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kirche erforderlich sind.
- (2) Sie sind verpflichtet, auch bei den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden ihre Bekenntniszugehörigkeit anzugeben.

§3 Meldeverfahren

- (1) Jedes Kirchenmitglied ist verpflichtet, sich bei der Begründung eines neuen oder eines weiteren Wohnsitzes unter Angabe der Bekenntniszugehörigkeit bei der zuständigen staatlichen oder kommunalen Meldebehörde anzumelden.
- (2) Durch bischöfliche Anordnung kann festgelegt werden, daß das Kirchenmitglied auch verpflichtet ist, sich bei der zuständigen kirchlichen Stelle anzumelden.
- (3) Die zuständigen kirchlichen Stellen sind berechtigt, die Daten von dem Kirchenmitglied unmittelbar anzufordern, wenn Daten fehlen oder unvollständig sind.
- (4) Hat das Kirchenmitglied das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet, so obliegt die Meldepflicht gemäß Absätzen 1–3 den gesetzlichen Vertretern oder den Sorgeberechtigten.

§4 Gemeindemitgliederverzeichnis

- (1) Für jede Kirchengemeinde wird ein Verzeichnis der Kirchenmitglieder geführt (Gemeindemitgliederverzeichnis). Das Gemeindemitgliederverzeichnis enthält die Daten der Kirchenmitglieder

mit ihren Familienangehörigen (Familienverbund). Der Datenkatalog des Gemeindemitgliederverzeichnisses und die zur Führung des Verzeichnisses verpflichteten kirchlichen Stellen werden durch besondere bischöfliche Ausführungsbestimmungen zu dieser Anordnung festgelegt.

- (2) Die Daten der Kirchenmitglieder sind in den Gemeindemitgliederverzeichnissen zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind oder unrichtig werden.

§5 Datenweitergabe

- (1) Die zur Führung der Gemeindemitgliederverzeichnisse verpflichteten kirchlichen Stellen sind berechtigt, den zuständigen kirchlichen Stellen, die zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kirche erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.
- (2) Sind juristische Personen des Privatrechts für die Erfüllung kirchlicher Aufgaben zuständig, so können auch ihnen Daten insoweit weitergegeben werden.
- (3) Das Verfahren der Datenweitergabe wird durch besondere bischöfliche Anordnung geregelt.

§6 Kirchliche Daten

- (1) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen sind verpflichtet, die sich aus den Kirchenbüchern ergebenden Daten über Taufe, Erstkommunion, Firmung und Trauung sowie die Daten über Aufnahme, Wiederaufnahme, Übertritt, und Austritt von Kirchenmitgliedern umgehend der Stelle mitzuteilen, die das Gemeindemitgliederverzeichnis führt. Durch besondere bischöfliche Ausführungsbestimmungen kann dieser Datenkatalog eingeschränkt oder erweitert werden.
- (2) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen sind verpflichtet, gespendete Taufen, Wiederaufnahmen und Übertritte zur Katholischen Kirche den staatlichen oder kommunalen Behörden mitzuteilen.
- (3) Fehlt in staatlichen oder kommunalen Melderegistern die Angabe der Bekenntniszugehörigkeit von Mitgliedern der Katholischen Kirche, so haben die Kirchengemeinden oder sonstige zuständigen Stellen die Berichtigung oder Ergänzung zu veranlassen.
- (4) Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen können im übrigen den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden Daten der Kirchenmitglieder übermitteln, soweit kirchliche Datenschutzbestimmungen dem nicht entgegenstehen.

§7 Datenaustausch

Die Bistümer werden untereinander den für die Erfüllung kirchlicher Aufgaben erforderlichen Datenaustausch durchführen.

§ 8 Datenschutz

Die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen, die Daten speichern oder empfangen, sind verpflichtet, die in den Gemeindemitgliederverzeichnissen enthaltenen persönlichen Daten der Kirchenmitglieder gegen Mißbrauch zu schützen. Die Weitergabe der Daten ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, daß auch bei dem Empfänger ausreichende Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Daten getroffen worden sind.

§ 9 Ausführungsbestimmungen

Zu dieser Anordnung werden noch Ausführungsbestimmungen ergehen.

§ 10 Inkrafttreten

§ 6 Abs. 2 und 3 dieser Anordnung treten am 1. Juni 1978 in Kraft. Im übrigen tritt die Anordnung über das kirchliche Meldewesen am 1. Januar 1979 in Kraft.

Muster einer Durchführungsanordnung:

ANORDNUNG

zu § 6 Abs. II und III

der Anordnung für das kirchliche Meldewesen

— KMAO —

Die kommunalen Melderegister bilden die Grundlage für das kirchliche Meldewesen, insbesondere für die Führung des Gemeindemitgliederverzeichnisses. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des kirchlichen Meldewesens stellte sich heraus, daß die kommunalen Melderegister nicht immer zutreffende oder überhaupt keine Angaben über die Konfessionszugehörigkeit von Kindern und vereinzelt auch von Erwachsenen enthalten. Es ist deshalb notwendig, daß

- a) die Kirchengemeinden und die sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen die Meldebehörden über vollzogene Taufen sowie Wiederaufnahmen und Übertritte zur Katholischen Kirche unterrichten und
- b) die Meldebehörden entsprechende Vermerke in den Melderegistern vornehmen.

Aus diesem Grunde haben die einzelnen Kirchengemeinden und sonstigen zuständigen kirchlichen Stellen die in ihrer Kirchengemeinde gespendeten Taufen, erfolgten Wiederaufnahmen und Übertritte zur Katholischen Kirche unverzüglich schriftlich dem zuständigen Einwohnermeldeamt mitzuteilen und diese Mitteilung mit Unterschrift und Pfarramtssiegel zu versehen.

Unabhängig hiervon haben gleichartige oder entsprechende Meldungen an das Kath. Kirchenbuchamt (früher Matrikelamt), — soweit solche seither schon dorthin abzugeben waren — weiterhin wie bisher zu erfolgen.

Kirchengesetz
über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen
und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder
 (Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft)
 Vom 10. November 1976

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat aufgrund von Artikel 10 Buchst. b der Grundordnung folgendes Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland sind Kirchenmitglieder die getauften evangelischen Christen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Bereich einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland haben, es sei denn, daß sie einer anderen evangelischen Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören.

(2) Die Kirchenmitgliedschaft besteht zur Kirchengemeinde und zur Gliedkirche des Wohnsitzes des Kirchenmitgliedes. Das Recht der Gliedkirchen kann bestimmen, daß die Kirchenmitgliedschaft unter besonderen Voraussetzungen auch zu einer anderen Kirchengemeinde begründet wird.

§ 2

(1) Das Kirchenmitglied steht in der Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit.

(2) Durch seine Mitgliedschaft in einer Kirchengemeinde und in einer Gliedkirche gehört das Kirchenmitglied zugleich der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

(3) Die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten gelten im Gesamtbereich der Evangelischen Kirche in Deutschland.

II. Rechte und Pflichten

§ 3

(1) In der Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit bieten die Gliedkirchen allen Kirchenmitgliedern den Dienst der Verkündigung, der Seelsorge und der Diakonie an und lassen sie nach Maßgabe ihrer Ordnungen zum Heiligen Abendmahl zu.

(2) Im Rahmen der kirchlichen Ordnungen nehmen die Kirchenmitglieder an der Gestaltung des kirchlichen Lebens teil und wirken bei der Besetzung kirchlicher Ämter und bei der Bildung kirchlicher Organe mit.

§ 4

(1) Die Kirchenmitglieder sollen sich am kirchlichen Leben beteiligen, kirchliche Ämter und Dienste übernehmen und zu Spenden bereit sein.

(2) Sie sind verpflichtet, den Dienst der Kirche durch Leistung gesetzlich geordneter kirchlicher Abgaben mitzutragen und zu fördern.

§ 5

Die Kirchenmitglieder sind verpflichtet, die Daten und Angaben mitzuteilen, die für die Wahrnehmung des Auftrages der Kirche in Verkündigung, Seelsorge und Diakonie erforderlich sind. Sie sind verpflichtet, auch bei den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden ihre Bekenntniszugehörigkeit anzugeben.

III. Erwerb und Verlust der Kirchenmitgliedschaft

§ 6

(1) Die Kirchenmitgliedschaft wird durch die Taufe in einer Kirchengemeinde, die einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland angehört, erworben. Die Taufe wird im Kirchenbuch öffentlich beurkundet.

(2) Ein religionsunmündiges Kind, dessen Taufe nicht in einer zu einer Gliedkirche gehörenden Kirchengemeinde stattgefunden hat, erwirbt die Kirchenmitgliedschaft durch die Erklärung der Erziehungsberechtigten über die Zugehörigkeit des Kindes zu einem evangelischen Bekenntnis gegenüber der nach kirchlichem Recht zuständigen Stelle.

§ 7

Den Erwerb der Kirchenmitgliedschaft durch Aufnahme regelt das Recht der Gliedkirchen.

§ 8

(1) Bei einem Wohnsitzwechsel in den Bereich einer anderen Gliedkirche setzt sich die Kirchenmitgliedschaft in der Gliedkirche des neuen Wohnsitzes fort. Dies gilt nicht, wenn das zuziehende Kirchenmitglied sich einer anderen evangelischen Kirche im Bereich der Gliedkirche seines neuen Wohnsitzes anschließt und dies der nach kirchlichem Recht zuständigen Stelle innerhalb eines Jahres nach Zuzug nachweist. In diesem Falle endet die Kirchenmitgliedschaft mit dem Zeitpunkt des Zuzugs.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Evangelische, die aus dem Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zugezogen sind.

§ 9

(1) Zuziehende Evangelische, die keiner Gliedkirche angehören, erwerben die Kirchenmitgliedschaft durch Erklärung gegenüber der nach kirchlichem Recht zuständigen Stelle:

- a) wenn sie früher Kirchenmitglieder waren und von dem Recht nach § 8 Abs. 1 Satz 2 dieses Kirchengesetzes Gebrauch gemacht hatten;
- b) wenn sie bisher Mitglieder einer evangelischen Kirche oder Religionsgemeinschaft im Ausland waren.

(2) Zuziehende Evangelische, die einer evangelischen Kirche oder Religionsgemeinschaft angehört haben, mit der eine Vereinbarung über die Kirchenmitgliedschaft abgeschlossen worden ist, erwerben die Kirchenmitgliedschaft nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung.

(3) Die Angaben gegenüber der staatlichen Meldebehörde gelten als Erklärung im Sinne von Absatz 1.

(4) Die Bestimmung des § 8 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 10

Die Kirchenmitgliedschaft endet

1. mit Fortzug aus dem Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes; § 11 bleibt unberührt;
2. durch Übertritt zu einer anderen Kirche oder Religionsgemeinschaft nach dem Recht der Gliedkirchen; oder
3. mit dem Wirksamwerden der nach staatlichem Recht zulässigen Austrittserklärung.

IV. Vorübergehender Auslandsaufenthalt

§ 11

(1) Gibt ein Kirchenmitglied seinen Wohnsitz im Inland nur vorübergehend auf, bleibt seine Kirchenmitgliedschaft bestehen. Dies gilt auch, wenn sich das Kirchenmitglied einer evangelischen Kirche seines Aufenthaltsortes anschließt. Für die Zeit der vorübergehenden Abwesenheit ist das Kirchenmitglied von seinen Pflichten gegenüber der Kirchengemeinde, der Gliedkirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland befreit und ist nicht wahlberechtigt.

(2) Bei Rückkehr in den Bereich einer anderen Gliedkirche setzt sich die Kirchenmitgliedschaft in der Gliedkirche des neuen Wohnsitzes fort. § 8 Abs. 1 Satz 2 ist anzuwenden.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten auch für kirchliche Mitarbeiter, die in einen Auslandsdienst entsandt werden; ihre dienst- oder arbeitsrechtlichen Beziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen bleiben unberührt.

V. Wahl der Gliedkirche und der Kirchengemeinde

§ 12

(1) Soweit in Gebieten mehrere Gliedkirchen bestehen, treffen die beteiligten Gliedkirchen im Einmütigen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland Regelungen darüber, daß zuziehende Kirchenmitglieder wählen können, welcher Gliedkirche sie angehören wollen.

(2) In einer Gliedkirche, in der verschiedene Bekenntnisse bestehen, wird die Wahl der Kirchengemeinde des persönlichen Bekenntnisstandes durch das Recht dieser Gliedkirche geregelt.

VI. Übertritt

§ 13

(1) Bei einem Übertritt zu einer anderen Kirche (§ 10 Nr. 2) endet die Kirchenmitgliedschaft mit dem Ablauf des Monats, in dem die Übertrittserklärung wirksam geworden ist, jedoch nicht vor dem Beginn der Mitgliedschaft in der anderen Kirche.

(2) Die Vorschriften des staatlichen Rechts bleiben unberührt.

(3) Vereinbarungen der Gliedkirchen, die den Übertritt regeln, werden im Einmütigen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland getroffen.

VII. Gemeindegliederverzeichnis

§ 14

(1) In den Gliedkirchen wird für jede Kirchengemeinde ein Verzeichnis der Kirchenmitglieder geführt (Gemeindegliederverzeichnis). Das Gemeindegliederverzeichnis enthält die Daten der Kirchenmitglieder mit ihren Familienangehörigen (Familienverbund). Der Datenkatalog des Gemeindegliederverzeichnisses wird durch Rechtsverordnung festgestellt und fortgeschrieben. Die Rechtsverordnung erläßt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Zustimmung der Kirchenkonferenz.

(2) Das Recht der Gliedkirchen bestimmt, welche kirchlichen Körperschaften und Stellen zur Führung der Gemeindegliederverzeichnisse verpflichtet sind. Die Gliedkirchen treffen ferner nähere Bestimmungen über den Aufbau und die Organisation der Gemeindegliederverzeichnisse.

(3) Die persönlichen Daten der Kirchenmitglieder sind in den Gemeindegliederverzeichnissen zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind oder unrichtig werden.

VIII. Datennutzung

§ 15

(1) Die zur Führung der Gemeindegliederverzeichnisse bestimmten kirchlichen Körperschaften und Stellen sind berechtigt, den nach dem Recht der Gliedkirche zuständigen kirchlichen Stellen die zur Wahrnehmung des Auftrages der Kirche erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

(2) Sind Werke und Einrichtungen für die Erfüllung des Auftrages der Kirche in den Gliedkirchen verantwortlich, können ihnen die Daten insoweit weitergegeben werden.

(3) Das Recht der Gliedkirchen regelt die Einhaltung der Zweckbestimmung sowie das Verfahren der Datenweitergabe.

IX. Kirchliches Meldeverfahren

§ 16

(1) Das Kirchenmitglied ist verpflichtet, sich bei der Begründung eines neuen oder eines weiteren Wohnsitzes bei der für den neuen Wohnsitz zuständigen Kirchengemeinde oder der nach § 14 Abs. 2 bestimmten kirchlichen Stelle anzumelden. Dieser Verpflichtung ist genügt, wenn sich das Kirchenmitglied unter Angabe der Religionszugehörigkeit bei der staatlichen oder kommunalen Meldebehörde anmeldet.

(2) Die kirchlichen Stellen fordern die in der Rechtsverordnung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 aufgeführten Daten von dem Kirchenmitglied nur an, wenn sie die Daten von den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden von der Kirchengemeinde des früheren Wohnsitzes des Kirchenmitgliedes oder aus eigenen Unterlagen nicht oder nur unvollständig erhalten.

(3) Hat das Kirchenmitglied das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet, so sind seine gesetzlichen Vertreter oder seine Sorgeberechtigten zur Angabe der Daten verpflichtet.

(4) Die Kirchengemeinden oder die nach dem Recht der Gliedkirchen sonst zuständigen Stellen sind verpflichtet, die sich aus den Kirchenbüchern ergebenden Daten über Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Bestattungen sowie die Daten über Aufnahmen, Wiederaufnahmen, Übertritte und Austritte von Kirchenmitgliedern umgehend der Stelle mitzuteilen, die das Gemeindegliederverzeichnis führt.

(5) Die Kirchengemeinden können den staatlichen oder kommunalen Meldebehörden die in der Rechtsverordnung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 aufgeführten Daten der Kirchenmitglieder übermitteln, soweit das nach staatlichem Recht zulässig ist und kirchliche Datenschutzbestimmungen dem nicht entgegenstehen.

X. Datenaustausch

§ 17

(1) Die Gliedkirchen gewährleisten den für die Erfüllung des Auftrages der Kirche erforderlichen Datenaustausch.

(2) Werden die Daten der Kirchenmitglieder mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen gespeichert und verarbeitet, sind die Gliedkirchen verpflichtet, ein einheitliches Programm der Datenverarbeitung für die Daten der Kirchenmitglieder zu entwickeln oder den automatischen Datenträgeraustausch auf andere Weise sicherzustellen.

XI. Datenschutz

§ 18

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen sowie die ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Werke und Einrichtungen sind verpflichtet, die in den Gemeindegliederverzeichnissen enthaltenen persönlichen Daten der Kirchenmitglieder gegen Mißbrauch zu schützen.

(2) Die Weitergabe von Daten ist nur zulässig, wenn auch bei dem Empfänger ausreichende Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Daten getroffen worden sind.

§ 19

Die Kirchenmitgliedschaft wird vermutet, wenn die Daten des staatlichen oder kommunalen Melderegisters entsprechende Angaben enthalten.

XII. Schlußbestimmungen

§ 20

(1) Die Gliedkirchen erlassen für ihren Bereich die zur Ergänzung und Durchführung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Bestimmungen. Durchführungsbestimmungen der Evangelischen Kirche in Deutschland erläßt der Rat durch Rechtsverordnung.

(2) Änderungen der in den Abschnitten I bis III dieses Kirchengesetzes niedergelegten Grundsätze bedürfen der Zustimmung aller Gliedkirchen. Änderungen des Kirchengesetzes im übrigen bedürfen der Zustimmung der Kirchenkonferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl.

§ 21

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1978 in Kraft.

Braunschweig, den 10. November 1976

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Cornelius A. von Heyl

Das von den Bayerischen (Erz-) Diözesen angestrebte Abkommen mit der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) vom 27. November 1978 hat folgenden Wortlaut:

„VERTRAG

über die

Lieferung von Daten aus dem automatisierten Einwohnerwesen

zwischen

der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB),
Herzogspitalstraße 24, 8000 München 15 — Anstalt des öffentlichen
Rechts — vertreten durch den geschäftsleitenden Direktor

— einerseits —

und

den Erzdiözesen Bamberg und München-Freising sowie den Diözesen
Augsburg, Eichstätt, Passau, Regensburg und Würzburg — Körper-
schaften des öffentlichen Rechts — je vertreten durch ihre Finanz-
direktoren

— andererseits —

Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erhalten die öffentlich-
rechtlichen Religionsgesellschaften in Bayern Einwohnerdaten aus
dem automatisierten Einwohnerwesen nach Maßgabe der Entschlie-
ßung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 27. April
1976, AZ: I A 7 — 471 — 2 — 2/1 und des Art. 25 des Bayerischen
Datenschutzgesetzes vom 28. April 1978 (GVBl. S. 165) sowie der
Vollzugsbekanntmachung zum Bayerischen Datenschutzgesetz zu Art.
25 (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 38 vom 22. September 1978 S. 21).

Aus diesem Grunde vereinbaren die obengenannten Vertragspartei-
en, unbeschadet ihrer bisherigen Rechtsauffassungen, folgendes:

§ 1

Die AKDB stellt als Auftragnehmer der ihr im Einwohnerwesen
angeschlossenen Gemeinden den Erzdiözesen Bamberg und München-
Freising sowie den Diözesen Augsburg, Eichstätt, Passau, Regensburg
und Würzburg (Datenempfänger) einmalig die in der Anlage bezeich-
neten Daten auf Magnetband durch ihre KDZ zur Verfügung und
liefert laufend entsprechend ihren Verarbeitungsrhythmen bei Ände-
rung dieser Daten den von ihr gespeicherten neuesten Stand sowie die
entsprechenden Daten von Gemeinden, die sich ihrem automatisierten
Einwohnerwesen neu angeschlossen haben.

§ 2

Die einmalige und die laufende Datenlieferung findet statt, soweit
die betroffenen Gemeinden (datenübermittelnde Stellen im Sinne des
BayDSG) der Weitergabe dieser Daten ausdrücklich schriftlich zu-

gestimmt haben, und für die AKDB darüber hinaus keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe bestehen. Zweifel bestehen für die AKDB entsprechend ihrer Dienstleistungsfunktion insbesondere dann nicht, wenn die Weitergabe der zu liefernden Daten durch eine Rechtsvorschrift geboten ist oder ihre Unbedenklichkeit vom Bayerischen Staatsministerium des Innern bescheinigt ist.

Widerruft eine Gemeinde ihre Zustimmung zur Datenweitergabe, wird die Datenlieferung für diese Gemeinde durch die AKDB unverzüglich eingestellt.

§ 3

Für die einmalige und die laufende Datenlieferung sind der AKDB für jede bearbeitete Person, die zur Ausgabe eines Datensatzes geführt hat, 0,15 DM zu erstatten. Hat die Bearbeitung der Daten einer Person zur Ausgabe eines weiteren Satzes für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche geführt, wird der Betrag von 0,15 DM durch die AKDB dem Datenempfänger und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche insgesamt nur einmal in Rechnung gestellt.

Die AKDB stellt dem Datenempfänger für die an diesen gelieferten Datensätze eine Rechnung nach folgender Formel:

bearbeitete Person x 0,15 DM	×	Summe der an den Datenempfänger ausgegebenen Datensätze
Summe der an den Datenempfänger und die Evangelisch-Lutherische Landeskirche ausgegebenen Datensätze		

Wird vom Datenempfänger und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche ein anderer Aufteilungsmodus gewünscht, ist dieser mit der AKDB zu vereinbaren.

§ 4

Die technische Durchführung der Datenlieferungen wird zwischen AKDB und den Datenempfängern gesondert geregelt. Eventuell anfallende Versandkosten werden gesondert in Rechnung gestellt.

§ 5

(I) Das Vertragsverhältnis beginnt mit der Unterzeichnung dieses Vertrages durch sämtliche Vertragsbeteiligte. Es endet mit dem Inkrafttreten eines Bayerischen Landesmeldegesetzes oder durch Kündigung.

(II) Eine Kündigung ist jeweils zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten, erstmals zum 31. Dezember 1984, möglich.

(III) Eine Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6

Weitere Vereinbarungen bedürfen der Schriftform.

§ 7

Von diesem Vertrag erhalten die AKDB, die Erzdiözesen Bamberg und München-Freising sowie die Diözesen Augsburg, Eichstätt, Passau, Regensburg und Würzburg je zwei Ausfertigungen.

München, den 27. November 1978

Für die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
in Bayern

gez. Dr. Wilhelm
Geschäftsleitender Direktor

Bamberg, den 27. Dezember 1978

Für die Erzdiözese Bamberg

gez. J. Michel
Erzbischöflicher Finanzdirektor

München, den 10. Januar 1979

Für die Erzdiözese München-Freising

gez. Strasser
Finanzdirektor

Augsburg, den 5. Dezember 1978

Für die Diözese Augsburg

gez. Dr. Weber
Bischöflicher Finanzdirektor

Eichstätt, den 12. Dezember 1978

Für die Diözese Eichstätt

gez. W. Reitzer
Domkapitular
Finanzdirektor

Passau, den 15. Dezember 1978

Für die Diözese Passau

gez. Thurnreiter
Finanzdirektor
Domdekan

Regensburg, den 7. Dezember 1978

Für die Diözese Regensburg

gez. Spießl
Bischöfliche Finanzkammer
Regensburg

Würzburg, den 21. Dezember 1978

Für die Diözese Würzburg

gez. Heitzmann
Finanzdirektor"

.....

.....

Verpflichtende Stelle
(Pfarramt)

Verpflichtungserklärung

Herr/Frau/Frl.
geb. am, wohnhaft in
.....
ist als in der
Kirchengemeinde tätig.

Er/Sie verpflichtet sich, die im Amtsblatt für die Diözese
Passau, Folge 10, vom 25. September 1978, bekannt gemachten
Datenschutzbestimmungen sorgfältig einzuhalten.

Er/Sie erklärt, daß er/sie gemäß § 4 obiger Anordnung über
das Datengeheimnis belehrt wurde und ist sich bewußt, daß
die Geheimhaltungspflicht auch nach einem eventuellen Aus-
scheiden aus dem kirchlichen Dienst weiterwirkt.

Von dieser Verpflichtungserklärung erhalten der/die Ver-
pflichtete und die verpflichtende Stelle je eine Ausferti-
gung.

....., den

.....

Verpflichtete(r)

.....

Pfarrer

Siegel

.....

.....

Verpflichtende Stelle
(Pfarramt)

Verpflichtungserklärung für ehrenamtlich tätige
Mitarbeiter

Ich (Vor- und Zuname)
geb. am, wohnhaft in
.....
bin bei/in
ehrenamtlich tätig.

Ich verpflichte mich, soweit mir im Rahmen dieser ehrenamtlichen Tätigkeit personenbezogene Daten bekannt gemacht werden,

- die Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) der Diözese Passau zu beachten und anzuwenden,
- Weisungen seitens des Bistums und der Kirchengemeinde einzuhalten,
- anvertraute Daten nur für den vorgesehenen Zweck zu verwenden und nicht an andere Personen oder Stellen weiterzugeben,
- anvertraute Daten nach Beendigung des Auftrags ausnahmslos an die beauftragende Stelle zurückzugeben.

Ich bin gemäß § 4 KDO über das Datengeheimnis belehrt worden.

....., den

.....

Verpflichteter

.....

Verpflichtender (Pfarrer)

Siegel

Dieser Erklärung wird bei der verpflichtenden Stelle (Pfarramt) verwahrt.

Entwurf

An die
Stadt/Gemeindeverwaltung
(Einwohnermeldeamt)

Betreff: Kirchliches Meldewesen in der Diözese

Sehr geehrte Herren!

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Entschliessung vom 27.4.1976 Nr. I A 7 - 471 - 2 - 2/1 an den Bayer. Städteverband, den Bayer. Gemeindetag, den Bayer. Landkreisverband und an die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern den Datenaustausch zwischen den kommunalen Stellen und den Kirchen bis zum Inkrafttreten des Meldegesetzes geregelt. Die den Kirchen zugestandenen Daten sind in einem festgelegten Datenkatalog aufgeführt. Das Bayer. Staatsministerium des Innern ist damit einverstanden, daß bis zur endgültigen Festlegung die Meldebehörden entsprechend der in Aussicht genommenen Regelung verfahren.

Die in den kommunalen Rechenzentren für das Auslesen der Melde-daten für die Kirchen benötigten EDV-Programme entsprechen dem vom Bayer. Staatsministerium des Innern festgelegten Datenkatalog und sind von der AKDB überprüft. Diese Programme werden den kommunalen Rechenzentren ausschließlich von der AKDB zur Verfügung gestellt.

Da zur Fortführung der kirchlichen Register und der Pfarrkartei die Daten dringend benötigt werden, bitten wir entsprechend der Entschliessung des Bayer. Staatsministeriums des Innern damit einverstanden zu sein, daß Ihr zuständiges kommunales Rechenzentrum die vom Bayer. Staatsministerium des Innern genehmigten Daten an uns liefern kann.

Wir bitten Sie deshalb um Ihr Einverständnis dazu und danken Ihnen für eine baldige Zusendung des beiliegenden Rückantwortschreibens.

Hochachtungsvoll

Absender

Ort, Datum

An das
Bischöfliche Ordinariat
Ref. Kirchliches Meldewesen
Domplatz 3

8390 P a s s a u

Betreff: Kirchliches Meldewesen

Wir erklären uns hiermit bis auf Widerruf damit einverstanden, daß gemäß und im Rahmen der Regelung für den Datenaustausch zwischen den kommunalen Stellen und den Kirchen (Bayer. Staatsministerium des Innern, Entschließung vom 27.4.1976 Nr. I A 7 - 471 - 2 - 2/1) zukünftige Meldedaten über die AKDB an Sie geliefert werden können.

Siegel

Unterschrift

Lebenslauf

Am 21. Dezember 1937 wurde ich in Weilheim/Obb. als erstes Kind der Eheleute Richard Seiler, Landwirtschaftsdirektor, und seiner Ehefrau Maria, geb. Gall, geboren. Nach dem Besuch der Volksschule (1943-1951) absolvierte ich in München eine kaufmännische Ausbildung zum Industriekaufmann und war während dieser Zeit Schüler der Kaufmännischen Berufsschule in München (1951-1954).

Nach dreijähriger praktischer Berufstätigkeit (1954-1957) besuchte ich vom Wintersemester 1957 an die Sprachenschule der Stadt München und erwarb dort die Diplome als dipl. Übersetzer, Dolmetscher und Handelskorrespondent in der französischen und englischen Sprache. Ich verließ die Sprachenschule im Herbst 1961 um wieder einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Vom 1. Dezember 1961 bis 31. Dezember 1972 war ich als Exportkaufmann bei der Wacker-Chemie GmbH in München tätig, zuletzt als leitender Angestellter.

Während dieser Zeit (1964-1968) besuchte ich den neusprachlichen Zweig des Abendgymnasiums der Stadt München und erwarb 1968 das Abitur. Im Wintersemester 1968 immatrikulierte ich an der Philosophischen Fakultät I der Ludwig-Maximilians-Universität in München und studierte im Hauptfach Politikwissenschaft bei Professor Dr. Heinz Laufer, in den Nebenfächern Bayerische Geschichte bei Professor Dr. Karl Bosl und Psychologie bei Professor Dr. Arthur Mayer. Ich schloß das Studium im Sommersemester 1972 mit der Magisterprüfung ab.

Seit 1. Januar 1973 bin ich beim Bischöflichen Ordinariat Passau als Referent der Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte und der Zentralstelle für das kirchliche Meldewesen angestellt.

Am 29. Dezember 1964 heiratete ich und habe eine Tochter.

Die Dissertation ist unter Leitung des Herrn Professor Dr. Heinz Laufer entstanden. Bei den genannten Herren Professoren möchte ich gerne die mündlichen Prüfungen für die Promotion ablegen.

Passau, im Oktober 1979

Peter Seiler

